



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



A r c h i v

für

S c h w e i z e r i s c h e

Geschichte und Landeskunde.

Herausgegeben auf Veranstaltung

der

vaterländisch-historischen Gesellschaft

in Zürich,

von

Heinrich Escher und J. Jakob Hottinger.

Z w e y t e r B a n d.

Z ü r i c h,

bey Orell, Füßli und Compagnie.

1829.

Das beste Mittel, die Historie nie zu scheuen und sich nie zu fürchten, ist die Betrachtung der Historie. Sie zeigt, was furchtbar ist, und die Mittel dawider.

Joh. v. Müller.

I.

Ueber das Finanzwesen des Cantons Zürich.

(Veranlaßt durch die Verhandlungen des großen Rathes in seiner außerordentlichen Sitzung vom 3. bis 5. September 1828).

Seit im Jahre 1803 der Canton Zürich in eine selbstständige Stellung zurückgetreten ist, war noch kein Zeitpunkt zu Betrachtungen über sein Finanzwesen geeigneter, als der gegenwärtige. Zum ersten Male ist der obersten Landesbehörde eine in's Einzelne gehende Uebersicht der künftigen ordentlichen Einnahme und Ausgabe des Staates zu einläßlicher Prüfung und Berathung vorgelegt, und auf diese Grundlage eine Steuererhöhung zur Deckung des jährlichen Ausfalls verlangt und bewilligt worden. Mit dieser bemerkenswerthen Erscheinung, welche uns für die Zukunft einen durchaus geregelten Gang unsers Staatshaushaltes gewährt, eröffnet sich eine neue Finanzperiode, von der man sich allem Anschein nach, höhere Gewalt vorbehalten, ein günstigeres Ergebnis, als von der bisherigen, versprechen darf.

Unterdessen sey einem ruhigen Beobachter vergönnt, bey diesem Anlasse seine Ansichten über den wichtigen

Gegenstand in aller Bescheidenheit auszusprechen. Er bildet sich nicht ein, von Befangenheit oder Einseitigkeit frey zu seyn, und wird jeder gründlichen Berichtigung ein offenes Ohr leihen; aber wichtig scheint ihm, daß das Recht des Republikaners, Gegenstände des allgemeinen Wohls öffentlich zur Sprache zu bringen, auch einmal auf diesen Zweig unserer Staatsverwaltung Anwendung finde. Anzuregen, nicht zu belehren, ist des Verfassers nächster Zweck.

Der schweren Wunden ungeachtet, welche die Staatsumwälzung der öffentlichen, wie der Privatökonomie geschlagen, befand sich unser Canton bey'm Eintritt in sein neues Daseyn in einer verhältnißmäßig zu andern eidgenössischen Ständen nicht nur leidlichen, sondern in der That glücklichen Lage. Die Schätze zwar, „wo die Diebe durchgraben und sie stehlen,“ waren nicht mehr vorhanden*); von den Domänen hatte die Helvetische Regierung einen Betrag von 80 bis 100,000 Franken veräußert**), und einem großen Theile der Staatskapitalien stand eine für den Canton noch empfindlichere Entfremdung bevor. Nach den Bestimmungen der Mediationsacte mußten die Schuldtitel auf das Ausland größtentheils zur Tilgung

*) Bekannt ist die Geschichte ihrer Abführung durch die Franzosen in den ersten Tagen des Juny 1798. In Folge des zweyten Pariser-Friedens wurden 13 Procent des Entwendeten zurück erstattet, was eine reine Einnahme von 54,879 Fr. 58 Rp. ausmachte.

**) Die Veräußerung mehrerer andern Liegenschaften war schon dekretirt, wurde aber nicht vollzogen.

der Helvetischen National-Schuld herausgegeben werden*); namentlich waren die bey der englischen Südsees Compagnie angeliehenen 55,500 Pfd. Sterl. mit ihren Bernerischen Brüdern als erstes Schlachtopfer bezeichnet, und verdankten ihre Rettung nur dem zufälligen Umstande, daß die brittische Regierung wegen des wieder ausgebrochenen Krieges mit Frankreich keine Zahlung verabsolgen ließ, und vor Aufhebung dieses Verbotes an eine Veräußerung der Schuldtitel nicht zu denken war. Ferner hatte man nach der mediationsmäßigen Aussteuerungsurkunde vom 1. September 1803 der Stadt Zürich zur Bestreitung ihrer Gemeindsbedürfnisse ein jährliches Einkommen von 70,500 Frk. mittelst Abtretung von liegenden Gründen, Gefällen, Schuldtiteln u. s. f. anzuweisen**). Endlich war die Auseinandersetzung der anfangs streitigen Verhältnisse zu denjenigen Ständen, in deren Gebieth der alte Stand Zürich als damaliger Landes- oder Gerichtsherr, Domainen und Gefälle besaß, mit einigen Einbußen verbunden; denn obschon die Frage des Eigenthumsrechtes von der Helvetischen Liquidations-Commission zu Zürichs Vortheil entschieden worden, hatten doch diese entfernten Besitzungen durch die veränderten Territorial-Verhältnisse einen großen Theil ihres Werthes verloren***). —

*) Wirklich herausgegeben und veräußert wurden acht verschiedene Schuldtitel im Nennwerthe von beyläufig 161,750 Frkn.

***) Schon das Helvetische Directorium hatte durch Beschluß vom 14. August 1798 der Stadt Zürich aus der Masse des bisherigen öffentlichen Vermögens ein Capital von 737,800 Frkn. an Grundstücken (nach damaliger Werthung) sammt mehrern wohlthätigen und gemeinnützigen Stiftungen von bedeutendem Werthe zurückgestellt.

***) Auf der andern Seite fiel nun auch manche Ausgabe weg,

Bedeutend waren diese verschiedenen Verluste für unser Canton; bedeutender noch die Schmälerungen, welche die eingerissene Zuchtlosigkeit für die noch geretteten Quellen des öffentlichen Einkommens besorgen ließen. Allein bey allem diesem blieb dem Staate und den von ihm abhängenden kirchlichen und wohlthätigen Stiftungen ein schönes Stammvermögen an Domainen, Schultiteln, Grundzinsen und Zehnten, ein Vermögen, dessen Capitalwerth zum mindesten auf 9 bis 10 Millionen Fr. angeschlagen werden konnte: und wenn das Volk durch die Revolutions- und Kriegs-Ereignisse roher und unmüthlicher geworden, so hatte auch Mancher durch den Drang der Umstände arbeiten und sparen gelernt; Arbeitsamkeit aber und Sparsamkeit des Volkes sind eine Goldgrube für den Staat auf Zeiten der Noth.

In Folge der ersten annähernden Berechnung ihrer Einnahmen und Ausgaben sah sich die neue Regierung bereits im Stande, dem großen Rathe die Abschaffung der meisten durch das Helvetische Auflagengesetz vom 15. December 1800 eingeführten, zum Theil sehr drückenden Abgaben anzutragen, indem der Ertrag des vorhin erwähnten Stammvermögens (so weit es unmittelbar vom Staate abhing) und der Regalien nun noch einen Ausfall von 60 bis 100,000 Frkn. zu decken übrig ließ. Aufgehoben wurden also die Grundsteuer, die vorzüglich verhaßte Handänderungsgebühr von Käufen, Schenkungen und Erbschaften die Visa-Gebühr für Schuldverschreibungen oder Spezial-Hypothek, die Luxus-Abgaben von

welche früher mit den sogenannten bischöflichen Rechten des Standes Zürich in den landsfriedlichen Gebieten, namentlich Thurgau und Rheinthäl, verbunden war.

Dienstboten, Pferden und Wagen, endlich die den öffentlichen Beamten auferlegte Besoldungssteuer. Die Patentgebühr von allen Gewerben, Künsten und Handwerken wurde auf eine Handelsabgabe zu 2 Frkn. von jedem 1000 Frkn. Capital beschränkt. Die Getränkesteuer von 5 Procent alles Kleinverkaufes verwandelte sich in eine fixe Wirtschaftsabgabe von 16 bis 500 Frkn. jährlich. Die Stempelgebühr endlich wurde durch Abschaffung des Stufenstempels von Wechsell und einfachen Schuldverschreibungen wesentlich gemildert.

Weniger bedeutende Einnahmstitel bildeten die Gebühren für Jagd-, Markt- und Hausier-Patente, Gewerbs-Concessionen, Landrechts-ertheilungen und Vermögensabzug (census emigrationis), so wie die vom Staate bezogenen Busen, Gerichts- und Kanzlen-Sporteln. Acht Jahre später kamen zu diesen kleinern Einnahmen das Ohmgeld von ausländischem Weine und die Hundesteuer hinzu.

Für besondere Zwecke wurden im Jahre 1804 zwei neue, jährlich wiederkehrende, direkte Abgaben eingeführt, die Montirungsabgabe und die Landjägersteuer.

Bei ersterer lag ursprünglich die Absicht zum Grunde, den Milizen vom Auszügler-Corps die durch das Gesetz als Regel aufgestellte Selbstausrüstung mittelst Beiträgen derjenigen jungen Mannschaft zu erleichtern, welche das Loos zum Auszüglerdienste nicht getroffen. Mit zunehmendem Bedürfnisse traten dann verschiedene Ausdehnungen und Abänderungen ein, und seit dem Jahre 1816 wird diese Abgabe von demjenigen Theile der männlichen Bevölkerung erhoben, welcher überhaupt,

sey es wegen körperlichen Gebrechen oder amtlicher und Berufsverhältnisse, oder wegen zurückgelegten Dienstalters, von allen militärischen Verpflichtungen befreit ist. Von Anfang an ist mithin dieselbe als Surrogat einer persönlichen Leistung angesehen worden, zu welcher die Verfassung alle Bürger gleichmäßig verpflichtete*); und so erklärt es sich, warum sie immer den Charakter einer Kopfsteuer getragen. Diesen hat sie auch dadurch nicht abgelegt, daß im Jahre 1816 ihr Betrag (von 1 Frk. auf den Mann) für die noch innerhalb des gesetzlichen Dienstalters begriffenen Abgabepflichtigen, die Geistlichen ausgenommen, verdoppelt wurde. Uebrigens hat der Ertrag dieser Abgabe von Anfang an einen eigenen Fond gebildet, und kommt daher in der Staatsrechnung nicht zum Vorschein.

Verwandter Natur hinsichtlich der Verwendung ist die Landjägersteuer. Nachdem nämlich das Landjägercorps errichtet, und dadurch theils die in den Gemeinden aufgestellten Nebenwachen, welche die Bürger selbst der Rehrordnung nach versahen, theils die von einzelnen Gemeinden und ganzen Bezirken jährlich entrichteten Wacht- und Patrouille-Gelder überflüssig geworden, fand man billig, die Gemeinden für diese Erleichterung zu einer jährlichen Retribution von 25,000 Franken anzuhalten, deren Vertheilung auf erstere man

*) Die mediationsmäßige Cantonal-Verfassung bestimmte ausdrücklich (§. 3.): „Jeder Schweizer, der im Canton wohnt und 16 Jahre hat, ist Soldat.“ Die Verfassung vom Jahre 1814 bezog sich zwar dießfalls lediglich auf die Vorschriften des zu erlassenden Militärgesetzes; aber unverkennbar lag bey den Bestimmungen über die Montirungsabgabe vom Jahre 1816 noch jene mediationsmäßige Ansicht zum Grunde.

dem kleinen Rathe übertrug. Den Gemeindevräthen blieb hinwieder die Verlegung auf die einzelnen Ortsbewohner, überhaupt die Art, wie diese Gemeindevsausgabe bestritten werden sollte, anheimgestellt *). Obwohl diese Steuer von dem kleinen Rathe zur Ausgleichung der Repartition und Deckung der Bezugskosten gleich anfangs um 3205 Frkn. erhöht wurde, reichte sie doch zur Tilgung der Kosten des Landjägercorps nicht hin, sondern ließ im Durchschnitt einen Ausfall von 2 bis 3000 Frkn. zu decken übrig. Die im Jahre 1816 angeordnete Vermehrung des Corps steigerte diesen Mehrbetrag der Kosten bis auf 7000 Frkn.; daher sechs Jahre später ein Gesetz die Steuer auf 32,000 Frkn. erhöhte.

Diese verschiedenen Zweige des öffentlichen Einkommens konnten damals in Jahren, wo fruchtbare Witterung den Ertrag der Cameral-Einkünfte zu wenigstens mittlerer Höhe steigerte, für die ordentlichen Ausgaben hinreichen.

Die Grenzbefegung vom Jahre 1805 machte zuerst die Oeffnung außerordentlicher Hülfquellen nothwendig. Die einfachste und zugleich ergiebigste glaubte man in einer sogenannten direkten Vermögenssteuer zu finden, deren Betrag der große Rath in einer runden Summe für den ganzen Canton festsetzte, der kleine Rath dann auf die Gemeinden vertheilte. Auch hier blieb die Erhebung der Steuer auf den einzelnen Bürgern völlig dem Gutfinden der Gemeindevräthe überlassen; nur über

*) Einzig wurde unterm 29. May 1806 vom kleinen Rathe erkannt: es sey den Gemeinden überlassen, höchstens $\frac{1}{3}$ der Landjägersteuer auf die Köpfe zu verlegen, während die übrigen $\frac{2}{3}$ nach bisheriger Uebung und örtlichen Verhältnissen verlegt werden sollen.

Auf der andern Seite sind während des nämlichen Zeitraums verschiedene Quellen des öffentlichen Einkommens schon durch Zunahme der Bevölkerung und des allgemeinen Verkehrs, so wie durch andere günstige Verhältnisse, ergiebiger geworden. Der Ertrag des Post-Regals, anfangs nicht mehr als 30,000 Frkn., hat sich allmählig verdoppelt; und seit das nachtheilige Bündniß mit Frankreich vom Jahre 1803, welches der Schweiz jährlich 200,000 Centner französischen Salzes aufdrang, gelöst ist, und dagegen die angrenzenden deutschen Staaten uns um die Wette ihr Salz anboten, ist der Ertrag des Salz-Regals von 50,000 auf 120,000 Frkn. gestiegen, und noch gegenwärtig im Steigen begriffen, ungeachtet man im Jahre 1825 den Preis des Salzes von 3 Schillingen auf 1 Bkn. herabgesetzt hat. Endlich wurden durch den Wiener-Recess unserm Canton die in England angeliehenen Fonds wieder zugesprochen, deren Interessen den Einnahmestitel der Capitalzinse seiner Zeit um bepläufig 25,000 Frkn. erhöht haben mögen.

Da indessen die beyden letztern günstigen Ereignisse erst seit dem Jahre 1815 eingetreten sind, früher hingegen und auch seither (wie oben bemerkt worden) zu dem außerordentlichen Mittel direkter Vermögenssteuern geschritten werden mußte, um den jährlichen Ausfall in den Finanzen zu decken, so war die Regierung schon seit dem J. 1807 ernstlich darauf bedacht, theils durch Ersparnisse in verschiedenen Verwaltungszweigen, theils durch zweckmäßigere Benugung der vorhandenen Hülfsmittel das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Aus-

haus, welche erst seit 1827 auf dem Titel der ordentlichen Militär-Ausgaben stehen.

genommen^{*)}. Der Ertrag der Abgaben, welcher bis dahin gewesen war:

Der Stempelgebühr	15,000	Frkn.
Der Wirthschaftsabgabe	32,000	„
Der Handelsabgabe	25,000	„
Der Landjägersteuer	28,000	„

im Ganzen 100,000 Frkn.

sollte gesteigert werden:

1. Durch Erhöhung von $\frac{1}{4}$ auf der Taxe für Weinschenken und Speisewirthe, und von $\frac{1}{8}$ auf der Taxe für Tavernenwirthe; wovon man sich einen Mehrertrag von 6000 Frkn. versprach.

2. Durch Erhöhung der Preise des Stempelpapiers um $\frac{2}{3}$ der bisherigen Gebühr und Ausdehnung des Stempels auf Krämer, und Hausierpatente. Dadurch sollte der Ertrag des Stempels um 4—5000 Frkn. vermehrt werden.

3. Durch Einführung der schon oben erwähnten Hundesteuer. Man versprach sich davon einen Ertrag von 8—10,000 Frkn.; sie hat aber niemahls die Hälfte dieser Summe erreicht.

Von diesen Anträgen, die zu völliger Deckung des Deficit nicht einmahl hinreichten, genehmigte der große Rath nur den ersten und dritten; und da auch der Ertrag der Hundesteuer weit hinter der gehegten Erwartung zurückblieb, so war dem Uebel noch keineswegs abgeholfen.

Die Kriegs- und Theurungsjahre 1813 bis 1817 waren zu Verbesserung oder Ausdehnung des ordentlichen Abgabensystems nicht geeignet; aber nach Ver-

^{*)} Seit 1818 ist dieser Beitrag auf 6000 Frkn. erhöht.

sichtigten Mehrertrag ausgeworfen; allein die ungünstigen Weinlesen der Jahre 1812 bis 1817 machten sie wieder auf 34 — 35,000 Frkn. hinabsinken. Um einmahl ein sicheres Fundament für den Bezug dieser Auflage zu erhalten, schlug der kleine Rath im Jahr 1821 die Einführung eines Ohmgeldes vor, welches auf dem Grundsatz beruhte, daß alle Einkellungen der Wirthe, so wie alle Getränkeverkäufe im Großen, einer amtlichen Controle, in den Städten durch eigens bestellte Ohmgeldner, in den Landgemeinden durch die Gemeindammänner unterworfen seyn, und sodann vierteljährlich auf die Grundlage einer amtlichen Kellerdurchsuchung je 10 Procent vom Ertrag alles ausgewirtheten Getränkes als Abgabe bezogen werden sollten. Dieses Verhältniß von 10 Procent gründete sich darauf, daß durch Verordnung der Jahre 1806 und 1808 sämmtlichen Wirthen des Cantons war gestattet worden, beym Ausschanken ihrer Getränke anstatt der alten Landmaß, deren 90 auf den Saum gehen, sich der Zürcherischen Stadtmaß, welche einen Zehnthheil kleiner ist, zu bedienen; man wollte diesen Zehnthheil, um welchen die Gäste verkürzt würden, nicht als einen Gewinn betrachtet wissen, den die Regierung den Wirthen habe zuwenden wollen, sondern als eine Verbrauchssteuer, die letztere zu Händen des Staates von ihren Gästen zu beziehen haben. Die Erhebungskosten berechnete man im Ganzen auf 8 vom Hundert. — Allein der große Rath fand die angetragene Keller-Controle gehässig, drückend, unrepublikanisch; er besorgte mannigfache Unterschleife von den Wirthen sowohl als den Ohmgeldnern; in jedem Fall, glaubte er, würden die Bezugskosten mit dem Ertrag der Abs

gabe außer allem Verhältnisse stehen. Mit großer Mehrheit wurde der Vorschlag verworfen.

Indessen hatte derselbe wenigstens die Wirkung, daß die Wirthe und Weinschenken von einem großen Schrecken befallen wurden, den die Regierung sich sofort zu Nuze machte. Noch im nämlichen Jahre gelang es ihr, im großen Rathe einen Gesetzesvorschlag durchzusetzen, welcher sich in Hinsicht des Betrags der Abgabe von dem vorhergehenden nicht unterschied, hingegen den Bezug so anordnete, daß die Wirthe selbst über Einkellerung und Auswirthung ihrer Getränke halbjährlich gewissenhafte Rechnung stellen, und nach Verhältniß die Abgabe entrichten, die sämmtlichen Steuerbeiträge aber von einer durch die Regierung ernannten Commission geprüft und nach Befinden erhöht werden sollten. Durch dieses neue Gesetz stieg der Ertrag der Abgabe anfänglich auf das Doppelte; allein je mehr mit dem Verfluß der Jahre der Popanz des Ohmgeldes in den Hintergrund trat, desto lauer wurde die Gewissenhaftigkeit der Mehrzahl der Abgabepflichtigen, und es war in Kurzem nicht mehr zu bezweifeln, daß manche Wirthe zwei Kellerbücher führten, ein geheimes für den Hausgebrauch, ein ostensibles für die Abgabe. Dadurch, vielleicht auch durch andere ungünstige Umstände, sank die Abgabe in den Jahren 1823 bis 1827 von 70,000 wieder auf 58,000 Frkn. hinab.

Noch weniger waren die Vorschläge des kleinen Rathes hinsichtlich der Stempelgebühr von günstigem Erfolg. Der erste, vom Jahr 1822, beabsichtigte eine noch bedeutendere Erhöhung dieser Auflage, als die im Jahr 1812 angetragene, und zudem die Ausdehnung des Stempels auf die Frachtbriefe. Beides zur

sammen sollte einen Mehrertrag von 6—7000 Frkn. zu Wege bringen. Aber der große Rath mißbilligte sowohl die für den Schuldenverkehr des ärmern Landmanns höchst drückende Vertheuerung des Stempelpapiers, als die für den Handelsstand lästige Stempelung der Frachtbriefe, und verwarf den Antrag. Ein halbes Jahr später (im Juni 1823) brachte ihn der kleine Rath wieder, mit zwey Beschränkungen; für alle Schuldbriefe und Copien bis auf 480 Frkn. sollte das bisherige Stempelpapier genügen, und die Frachtbriefe ungestempelt bleiben. Dessen ungeachtet theilte dieser Antrag das Loos des frühern.

Bei diesem Mißlingen so mancher Versuche, den Staatsfinanzen durch Ausmittlung neuer Quellen zu Hülfe zu kommen, hätten die fortschreitenden Verluste des Aerariums noch weit bedeutender seyn müssen, wenn nicht den außerordentlichen Staatsausgaben*) gegenüber auch einige zufällige außerordentliche Einnahmen sich gezeigt hätten. Solche waren z. B. der Saldo auf der mittelst der Zinse des Englischen Fonds vollendeten Liquidation der helvetischen National-Schuld, (welcher nach Abzug der außerordentlichen Ausgabe für den Ankauf ausländischen Getreides in den Jahren 1817 und 1818, im Betrage

*) Dahin sind neben den Kriegskosten der Jahre 1805, 1809, 1813—1815 noch zu rechnen die vorörtlichen Ausgaben in den Jahren 1807 und 1813 (in erstem Jahr 64,000, in letztem 74,000 Frkn.), 1814—1816, 1821—1822, 1827, die außerordentlichen Anschaffungen des Zeugamtes bis zum Jahr 1826, der auf mehr als 300,000 Frkn. ansteigende Verlust auf dem Ankauf ausländischen Getreides in den Jahren 1817 und 1818 nebst Andern mehr.

von beyläufig 42,000 Frkn. capitalisirt wurde), die Erstattungen aus den Liquidationen mit Frankreich und Oesterreich, das aus dem Eidgenössischen Kriegsfond bezogene Geld, Contingent und anderes. Allein bey weitem die reichlichste Hülfsource sowohl zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben als zu der, wenigstens theilweisen Deckung des jährlichen Deficit blieben fortwährend die Vermögenssteuern.

Im December 1826 drückte nun aber der große Rath den dringenden Wunsch aus, daß der kleine Rath nochmahls darauf Bedacht nehmen möchte, das Gleichgewicht in den Staatsfinanzen theils durch zweckmäßige Ersparnisse, theils durch Auffindung neuer Hülfquellen herzustellen, um die Anwendung der auf so unsichern Grundlagen beruhenden Vermögenssteuern möglichst zu vermeiden. Dieser Auftrag führte zu dem Entwurf einer Gebäudesteuer, welche nach folgenden Bestimmungen erhoben werden sollte. Als Object derselben wurde der Genuß angenommen, den die Bewohnung oder Benutzung eines Gebäudes gewährt; mithin sollten alle Personen, denen dieser Genuß, sey es als Eigenthümern oder miethweise, zu Theil wird, der Steuer nach Verhältniß des Miethwerthes der Gebäude unterworfen werden, dieser Miethwerth aber sich nach dem jedesmahligen Miethzinse bestimmen, und in Ermanglung eines solchen auf vier vom hundert des Brandasssekuranz-Anschlages festgesetzt seyn. Der einfache Betrag der Steuer wurde zu 1 Schilling vom Gulden des Miethwerthes angenommen; bey Miethswerthen von 200 Gulden aufwärts sollte progressiv eine Zulage von $\frac{1}{6}$ bis $\frac{1}{4}$, bey solchen von 50 Gulden abwärts ein Abzug von $\frac{1}{6}$ bis $\frac{1}{3}$ eintreten. Da übrigens diese Steuer einen jährlichen Ertrag von bey-

läufig 100,000 Frkn. verbieth, während die Deckung des jährlichen Ausfalls nur 75,000 Frkn. zu erfordern schien, so sollte dagegen die Montirungsabgabe abgeschafft, der daraus gebildete Fond mit der Staatskasse vereinigt, und die auf ungefähr 33,000 Frkn. sich belaufenden jährlichen Kosten der Montirung des ersten Bundesauszuges unmittelbar vom Staate übernommen werden.

Jedoch schon im kleinen Rathe fand diese Gebäu-
besteuer so vielfachen und beharrlichen Widerspruch,
daß der ganze Entwurf daran scheiterte. Man tadelte,
daß der Affekuranz-Cadaster einer Steuer, welche der
Brand-Affekuranz völlig fremd sey, als Grundlage die-
nen sollte, da doch seiner Zeit, um dem Entwurfe dies-
ser wohlthätigen Anstalt bey'm großen Rathe leichtern
Eingang zu verschaffen, wenigstens halb officiell die
Zusicherung ertheilt worden, daß der Affekuranz-Cadas-
ter niemahls als Fundament einer Staatssteuer ange-
nommen werden solle. Man fand die angetragene Bes-
steuerungsart allzu einseitig und zu drückend für die-
jenigen, deren Vermögen vorzugsweise in Gebäuden
besteht, oder deren Gewerbe die Benutzung ausgedehnt-
er Gebäulichkeiten erfordert, wie es z. B. bey dem
auch weniger bemittelten Landbauer der Fall ist. Hätte
man die Steuer auf die Wohngebäude beschränkt,
so wäre der letztere Einwurf wesentlich entkräftet wor-
den. Denn das Bedürfniß einer Wohnung ist an sich
für Alle Eines und dasselbe; die Ausdehnung, in wel-
cher jeder Einzelne dieses Bedürfniß befriedigt, hängt
großen Theils*) von seiner Willkühr ab, und kann

*) Wir sagen großen Theils; denn allerdings bedarf eine
zahlreiche Haushaltung nothwendig einer größern Wohnung.

als annähernder Maßstab seines Lebensgenusses dienen. Auf diese Grundlage gebaut, hätte mithin die Steuer eben nichts Unbilliges gehabt; sie hätte folgerecht den Charakter einer Verbrauchssteuer und zugleich (mittelfst der Classen-Abstufung) einer Luxus-Abgabe angenommen, während sie nach dem Entwurfe zwischen einer Verbrauchssteuer und einer theilweisen, mithin einseitigen Capital-Vermögenssteuer ein unglückliches Mittel hielt. Allein wie weitläufig und schwierig eine Ausscheidung der Wohngebäude aus dem ohnehin so mangelhaften Versicherungscahier gewesen wäre, ist nicht weniger einleuchtend; und hätte man vollends, was die folgerechte Anwendung des vorhin ausgesprochenen Grundsatzes unstreitig erforderte, in Gebäuden vermischter Natur die Wohngemächer von den Gewerbsgemächern unterscheiden, und nur erstere mit der Steuer belegen wollen, so würden endlose Verwickelungen unvermeidlich geworden seyn.

Durch Hinzukommen eines neuen Gegenstandes wurde die Berathung über das Finanzwesen noch schwieriger. Schon öfter war im großen Rathe der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Gefängniß- und Strafanstalt des Cantons eine der zunehmenden Zahl der Sträflinge angemessene Erweiterung und eine zweckmäßigere Einrichtung erhalten möchte. Ein solcher Bau erforderte eine Ausgabe, die sich auf den ordentlichen Staatseinkünften nicht finden ließ; reichten ja diese

Zahlreiche Familien sind durch alle Verbrauchssteuern auf unentbehrliche Lebensbedürfnisse außer Verhältniß belastet. Wenn aber die Abgabe mäßig ist, entsteht aus diesem Mißverhältnisse kein sonderlicher Druck. Man kann sich immer bis auf einen gewissen Grad einschränken.

nicht einmahl zur Deckung der gewöhnlichen Staatsbedürfnisse hin. Nun hatte aber der große Rath im Jahr 1825, in der lobenswerthen Absicht, das Finanzwesen in einen völlig geregelten Gang zu bringen, erkannt, daß künftig keine solche außerordentliche Ausgabe Statt finden solle, es seyen denn zuvor sowohl die Ausgabe selbst als die Mittel zur Deckung vom großen Rathe ausdrücklich bewilligt worden. So kam die Verathung über den Zuchthausbau mit derjenigen über die Deckung des jährlichen Rückchlages allmählich in Verbindung, und im December 1827 wurde vom großen Rathe förmlich beschlossen, daß diese beiden Gegenstände nicht von einander getrennt werden sollten. Man wollte keine außerordentliche Ausgabe decretiren, bevor die Bestreitung der jährlich wiederkehrenden Staatsbedürfnisse vollkommen gesichert sey. Dieß hatte nun freylich die etwas sonderbare Erscheinung zur Folge, daß im Juny 1827 der Bau eines neuen Zuchthauses vom großen Rathe auf das Fundament der ihm vorgelegten Plane beschlossen, aber die Ausführung auf so lange verschoben wurde, als nicht für Deckung der auf 240,000 Frkn. berechneten Kosten (und zugleich also für Deckung des jährlichen Deficit) durch gesetzliche Bestimmung gesorgt seyn werde. Allein unstreitig war dieses der einzig sichere Weg, um einmahl zu dem lang ersehnten Ziele des Gleichgewichts in den Staatsfinanzen zu gelangen.

Bevor die Regierung und ihre Finanz-Commission zu befriedigender Lösung der ihnen ertheilten Aufgabe gelangen konnten, mußte der wirkliche Mehrbedarf des Staates genauer, als bisher, ausgemittelt werden. Zu diesem Ende wurde die unten folgende, größten Theils auf einen Durchschnitt der frühern Jahre ges

gründete, annähernde Berechnung der künftigen ordentlichen Einnahmen und Ausgaben des Staates ausgearbeitet, und im verflossenen Juni dem großen Rathe vorgelegt. Wir stellen ihr die entsprechenden Summen aus der Staatsrechnung vom Jahr 1806 *) in runden Zahlen gegenüber, um die während der verflossenen 20 Jahre in unserm Finanz-Wesen vorgegangenen Veränderungen annähernd darzustellen, müssen aber dabei auf den wesentlichen Umstand aufmerksam machen, daß im Jahr 1823 die Cameral-Preise, nach denen bei Stellung der Rechnungen die Naturalien gewerthet werden, bedeutend herabgesetzt worden sind, wodurch alle Titel von Natural-Einnahmen und Natural-Ausgaben eine scheinbare Verminderung erlitten haben **).

*) Die Rechnungen von 1803, 1804 und 1805 konnten nicht füglich als Norm dienen, da in diesen Jahren die Verwaltung noch nicht völlig regulirt und noch Mehreres zu liquidiren war.

**) Wir stellen hier die alten und neuen Cameral-Preise zusammen:

Alter Cam. Preis.				Neuer Cam. Preis.			
Für 1 Malter Säsen	16	Grkn.	—	Bq.	12	Grkn.	—
• 1 Mütt Kernen	10	•	—	•	8	•	—
• 1 Malter Haber	12	•	5	•	10	•	—
• 1 Mütt Roggen	6	•	5	•	5	•	5
• 1 Mütt Schmalfaat	8	•	—	•	6	•	5

Der Eimer Wein wurde, nach wie vor, zu 8 Grkn berechnet.





2. Die Ausgaben für das Erziehungswesen erhalten eine beträchtliche Ausdehnung, wenn man neben den so eben bemerkten Leistungen des Stiftes die

vorgenommen, mehrere Caplanen (deren 32 waren) eingehen lassen, und an ihrer Statt Lehrstühle errichtet, überflüssige Chorherrnhöfe und Caplanenhäuser veräußert, und den Erlös sammt andern Gefällen zum Theil zur Unterstützung Studirender bestimmt (das gegenwärtige Studentenamt), größern Theils aber an das neu errichtete Almosenamt abgegeben. Nun wurden auch die Nutzungen der Probstei-Custodien und Cantorien theils zu solchen wohlthätigen Zwecken geordnet, theils auf die 18 Pfründen vertheilt, und (1546) acht dieser Canonicate an verschiedene Prediger- und Lehrstellen geknüpft. Das Gleiche geschah in der Folge mit zwey andern Canonicaten; namentlich wurde (1571) der Pfarrer an der Predigerkirche unter die Chorherren versetzt. Nach

ey (1559) wurde der Name dieses Stiftsverwalters abgeändert. Der große Rathe erkannte, daß das eine selbstständige Corporation) der Verwaltung sollte es gemein dem großen Rathe zwey, drey des Stiftes Mitte vorschlagen,

der Ernante aber neben der Verwaltung seinen bisherigen Prediger- oder Lehrdienst zu versehen fortfahren. Auch die Verwaltung des Studentenamts wurde ihm aufgetragen. Wie dann allmählig die alten Chorherren, deren Pfründen mit seinen Aemtern verbunden waren, ausstarben, wurden ihre Canonicate nicht wieder besetzt, sondern die dießfälligen Theile des Stiftseinkommens zu Zwecken des öffentlichen Unterrichts bestimmt. Zuletzt blieben nur jene 10 bediensteten Chorherren übrig; von den andern 8 Pfründen bezogen die dem Verwalter durch den großen Rath zugeordneten zwey weltlichen Beamten, der Großkellner und Kämmerer, jeder eine halbe, während die 7 übrigen in den Stiftsfond flossen, der zu den

die Interessen des Kunstschuls und Landschul-
lehrerfonds hinzurechnet. Ersterer wurde im Jahr
1773 bey Errichtung der Kunstschule aus Beyträgen
des Staates, des Stiftes und des kaufmännischen
Direktoriums gestiftet, und steht unter der Verwaltung
der Kunstschulpflege*). Seine Interessen betragen un-
gefähr 4—5,000 Frkn. Den Landschullehrerfond errich-

oben im Texte erwähnten Ausgaben verwendet wurde. (S.
Leu, Helv. Lexikon, Bd. XX. S. 421 und folg.).

So blieb es bis zur Revolution. Die Aussteuerungsur-
kunde der Helvetischen Liquidationscommission vom 1. Sept.
1803 verordnet hinsichtlich des Chorherrnstifts: „Es solle
nach der bisherigen Uebung und zu den nähmlichen Kirchen-
und Schulzwecken verwaltet werden, dagegen aber gehalten
seyn, seine Rechnungen, wie vormahls, der Regierung vor-
zulegen, und durch diese gutheissen zu lassen.“ Vom kleinen
Rathe wurde hierauf (24. Sept. gl. J.) festgesetzt, daß ihm
künftig das Stift für die Verwalterstelle einen Dreper-Vor-
schlag zu machen habe; auch sollten wieder zwey Mitglieder
des kleinen Rathes, aus den beyden Commissionen des Innern
und der Finanzen, und zwey des großen Rathes dem Stifte
als weltliche Beysitzer ohne Emolumente zugeordnet seyn,
um dessen Interesse berathen zu helfen, und zu den durch die
Umstände nöthig gewordenen ökonomischen Reformen mitzu-
wirken.

Seine Rechnungen legt das Stift der nähmlichen Regie-
rungscommission zur Prüfung vor, welche die Rechnungen
des Spitals, Almosen- und Spannweidamtes abnimmt. An
der Substanz des Stiftsvermögens darf nach der bisherigen
Uebung nur mit Zustimmung des kleinen Rathes eine Ver-
änderung vorgenommen werden. Von Letztem werden auch
gegenwärtig der Großkellner und Kämmerer ernannt.

*) Auch diesem Fond hat die Aussteuerungsurkunde vom Jahr
1803 sein selbstständiges Daseyn gesichert.

te die Regierung im Jahr 1804 an die Stelle des Scheuchzerischen Schulmeisterfonds, der in die Aussteuer für die Stadt Zürich gefallen, und dadurch dem Landschulwesen entfremdet worden. Durch nachherige Einverleibung der Ueberreste des mit den Ständen St. Gallen, Aargau und Thurgau getheilten (ehedem zur Unterstützung dürftiger Glaubensgenossen in den gemeinen Herrschaften bestimmten) landsfriedlichen Fonds, wuchs die neue Stiftung auf den Betrag von 44,000 Frn. an. Sie wird vom Erziehungsrathe verwaltet, und ihre Zinse dienen zur Verbesserung des Gehalts der am dürftigsten bedachten Landschullehrer.

3. Unter den Ausgaben für das Armenwesen sind die drey Haupt-Armenanstalten des Cantons nicht begriffen, der Spital, das Almosenamt und die Kranken- und Verpfändungsanstalt zu St. Morizen an der Spannweid. Diese stehen sämmtlich unter der Verwaltung besonderer Collegien, die der Commission des Innern untergeordnet sind*), und einem aus dieser und der Finanz-Commission gewählten Ausschusse jährlich Rechnung ablegen, worauf letzterer der Regierung von dem Ergebnisse Bericht erstattet**). Veränderungen in den Amtsordnungen oder in der Substanz des Stiftungsvermögens können nur mit Zustimmung des kleinen Rathes vorgenommen werden, welcher auch die Amtsleute ernennt***). Weit die aus-

*) Rathsbeschlüsse vom 2. und 13. December 1803.

**) Seit einigen Jahren ist dieses nicht mehr geschehen.

***) Der Stadtbürgerschaft von Zürich hat die Aussteuerungsurkunde vom Jahr 1803 den vor der Revolution besessenen Antheil am Genuße dieser Anstalten zugesichert; daher sitzt in jedem der drey Pflege-Collegien ein Mitglied des Stadtraths,

gedehnteste dieser Stiftungen ist der Spital, welcher zu seinen ursprünglichen Besizungen bey der Reformation die Güter und Gefälle des Schwesternhauses St. Verena (in der Froschau) und des Cistercienser-Nonnenklosters Sellnau, so wie die Gebäude des Predigerklosters, erhalten, und seit der Mitte des 17ten Jahrhunderts einen Legatenfond von beyläufig 390,000 Frkn. gesammelt hat, so daß seine Einkünfte gegenwärtig auf 100—110,000 Frkn. steigen mögen*). Das Almosenamt, ursprünglich aus den Besizungen des ehemaligen Augustinerklosters und den meisten Caplanen des Stiftes zum Großen Münster gebildet, und seither durch Vermächtnisse ungefähr in gleichem Maße, wie der Spital, bereichert, hat beyläufig (ohne die ihm vom Staate jährlich abgereichten 1,100 Mütt Kernen) ein Einkommen von 32,000 Frkn.; die Anstalt an der Spannweid, welcher in der Reformation das St. Lazarus Kloster im Ofenn**) einverleibt wurde, ein Einkommen von 20—24,000 Frkn.

4. In's Sanitätswesen einschlagend ist die Bestimmung zweyer bisdahin von dem Sanitätscollegium verwalteter Fonds, nämlich des Sanitäts-Steuerfonds und des Fonds von der Stempeltaxe der Gesundheitscheine. Ersterer, gegenwärtig 7,000 Frkn. betragend, ist wesentlich zur Unterstützung solcher bestimmt, deren Vieh zur Ver-

*) An liegenden Gründen besaß der Spital im Jahr 1824 27 Häuser und Scheunen, 7 $\frac{1}{4}$ Jucharten Garten- und Pflanzland, 247 $\frac{1}{4}$ J. Weide und Wiesen, 32 $\frac{1}{2}$ J. Streuland, 194 $\frac{7}{8}$ J. Ackerland, 42 $\frac{1}{8}$ J. Reben und 498 J. Holzboden.

**) Bey Dübendorf.

haltung einer Genosse abgethan wird. Der zweite Fond ist dadurch entstanden, daß seit dem Jahr 1804 in Folge gesetzlicher Bestimmung der, auf ungefähr 2,500 Frkn. sich belaufende, jährliche Ertrag des Stempels der Vieh-Gesundheitscheine zum Behuf einer Vieh-Asssekuranz-Casse bey Seite gelegt worden. Im Jahr 1822 wurde der Entwurf einer solchen Anstalt dem großen Rathe vorgelegt, aber von ihm verworfen, weil man allerley Mißbräuche, insonderheit weniger sorgfältige Pflege des Viehs, besorgte. Unterdessen ist der Fond bis zum Betrage von 55,000 Frkn. angewachsen*), und muß sich bey der bisherigen Einrichtung fortwährend vergrößern, da seine Einnahme beynabe das Doppelte der Ausgabe beträgt. Letztere besteht in 1,200 Frkn. jährlicher Prämien für die vorzüglichsten Zuchtstiere und einem Zuschuß an die Brauchcasse des Sanitäts-Steuerfonds. Sollte indessen, wie es in der Absicht der Regierung zu liegen scheint, die Prämien-Austheilung auf andere Zweige der Viehzucht ausgedehnt werden, so würde hieraus eine Vermehrung obiger Ausgabe erwachsen. Uebrigens wird über den Bestand beyder Fonds der Regierung jährlich Bericht erstattet**).

5. Die Ausgabe für das Militär-Wesen erhält einen beträchtlichen Zuwachs durch die Kosten der

*) Am Ende des Jahres 1827 betrug er 54,593 Frkn. 6 Bq. 3 Rp. Uebrigens ist zu bemerken, daß jene 2,500 Frkn. vom Viehscheinstempel auch unter den Einnahmen und Ausgaben der Staatsrechnung erscheinen.

**) In Folge Rathesbeschlusses vom 4. December 1828 sollen, nach Abschluß der Jahrestrechnung von 1828 die Capitalien sowohl des Sanitäts-Steuerfonds als des Fonds vom Vieh-

Bekleidung des ersten Bundesauszugs, welche im Durchschnitt 33,000 Frkn. jährlich betragen, und aus dem erwähnten Montirungsfond bestritten werden. Auf sich der jährliche Ertrag der Montirungsabgabe seit Erlassung des dießfälligen Gesetzes (im Jahr 181 von 34,800 Frkn. bis auf 42,800 Frkn. gehoben (wobon aber die Bezugskosten mit 1,700 Frkn. in Zug zu bringen sind), so nähert sich der Fond bereits einem Capitalbestande von 100,000 Frkn. Eine eig. Regierungskommission verwaltet denselben, und legt dem kleinen Rathe jährlich Rechnung ab.

Ebenfalls unter diesen Titel gehört die den Gemeinden auferlegte Besoldung der Exerciermeister, welche jährlich 2,500 Frkn. betragen mag. Niemand wird in Abrede stellen, daß das Militär-We eine Angelegenheit des gesammten Staates, nicht Gemeinden, ist; mithin muß diese Ausgabe den allgemeinen Staatslasten beigezählt werden*).

Diese verschiedenen Anstalten würden, auf obigen Etat der Staatsausgabe gebracht, in nachbenannten Titeln vielleicht folgende Erhöhungen bewirken:

Stempel der Staatscassa-Verwaltung übergeben werden, aber die Interessen beyder Fonds, verbunden mit dem jährlichen Zufluß vom Viehstempel, den nämlichen Zwecken bisher, gewidmet bleiben.

*) Zu den allgemeinen Militär-Lasten gehören, streng genommen, auch die auf den einzelnen Mann fallenden Kosten Selbstausrüstung und der von ihm geforderte Zeitaufwand. Allein den jährlichen Betrag dieser Leistungen auch nur nähernd zu berechnen, halten wir für unmöglich, und setzen daher diesen Punkt lieber bey Seite.

	Wirkliches Budget.	Zuwachs *)	Total-Betrag.
	Frkn.	Frkn.	Frkn.
Befoldung der Geistlichkeit	128,000	50,000	178,000
Erziehungswesen . .	32,000	30,000	62,000
Armenwesen	37,000	140,000	177,000
Sanitätswesen . . .	10,000	2,500	12,500
Militärwesen . . .	111,100	35,500	146,600
Bauwesen	110,000	25,000	135,000
Cameralwesen . . .	50,600	20,000	70,600
Zusammenzug.	478,700	303,000	781,700

Der Total-Betrag der Staatsausgaben würde mithin auf beyläufig 1,109,600 Frkn. gesteigert, aber auch die Staatseinnahmen (abgesehen von dem vermehrten Ertrag des Salz-Regals und der Wirthschaftsabgabe, wovon weiter unten) auf ungefähr 1,050,000 Frkn. erhöht.

Mit allem diesem soll nicht gesagt seyn, daß es zweckmäßig wäre, diese Fonds sämmtlich unter unmittelbare Verwaltung des Staates zu setzen. Besonders in Hinsicht der gelehrten und wohlthätigen Stiftungen wäre eine solche Einverleibung nicht rätlich. Nichts ist natürlicher, als daß das Vermögen von Anstalten, deren ungefränkter und geregelter Fortbestand in jedermanns Wünschen liegen muß, von dem übrigen öffent-

*) Es ist einleuchtend, daß diese Berechnungen nur oberflächlich seyn können. Zur Ausmittelung der Cameral-Kosten ist angenommen worden, daß solche, wie in der Staatsadministration, ungefähr den dritten Theil der Natural-Einkünfte verschlingen mögen.

lichen Einkommen, das seiner Natur nach manchen Schwankungen unterworfen ist, gesondert werde. Haben ja wiederholte Erfahrungen (namentlich aus der Incamerationszeit, unseligen Andenkens) gelehrt, daß solche Anstalten gegen die Eingriffe geldbedürftiger Machthaber im In- und Auslande nur dadurch mehr oder weniger gesichert werden, daß sie die Eigenschaft eines unmittelbaren Staatseigenthums ablegen, und die privatrechtliche Natur eines Corporations- oder Stiftungsgutes annehmen, in welcher ihnen die Vorstellung von der Heiligkeit des Privat-Eigenthums zum Schilde dient. Auch ist nicht zu läugnen, daß Anstalten dieser Art uneigennütziger und freudiger verwaltet werden, wenn die Administration nicht um jeder Kleinigkeit willen höhere Weisung einzuholen hat, sondern einen gewissen Grad von Selbstständigkeit genießt, wodurch sie sich vor dem Publikum geehrt fühlt*).

Unsere Absicht war also einzig, zu zeigen, wie irrig es wäre, die in der Staatsrechnung und dem Budget erscheinenden Summen als den Gesamt-Bestand der zu öffentlichen Zwecken von Cantons wegen gewidmeten Fonds zu betrachten, und daß man zumahl bey Vergleichung unserer Etats mit solchen anderer Cans

*) Aber dieses hat seine Grenzen. Es wäre schlimm, wenn solche Anstalten sich zu Staaten im Staate erheben würden, und nicht einen Höhern über sich erkennen müßten, der zeitgemäße Reformen gebiethen darf. Tausendfache Erfahrung lehrt, daß eine Corporation sich niemahls selbst reformirt. Daß unter dem Titel einer Reform eine solche Stiftung ihrem wahren Zwecke entfremdet werde, hat man da nicht zu besorgen, wo die öffentliche Meinung noch etwas gilt.

ione oder auswärtiger Staaten jene abgesonderten Verwaltungen nicht unberücksichtigt lassen dürfe*).

Aus den öffentlichen Blättern ist bekannt, daß der große Rath die ihm vorgelegte Uebersicht der Einnah-

*) Im December 1806 verlangte ein Theil der zur Prüfung der Staatsrechnungen von 1803 bis 1805 niedergesetzten Commission des großen Rathes, daß künftig der Staatsrechnung eine summarische Uebersicht der Rechnungen des Spitals, Almosen- und Spannweid-Amtes, des Chorherrnstifts- und Directorial-Fonds beygelegt werde. Man berief sich dabey auf den §. 6 der damahligen Verfassung: „Le petit conseil rend compte au grand conseil de toutes les parties de l'administration.“ Allein der große Rath erkannte (22. Dec.): daß die Staatsrechnungen einzig die unmittelbaren Einnahmen und Ausgaben des Staates umfassen, und dem zufolge die Einnahmen und Ausgaben der genannten Institute weder den Staatsrechnungen einverleibt, noch in summarischen Rechnungsconspecten denselben beygefügt werden sollten. Man besorgte, durch die verlangte Rechnungsablegung könnte der Grundsatz einer abgesonderten Verwaltung jener Institute gefährdet und über den Bestand des Staatsvermögens irrige Vorstellungen verbreitet werden. Wir bedauern, daß die Mehrheit des damahligen großen Rathes sich durch so ungegründete Besorgnisse gegen einen Antrag hat einnehmen lassen, der doch in der Natur der Sache lag. Die Jahrrechnung der Brandversicherungsanstalt wird ja den Mitgliedern des großen Rathes auch mitgetheilt. — Einzig in Hinsicht auf den kaufmännischen oder Directorial-Fond sind wir anderer Meinung, da sich bey genauer Untersuchung ergeben dürfte, daß derselbe nicht dem Canton, sondern der Kaufmannschaft der Stadt Zürich gehört, ungeachtet die ihn verwaltende Behörde zugleich eine cantonale Stellung hat, und vier Mitglieder des kleinen Rathes in ihrer Mitte zählt.

men und Ausgaben des Staates sammt den zur Deckung des Deficit und der Zuchthausbaukosten entworfenen drey Gesetzesvorschlägen einer Commission zur Prüfung überwies, hernach in außerordentlicher Sitzung in umständliche Erörterung dieser Gegenstände eintrat, und zuerst hinsichtlich des Budget verschiedene Wünsche an den kleinen Rath gelangen ließ. Diese bestanden darin: es möchte dem Erziehungswesen im Allgemeinen mehr Vorschub geleistet, der Ertrag des Stempels der Viehgesundheitscheine künftig nicht mehr in den dießfälligen Fond geworfen werden, sondern in der Staatscasse verbleiben, der Titel des Militärwesens durch Verminderung der für die gewohnten Militär-Ausgaben ausgesetzten Summe, und durch Verlegung der außerordentlichen Zeugamts-Ausgaben auf eine längere Reihe von Jahren bis auf 100,000 Frkn. beschränkt, im Bauwesen mittelst möglichster Concurrrenz bey Verdingung von Bauten mehrere Ersparniß erzielt, endlich durch allmähliche Verwandlung der noch übrigen Handlehen in Erblehen, durch Versuche von Abmodiation der Zehnten und durch gleichzeitige Verminderung der im Besoldungssystem des Cantons vorherrschenden Natural-Bestandtheile auf Beschränkung der Cameral-Ausgaben Bedacht genommen werden. Wir kommen unten auf diese verschiedenen Punkte zurück.

Den vorgelegten Gesetzesvorschlägen ward ein ungleiches Loos zu Theil. Angenommen wurde der über die Wirtschaftsabgabe. Zunächst durch die oben berührten unangenehmen Erfahrungen hinsichtlich der Unzuverlässigkeit der Kellerrechnungen veranlaßt, kehrt das neue Gesetz zu dem Grundsatz der unbedingten obrigkeitlichen Taxation zurück, und zwar so, daß es

von der Abgabe den Ertrag einer runden Summe von 100,000 Frkn. verlangt. Die Verlegung derselben auf die einzelnen Wirthschaften steht der Finanz-Commission zu, die dann in jedem Amtsbezirke das dießfällige Tableau dem Befinden eines von dem Oberamtmann und unter seinem Vorstize aufzustellenden Ausschusses von 12 Sachkundigen unterwirft, welche aber den dem ganzen Amtsbezirke auferlegten Betrag nicht vermindern, sondern bloß dessen Repartition auf die Wirthschaften abändern dürfen. Nach Prüfung der daherigen Anträge werden sämtliche Wirthschaften durch die Finanz-Commission definitiv taxirt. Als Maßstab der Verlegung soll der oben erwähnte Grundsatz gelten, daß die Wirthe den zehnten Theil vom Ertrag alles ausgeschenkten Getränkes an den Staat zu entrichten haben. Das Minimum der Abgabe ist auf 20 Frkn. festgesetzt.

Der zweite Gesetzesvorschlag betraf die Handelsabgabe, und unterschied sich von dem bisherigen Gesetze vornehmlich dadurch, daß er $1\frac{1}{2}$ vom 1000 des jährlichen Verkehrs, anstatt 2 vom 1000 des Handelscapitalis forderte. Allein dieser Grundsatz war nicht folgerecht durchgeführt, sondern mußte um der Natur der Sache willen bey manchen Arten kaufmännischer Gewerbe Ausnahmen erleiden. Aus diesem Grunde und weil auch das System der Selbsttaxation, verbunden mit der Controle durch Experten, dem Handelsstande nicht zuzusagen scheint, trug die Commission des großen Rathes auf Verwerfung an, und sprach dagegen den Wunsch aus, daß die Handelsabgabe mittelst eines Patentsystems nach Classen erhoben werden möchte. Der kleine Rath fand sich dadurch zur Zurückziehung seines Antrags bewogen.

Der dritte Gesetzesvorschlag ging auf Erhebung dreier jährlichen Vermögenssteuern von 100,000 Frkn. Dadurch sollten theils die Kosten des Zucht-
hausbaues (an welche indessen noch von dem kaufmännischen Direktorium ein reicher Beitrag zu erwarten war), theils die Ausfälle der letzten Staatsrechnungen gedeckt werden. Diese Steuern verweigerte der große Rath mit 69 gegen 56 Stimmen, indem sich die Widersacher des (nach ihrer Ansicht zu kostspieligen) Zucht-
hausbaues mit den Gegnern der bey den Vermögenssteuern bis dahin angewandten Bezugsart zur Verwerfung des Antrags vereinigten.

Glücklicher Weise hatte sich kurz nach Ausarbeitung des oben mitgetheilten Budgets ergeben, daß bey den gegenwärtigen günstigen Verhältnissen des Salzhandels der jährliche Ertrag dieses Regals künftig auf wenigstens 140,000 Frkn. steigen dürfte*). Hieraus und aus der Erhöhung der Wirthschaftsabgabe ging für die Staatseinnahme ein Mehrbetrag von 58,000 Frkn. hervor; und da bey Verfertigung des Budgets mit der größten Genauigkeit zu Werke gegangen, d. h. bey den Ausgaben immer das Maximum, bey den Einnahmen das Minimum angenommen worden, so konnten nun auch die auf den Etats noch ungedeckten 14,500 Frkn. in der Wirklichkeit als gedeckt angesehen werden. Daher wurde bey dem Gesetzesvorschlag über die Handelsabgabe wesentlich nicht eine Erhöhung ihres Ertrages, sondern eine zweckmäßigere Bezugsart und die Ausdehnung der Abgabe auf einige bis dahin

*) Wirklich erscheint in der Staatsrechnung des J. 1827 das Salz-Regal mit einem Ertrage von 145,000 Frkn.

befreyte Gewerbe beabsichtigt, woben sich freylich von selbst eine etwelche Erhöhung ergeben hätte. Die Verwerfung dieses Vorschlags hat also an der Lage des Ganzen wenig geändert. Das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe kann gegenwärtig als hergestellt, das Deficit als gehoben angesehen werden. Ergibt sich in Folge des vom großen Rathe ausgesprochenen Wunsches eine Mehrausgabe für das Erziehungswesen, so ist deren Deckung von dem bemerkten Mehrertrag der Handelsabgabe (der auch bey dem Patentsystem nicht ausbleiben wird) und von den Ersparnissen im Bau- und Cameral-Wesen, vielleicht auch im Militär-Wesen, mit Zuversicht zu hoffen.

Nach dieser geschichtlichen Darstellung erlauben wir uns, in eine nähere Prüfung des oben mitgetheilten Budgets einzutreten, und machen dabey mit den Titeln der Ausgabe den Anfang.

Daß auf der Besoldung der Civil-Beamten keine wesentliche Ersparniß zu suchen sey, wird jeder Billigdenkende zugeben. Die Gehalte sind mäßig und im Ganzen nach richtigem Verhältnisse vertheilt. Wenn irgend eine Erhöhung erhältlich wäre, so würde solche den Mitgliedern des Obergerichts gebühren. Mit Geschäften zum mindesten in gleichem Maße beladen, wie die Mitglieder des kleinen Rathes, haben sie auch billigen Anspruch auf gleiche Belohnung. Durch Gleichstellung beyder Collegien würde zudem die Besorgniß entfernt, daß vielleicht in Zukunft allzu häufig bey Mitgliedern des Obergerichts der Wunsch einer Versetzung in den kleinen Rath oder auf ein einträgliches Amt sich regen, das Tribunal dadurch der

zise würde der Staatsgewalt im Elementar-Erziehungswesen diejenige leitende und beaufsichtigende Wirksamkeit eingeräumt, welche ihr nach der Wichtigkeit der Sache gebührt; örtliche Hindernisse wären leichter überwinden, und im Ganzen würde mehr Plan und Einheit herrschen *).

erklären wir aufs Bestimmteste, daß durch das Obengesagte nicht der entfernteste Tadel auf die Einrichtungen der gegenwärtigen Schul-Inspektoren fallen soll, die wir nicht anders denn als sehr achtungswürdige und pflichttreue Männer kennen; wir fassen nicht die Personen, sondern die Einrichtungen in's Auge. Auch die analogen Verhältnisse anderer Verwaltungszweige streiten für unsere Behauptung, daß eine Central-Inspektion der Elementarschulen von Nutzen wäre.

*) Man hat im großen Rathe eingewandt, die Jugend sollte eher zur Religiosität und Sittlichkeit erzogen, als ihr so viele Kenntnisse beigebracht werden. Allein es handelt sich ja in der Elementar-Schule zunächst gar nicht darum, den Kindern Kenntnisse beizubringen, am allerwenigsten viele Kenntnisse; es handelt sich wesentlich darum, ihre Denkkraft und, so weit es in der Schule möglich ist, auch die Willenskraft und das religiöse Gefühl zu wecken und zu üben, überhaupt alle Seelenkräfte übereinstimmend zu entwickeln und ihnen die Richtung auf das Wahre, Gute und Schöne zu geben, kurz den Menschen nach seiner Bestimmung zu einem vernünftigen Wesen zu bilden. Daraus folgt aber eben, daß unsere bisherigen Bildungsanstalten für den Schullehrerberuf (dessen Wichtigkeit so Viele nicht einsehen) ganz und gar nicht hinreichen. Oder glaubt man etwa, Religiosität und Sittlichkeit seien des Pfarrers Sache, den Schulmeister habe es bloß mit dem Lesen, Schreiben und dem Auswendiglernen des Katechismus zu thun, wie vor Allen? Das würde gerade zur Folge haben, daß jene verderbliche, nichts als Gewinn und Erwerb bezweckende Halb-

In Hinsicht des Sanitätswesens bemerken wir einzig, daß der Wunsch, welchen der große Rath in Bezug auf den Ertrag des Viehscheins-Stempels ausgesprochen, seinen Grund darin hatte, daß man einen Fond, dessen Interessen durch die ihm einstweilen gegebene Bestimmung nicht aufgezehrt werden, bey den anderweitigen Bedürfnissen des Staates nicht noch vergrößern wollte. Da indessen diesen Geldern noch andere auf die Verbesserung der Vieh-Racen bezügliche Ausgaben zugebracht sind, so ist nicht zu vermuthen, daß obiger Wunsch von Folgen seyn werde. Billig wird diese Auflage, die nur die Viehbesitzer trifft, zunächst zu ihrem Vortheil verwendet.

Auf dem Titel des Militär-Wesens glaubte der große Rath einen Abzug von 11,000 Frkn. darum

bildung, gegen die der Tadel derjenigen, welche für das Elementar-Schulwesen nichts thun wollen, vorzugsweise gerichtet ist, mehr als jemahls emporwuchern würde. Die Orts-pfarrer sollen nach der Natur der Sache und nach unserm Schulgesetze die nächsten Aufseher der Elementarschulen seyn; aber da sie in der Regel nicht selbst darin lehren können, so bleibt die nächste und unmittelbare Einwirkung auf die Kinder dem Schulmeister wesentlich vorbehalten; er soll daher nicht weniger, als der Geistliche, ein Lehrer der Religion und Sittlichkeit und mithin ein Gegenstand der vorzüglichen Sorgfalt der obersten Staatsbehörden seyn. Die Aufsicht des Ortsgeistlichen wird dann freylich, wenn er der rechte Mann dazu ist, hauptsächlich dahin wirken, daß jene einseitige industrielle Tendenz aus der Schule verbannt bleibe. Damit aber der Schullehrer dem Pfarrer nicht über den Kopf wachse, ist durchaus erforderlich, daß den jungen Geistlichen ein pädagogischer Cursus vorgetragen werde, woran es bey uns gegenwärtig noch fehlt.

verlangen zu dürfen, weil ihm von sachkundiger Seite versichert wurde, daß die sogenannten allgemeinen Militär-Ausgaben, welche auf dem Budget nach einem Durchschnitt der frühern Jahre mit 68,000 Frkn. erscheinen, bey der ausgezeichneten Sorgfalt, womit seit geraumer Zeit der jährliche Anschlag derselben zu Händen des kleinen Rathes verfertigt werde, und bey der gegenwärtigen äußerst sparsamen und sorgfältigen Verwaltung nicht mehr als 63,000, höchstens 65,000 Frkn., und ebenso die Schanzenamtsausgaben nicht mehr als 9 bis 10,000 Frkn. betragen, und weil man dafür hielt, daß für die Zeugamtsausgaben eine jährliche Summe von höchstens 20,000 Frkn. hinreiche. Unseres Bedünkens würde man besser thun, jenen Gewinn von 5 bis 8000 Frkn. zu den Zeugamtsausgaben zu schlagen, statt ihn aus dem Budget zu streichen, und letztere noch obendrein zu beschränken. Man sollte, meinen wir, trachten, den ordnungsmäßigen Zeughaus-Bestand sobald möglich herzustellen, damit man nicht im Nothfall, wie im J. 1815, zu schleunigen, mithin kostspieligen und schlechten Anschaffungen seine Zuflucht nehmen müsse, und damit unser Stand in Erfüllung jeder Bundespflicht hinter keinem seiner Brüder zurückbleibe *).

Von allen Militär-Ausgaben hat indessen keine im großen Rath so ernstliche Anfechtungen erlitten, wie die für jährliche Unterhaltung der Festungswerke unserer Hauptstadt ausgesetzte Summe, obschon der dages

*) So lange der wackere Oberst Salomon Hirtzel das Zeugamt bekleidet (mit freudigem Stolz nennen wir diesen verdienten Mitbürger) darf man nicht besorgen, daß von den dieser Beamtung zugewiesenen Summen auch nur ein Heller übel angewandt seyn werde.

gen gerichtete Antrag am Ende den Kürzern zog. Es wurden für und wider denselben eine Menge Gründe des ökonomischen Vortheils, der Gefahr, die für den Privat-Nutzen der Staatsbürger aus der Beybehaltung oder Schleifung der Werke hervorgehen könnte u. s. f. angeführt; aber diese alle können unsers Ermessens die Frage nicht entscheiden. Wir würden einzig fragen: Sind diese Festungswerke für das Vertheidigungssystem der Schweiz von wesentlichem Nutzen, oder nicht? Muß dieses bejaht werden, so fällt damit das entscheidende Gewicht in die Wagschale, und alle Gründe des Finanziellen oder Privat-Interesses vermögen sie in unsern Augen nicht wieder zum Steigen zu bringen. Denn das wird doch niemand im Ernste behaupten wollen, daß die aus der Schleifung der Festungswerke hervorgehende Erhöhung des öffentlichen oder Privat-Wohlstandes von solcher Bedeutung wäre, daß der kriegsführende Feldherr gerade in den daherigen Hülfsmitteln für den Verlust der Werke Ersatz fände? Ist nun dieses nicht der Fall, so fragen wir: Gibt es für unsere gerühmte Freiheit, unsern blühenden Wohlstand, für alle Genüsse des physischen und geistigen Lebens, deren wir theilhaft sind, irgend eine sichere und bleibende Gewährleistung, wenn wir nicht gerüstet sind, sie im Fall der Noth mit dem Schwerte zu vertheidigen? Wer aber den Zweck will, muß vernünftiger Weise auch die Mittel wollen, und eines dieser Mittel sind unsere Festungswerke. Man wendet ein, die Stadt könnte keine regelmäßige Belagerung aushalten. Wir theilen diesen Zweifel, nicht so fast wegen der umliegenden Anhöhen (denn diese sind nach dem Zeugnisse sachkundiger Männer bey Anlegung der Festungswerke so sorgfältig berücksichtigt worden, daß sie den Vertheidigern

der letztern wenig Nachtheil bringen; das Innere der befestigten Städte hingegen ist bey der heutigen Belagerungskunst in allen Fällen dem feindlichen Geschütze ausgesetzt, die Festung mag in der Höhe, Tiefe oder auf der Ebene liegen, sobald der Feind sich auf Geschützweite nähern kann), sondern weil unsere Festungswerke, die von Anfang einige schwächere Stellen dargeboten haben, seither durch verschiedene Abänderungen noch mehr entblößt worden sind. Aber als Réduit einer verschanzten Stellung auf dem Zürich- und Geißberge, oder sonst als Sammelplatz und fester Rückzugspunkt für ein geschlagenes Heer, oder auch nur als ein gegen schnellen Ueberfall gesicherter und darum zur Aufbewahrung von Kriegs- und Mundvorräthen geeigneter Platz wird unsere, auf einem der wichtigsten strategischen Punkte der östlichen Schweiz gelegene Hauptstadt auch bey'm gegenwärtigen, mangelhaften Zustand ihrer Werke immer von Bedeutung seyn. Und angenommen, es könnte mittelst dieses Hindernisses ein vom Rheine her anrückender Feind auch nur wenige Tage vom Uebergang über die Limmat abgehalten werden: wer bürgt uns dafür, daß nicht unter besondern Umständen diese kurze Zögerung für den Ausgang des Feldzuges entscheidend seyn würde? Mit Gewißheit oder auch nur mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit läßt sich dieß freylich nicht voraussagen; aber so lange es vernünftiger Weise gedenkbar ist, wäre es unverantwortlicher Leichtsin, uns im Voraus des Mittels zu berauben, dem Vaterlande einen so wichtigen Dienst zu erweisen*). Unterzählen wir uns also freudig den

*) Es muß freylich Leuten, die seit Langem den Krieg nicht mehr in der Nähe gesehen haben, der Gedanke einer ernst-

Lasten und Hemmungen, welche die Unterhaltung der Festungswerke uns auferlegt, und beweisen wir dadurch unsern Mit-Eidgenossen, daß wir für den Zweck der Landesvertheidigung schon in Friedenszeiten auch die schwersten Opfer nicht scheuen*).

lichen und durchgreifenden Vertheidigung unserer Hauptstadt und ihrer Umgebungen etwas neu und ungewohnt vorkommen. Der einzelne Bürger lebt bey uns in Friedenszeiten, vergleichungsweise mit andern Staaten, so behaglich, und fühlt in der Regel den Druck der Staatseinrichtungen so wenig, daß man sich mit der Vorstellung, es könnte eine einheimische Behörde zum Behuf der Kriegführung schonungs- und rücksichtslos durchgreifen (wie es in solchen Fällen geschehen soll) nicht recht vertraut machen kann. Allein sollte wohl ein Eidgenössischer Feldherr aus einer Menschenfreundlichkeit, die wahrlich am unrechten Ort wäre, Anstand nehmen, zur Rettung des Vaterlandes etwas zu thun, wozu der Befehlshaber eines ausländischen Heeres, das sich unglücklicher Weise unser Vaterland zum Schauplatz des Krieges ausersehen würde, auch nicht einen Augenblick Bedenkzeit nähme? Halbe Maßregeln taugen im Kriege nichts. Aber gewiß, ein Heerführer von Kraft und Entschlossenheit würde unserer Festungswerke gar froh seyn, und mit Hülfe der Feldbefestigung innerhalb sechs Wochen die Stadt und ihre Umgebungen in achtungswerthen Vertheidigungsstand setzen. Es ist freylich sehr problematisch, ob gerade ein Mann von solchen Eigenschaften im eintretenden Fall den Befehl führen werde; aber unmöglich ist es keineswegs.

- *) Auch zur Sicherstellung der Regierungsbehörden gegen einen Auflauf können die Festungswerke allerdings dienen; aber wer wollte zur Abwendung einer Gefahr, die unter der gegenwärtigen Verfassung und bey dem, glücklicher Weise immer fester wurzelnden, gegenseitigen Zutrauen zwischen Regierung und Volk so wenig zu besorgen ist, ein Capital von 300,000

Das Bauwesen ist in allen Staaten einer der heikelsten Verwaltungsweige. Der Staat mag bauen, wie und durch wen er will, er kommt immer zu kurz, baut theurer und schlechter als der Privatmann. Jeder Arbeiter fordert von ihm bessere Bezahlung, und hält sich doch für berechtigt, ihn schlechter zu bedienen, weil er denkt, es werde niemand dadurch persönlich geschädigt, und weil das allsehende Auge des Herrn fehlt; denn wer könnte allenthalben zugleich seyn? Baut der Staat mit eignen Arbeitern und Materialien, so erfordert das ein kostspieliges Aufseherpersonal und bedenkende Vorräthe, mithin ein todttes Capital. Greift man zu dem Mittel der Verdingung an den Mindestbietenden, so wird für den Vortheil des Unternehmers, das heißt, flüchtig und auf den Schein gebaut, oder, um dieses zu verhüten, abermahl eine große Zahl besoldeter Aufseher erfordert. Wie da zu helfen sey, mögen Sachkundige rathen; doch scheint letzteres Verfahren unter den erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen den Vorzug zu verdienen. Veräußerung aller überflüssigen Gebäude wäre das sicherste Mittel, zu der wünschbaren Ersparniß zu gelangen; aber der Staat darf sich um möglicher Nothfälle willen (von Casernirung, Lazarethen u. d. gl.) nicht ganz von Gebäuden entblößen. Sparsamkeit ist für ihn so wenig, als für den Partikularen, die höchste Tugend.

Schw. Frkn. aussetzen und sich überdieß hinsichtlich der Ansiedelung solche Hemmungen gefallen lassen? Beyläufig gesagt, wäre zu wünschen, daß über das Bauen auf oder an dem Glacis gesetzliche Bestimmungen erlassen würden, damit man auch für die Zukunft einer gleichmäßigen Behandlung der vorkommenden Fälle versichert seyn könnte.

Dem Straßenwesen wünschen wir das beste Gedeihen, und daß auch da über den Rücksichten der Sparsamkeit nie vergessen werde, wie wichtig, besonders für ein gewerbtreibendes Land, jede Erleichterung des innern Verkehrs ist. Je leichter der gegenseitige Austausch, desto niedriger die Preise der ersten Lebensbedürfnisse, desto geringer die Arbeitslöhne, desto gesicherter die Concurrency unserer Fabrikate mit denen des Auslandes *).

Mit Recht hat jüngst ein öffentliches Blatt das Cameral-Wesen einen Krebschaden unserer Finanzen genannt. Zwey Punkte verdienen hier ernste Beachtung, vorerst der geringe reine Ertrag der ländlichen Domänen (ohne die Waldungen) und der Zehnten; dann die Kosten der Natural-Verwaltung im Allgemeinen. Als Belege für Ersteres diene folgende Berechnung:

- *) Ein wesentliches Hinderniß bey neuen Straßenanlagen in unserm Canton ist der Mangel eines Gesetzes über die Verpflichtung der Grundeigenthümer, ihr Land oder ihre Gebäude zu solchen Zwecken des Gemeinwohls abzutreten, und über das bey Festsetzung der Entschädigungssumme zu beobachtende Verfahren. Schon mehr als einmahl ist von gewichtigen Stimmen im großen Rathe ein solches Gesetz verlangt worden. Man könnte nach dem Bepspiel des Cantons Genf (Verfass. Tit. II. Art. 7. §. 7.) zur Verhütung von Willkühr festsetzen, daß eine solche Abtretung (wenigstens eine von höherm Belang) nur durch einen Beschluß des großen Rathes geboten werden dürfe; und für die Bestimmung der Entschädniß wäre das gleichfalls im Canton Genf bestehende und auch im Canton Basel durch ein Gesetz vom 8. August 1827 für den nämlichen Zweck eingeführte Alt-Eidgenössische Verfahren durch Schiedrichter und Obmann wegen seiner Einfachheit und Unparteilichkeit sehr zu empfehlen.

In den Jahren 1817 bis und mit 1826 belief sich der Ertrag der Domänen überhaupt, ohne die Waldungen, aber mit Inbegriff der unentgeltlich bezogenen Hälfte des Lehenweins auf 425,765 Fr.

Von verschiedenen kleinern Einnahmen des Cameralwesens, welche auf der Staatsrechnung unter besondern Titeln erscheinen*) und zusammen 16,684 Fr. ausmachen, fallen auf die Domänen ungefähr $\frac{5}{48}$ mit 1,738 ,

Von dem Gewinn auf dem Naturalverkehr (durch Verkauf über dem Cameralanschlag), im Ganzen 23,474 Fr. betragend**), nehmen wir auf die Domänen gleichfalls $\frac{5}{48}$, mithin , 2,445 ,

Gesamtertrag 429,948 Fr.

Davon ziehen sich folgende Bezugs- und Aufbewahrungskosten ab;

Kosten über den Lehenwein
und die Domänen 43,674 Fr.

Kosten über die Domänen
außer dem Canton 15,001 =

58,675 Fr.

*) Erlös von Träst und Trusen; Vorschuss der Masse; Allerley.

**) Zur Vereinfachung der Sache haben wir den Verlust auf dem Ankauf der Lehenweine von 1825 und 1826 (13669 Frkn.) nicht hier, sondern unter den Bezugskosten in Rechnung gebracht.

Uebertrag 58,675 Fr. 429,948 Fr.

Von den Unterhaltungskosten für die Lehengebäude (180,534 Fr.) nehmen wir auf die Domänen nur $\frac{7}{8}$ *) mit 158,000 ,

Von den Kosten der allgemeinen Natural-Verwaltung **) (463,642 Fr.) nehmen wir auf die Domänen $\frac{5}{48}$ mit 48,296 ,

Verlust auf dem Kaufpreise der nach der Weinrechnung bezahlten Hälfte des Lehenweins ***) 62,832 ,

Gesamtbetrag der Verwaltungskosten: 327,805 Fr.

Es ergibt sich also ein reiner Ertrag von 102,145 Fr. oder von 10,200 Fr. auf das Jahr.

*) Weil wir voraussetzen, daß mit manchen Lehengebäuden auch solche verbunden seyen, die zum Bezug der Zehnten dienen, und deßhalb nicht den Domänen zu Lasten geschrieben werden können.

**) Dahin rechnen wir die Unterhaltung der Amtsgebäude, die Besoldung der Amtleute, die Küfer- und Kellerkosten, die Schwindung der Getreide- und Weinborräthe u. s. f. Man kann von diesen Kosten der allgemeinen Natural-Verwaltung ungefähr $\frac{5}{48}$ auf die Domänen, $\frac{27}{48}$ auf die Grund- und Erblehnzinsen, $\frac{27}{48}$ auf die Zehnten schlagen.

***) Die Lehenleute auf den Weinlehen liefern ihren ganzen Herbst-ertrag an den Staat ab, und werden für die Hälfte desselben nach der auf die jedesmaligen Marktpreise gegründeten, vom kleinen Rathe festgesetzten Weinrechnung bezahlt. Da aber die Marktpreise häufiger über als unter dem Cameral-Anschlag stehen, so ergibt sich aus jenen Lehenwein-Käufen für den Staat meistens einiger Verlust.

Zieht man von dieser Summe noch die Fischereypachtzinsse und die Mietzinsse von Staatsgebäuden (auf welche keine der obigen Ausgaben fällt) mit vielleicht 2000 Fr. ab, so beschränkt sich der reine Ertrag der ländlichen Domänen auf ungefähr 8,200 Fr., und durch die Bezugss- und Verwaltungskosten gehen volle 80^{te} Procent verloren.

Weniger auffallend, doch immer ungünstig genug ist das Ergebnis bey den Zehnten.

Die sämtlichen Zehntgefälle lieferten Fr. Rp. in den 5 Jahren 1822 bis 1826 *) einen Ertrag von 470,549 50

Die oben erwähnten kleinern Einnahmen des Cameralwesens betrugen 8414 Fr.

37 Rp.; davon schreiben wir den Zehnten zu 4,000 —

Gesamteinnahme: Fr. 474,549 50

Dagegen zeigen sich folgende Fr. Rp.

Verwaltungskosten:

Bezug d. trockenen Zehntens 18,786 22

Ebenso des nassen . . . 25,523 33

$\frac{1}{3}$ der Baukosten für die Lehengebäude 11,273 75

Von den Kosten der allgemeinen Natural-Verwaltung

(257,094 Fr. 99 Rp.) legen wir

auf den Zehnten 123,000 —

Im Ganzen: Fr. 178,583 2

Reiner Ertrag: Fr. 295,966 2

*) Um die Rechnung zu vereinfachen, beschränken wir uns hier wie bey dem Folgenden, auf den Zeitraum der gegenwärtigen

Weise, fährt man fort, würde die Regierung in Fehljahren von den Gemeinden, deren Zehnten abmodirt wären, mit Nachlaßgesuchen bestürmt, und geriethe also in doppelte Verlegenheit. Dagegen ist eingewandt worden, die Gemeinden könnten angehalten werden, in ergiebigen Jahren durch Zurücklegung des auf dem Zehnten gewonnenen Ueberschusses einen Ersparniß-Fond anzulegen, um in Jahren des Mißwachses oder nach erlittenem Gewitterschaden ihre Obliegenheiten gegen den Staat nichts desto weniger erfüllen zu können. Seinen Beamten könnte zwar der Staat schicklicher Weise eine ähnliche Vorsichtsmaßregel nicht gebieten, vielleicht aber durch mittelbares Einwirken die Errichtung eines freiwilligen Ersparniß-Fonds für den Beamtenstand zu Wege bringen, der namentlich für die Landgeistlichen auf Zeiten der Theuerung eine höchstwohlthätige Anstalt seyn würde. Es wäre im Grunde nichts Neues, sondern nur eine Nachahmung so mancher bereits vorhandener Anstalten von ähnlicher lobenswerther Tendenz.

Zwey andere Bedenken, die man etwa gegen die Einführung der Erblehen und die Verwandlung der Natural- in Geldgefälle aufstellen hört, liegen entfernter. Man besorgt, es könnte einerseits einer verschwenderischen, vielleicht aufgedrungenen Regierung die Verschleuderung des Staatsvermögens erleichtert werden, anderseits in dem, wie man meint, sehr wahrscheinlichen Falle einer bedeutenden Vermehrung der in Europa circulirenden edeln Metalle und daheriger Verminderung des Geldwerthes die Einkünfte des Staates eine empfindliche Schmälerung erleiden. Ersteres ist in so fern gegründet, als in unruhigen Zeiten, wo Jeder seine Capitalien aus dem Verkehr zurückzieht und weit aussehende Unternehmungen scheut, zum

Anleihen auf Grundstücke in vielen Gegenden unsers Cantons kaum mehr mit gehöriger Sicherheit zu contrahiren, so liegt die Schuld in der Mangelhaftigkeit unsers Hypothekarwesens, welches allerdings einer gründlichen Verbesserung im höchsten Grade bedarf.

Allen angeführten, nach unserer Ansicht ungegründeten Besorgnissen setzen wir den unbestreitbaren Vortheil entgegen, der für den Nationalwohlstand sich ergeben würde, wenn nicht mehr so viele Grundstücke in tochter Hand und so viele todte, ja stets sich verzinsernde Capitalien in den Vorrathskammer des Staates angehäuft lägen.

Die Zeit wird lehren, ob und wie die schwierige Aufgabe zu lösen sey. So viel darf man mit Sicherheit annehmen, daß in keinem Falle der Staat sich bey einer solchen Veränderung schlimmer befinden werde, als bey dem gegenwärtigen Cameralsystem. Gesezt auch, er behalte noch für Zeiten der Theuerung einige Naturalvorräthe bey (da der Grundsatz völliger Freyheit des Getreidehandels bey uns wahrscheinlich noch lange nicht Eingang finden wird), so fielen doch die bedeutendsten Bezugskosten weg, und ein beträchtlicher Theil der zur Aufbewahrung von Naturalien dienenden Gebäude (Zehentscheunen, Zehentkellern u. s. f.) könnte veräußert werden. Es wäre zu wünschen, daß auch die oben erwähnten geistlichen und wohlthätigen Stiftungen darauf Bedacht nähmen, ihre Handlehen allmählig in Erblehen zu verwandeln, ihre Zehnten zu admoiliren und dadurch ihre zum Theil sehr ausgedehnten NaturalVerwaltungen zu beschränken.

Bei den Einnahmestiteln unsers Staates unterscheiden wir zuvorderst die auf privatrechtlichen Verhältnissen beruhenden von denen, welche staatsrechtlicher Natur sind.

Zu jenen gehören die Zinse von Schuldtiteln, die Grund- und Erblehenzinse, die Zehnten, die Pachtzinse von Handlehen und die übrigen Domanial-Nutzungen; zu diesen die Regalien und Abgaben.

Es gab eine Zeit, da man den Zehnten als eine Abgabe angesehen wissen wollte, und ihn von diesem Gesichtspunkte aus sehr lebhaft angriff. Glücklicher Weise ist diese Ansicht, welche alle Privat-Vermögensrechte in ihren Grundfesten erschütterte, vorübergegangen, und hat einzig das wohlthätige Recht des Zehntenloskaufes zurück gelassen, nicht als Zeichen des Sieges, sondern als ein Denkmal des günstigen Erfolgs, womit man diese Ansicht bekämpfte und den gerechten Grundsatz aufstellte, daß zwar der Souverän befugt sey, Vermögensrechte der Privaten, welche ihrer Natur nach dem Wohl des Ganzen Eintrag thun, aufzuheben und zu beschränken, jedoch nicht anders als gegen vollen Ersatz von Seite der Verpflichteten*).

*) Ursprünglich war der Zehnte allerdings eine allgemeine kirchliche Abgabe. Carl der Große war es, der sie zuerst (im J. 779) auf wiederholtes Begehren der Geistlichkeit allen Layen ohne Ausnahme auflegte. Da die Kirche den Leviten-Zehnten der Israeliten als Rechtstitel vorschützte, so hielt sie sich für befugt, den zehnten Theil nicht bloß aller Früchte des Layen-Eigenthums, sondern auch alles Erwerbes zu fordern. Sie mußte sich aber mit dem Zehnthheil des Ertrags der Grundstücke begnügen, und auch diesen erhielt sie nicht allenthalben. Von dem Ertrage des Zehnten sollten die Bi-

Als allgemeine Staatsabgabe betrachtet, hätte der Zehnte den Vorzug, daß er sich nach dem jedesmaligen Jahresertrage richtet, und deshalb von dem Pflchtigen mit Leichtigkeit entrichtet werden kann. Er wäre aber in so fern eine sehr ungleiche, mithin unbillige Abgabe, als er nicht vom reinen, sondern vom rohen Ertrage

- schöfe, in deren Hand er gelegt wurde, einen Vierteltheil für sich behalten, die drey übrigen hingegen der Geistlichkeit, den Armen und der *fabrica ecclesiae* (dem Kirchengut nach unserm Sprachgebrauch, im Gegensatze des Pfrundgutes) jedes betreffenden Kirchspiels zufallen. Hieran lehrten sich jedoch die Bischöfe nicht; namentlich kam in der Folge ein großer Theil des Zehnten durch ihre Belehnung an Layen, von denen dann wieder einzelne Bestandtheile an Stifter und Klöster verschenkt wurden (S. E. F. Eichhorn, Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, §. §. 186 und 326). Erst bey der Kirchenverbesserung wurde der Staat durch Secularisation der geistlichen Güter Inhaber von Zehnten. Damals hatten diese durch den mannigfachen Wechsel der Berechtigten schon längst ihre kirchenrechtliche Natur verloren; es war nicht eine öffentliche Abgabe, sondern ein Privat-Vermögensrecht, das der Staat erwarb. Darum wurde auch von den damals und seither veräußerten geistlichen Gütern kein Zehnte mehr erhoben, obschon sie in Layenhände kamen. Endlich gab es früher schon in einigen Gegenden weltliche Zehnten, d. h. amtsherrliche Grundzinse, welche im zehnten Theil der Früchte bestanden. Diese waren mithin von Anfang an rein privatrechtlicher Natur. — In Beziehung auf das pflichtige Grundstück hat der Zehnte die Natur eines dinglichen Rechtes, wodurch das Eigenthum beschränkt, und sein Kaufwerth vermindert wird. Der Eigenthümer eines zehntfreien Grundstücks hat also vor dem eines zehntpflichtigen in so fern nichts voraus, als er das seinige zu desto höherm Preise hat ersehen müssen.

nahme, mittelbar als Steuerberechtigter durch die Zunahme des allgemeinen Wohlstandes.

Die Regalien haben in national-wirtschaftlicher Hinsicht die Natur von Auflagen*), d. h. sie bestehen in Lasten, die dem Privatvermögen zu Gunsten des Staates auferlegt werden. Die Beurtheilung ihrer Zweckmäßigkeit muß also bey beyden nach den nämlichen Grundsätzen geschehen.

Hier können wir allervorderst der Ansicht keineswegs beypflichten, daß die Hauptsache darin bestehe, Geld herbey zu schaffen, die Erhebungsart hingegen bloße Form, mithin etwas Außewesentliches sey. Wir könnten auch die Aufgabe des Souveräns nicht vorzugsweise darin finden, daß er überhaupt trachte, so wenig als möglich vom Volke zu erheben, die Bezugsart dagegen als eine untergeordnete Rücksicht hintansetze. Vielmehr hegen wir die vollendete Ueberzeugung, daß die zweckmäßige Vertheilung der Staatslasten ein Grundpfeiler des allgemeinen Wohls, und ein Staat, in welchem diese Aufgabe glücklich gelöst ist, nach Verhältniß seiner Kräfte zur Tragung desto schwererer Lasten befähigt sey, ohne daß die Nation wesentlich darunter leidet. Warum sollte also nicht jeder Staat diesem Zwecke einer billigen Vertheilung der Auflagen näher zu kommen trachten? — Man besorgt vielleicht, diese Leichtigkeit, dem Volke Lasten aufzulegen, könnte von der Regierung mißbraucht werden? Eine einsichtsvolle und kräftige National-Repräsentation, wie wir sie in unserer souveränen Landesbehörde besitzen, und in der Folge vielleicht in noch erhöhtem Maße besitzen

*) Mit einer einzigen, unten anzuführenden Ausnahme.

werden, verbunden mit einer angemessenen Oeffentlichkeit unserer Staatsrechnungen und mit der nun angebahnten Einrichtung eines Budget, werden uns gegen solchen Mißbrauch mehr als hinlänglichen Schutz gewähren. — Daß aber durch ein zweckmäßiges Auflagensystem der Staat in den Stand gesetzt werde, denjenigen Bedürfnissen der Nation, denen die Kräfte der Privaten, Gemeinden und Corporationen nicht gewachsen sind, wirksamen Vorschub zu leisten, und in Zeiten, wo die Freyheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes auf dem Spiele steht (und wo man wahrhaftig nicht Ruße hätte, erst noch das Auflagensystem von seinen Gebrechen zu heilen), durch große Nationalanstrengungen die drohende Gefahr abzuwenden: welcher Vernünftige und Wohlbedenkende sollte das nicht für etwas höchst Wünschbares halten?

Ganz gewiß wird keine Auflage auszubedenken seyn, die nicht mit diesem oder jenem Gebrechen behaftet wäre. Aber darf man aus Verzweiflung, das Beste nicht erreichen zu können, auch das Streben nach dem Bessern aufgeben? So wenig als derjenige zu rechtfertigen wäre, der in der Ueberzeugung, daß das Ideal der Tugend dem Menschen ewig unerreichbar sey, sich jedem Laster in die Arme werfen würde. Haben wir nicht Urtheilskraft genug, um aus mehreren Uebeln das kleinste zu wählen? und sollen wir es nicht, wenn es sich um nichts Geringeres als um das Wohl von Hunderttausenden handelt?

Welches sind nun aber die Erfordernisse einer Auflage, damit sie die allgemeine Wohlfahrt so wenig als möglich benachtheilige?

Zunächst soll sie von geringem Belang seyn, damit diejenige Classe, auf welche sie in letzter Instanz zu-

rückfällt, sie in jedem Fall leichter zu tragen vermöge, und die Pflichtigen sich weniger versucht fühlen, die Abgabe zu umgehen. Sie soll wenig Erhebungskosten erfordern; denn diese sind sowohl für die Abgabepflichtigen als für den Staat reiner Verlust. Sie soll billig, d. h. in der Regel nach Verhältniß des reinen Einkommens, auf die Steuerpflichtigen vertheilt, und Willkühr der Steuerpflichtigen sowohl als der Steuerbeamten möglichst ausgeschlossen seyn. Sie darf nicht der Reproduction schaden, d. h. weder die Capitalien angreifen, noch den Verkehr erschweren, noch die ersten Lebensbedürfnisse und rohen Stoffe vertheuern, noch sonst auf irgend eine Weise von Gewerbsthätigkeit zurückschrecken. Sie soll, so viel möglich, die Sittlichkeit im weitesten Sinne des Wortes befördern, und der Unsittlichkeit entgegen wirken. Im Zweifel endlich ist eine schon längst bestehende Abgabe einer neu einzuführenden vorzuziehen, weil die Steuerpflichtigen wie die Steuerbeamten an erstere gewöhnt sind, jene sie leichtern Muthes tragen, diese in der Erhebung mit größerer Geschicklichkeit zu Werke gehen.

Wir legen also diesen Maßstab an unsere Auflagen, und machen mit dem Regal des Gerichtswesens den Anfang.

Daß die den Verurtheilten auferlegten Bußen (beyläufig 13,300 Grfn. jährlich, wovon aber 10% von den Gerichtskanzleyen für den Bezug zurückbehalten werden) dem Staate als etwelche Vergütung für die Kosten der Rechtspflege zufallen, ist nicht unbillig. Die Mißbräuche, die in einem robern Zeitalter dieses Regal zu einer Hauptquelle des öffentlichen Einkommens machten, (wie z. B. in den gemeinen Herrschaften bis auf die Revolution) sind bey uns längst verschwunden; die

unmenschliche und für den Nationalwohlstand höchst nachtheilige Strafe der Vermögens-Einziehung ist durch die Helvetische Gesetzgebung abgeschafft. Freilich schmälern die Geldstrafen das Capital der Nation; aber dieses Bedenken muß der höhern Rücksicht der Gerechtigkeit, die ja auch eine mächtige Beschützerinn des öffentlichen Wohlstandes ist, weichen.

Die Gerichts- und Kanzleysporteln betragen ungefähr, jene 9,300, diese 2,700 Frkn. jährlich; von beyden zieht sich der vierte Theil als Provision für die Gerichtskanzleyen ab. Die erstern entrichtet in der Regel der unterliegende, die letztern der obsiegende Theil, weil er die Ausfertigung des gerichtlichen Spruches bedarf, um sein errungenes Recht geltend zu machen. Beydes sind Auflagen auf das Capital; denn selten wird jemand, bevor er sich in einen Rechtsstreit einläßt, berechnen, ob er die Kosten aus dem reinen Ueberschusse seiner Einnahmen über die Ausgaben zu tilgen vermöge, und zu diesem Ende die letztern beschränken. In dieser Hinsicht sind solche Sporteln nachtheilig, die Gerichtsgebühren überdieß wegen ihres zum Theil sehr hohen Betrags*). Auf der andern Seite ist nicht außer Acht zu lassen, daß es unbillig wäre, die Kosten der bürgerlichen Rechtspflege ganz auf das Gemeinwesen zu übernehmen, und, um die streitführenden Theile zu erleichtern, den übrigen Bürgern eine Last aufzubürden**). Der obsiegende Theil

*) Die einfache Spruchgebühr steigt bey einem Streitgegenstande von 6,400 Fr. und darüber in der zweyten Instanz bis auf 24 Fr.

**) Aus eben diesem Gesichtspunkte rechtfertigen sich die bey andern Stellen eingeführten, doch im Ganzen sehr mäßigen

entrichtet die Kanzleygebühr nicht ungern, weil der Spruch ihm zu seinem Rechte verhilft. Der unterliegende hat, wenn auf seiner Seite Streitsucht am Tage liegt, die Gerichtsgebühr als Buße verdient; im entgegengesetzten Fall hilft ihm der Gegner dieselbe tragen *), und beyde können dann solche als einen unglücklichen Zufall betrachten, der sie unverschuldet betroffen, wie Andere durch Naturereignisse u. dgl. zu leiden haben. Damit aber dieser Fall so selten, als möglich, eintrete, (da der Rechtsbedürftige ohnehin ein geplagter Mann ist, der vielfachen Geld- und Zeitverlust erleidet) ist sehr zu wünschen, daß auf Verminderung der Prozesse hingewirkt werde. Das Einzige, was dazu führen kann, ist die Herstellung einer consequenten Rechtspflege durch die Bemühungen wissenschaftlich gebildeter Richter und in der Folge durch successive Revision unserer lückenhaften Gesetzgebung, so wie auch, daß dem unterliegenden Theil bey erwiesener Streitsucht nicht nur die Gerichtskosten, sondern die vollständige Schadloshaltung des Gegners auferlegt werde.

Weit die wichtigste Einnahmequelle unsers Cantons bildet das Salzregal, von dem man sich für die Zukunft ein reines Einkommen von wenigstens 140,000 Frkn. verspricht. Davon würden indessen höchstens

Gebühren. Ohne sie, müßten die fixen Besoldungen erhöht werden. Die Gerichtsgebühren sind um so weniger brüderlich, als in der bürgerlichen Rechtspflege der Staat sich kein Monopol anmaßt, sondern schiedrichterliche Sprüche von Privaten zuläßt und handhabt.

*) S. Gesetz v. 15. Dec. 1803. Abschn. IV. §. 1. (Aelt. officielle Samml. Bd. 1. S. 190). Nach §. 5 ebendas. soll bey notorischer Armuth die Gerichtsgebühr erlassen werden.

120,000 Frkn. von dem jährlichen Ertrag der Auflage selbst herrühren, indem die Interessen der im Salzfond befindlichen Capitalien über 20,000 Frkn. betragen mögen. Der jährliche Salzverbrauch des Cantons steigt etwas über 30,000 Centner. Davon mögen ungefähr 12,000 den ordentlichen Bedarf der Haushaltungen, eben so viele den Bedarf der Viehzucht ausmachen, und der Ueberrest zum Luxus, und Fabricationsgebrauch (für gesalzenes Fleisch, Käse, chemische Bleicherei, Salzgeist-Fabrikation u. s. w.) dienen *). Von der Auflage fallen mithin ungefähr 48,000 Frkn. auf ein unentbehrliches Lebensbedürfnis, und erhöhen dadurch zum Theil den jährlichen Arbeitslohn. Im Durchschnitt würde diese Erhöhung 5 bis 6 fl. für die Person betragen; sie muß aber niedriger angenommen werden, weil der Salzverbrauch der einzelnen Haushaltungen sich wieder zum Theil nach dem Einkommen richtet, und der absolute Bedarf unter den von uns angenommenen Durchschnitt hinabsteigt. Dieser Theil der Auflage ist also, so lange sie nicht höher steigt, Verbrauchs- und Luxussteuer zugleich, und wird daher

*) Rechnet man auf die Person 6 Pf. jährlich, so ergibt sich für den ganzen Canton bey einer Bevölkerung von 220,000 Seelen der Betrag von 13,200 Etr.; mit 5 Pf. auf die Person ergeben sich 11,000 Etr. Wir haben den Durchschnitt genommen. Für das Stück Hornvieh haben wir im Durchschnitt 30 Pf. jährlich und den ganzen Viehstand zu 40,000 Stücken gerechnet. Wenn letztere Summe um 2,000 zu niedrig angesetzt ist (S. die Angabe des Viehstandes in dem gedruckten Berichte des Sanitätscollegiums an die Regierung vom Jahr 1827), so kann man dagegen annehmen, daß die runde Zahl von 30 Pf. auf das Stück etwas zu hoch sey. Für unsern Zweck können diese annähernden Berechnungen genügen.

mit Leichtigkeit und gleichsam unvermerkt getragen. Weniger gilt dieses von den 48,000 Frkn., die auf die Viehzucht fallen. Der Landbauer kann diese Auflage nicht auf den Preis seiner Erzeugnisse schlagen, weil mit der Erhöhung des Preises die Nachfrage sich anderswohin wenden würde, und leicht einen nachgiebigen Verkäufer fände, so lange nicht das Angebot der Waare im Ganzen abnimmt. Am allerwenigsten ließe sich die Auflage auf den Preis des Mastviehs schlagen, da die Fleischer, deren Gewerbe von obrigkeitlicher Bewilligung abhängt, eine geschlossene Körperschaft bilden, mithin den Preis des Viehs danieder halten können, so weit nicht dessen Ausfuhr, die hinwieder durch mancherley Umstände bedingt ist, sie zum Nachgeben nöthigt. Der Bauer muß also diesen Theil der Salzaufgabe in der Regel selbst tragen, und er wird es so lange thun, als nicht eine unmäßige Erhöhung derselben ihn zwingt, eine andere, als die naturgemäße, d. h. für ihn selber vortheilhafteste, Art der Landescultur zu ergreifen. Glücklicher Weise ist dieses gegenwärtig nicht der Fall; aber vergessen sollte man nie, was für eine bedeutende Last mittelst dieser Auflage auf dem Viehzucht treibenden Landmann ruht, und ihn bey andern Auflagen desto eher begünstigen. — Was endlich den eigentlichen Luxus, und Fabrikationsverbrauch des Salzes betrifft, so lastet die dießfällige Auflage von beyläufig 24,000 Frkn. theils auf der im Lande selbst verbrauchten Waare, mithin auf einem Luxus-Artikel, den der Consument gar leicht etwas theurer bezahlt, theils auf der nach dem Auslande geführten, deren Absatz aber darunter nicht leidet, weil die Auflage in den übrigen Ländern, die diese Waare ausführen, gleichfalls vorhanden ist.

Diese Allgemeinheit der Salzaufgabe, so wie ihr es Alter, tragen vorzüglich zu ihrer Empfehlung. So lange sich der Staat mit einem mäßigen Gewinn begnügt, und nicht den Preis gewaltsam in Höhe halten will (wovon Einschwörungen, geringe Strafurtheile und Schwächung des Ertrags die unzweckliche Folge wären, schlimmerer Dinge nicht gedenken*), wird diese Aufgabe ohne Mißvergnügen getragen, und die daherige Einnahme vermehrt mit den Fortschritten der Bevölkerung und des Wohlstandes.

Der Ertrag des Post-Regals, welcher wesentlich von den Briefposten herrührt, wird größtentheils

*) Zu dem Bauernaufstande von 1653 trugen vornehmlich die übertriebenen Salzpreise bey; ebenso beförderte in Frankreich die unmäßig gesteigerte Gabelle im J. 1789 die Aufstände des Landvolks. Bemerkenswerth ist der Umstand, daß in den pays de gabelle verhältnißmäßig nur halb so viel Salz verbraucht wurde, als in den Provinzen, wo der Salzhandel frey war. S. des trefflichen Jean Baptiste Say traité d'économie politique, t. II. p. 337 (4me édition. Paris 1819). Man könnte einwenden, bey völliger Freyheit des Salzhandels würde der sich damit befassende Kaufmann nicht minder einen Gewinn haben wollen, als gegenwärtig der Staat, mithin der Consument durch Abschaffung des Regals in keine günstigere Lage versetzt werden. Allein das wäre unrichtig geschlossen, indem durch die Concurrenz der Verkäufer die Preise allerdings bedeutend sinken müßten. Gesezt aber, dieß würde nicht der Fall seyn, so bliebe immer noch der wesentliche Unterschied, daß der Gewinn des Privaten in der Regel productiv, der des Staates unproductiv angewandt wird, jener mithin dem National-Wohlstande zu gut kommt, dieser nicht. Das Nämliche gilt vom Post-Regal.

von der Kaufmannschaft entrichtet, welche diese Auflage nur ausnahmsweise auf den Preis der Waare schlagen und dadurch auf den Consumenten wälzen kann. Wenn daher das kaufmännische Publikum sich nicht ganz mit Unrecht über diese Last beschwert, so trifft hingegen der Vorwurf, zu deren Erhöhung beigetragen zu haben, den hiesigen Stand nur in geringem Maße. Denn ungeachtet derselbe auch die Posten der Stände Schwyz und Thurgau, und gemeinsam mit Luzern die der Stände Uri und Tessin gepachtet hat, kann doch dieses Post-Arrondissement verhältnißmäßig nur als sehr beschränkt angesehen werden; und daß sich die hiesige Regierung der Steigerung der Brief-Taxen von Seite benachbarter Post-Administrationen stets mit Nachdruck, wenn auch nicht immer mit Erfolg, widersezt habe, ließe sich vielfach nachweisen. In keinem Fall ist der Betrag dieser Auflage, so weit sie dem hiesigen Stande als *reiner Gewinn* zufließt, von solcher Bedeutung, daß die mittelst derselben auf die Contribuenten fallende Last irgend einem Zweige des Handels oder der Fabrikation eine künstliche, an sich weniger vortheilhafte Richtung geben könnte. Ueberhaupt hat es den Anschein, daß dieser Zweig unsers Staatshaushaltes mit vorzüglicher Einsicht und Gewandtheit verwaltet werde, wie es der Vortheil dieses Gewerbestandes erheischt.

Gleichfalls im Interesse des Gewerbflusses hat sich unser Stand zum Grundsatz gemacht, die Zölle, Weg- und Brückengelder weder zu vermehren noch zu erhöhen, sondern sie vielmehr, wenn es im Einverständnisse mit anderen Ständen geschehen kann, zu beschränken. Darum war er einer derjenigen, welche den von dem einsichtsvollen und vaterländisch gesinnten Herrn Joh. Caspar Zellweger bearbeiteten Entwurf einer

Absetzung der Durchgangsgebühren auf der Straße
 Rorschach nach Genf, so wie auf allen weiter nord-
 westlich liegenden Straßenzügen, hervorriefen und kräftig
 unterstützten, bis solcher endlich an kleinlichen und
 verstandenen Cantonal-Interessen scheiterte. Auch
 Auflagen fallen vornehmlich auf Gegenstände des
 häuslichen Verkehrs, und erhöhen deren Preis,
 besonders wenn sie schon auf den rohen Stoffen erhoben
 werden, weil hier der Fabrikant die Auflage, die
 größern Sendungen und vollends auf dem ganzen
 Verkehrsverkehr ein Capital vorstellt, vorschießen und
 sich sammt den Zinsen wieder auf dem Fabrikate
 erheben muß. Vorzüglich gilt dieses von den Zöllen,
 die sich in der Regel nach dem Werth der Waaren
 bemessen, weniger von den Weg- und Brückengeldern,
 bei denen das Gewicht (die Zahl der Pferde
 u. s. f.) als Maßstab dient. Begnügt sich indessen der
 Staat mit einer mäßigen Auflage, so verschwindet
 der Nachtheil, und die Finanzen selbst befinden sich
 desto besser, weil die Zunahme des Verkehrs den Minus-
 trag der Abgabe reichlich ersetzt. Besonders sind
 die Weggelder auf den großen Land- und Handels-
 straßen eine nicht nur billige, sondern, wenn der
 Erlös wirklich auf den Unterhalt der Straßen und
 Brücken verwendet wird, eine nützliche Auflage, indem
 die Erleichterung des innern Verkehrs für das National-
 Wohl gewinnbringend ist, mithin der Nation un-
 ersparbar wieder erspart wird, was man ihr auf einer
 andern Seite entzogen hat. Nur muß man verhüten,
 nicht mit dem Geldopfer noch Zeitversäumniß ver-
 sehen. Plackereien, wodurch die Waarensendungen
 unterwegs aufgehalten werden, hohe Zölle und
 schlechte Straßen sind, wie leider die neuesten Erfah-

rungen in unserm Vaterlande darthun, das wirksamste Mittel, den kaufmännischen Zwischenverkehr aus einem Lande wegzuleiten, und alle daraus herfließenden Vortheile den klügern Nachbarn zuzuwenden *).

*) Nach der Vermittlungs-Acte, Art. 5 und 6, hätten alle Zölle im Innern der Schweiz abgeschafft werden sollen; denn es hieß dort:

Aucun droit d'octroi, d'entrée, de transit ou de douane ne peut être établi dans l'intérieur de la Suisse. Les douanes aux limites extérieures sont au profit des cantons limitrophes de l'étranger; mais les tarifs doivent être soumis à l'approbation de la diète.

Chaque canton conserve les péages destinés à la réparation des chemins, chaussées et berges des rivières. Les tarifs ont également besoin de l'approbation de la diète.

Unverkennbar ging die Absicht des Vermittlers dahin, den innern Verkehr von allen Hemmungen zu befreien, und einzig die Grenzzölle gegen das Ausland und die Weg- und Brückengelder bezubehalten. Allein schon die Tagsatzung vom J. 1803 legte diese Bestimmungen der Vermittlungs-Acte dahin aus, daß keine neuen Zölle im Innern der Schweiz errichtet werden dürften, alle bisherigen Zölle hingegen, seien sie Grenz- oder innere Zölle, wosern keine besondern Beschwerden dagegen geführt würden, und sie nicht in andern Hinsichten dem Geist der Vermittlungs-Acte zuwiderliefen, bezubehalten seien. Sie bestätigte daher jedem Canton seine bisherigen Zolltariffe auf ein Jahr, lud aber zugleich die Regierungen ein, innerhalb Jahresfrist alle diese Tariffe mit der Vermittlungs-Acte in Uebereinstimmung zu bringen; ein Auftrag, dem nur theilweise und unvollständig entsprochen wurde.

Bergebens bemühten sich auf den folgenden Tagsatzungen einige wenige Stände, namentlich Glarus (welches keine eigentlichen Zölle besitzt, und dagegen einen sehr ausgebehten Handelsverkehr hat), den wahren Sinn der Vermittlungs-Acte

Es verdient ehrenvolle Erwähnung, daß unser Stand dem Münz-Regal keinen so mäßigen oder so gut als keinen Gebrauch macht, und daß er sich nicht durchs Beispiel so mancher andern Cantone hat verleiten lassen, das Ausprägen von Scheidemünze als Erwerbstreiben. Die nachtheiligen Folgen hiervon liegen nun Tage; wohl unserm Canton, daß er solche bittere nicht zu schmecken hat. Nichts ist billiger, als daß der Staat in dem Schlagschlag vollständige Schadhaltung für die Prägungskosten finde. Sucht er einen Gewinn darauf, so schwächt er das Capital Nation, indem er ihr einen geringern Werth gegen höhern aufdringt, und, was noch mehr ist, er wächt den Glauben an die Rechtlichkeit der Regierung.

geltend zu machen. Die große Mehrzahl der Cantone konnte sich nicht entschließen, ihre einträglichen Zölle dem allgemeinen Wohlstande zum Opfer zu bringen, und fuhr fort, die bisherigen Tariffe sämmtlicher Stände von Jahr zu Jahr zu bestätigen, mit Ausnahme derer, gegen welche besondere Beschwerden vorgebracht wurden. Zugleich bewilligte man mehrere neue Weg- und Brückengelder. Im J. 1806 wurde eine Eidgenössische Commission mit dem Auftrage niedergesetzt, ein mit den Grundsätzen der Vermittlungs-Acte in Einklang stehendes, umfassendes Zollsystem für die ganze Schweiz auszuarbeiten. Dieß geschah, und zwar so, daß die Commission, dem wahren Sinne der Vermittlungs-Acte sich wieder nähernd, auf wesentliche Vereinfachung der bisherigen Einrichtungen und in's Besondere auf Abschaffung der an den Haupt-Transit-Straßen errichteten Zölle und Ersetzung derselben durch Weg-, Brücken- und Kaufhausgelder antrug. Allein nachdem dieses Gutachten im J. 1810 der Tagsatzung vorgelegt worden, erhielt es nur die Zustimmung der Min-

Von dem Bergwerks-Regal hat unser Canton bis dahin gleichfalls nur einen sehr beschränkten Gebrauch gemacht, im Ganzen mit mehr Verlust als Gewinn, wovon indessen die Schuld zum Theil in zufälligen Verhältnissen lag. Nichts desto weniger scheinen diese Erfahrungen darzuthun, daß in Zukunft vorsichtige Verpachtung dem Grundsatz der Selbstverwaltung vorzuziehen seyn möchte. Daß das Regal als solches dem allgemeinen Wohlstande zuträglich sey, beweist das entgegengesetzte Beispiel des Cantons St. Gallen, wo das Braunkohlenflöz bey Uznach durch Raubbau von Privaten großen Theils verderbt wurde, weil der Regierung keine rechtlichen Mittel zu Gebote

derheit der Stände; die übrigen nahmen es Jahr für Jahr ad referendum, und fuhren zugleich mit der jährlichen Bestätigung der bisherigen Tariffe und der Bewilligung neuer Weggelder fort. Zuletzt war die definitive Berathung jenes Gutachtens auf die Tagsatzung des J. 1814 angesetzt, als der Umsturz der Vermittlungs-Acte dazwischen kam. Der neue Bundesvertrag verordnete dann, Art. XI.:

„Die dormalen bestehenden, von der Tagsatzung genehmigten Zölle, Weg- und Brückengelder verbleiben in ihrem Bestand. Es können aber ohne Genehmigung der Tagsatzung weder neue errichtet, noch die bestehenden erhöht, noch ihr Bezug, wenn er auf bestimmte Jahre beschränkt war, verlängert werden.“

Auf solche Weise wurde der Status quo von der Eidgenossenschaft förmlich gewährleistet. Die neuern Verhandlungen über diesen Gegenstand, deren oben im Texte erwähnt worden, setzen wir als bekannt voraus. Sie haben wenigstens die wohlthätige Folge gehabt, daß seither bey Bewilligung neuer Weg- und Brückengelder mit größerer Vorsicht, als früher, verfahren wird.

standen, eine bergmännische Benutzung einzuleiten *). Bei dem zunehmenden Holzmangel (da die Forstwirtschaft in den Gebirgskantonen leider in gleichem Maße sich verschlechtert, wie der Holzverbrauch für industrielle Zwecke in unsern Gegenden zunimmt), bilden die unterirdischen Schätze unsers Cantons einen kostbaren Reservesfond für unsere Fabriken und Gewerbe.

Die Landrechtsgebühren oder Schirmgelder sind das einzige Regal, welches nicht die Natur einer Auflage hat. Sie sind ein Kaufpreis, den der in's Landrecht Aufgenommene für Befugnisse entrichtet, die einen nicht bloß ihm selber eingegebenen, sondern von der öffentlichen Meinung anerkannten und wirklich gewinnbringenden (productiven) Werth ausmachen. Sie entziehen also dem Privaten eine Geldsumme, die ein Capital repräsentirt; aber sie bringen ihn damit nicht um das Capital selbst. Im Gegentheil, der Werth, den er für die Geldsumme einnimmt, ist für ihn ein nützlicheres Capital, als diese; sonst hätte er, der sich ganz gewiß auf seinen eigenen Vortheil wohl versteht, den Austausch nicht gesucht. Das Gleiche gilt vom Staate als Verkäufer des Landrechts. Der allgemeine Wohlstand aber gewinnt bei diesem Geschäft, wie bei einem Austausch unter Privaten, doppelt; sowohl der Gewinn des Käufers als der des Verkäufers kommen ihm zu gut **).

*) Man sehe hierüber die Bemerkungen eines Sachkundigen in der Schweiz. Monatschronik J. 1825, S. 219.

**) Unser Vaterland befindet sich in dieser Hinsicht in einer ganz eigenthümlichen Lage. Bepnahe in allen Europäischen Staaten haben die Regierungen von jeher sich bemüht, die Zahl ihrer Untertanen, so viel möglich, zu vermehren. Schon

er Theil des National-Capitals. Am unzweydeutigsten ergibt sich dieses daraus, daß der Souverän nicht den Genuß der Jagd mit einer Auflage belegt, sondern auch einzelne Gegenden von diesem Genuße

Bürgerrecht nur um einen seinem Werthe entsprechenden Preis erteilte? Dieser Grundsatz findet sich in unsern Gesetzgebungen noch gegenwärtig, und mit Recht. Wir reden hier nicht von der Niederlassung; vielmehr halten wir dafür, daß diese sammt allen Rechten der individuellen und bürgerlichen Freyheit, wenn nicht Mangel an Erwerbsmitteln, Unsittlichkeit oder der Grundsatz des Gegenrechtes im Wege stehen, Jedem zu gestatten sey. Das Staatsbürgerrecht hingegen ist ein Gegenstand von höherm Belang. Durch dasselbe erwirbt sich der Fremde (z. B. in unserm Canton) einerseits ein Gut von moralischem Werthe, indem er Theilhaber wird an den durch unsere Verfassung dem Aktiv-Bürger gewährleisteten Rechten der politischen Freyheit (des Antheils an den öffentlichen Geschäften); anderseits erhält er Aussicht auf ökonomischen Gewinn, indem er zum Mitgenuße der zahlreichen öffentlichen Stiftungen gelangt, auch ihm und seinen Nachkommen der Zutritt zu Stellen geöffnet wird, an denen sie ihre Kenntnisse und Geschicklichkeiten für sich selbst gewinnbringend machen können. Gleiche Vortheile, nur in engerm Kreise, verschafft ihm das Gemeindegemeinschaftsrecht, dessen Erwerbung ihm der Staat durch die Landrechtsertheilung bestätigt; es enthebt ihn, als Antheilhaber am Gemeindgute, mancher örtlichen Lasten, und verheißt ihm Unterstützung auf den Fall unverschuldeter Verarmung. Mit Einem Worte, er erhält eine Heimath in derjenigen juristisch und moralisch verstärkten Bedeutung, die der Schweizer mit diesem geliebten Nahmen verbindet. Seine bisherige precäre Lage (so lange er die bloße Niederlassung genoß) wird consolidirt; er hat nicht mehr zu besorgen, durch irgend eine politische Maßregel aus dem Lande verwiesen zu

nen. Dieser Auflage sind in Folge einer Verordnung des kleinen Rathes vom 5. März 1816 alle Räderwerke unterworfen, die an Gewässern errichtet werden, welche nicht in erweisliches Privat-Eigenthum übergegangen. Der Besteuerungsfuß beträgt 1 bis 2 Mütt Kernen für die zur Betreibung einer einfachen Mahlmühle erforderliche Wasserkraft. Durch diese wichtige Verordnung hat sich der Staat an der Triebkraft sämtlicher Gewässer, mit Vorbehalt erwiesener Privat-Rechte, ein ausschließliches Benutzungsrecht zugeeignet; er hat eine für die Production (in national-wirthschaftlichem Sinne) höchst wirksam anzuwendende Naturkraft zu seiner ausschließlichen Verfügung gestellt. Die Privaten, welche diese Naturkraft vom Staate erblebensweise übernehmen, sind genöthigt, den Preis ihrer Fabrikate nach Verhältniß des Wasserrechtszinses zu erhöhen. Da aber auf der andern Seite das Hoheitsrecht des Staates sie gegen alle Verluste schützt, welche ihnen durch Schmälerung des Wasserzuflusses zugefügt würden, wenn Jeder nach Belieben die Gewässer ableiten oder zurückhalten dürfte: so wird jener Nachtheil wesentlich gemildert und der natürliche Preis der Fabrikate beynabe wieder hergestellt *). Nur soll der Staat, was übrigens sein eigener Vortheil erheischt, in die Bewilligung neuer Wasserwerke, so weit ihn nicht eingegangene Verpflichtungen binden, keinerlei Schwierigkeiten legen, damit den Consumenten durch möglichste Concurrenz der Producenten die Wohlfeilheit der Fabris

*) Ein Privat-Eigenthümer könnte bey uns diesen Schutz selten gewähren. Das Grundeigenthum ist zu zerstückelt und die Rechtsübung hinsichtlich der Benutzung der Gewässer zu schwankend; Gesetze sind darüber keine vorhanden.

late gesichert bleibe. Unter dieser Bedingung und so lange die Auflage nicht erhöht wird, kann sie als unschädlich angesehen werden.

In so fern man endlich die Fischerey als Regal ansieht *), muß man die daberigen Pachtzinse in nationalwirthschaftlicher Hinsicht für eine den Consumenten auferlegte Luxussteuer erklären, die nicht zu hoch gesteigert werden darf, wenn man nicht eine übermäßige Erhöhung der Fischpreise und dadurch häufige Fischereysfrevel und gehässige Sicherungsmaßnahmen der Pächter herbeiführen will. Indessen ist dieses um so weniger zu besorgen, als der Staat bey erhöhten Pachtzinsen kaum noch einen Pächter fände.

Zu den eigentlichen Auflagen (im staatsrechtlichen Sinne) übergehend, verweilen wir zuerst bey der Stempelgebühr.

Hier sind wesentlich zu unterscheiden die Gebühr vom Stempelpapier, der Zeitungstempel und der Stempel von den Viehgesundheitscheinen.

*) In den Bächen war die Fischerey bey uns ursprünglich nicht Regal, und wo der Staat solche Fischenzen besitzt, hat er sie als grundherrliches Recht erworben. Anders verhält es sich mit der See- und Flußfischerey. So bestätigte Kaiser Carl IV. der Stadt Zürich im J. 1362 das, angeblich von einer Verleihung Otto's I. vom J. 936 herrührende, ausschließliche Nutzungsrecht an „des heil. Römischen Reiches Zürichsee.“ (J. Müller, Geschichte d. Eidgenossenschaft, Bd. II. S. 274, Ausg. vom J. 1786). Erst durch das Gesetz vom 20. Dec. 1809 wurde dem Staat ein ausschließliches Fischereyrecht in allen Gewässern ohne Ausnahme, so weit nicht erweisliche Eigenthumsrechte entgegenständen, ausdrücklich zugesprochen.

dem Landmann schöneres Vieh verschaffen, ohne daß er um desswillen mehr Auslagen hat.

Die Erhebung einer besondern, permanenten Handelsabgabe rechtfertigt man gewöhnlich damit, daß die Kaufmannschaft von verschiedenen kostspieligen Staatsanstalten, wie z. B. von den Straßen und Brücken, ausgedehntem Gebrauch mache, und mit deren Hülfe ihre Capitalien gewinnbringender anwende, als irgend ein anderer Stand. Schon vor der Staatsumwälzung, als die Bürgerschaften der Städte Zürich und Winterthur zum Handel mit dem Auslande ausschließend berechtigt waren, erhob der Staat von dem hiesigen Handelsstande eine Ein- und Ausgangs-Gebühr unter dem Namen des Pfundzolls und ein Fabrik-Schirmgeld. Um so billiger fand man die Beibehaltung einer solchen Abgabe unter der neuen Ordnung der Dinge. Der wahre und einzige Grund indessen, warum diese Abgabe immer fortbesteht, ohne merklichen Widerspruch zu erleiden, liegt einfach darin, daß die Kaufmannschaft selbst die Ueberzeugung hegt, es sey der Handel eine Hauptquelle unsers Wohlstandes, die zwar nicht immer regelmäßig fließt, bisweilen etwas stocken, niemals aber völlig versiegen kann, so lange nicht die Umsicht, Thätigkeit und Rechtlichkeit, welche unsern Handelsstand im Ganzen auszeichnen, durch die entgegengesetzten Eigenschaften verdrängt werden. Was ist natürlicher, als daß der Staat aus dieser reichen Quelle auch einen Tropfen schöpfe? muß er doch das Geld da suchen, wo er es weiß. Oder wie verfährt man in dieser Hinsicht anderswo? Man sucht sich meistens durch die beliebten indirecten Auflagen, Ein-, Aus- und Durchgangszölle, Einregistrirungsgebühren, hohe Stempelgebühren u. dgl. zu helfen, plagt und

ängstigt damit das ganze Land, und den Kaufmann am allermeisten. Unsere einsichtsvollen und ihren Vortheil wohl verstehenden Kaufleute würden, wir sind es überzeugt, ihre gelinde directe Steuer nicht an solche Hudeleyen tauschen.

Auf welche Weise die Handelsabgabe am zweckmäßigsten zu erheben sey, maßen wir uns nicht an, zu entscheiden. Bisber erhob das Gesetz die Steuer nach Verhältniß des Handelskapitals. Man hat dieß vielfach, und mit Recht, gerügt, weil der Ertrag der Capitalien, je nach den Zeitumständen und der Beschaffenheit der verschiedenen Handelszweige, höchst ungleich ist, eine solche Steuer aber sich billiger Maßen nach dem Ertrage richten soll. Zudem hat die seit 1822 aus der Mitte des Kaufmannsstandes jährlich gewählte Taxationscommission die gesetzliche Grundlage in manchen Fällen unanwendbar gefunden, weil ihr das Capital des Steuerpflichtigen durchaus unbekannt war, und sie höchstens den Umfang seines Verkehrs annähernd ausmitteln konnte. Einzig die ihr vom Gesetzgeber eingeräumte Befugniß, den Steuerbeytrag jedes Einzelnen lediglich nach ihrer Ueberzeugung zu bestimmen, half ihr aus dieser Verlegenheit. Manchem Kaufmann mochte es auch unangenehm seyn, den Bestand seines Capitals Uneingeweihten kund werden zu lassen. Aus allen diesen Gründen wurde im neuesten Gesetzesentwurfe der Betrag des jährlichen Geschäftsverkehrs als Grundlage der Steuer aufgestellt. Bey den Waaren- und Fabricationsgeschäften könnte dieser Betrag durch Nachfrage in den Kaufhäusern annähernd in Erfahrung gebracht werden; nicht so bey den Banquiers und andern Handelszweigen, für die also theils das Capital als Steuer-Object beybehalten, theils eine andere Grund-

dem Landmann schöneres Vieh verschaffen, ohne daß er um deßwillen mehr Auslagen hat.

Die Erhebung einer besondern, permanenten Handelsabgabe rechtfertigt man gewöhnlich damit, daß die Kaufmannschaft von verschiedenen kostspieligen Staatsanstalten, wie z. B. von den Straßen und Brücken, ausgedehntern Gebrauch mache, und mit deren Hülfe ihre Capitalien gewinnbringender anwende, als irgend ein anderer Stand. Schon vor der Staatsumwälzung, als die Bürgerschaften der Städte Zürich und Winterthur zum Handel mit dem Auslande ausschließend berechtigt waren, erhob der Staat von dem hiesigen Handelsstande eine Ein- und Ausgangs-Gebühr unter dem Namen des Pfundzolls und ein Fabriks-Schirmgeld. Um so billiger fand man die Beybehaltung einer solchen Abgabe unter der neuen Ordnung der Dinge. Der wahre und einzige Grund indessen, warum diese Abgabe immer fortbesteht, ohne merklichen Widerspruch zu erleiden, liegt einfach darin, daß die Kaufmannschaft selbst die Ueberzeugung hegt, es sey der Handel eine Hauptquelle unsers Wohlstandes, die zwar nicht immer regelmäßig fließt, bisweilen etwas stocken, niemals aber völlig versiegen kann, so lange nicht die Umsicht, Thätigkeit und Rechtlichkeit, welche unsern Handelsstand im Ganzen auszeichnen, durch die entgegengesetzten Eigenschaften verdrängt werden. Was ist natürlicher, als daß der Staat aus dieser reichen Quelle auch einen Tropfen schöpfe? muß er doch das Geld da suchen, wo er es weiß. Oder wie verfährt man in dieser Hinsicht anderswo? Man sucht sich meistens durch die beliebten indirecten Auflagen, Ein-, Aus- und Durchgangszölle, Einregistrirungsgebühren, hohe Stempelgebühren u. dgl. zu helfen, plagt und

ängstigt damit das ganze Land, und den Kaufmann am allermeisten. Unsere einsichtsvollen und ihren Vortheil wohl verstehenden Kaufleute würden, wir sind es überzeugt, ihre gelinde directe Steuer nicht an solche Hudeleyen tauschen.

Auf welche Weise die Handelsabgabe am zweckmäßigsten zu erheben sey, maßen wir uns nicht an, zu entscheiden. Bisber erhob das Gesetz die Steuer nach Verhältniß des Handelskapitals. Man hat dieß vielfach, und mit Recht, gerügt, weil der Ertrag der Capitalien, je nach den Zeitumständen und der Beschaffenheit der verschiedenen Handelszweige, höchst ungleich ist, eine solche Steuer aber sich billiger Maßen nach dem Ertrage richten soll. Zudem hat die seit 1822 aus der Mitte des Kaufmannsstandes jährlich gewählte Taxationscommission die gesetzliche Grundlage in manchen Fällen unanwendbar gefunden, weil ihr das Capital des Steuerpflichtigen durchaus unbekannt war, und sie höchstens den Umfang seines Verkehrs annähernd ausmitteln konnte. Einzig die ihr vom Gesetzgeber eingeräumte Befugniß, den Steuerbeytrag jedes Einzelnen lediglich nach ihrer Ueberzeugung zu bestimmen, half ihr aus dieser Verlegenheit. Manchem Kaufmann mochte es auch unangenehm seyn, den Bestand seines Capitals Uneingeweihten kund werden zu lassen. Aus allen diesen Gründen wurde im neuesten Gesetzesentwurfe der Betrag des jährlichen Geschäftsverkehrs als Grundlage der Steuer aufgestellt. Bey den Waaren- und Fabrikationsgeschäften könnte dieser Betrag durch Nachfrage in den Kaufhäusern annähernd in Erfahrung gebracht werden; nicht so bey den Banquiers und andern Handelszweigen, für die also theils das Capital als Steuer-Object beybehalten, theils eine andere Grund-

lage gesucht werden mußte. Abgesehen von dieser unvermeidlichen Folgewidrigkeit konnte der Gesetzesvorschlag noch in einer andern Hinsicht Bedenken erregen. Mancher thätige Mann, der im Kleinen fabricirt und speculirt, und sich mit einem sehr mäßigen Gewinn begnügt, steht sich durch baare Bezahlung oder sehr kurze Zahlungstermine in den Stand gesetzt, sein Capital doppelt und drey Mahl so häufig umzusetzen, als der Großhändler, der in der Regel auf mehrere Monate Credit geben muß, um seine Preisse aufrecht halten zu können. Müßte nun die Summe des jährlichen Verkehrs versteuert werden, so würde das reine Einkommen des Ersten verhältnißmäßig weit stärker belegt, als das des Letztern; und doch soll sich jede Gewerbesteuer, so viel möglich, nach dem reinen Einkommen richten. Dieses Erforderniß vermissen wir auch bey dem Patentsystem, das sich sonst, wann es einmal eingeführt wäre, vor dem bisherigen, für die Expertencommission ungemein lästigen Verfahren durch seine Einfachheit empfehlen würde. Wenn man nicht die Zahl der Classen sehr weit ausdehnt, sind Unbilligkeiten unvermeidlich; es wäre denn, daß ein zu hoch Geseßter sich durch die Ehre entschädigt fände, vor der Finanzcommission und vor dem kaufmännischen Publicum in so vornehmer Gesellschaft zu erscheinen. Auf jeden Fall wird es nicht nur am billigsten, sondern für den Staat selbst am vortheilhaftesten seyn, diejenige Bezugsart zu wählen, welche sich die Kaufmannschaft am liebsten gefallen läßt; denn mehr oder weniger wird diese Abgabe immer ein don gratuit seyn, d. h. man wird mit guter Manier fordern müssen, da man einen eisernen Zepher weder schwingen wollte noch könnte.

Uebrigens ist es wesentlich der Handelsstand selbst, der diese Abgabe in erster und letzter Instanz trägt. Am anschaulichsten wird dieses, wenn wir annehmen, die Abgabe würde erst eingeführt, oder sie würde erhöht. Von dem Ausländer dürfte der Kaufmann keine höhern Preise fordern, ohne Gefahr zu laufen, die Concurrency mit den Verkäufern anderer Länder aufgeben zu müssen. Den inländischen Consumenten dürfte er die Preise eben so wenig steigern; denn in den Luxusartikeln würde sogleich die Nachfrage abnehmen, in den unentbehrlichen die Concurrency der Kaufleute selbst und der Einfluß benachbarter Handelsplätze die frühern Preise wieder herstellen. Einzig wenn die Abgabe bis auf einen solchen Grad gesteigert würde, daß viele kleinere Handelsleute ihre Geschäfte einstellen müßten, größere die übrigen wenigstens zu beschränken für gut fänden, mithin die Concurrency der Verkäufer abnähme, könnten diese einen Theil der Abgabe auf die Consumenten wälzen. Wie sehr der Staat durch solchen Druck sein Einkommen schmälern würde, ist einleuchtend. Auch hier belohnt Mäßigung sich selbst*).

Eine solche direkte**) Handelsabgabe hat vor einer Ein- und Ausgangsgebühr, wie sie im Jahr 1808 vorgeschlagen wurde, entschiedene Vorzüge. Der Staat hat bey letzterer bedeutende Bezugskosten. Der redliche

*) „L'écrivain honnête homme est heureux de pouvoir prouver, que la modération n'est pas une duperie." Say, Traité d'écon. politique.

**) Unrichtig nennen unsere Gesetze die Handels- und Wirthschaftsabgabe bisweilen indirekte Auflagen. Diese Benennung gebührt nur solchen, die, ohne Rücksicht auf Person und Vermögen oder Erwerb des Steuerpflichtigen, bloß nach Maß-

Kaufmann wird, wenn die Gebühr von einiger Bedeutung ist, durch Einschwätzungen des unredlichen, der um so wohlfeiler verkaufen kann, geschädigt. Das consumirende Publikum endlich muß seine Bedürfnisse theurer bezahlen; denn gesetzt auch, durch Einschwätzungen und Abnahme der Nachfrage können die Preise wieder um etwas sinken, wird auf der andern Seite mancher Handelsmann durch die Auflage bewogen, den dießfälligen Artikel wegen verminderter Aussicht auf Gewinn ganz oder theilweise aufzugeben, und durch diese Abnahme des Angebothes wird den übrigen Verkäufern die Möglichkeit verschafft, wenigstens einen Theil der Auflage auf den Preis der Waare zu schlagen*). Ein großer Vorzug der gegenwärtigen Hans

gabe seiner Consumption und auf dem Gegenstand derselben bezogen werden. Dahin gehören bey uns alle Regalien, welche die Natur von Auflagen haben (die Bußen und Gerichtsgebühren ausgenommen), ferner die Stempelgebühr, Hundesteuer und das Ohmgeld von fremden Weinen.

- *) Die verfassungsmäßige Eidgenössische Grenzgebühr ist von so geringem Belang, daß bey ihr diese Nachtheile nicht eintreten können. Auch hat der Widerstand, den die handeltreibenden und Grenz-Cantone jeder Verlängerung derselben entgegen setzen, seinen Grund nicht so fast in den Wirkungen der gegenwärtigen Auflage, als in einer zum Grundsatz erwachsenen Abneigung gegen ein System, von welchem man nachtheilige Ausdehnungen (nach dem Bepspiel anderer Staaten) besorgt. Daß diese Besorgnisse nicht ungegründet seyen, hat seiner Zeit das vielbesprochene Retorsionsgeschäft bewiesen, und beweisen gegenwärtig noch die zum größten Nachtheil des innern Verkehrs von mehreren Cantonen beybehaltenen Consumo-Zölle. Uebrigens haben wir oben nur die ökonomischen Nachtheile hoher Ein- und Ausgangsgebüh-

Abgabe besteht eben darin, daß sie nicht ausschließ-
 lich einzelne Artikel, sondern den gesammten kauf-
 männischen Erwerb beschlägt, und dadurch, daß Alle
 verhältnißmäßig tragen, den Einzelnen so erleich-
 tert, daß von ihm nie eine wesentliche Belästigung auf
 das Publikum fallen kann, was hingegen bey einer
 willkürlichen Auflage darum der Fall wäre, weil der
 Kaufmann durch Aufgeben oder Reduction des beleg-
 ten Handelszweiges das Angeboth vermindern könnte.
 Von allen Bezugsarten aber, wie wir wiederhohlen es, ist
 die Besteuerung das Hauptbedingniß eines gedeihlichen
 Bestandes dieser Abgabe.

Daß die Wirthschaftsabgabe kein don gra-
 tisey, ist schon aus der eben nicht sehr zarten Ma-
 ße zu schließen, wie der große Rath jüngsthin den
 festigen Betrag derselben festgesetzt hat. Die Gründe
 davon sind oben angeführt worden. Gleichfalls haben
 wir bemerkt, daß man bey Entwerfung der letzten Ge-
 setzvorschläge über diese Abgabe von der Ansicht aus-
 gieng, die Wirths gewinnen mittelst des ihnen
 erlaubten kleinern Maßes auf dem Ausschanken der
 Getränke zehn Procent, die sie an den Staat zu ent-
 zahlen haben. Dieses scheint uns in so fern unrichtig,
 wenn man in dem kleinern Maße die Ursache dieses
 Gewinns suchen wollte, da es doch bloß die Veran-
 lassung und den Vorwand dazu gegeben. Die
 wahre Ursache liegt in der Beschränktheit der Concur-
 renz. Könnte jeder nach Belieben Getränke auswirthen,
 so wüßte, in Kurzem müßten die Gäste ihr Glas Wein

ren in's Auge gefaßt; wie sehr darunter auch die Sittlich-
 keit, zumahl der Grenzbewohner, leidet, ist durch die Er-
 fahrung sattham dargethan.

Kaufmann wird, wenn die Gebühr von einiger Bedeutung ist, durch Einschwärmungen des unredlichen, der um so wohlfeiler verkaufen kann, geschädigt. Das consumirende Publikum endlich muß seine Bedürfnisse theurer bezahlen; denn gesetzt auch, durch Einschwärmungen und Abnahme der Nachfrage können die Preise wieder um etwas sinken, wird auf der andern Seite mancher Handelsmann durch die Auflage bewogen, den dießfälligen Artikel wegen verminderter Aussicht auf Gewinn ganz oder theilweise aufzugeben, und durch diese Abnahme des Angebothes wird den übrigen Verkäufern die Möglichkeit verschafft, wenigstens einen Theil der Auflage auf den Preis der Waare zu schlagen*). Ein großer Vorzug der gegenwärtigen Hans

gabe seiner Consumption und auf dem Gegenstand derselben bezogen werden. Dahin gehören bey uns alle Regalien, welche die Natur von Auflagen haben (die Bußen und Gerichtsgebühren ausgenommen), ferner die Stempelgebühr, Hundesteuer und das Ohmgeld von fremden Weinen.

- *) Die verfassungsmäßige Eidgenössische Grenzgebühr ist von so geringem Belang, daß bey ihr diese Nachtheile nicht eintreten können. Auch hat der Widerstand, den die handelstreibenden und Grenz-Cantone jeder Verlängerung derselben entgegen setzen, seinen Grund nicht so fast in den Wirkungen der gegenwärtigen Auflage, als in einer zum Grundsatz erwachsenen Abneigung gegen ein System, von welchem man nachtheilige Ausdehnungen (nach dem Beispiel anderer Staaten) besorgt. Daß diese Besorgnisse nicht ungegründet seyen, hat seiner Zeit das vielbesprochene Retorsionsgeschäft bewiesen, und beweisen gegenwärtig noch die zum größten Nachtheil des innern Verkehrs von mehreren Cantonen beybehaltenen Consumo-Bölle. Uebrigens haben wir oben nur die ökonomischen Nachtheile hoher Ein- und Ausgangsgebüh-

Abgabe besteht eben darin, daß sie nicht ausschließend einzelne Artikel, sondern den gesammten kaufmännischen Erwerb beschlägt, und dadurch, daß Alle verhältnißmäßig tragen, den Einzelnen so erleichtert, daß von ihm nie eine wesentliche Belästigung auf das Publikum fallen kann, was hingegen bey einer theilweisen Auflage darum der Fall wäre, weil der Kaufmann durch Aufgeben oder Reduction des belegten Handelszweiges das Angebot vermindern könnte. In allen Bezugsarten aber, wir wiederholen es, ist die Abgabe das Hauptbedingniß eines gedeiblichen Fortbestandes dieser Abgabe.

Daß die Wirtschaftsabgabe kein don gratuit sey, ist schon aus der eben nicht sehr zarten Maaß zu schließen, wie der große Rath jüngsthin den festigen Betrag derselben festgesetzt hat. Die Gründe davon sind oben angeführt worden. Gleichfalls haben wir bemerkt, daß man bey Entwerfung der letzten Gesetzesvorschläge über diese Abgabe von der Ansicht ausgingen, die Wirthe gewinnen mittelst des ihnen erlaubten kleinern Maaßes auf dem Ausschanken der Getränke zehn Procent, die sie an den Staat zu entrichten haben. Dieses scheint uns in so fern unrichtig, daß man in dem kleinern Maaße die Ursache dieses Gewinns suchen wollte, da es doch bloß die Veranlassung und den Vorwand dazu gegeben. Die wahre Ursache liegt in der Beschränktheit der Concurrenz. Könnte jeder nach Belieben Getränke auswirthen, so wüßte, in Kurzem müßten die Gäste ihr Glas Wein

ren in's Auge gefaßt; wie sehr darunter auch die Sittlichkeit, zumahl der Grenzbewohner, leidet, ist durch die Erfahrung sattham dargethan.

nicht mehr um 10 Procent zu theuer bezahlen. Die Ungleichheit des Maßes ist ja kein Geheimniß; mithin kann Jeder, der sich auf den Weinverkehr ein wenig versteht, gar leicht berechnen, was der Wirth für sein Glas Wein nach Verhältniß des kleinern Maßes billiger Weise fordern dürfe. Aber was hilft ihm diese Berechnung, so lange die Wirthe einen geschlossenen Stand im Staate bilden, der durch gemeinsames Einverständnis die Preise in der Höhe halten kann? — Würde man umgekehrt das angebliche Vorrecht des kleinern Maßes und mit ihm die Abgabe, welche durch dasselbe gerechtfertigt seyn soll, aufheben, — wir stehen dafür, der Wirth würde sich für das größere Maß auch einen höhern Preis, als bis dahin, bezahlen lassen, und die 10 Procent, welche der Staat den Gästen hätte erlassen wollen, ganz oder wenigstens zum Theil in seine Tasche stecken. Warum? Weil auf diesem Markt die Käufer sich gegen die Verkäufer in offenbarem Nachtheil befinden; weil der Nachfragenden viele, der Anbiethenden wenige sind. In diesem Monopol der Wirthe (das wir übrigens an sich nicht angreifen) liegt denn auch, nach unserer Ansicht, die wahre und vollgültige Rechtfertigung der Abgabe und ihrer neulich erfolgten Erhöhung.

Man hat, um die Billigkeit dieser Erhöhung darzutun, über den jährlichen Gewinn der Wirthe annähernde Berechnungen angestellt, die aber auf allzuschwankenden Grundlagen beruhen, als daß wir sie hier anführen möchten. Gegen die aus dem Canton Aargau beygebrachten Angaben über den Betrag des dortigen Ohmgeldes könnten vielleicht, obschon sie mit vieler Wahrscheinlichkeit wenigstens auf ein ungefähres Minimum des jährlichen Betrags der zehnten Maß in

unserm Canton schließen lassen, der mindere Wohlstand unsers Landvolks, die geringere Beschaffenheit unsers Getranks, die Ausgedehntheit der Zapfenwirthschaft in manchen Gegenden unsers Landes und andere Ungleichheiten der örtlichen Verhältnisse eingewandt werden. Uns beruhigt vorzüglich Folgendes. Es handelt sich einstweilen nur darum, mit einer bevorrechteten Classe, die bis dahin anerkannter Maßen nicht geleistet hat, was sie nach dem Gesetz hätte leisten sollen, auf eine Probezeit von zwey Jahren den Versuch zu machen, was sie, ohne gedrückt zu werden, leisten könne und mithin leisten solle. Geht es nicht, so werden die Benachtheiligten ihre Klagen wohl an Behörde zu bringen wissen; aber so viel ist auf diesen Fall gewonnen, daß der Besitz einstweilen gegen sie streitet, und auf ihnen, wie billig, die Last des Beweises liegt. Mancher Lichtstrahl dürfte dann in die dunkeln Kellergewölbe dringen! Gesezt aber, einige Weinschenken könnten auf den gegenwärtigen Fuß wirklich nicht länger bestehen, — je nun, so müßten sie die ihnen ertheilte Begünstigung, die nun freylich keine mehr wäre, wieder aufgeben, und hätten dann so viel als zuvor*); den übrigen hingegen würde durch Verminderung der Concurrnz eine Erhöhung der Preise möglich und dadurch ihr Fortkommen wieder erleichtert. Eine solche Störung der bisherigen Verhältnisse hat man indessen kaum zu besürchten. Wenigstens haben sachkundige und selbst theiligte Personen im Vertrauen eingestanden, daß den

*) Mit den Taberne-Wirthen, die freylich ihre Rechte zum Theil sehr theuer erkaufte haben, kann es niemahls bloß um dieser Abgabe willen so weit kommen.

Wirthen, trotz der Abgabe, auch in Zukunft ein schöner Gewinn bleibe.

Eben so ungegründet scheinen uns die Bedenken, die man gegen die im Gesetz vorgeschriebene Vertheilungs- und Bezugsart vorgebracht hat. Wir sind sonst entschiedene Gegner des Grundsatzes der unbedingten obrigkeitlichen Taxation; aber im vorliegenden Falle wird das Nachtheilige desselben durch die beschränkte Zahl*) der Abgabepflichtigen und ihre Eigenschaft als Bevorrechtete wesentlich gemildert. Fünf Jahre hindurch

*) Gegenwärtig (Dec. 1828) ist der Bestand der Wirthschaften in unserm Canton folgender:

1823 bis 1827) haben die Wirthe ihren Verbrauch selbst angegeben. Nun sollte doch die Finanz-Commission und ihr Abgaben-Comité die 967 Personen so weit kennen, um ungefähr die Redlichen von den weniger Gewissenhaften unterscheiden und letztere nach Erforderniß höher taxiren zu können. Kein Weinschenk-Patent wird ja ohne vorher eingehobenes Leumdenszeugniß ertheilt, und die Zahl der Tabernens-Wirthe ist klein genug, um Mann für Mann gekannt zu seyn. Auf diese Grundlagen hin beschließt die Vertheilung der Abgabe definitiv auf die Amtsbezirke und vorläufig auch auf die einzelnen Wirthschaften. Die Expertencommissionen, denen die weitere Regulirung der letztern Repartition obliegt, sind freysich nicht allwissend; aber annähernd muß ihnen doch mittelst der öffentlichen Meinung oder in Folge eigener Wahrnehmungen bekannt seyn, ob ein Wirth eine mehr oder weniger bedeutende Kundschaft habe, und in wie fern seine bisherige Selbstbesteuerung als redlich angesehen werden könne. Gegen ihre Taxation findet noch Berufung an die Finanz-Commission Statt, und im schlimmsten Falle steht Jedem die Zurückgabe seines Patentes frey. Wir würden wenigstens nicht anstehen, dieser Erhebungsart den Vorzug vor dem Ohmgelde zu ertheilen, welches bedeutende Bezugskosten erfordert und zu manchen Unterschleifen führt. Die Wirthe selbst haben sich wohl gebühet, das Ohmgeld zu reklamiren und scheinen also das gegenwärtige Gesetz auch in ihrem Interesse für das geringere Uebel zu halten *).

*) Das einzige erhebliche Bedenken gegen die neuliche Erhöhung der Wirthschaftsabgabe finden wir in der weiten Ausdehnung der Zapfenwirthschaft in manchen Gegenden unsers Cantons. Nach dem Gesetze ist dieses Ausschanken ohne Abgabe nur

Man kann sich über die Unvollkommenheiten der Wirthschaftsabgabe um so eher beruhigen, als nicht der Wirth, sondern der Consument sie trägt, mithin sie ihrer Wirkung nach eine Luxus-Abgabe ist. Ihre einzig gedenkbare Wirkung besteht nämlich darin, daß in den Wirthshäusern etwas weniger gezecht oder im Verhältniß zum Preise schlechterer Wein getrunken wird. Letzteres ist ein geringer Nachtheil, Ersteres ein unverkennbarer Vortheil in sittlicher und ökonomischer Hinsicht, und zugleich das sicherste Mittel, jenem Nachtheil zu steuern.

Veranlassung und Natur der Landjägersteuer sind oben angegeben worden. Bey der ersten Ausschreibung, im J. 1805, wurde vom kleinen Rathe der Grundsatz aufgestellt, daß sie auf die Gemeinden nach dem Maßstabe des Vermögens zu verlegen sey; daher bey der ersten Repartition die Steuerlisten der außers

solchen Partikularen gestattet, die kein anderes als Getränk von eigenem Gewächse besitzen, und nur in der Gemeinde, wo solches gewonnen worden; auch sollen sie niemand im Hause setzen. Man versichert aber, es sey in manchen Gemeinden, besonders an beyden See-Ufern, das Zusammen sitzen in Privathäusern so alte und allgemeine Uebung, daß keinem Wirths einfallen würde, dagegen Klage einzulegen. Durch die Zapfenwirthschaft überhaupt, abgesehen von dieser ungesetzhlichen Ausdehnung, wird unsere Voraussetzung eines Monopols, und mit ihr der vorzüglichste Rechtfertigungsgrund der Abgabe, in Hinsicht auf jene weinbauenden Gegenden bedeutend geschwächt. Wenn aber die Wirths dieser Gegenden um der Zapfenwirthschaft willen erleichtert werden sollten, so könnten diejenigen anderer Landesgegenden wegen des geringern Wohlstandes der dortigen Bevölkerung auf gleiche Gunst Anspruch machen. Die dießjährige, über alle Erwartung reichliche Weinlese muß die Verlegenheit mancher Wirths erhöhen. Alle diese Umstände könnten zuletzt dahin führen, daß Letztere selbst das Ohmgeld vorzögen.

ordentlichen Kriegsteuer vom Jahr 1802 *) zum Hauptfundamente genommen wurden. In welchem Verhältnisse die Vertheilung der Landjägersteuer zu derjenigen der außerordentlichen Vermögenssteuern gegenwärtig stehe, mag aus folgender Uebersicht sich ergeben.

A m t s b e z i r k e.	Außerord. Vermögenssteuer von 1827.	
	Fr.	
Zürich { Stadt Landgemeinden	28,500 } 9,934 }	38,434
Knonau		3,265
Wädenschweil		10,400
Meilen		8,240
Gräningen		4,135
Ryburg		3,825
Greifensee		3,905
Winterthur { Stadt Landgemeinden	9,000 } 6,330 }	15,330
Andelfingen { Landgemeinden Kloster Rheinau	5,880 } 1,450 }	7,330
Embrach		5,305
Regensberg		5,105
Gesammbetrag:		Fr. 105,270**)

*) Diese von der Helvetischen Regierung unter'm 20. Nov. 1802 ausgeschriebene Steuer wurde von dem Senat in runden Summen auf die Cantone, von den Cantonal-Verwaltungen auf die Gemeinden, von den Municipalitäten auf die einzelnen Steuerpflichtigen verlegt, Alles nach dem mutmaßlichen Vermögen. Hieraus erklärt sich, warum auch bey unsern nachherigen Vermögenssteuern dieser Weg eingeschlagen wurde. Das Publikum war bereits daran gewöhnt.

***) Die Steuerbeyträge der in unserm Canton begüterten auswärtigen Corporationen sind hierunter nicht begriffen.

A m t s b e z i r k e.		Jährliche Land- jägersteuer (seit 1823 unverändert).	
		Fr.	
Zürich	Stadt	8,000	10,980
	Landgemeinden	2,980	
Knonau			1,159
Wädenschweil			3,067
Meilen			2,620
Grünlingen			1,351
Ryburg			1,272
Greifensee			1,275
Winterthur	Stadt	2,600	4,682
	Landgemeinden	2,082	
Andelfingen	Landgemeinden	1,937	2,537
	Kloster Rheinau	600	
Embrach			1,814
Regensberg			1,661
Gesamtbetrag:		Fr. 32,418	

Eine Vergleichung der beyden Repartitionen muß auf die Vermuthung führen *), man habe für die Land-

*) Wenigstens in Hinsicht der beyden Städte mag diese Vermuthung nicht ungegründet seyn. Bey den Landgemeinden rührt die Ungleichheit der beyden Repartitionen vielleicht auch daher, daß im Jahr 1805 bey der einen die Steuerlisten von 1798, bey der andern die von 1802 zum Grunde gelegt wurden. Oder sollten etwa erst seit dem Jahr 1823 die Vermögenssteuer-Raten verschiedener Gemeinden, die zufällig in den Grenzbezirken liegen, herabgesetzt worden seyn, während die Vertheilung der Landjägersteuer unverändert blieb? Wir zweifeln daran.

ersteuer diejenigen Gegenden, welche durch ihre Lage an den Grenzen und an stark besuchten Pässen dem Eindringen von Gefindel am meisten ausgesetzt sind, und daher vorzugsweise der Bewachung bedürfen, verhältnißmäßig etwas stärker belegt, während die durch die Polizeyanstalten besser gesicherten Städte günstiger behandelt wurden. Ob hierin von einem richtigen Grunde ausgegangen worden, möchten wir bezweifeln. Von einer Anstalt, die unverkennbar das Wohl des Ganzen, nicht einzelner Theile, bezweckt, sollte man sich Bedünkens nicht so genau rechnen, sondern die Lasten schwerde brüderlich theilen, zumahl die Grenzgegenden in Bezug auf die polizeyliche Bewachung meistens mit besondere Lasten (z. B. die Unterhaltung von Wachtthäusern u. dgl.) zu tragen haben, und auch sonst in manchen Hinsichten, z. B. im Verkehr mit ihren Angehörigen, gehemmt und benachtheiligt sind. Indessen scheint uns diese Ungleichheit weniger wichtig als der Umstand, daß in den einzelnen Gemeinden die Art, wie die Steuer von den Einwohnern erhoben oder sonst beschafft werden soll, wesentlich von dem Gutfinden der Gemeindevorstände abhängt. In den meisten Gegenden wird sie für die Bürger ganz oder großen Theils aus dem Gemeindgute erhoben, während die Ansätze für besonders angelegt werden. Schon bey dieser Unterscheidung sind Unbilligkeiten bennahe unvermeidlich; auch mehrere müssen bey den Gemeindesteuern eintreten, welche der Gemeindevorstand von den Bürgern erhebt, um seine und andere Ausgaben des Gemeindgutes zu decken. Da indessen bey diesen Steuern die Art der Verlegung die nämliche ist, wie bey den Cantonalvermögenssteuern, so verweisen wir auf dasjenige, was unten über letztere bemerkt werden soll. Hier einzig noch das:

Vor der Revolution hatte das Verzeichniß dieser Gewerbe (der *e h e h a f t e n* *), wie man sie damals nannte) noch eine größere Ausdehnung **). Mit der Staatsumwälzung trat völlige Gewerbefreyheit ein; aber im Jahr 1803 glaubte man den alten, zum Theil theuer erkauften Rechtsamen, welche durch die geöffnete Concurrenz sehr gelitten, die Rückkehr zu den frühern Grundsätzen schuldig zu seyn, und bebielt einzig der Regierung das Recht vor, je nach Bedürfniß der einzelnen Landessgegenben neue Bewilligungen zu ertheilen. Von diesem Rechte ist seither häufig Gebrauch gemacht worden. So befinden sich z. B. unter den 243 Laverne-Wirthschaften unsers Cantons 15 seit dem Jahr 1803 bewilligte, und die Zahl der ertheilten Messrechte beläuft sich auf 14. Dessen ungeachtet wird jeder Unbefangene zugeben, daß mehrere dieser Gewerbe gegenwärtig nicht in hinreichender Zahl vorhanden sind, am wenigsten die Messgen. Durch Zunahme der Bevölkerung und des Wohlstandes hat sich der Fleischverbrauch in unserm

1816, auch den Rathsbeschluß vom 22. August 1812, betreffend die Glashütte in Elgg, und denjenigen vom 3. Dec. 1814, betreffend die Erhöhung der Messpatent-Gebühren.

*) Ehehaft bedeutet rechtmäßig, gesetzlich, im vorliegenden Fall: von gesetzlicher Autorisation abhängig. Es kommt vom Alt-Deutschen *Ewa*, *lox* (daher Ehe, eine rechtmäßige, gesetzliche Verbindung).

**) Doch gab es von jeher einzelne Gemeinden und selbst Bezirke, welche die Ehehaften nicht kannten. Darum ist z. B. noch gegenwärtig in der ehemaligen Herrschaft Wädenschweil jedem Einwohner gestattet, nach Belieben zu schlachten und Fleisch zu verkaufen. Die Folge davon ist, daß man dort das Fleisch in der Regel 1 fl. unter der obrigkeitlichen Schätzung und dessen ungeachtet besser als irgendwo erhält.

Stadt zu 2½ Millionen Pfund angeschlagen, sich auf dem Pfund ein reiner Gewinn von zwey Rappen ergibt. Dieses Beyspiel ist allerdings das auffallendste; aber bey andern Gewerben finden wenigstens ähnliche Verhältnisse Statt. Man erinnere sich z. B., zu welcher unmäßigen Preisen jüngst drey Gasthöfe in Zürich nach einander veräußert worden sind. Am wirksamsten und ohne empfindlichen Nachtheil für die bis anhin bevorrechtete Classe könnte dieses Mißverhältniß dadurch gehoben werden, daß die Regierung nach und nach eine größere Zahl von Bewilligungen ertheilen und auf diese Weise das Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angeboth einiger Maßen herstellen würde. Der Uebergang zu dem einfachen und naturgemäßen Grundsatz einer vollkommenen Gewerbsfreyheit wird am Ende eben so unvermeidlich seyn, als seiner Zeit der Uebergang von den frühern staatsrechtlichen Verhältnissen zu den Grundsätzen unserer gegenwärtigen Verfassung; wie könnte aber jener besser vorbereitet, die Störungen, welche

haftig nicht über Unbill zu klagen, wenn endlich nach Verfluß eines Vierteljahrhunderts das „Bis hieher und nicht weiter“ ausgesprochen werden sollte.

Uebrigens betrug die Zahl der Fleischbänke in Zürich früher nur 33; erst im Jahr 1541 wurde coram ducentis die Errichtung von fünf neuen beschlossen. Die nämliche Behörde behielt sich im Jahr 1560 dieses Concessionsrecht für die Zukunft ausdrücklich vor, und drohte zwölf Jahre später den Metzgern, Gebrauch davon zu machen; aber weder damals noch seither ist dieses geschehen. Das Stadt-Aerarium, als Eigenthümer mehrerer Fleischbänke, würde freylich durch neue Concessionen eine etwelche Schmälerung seiner Einkünfte erleiden; allein das ist und bleibt eine untergeordnete Rücksicht.

4 Fr. auferlegen *). Eine zweite Abstufung, die gleichfalls aus jenem obersten Grundsatz des Gesetzes selbst hergeleitet werden könnte, würde darin bestehen, daß diejenigen, welche wegen Bekleidung von Aemtern oder als Mitglieder der Geistlichkeit vom Militär-Dienste ausgenommen sind, höher belegt würden, als die, welche wegen körperlicher Gebrechen, mithin ganz unverschuldet, davon freigesprochen worden. Wenn Letztere zur Entrichtung von 2 Fr. angehalten werden, dürften Erstere füglich 3 Fr. erlegen **). Auf jeden Fall sollten die Armen, das heißt, alle, welche vom Stillstand ihrer Gemeinde ein Armuthszeugniß beybringen können, von der Abgabe völlig befreyt werden, damit nicht länger der Staat den Dürftigen noch den letzten Sparpfennig entziehe, noch die Gemeinden mittelst Vorstreckung der

*) Man wird einwenden: die Uebertragung einer Officiersstelle hange von dem Ermessen der ernennenden Behörde ab, und die Annahme derselben von dem freyen Willen des Ernann-ten; mithin wäre die Präsumtion, daß jemand, falls er Militär-Dienste gethan, eine Officiersstelle bekleidet hätte, eine arge petitio principii. Darauf erwidern wir: Es hat nicht die Meinung, daß der Gesetzgeber obigen Grundsatz aussprechen sollte, sondern nur, daß er sich bey Ziehung der bewußten Grenzlinie dadurch könnte leiten lassen. Wie manche Präsumtion des Gesetzgebers steht auf weit schwächeren Füßen! Es ist wenigstens notorische Uebung, daß Männer von einem gewissen Stand und Vermögen bey uns, zumahl unter der Infanterie, nie als Gemeine dienen.

**) Daß bey den Entlassungen wegen körperlicher Gebrechen bisweilen Mißbräuche Statt finden, ändert an der Sache nichts; denn dieser Fälle sind in Vergleichung mit denjenigen, wo wegen reeller Gebrechen die Entlassung ertheilt werden muß, gewiß sehr wenige.

abe ihnen doppelt das Almosen reichen müssen. Die Verpflichtung der Gemeinden, welche der Aufz. einen Rebrertrag von ungefähr 3,000 Fr. gewährt, ist dieselbe vollends drückend und durchweg mißbeig*).

Es geht aus dem Gesagten hervor, daß die Montirungsabgabe, wie sie gegenwärtig beschaffen ist, die armer bemittelte und ganz arme Classe außer allem Verhältniße belastet, und daher allen Grundsätzen der rationalen Wirthschaft zuwider läuft**).

*) Was diesen Uebelstand einiger Maßen mildert, ist die gesetzliche Bestimmung, daß die Gemeinden nie mehr als 1 Fr. für den Mann zu entrichten haben, so wie der Umstand, daß die Steuern, wodurch diese Ausgabe der Gemeindscaße gedeckt wird, sich meistens nach dem muthmaßlichen Vermögen richten, obwohl auch hierbey öfter Mißbräuche unterlaufen. Den größten Beytrag für Almosenempfänger entrichtete in den letzten Jahren die Gemeinde Bärenschweil mit 64 Fr. jährlich.

**) Obiges wurde im October 1828 geschrieben. Seither ist (unter'm 18. Dec. gl. J.) durch gesetzliche Bestimmung die ganze männliche Bevölkerung vom sechzigsten Altersjahr aufwärts von der Montirungsabgabe wieder befreit worden. Man hat nämlich gefunden, daß bey dem gegenwärtigen Bestand des Montirungsfonds, dessen jährliche Interessen künftig ungefähr 4,000 Fr. betragen werden, an der Abgabe ein Nachlaß von ungefähr 11,000 Fr. eintreten könne, und glaubte dieses am einfachsten durch Befreyung der ältern Mannschaft in's Werk setzen zu können. — Wir gestehen gern, daß die Discussion, welche hierüber im großen Rathe Statt gefunden, uns hinsichtlich gedachter Abgabe einige Beruhigung gewährt hat. Obwohl wir stets finden müssen, daß das natürliche Billigkeitsgefühl einer den Aermsten und den Reichsten in gleichem Maße belastenden Besteuerung wider-

In nicht weniger verdientem Mißcredit stehen bey einem großen Theile des Publicums die sogenannten

strebe, so tritt doch der mildernde Umstand ein, daß die Classe der Begüterten, die durchweg entweder als Officiere oder doch bey einer verhältnißmäßig geringer ausgestatteten Waffe dienen, aus dem Montirungsfond entweder gar keinen oder wenigstens ungleich geringern Vortheil zieht, als die ärmere Classe. Wenn nun angenommen werden kann, daß in jeder größern Haushaltung aus der weniger bemittelten Classe vielleicht eben so viele oder noch mehr Männer sich finden, welche aus der Montirungscasse eine Ausstattung erhalten, als solche, die den Montirungsfranken entrichten, so folgt daraus, daß gerade diejenigen Haushaltungen, welchen die Entrichtung der Abgabe am schwersten fällt, hintwieder vorzugsweise durch letztere erleichtert werden. Nichts desto weniger hätten wir es vorgezogen, den von dem Kleinen Rathe angetragenen Nachlaß durch Herabsetzung der Abgabe (wie solche von einem Mitglied des großen Rathes gewünscht wurde), statt durch Befreyung des höhern Alters, zu bewerkstelligen. Hätte man den jährlichen Beytrag auf 8 Bazen vermindert, so wäre vielleicht in sechs Jahren eine weitere Herabsetzung auf 6 Bz. möglich geworden. Eine auch fehlerhaft vertheilte Auflage drückt wenig, wenn ihr Betrag ganz gering ist. Auch die Befreyung des höhern Alters wird in einer längern Reihe von Jahren beynah' allen Haushaltungen mehr oder weniger zu Statten kommen; aber durch Herabsetzung des Betrages wäre eine solche billige Ausgleichung schneller und vollständiger erreicht worden. Durch das Gesetz vom 18. Dec. wird nun auch den Gemeinden mittelst Befreyung der über sechzig Jahre alten Almosensgenössigen eine Last von mindestens 1,500 Fr. abgenommen; und wenn, wie zu hoffen steht, auch künftig noch bey dem Montirungsfond ein Ueberschuß der Einnahmen über die Auslagen sich ergeben wird, so darf man der Hoffnung Raum geben, daß für die Gemeinden noch ausgedehntere Erleichterungen eintreten werden.

direkten Vermögenssteuern. Nicht daß man an Ganzen den Grundsatz einer direkten Besteuerung des Vermögens an sich mißbillige; aber man findet die bisherige Art der Ausschreibung und Erhebung durchaus fehlerhaft. Man behauptet erstens, und mit Grund, daß beruhe die von der Regierung auf den Antrag der Finanz-Commission vorgenommene Vertheilung der Steuer auf sämtliche Gemeinden des Cantons auf einem schlecht-ndings unzureichenden Fundamente. Hier verhält es sich so. Bey der ersten Vermögenssteuer, im Jahr 1805, wurden, wie man versichert, hauptsächlich die Steuerlisten der im October 1798 nach dem Grundsatz der Selbsttaxation erhobenen Vermögenssteuer*) zum Grunde gelegt, jedoch die Raten derjenigen Gemeinden, von denen man ungefähr wissen konnte, daß sie zu dieser Steuer nicht nach ihrem wahren Vermögen beigetragen, verhältnißmäßig erhöht. In jeder spätern Vermögenssteuer fand eine Revision dieser Repartitionsliste Statt. Wenn z. B. eine Gemeinde über allzu schwere Belastung klagte, und diese Klage mit nähern Angaben über ihren Vermögenszustand belegen konnte; wenn sie mit einem hohen Grade an Wahrscheinlichkeit darzuthun im Stande war, daß auf dieser oder jener Gelegenheit, durch Heirath, Veräusserung des Wohnsitzes u. s. f., ein beträchtliches Vers

*) Gesetz vom 23. October 1798. Durch dasselbe wurden alle Helvetischen Bürger eingeladen, bey ihren bürgerlichen Pflichten, ihrer Vaterlandsliebe und ihrem Gewissen einen Geldbeitrag zu den öffentlichen Bedürfnissen darzuschließen. Dieser Beitrag sollte in 2 vom Tausend des Vermögens bestehen und den Contribuenten am Betrage ihrer gesetzlichen Abgaben angerechnet werden.

mögen ihr entzogen und einer andern Gemeinde zugewandt worden: so trat eine verhältnißmäßige Erleichterung ein, wogegen die reicher gewordene Gemeinde eine Erhöhung erlitt. Kurz, von denjenigen Mitteln, welche der Finanz-Commission und ihrer Abgabens-Commission zu Gebote standen, um die Steuer-Raten mit dem jedesmahligen Vermögenszustande der Gemeinden in Uebereinstimmung zu bringen, wurde gewiß keines versäumt. Allein diese Mittel beschränkten sich größten Theils auf Privat-Nachfragen und einzelne, abgerissene Data; und der Fehler lag zu tief, als daß er durch solche Palliative gehoben werden konnte. Schon bey Verfertigung der ersten Repartitionsliste waren unwillkührliche Täuschungen unvermeidlich; und wie sehr hat sich vollends während der verfloffenen 23 Jahre der ökonomische Zustand unsers Landes geändert. Mehrere Gemeinden haben sich durch verbesserte Landwirthschaft und Gewerbefleiß zu blühendem Wohlstande emporgeschwungen; andere sind durch Mißwachs, Unglücksfälle und Gewerblosigkeit zurückgekommen. Ohne Zweifel ist bey den wiederholten Revisionen der Vertheilungsliste auf diese Veränderungen soviel möglich Rücksicht genommen worden; allein wer wollte sich getrauen, das Maß jener Vor- und Rückschritte auch nur mit einiger Genauigkeit anzugeben?

Noch größer sind die Gebrechen, an denen die Erhebung der Steuer in den einzelnen Gemeinden leidet. In der Stadt Zürich ist bisdahin, wenn es sich um eine einfache Steuer von 100,000 Fr. (oder, wie man sich etwa — unrichtig — ausdrückt, von 1 vom Tausend*)

*) Bey Ausschreibung der ersten Vermögenssteuer ging man von der Voraussetzung aus, daß das ganze Vermögen unsers

handelte, der Steuerfuß durch den Stadtrath folgender Maßen festgesetzt worden:

Von liegenden Gründen, 20 fl. von fl. 1,000. Von Capitalien, Natural- und Waarenvorräthen 30 fl. von fl. 1,000.

Vom Einkommen, als Besoldungen, Handels-Industrie mit fremdem Capital, Fabrication, Handwerks- und anderm Verdienste, ohne Abzug der eigenen Haushaltungskosten, 20 fl. von fl. 100 des jährlichen Ertrags.

Auf diesen Fuß bestimmte Jeder, Bürger oder Ansäße, seinen Steuerbeytrag selbst; und obschon sich der Stadtrath jedesmahl die Ratification vorbehielt, ist unsers Wissens noch nie gegen einen Steuerpflichtigen, hinsichtlich dessen ein Verdacht unredlicher Besteuerung waltete, zu fiscalischer oder gerichtlicher Untersuchung geschritten worden *). Aus dem Ertrag entrichtete dann der Stadtrath die der Stadtgemeinde auferlegte Kata von 28,500 Fr., und er hat sich dabey bis dahin in solchem Vortheil befunden, daß er, wie man behauptet, aus dem Ueberschusse der verschiedenen Vermögenssteuern den der Stadt zugetheilten Beytrag an die jährliche Landjägersteuer größten Theils zu bestreiten im Stande war; was auf einen jedesmahligen Ueberschuß von 8 — 9,000 Fr. schließen läßt. In Winter-

Cantons 100 Millionen Fr. betrage; daher jene Art, sich auszudrücken, die aber auf den gegenwärtigen ökonomischen Zustand unsers Landes durchaus nicht mehr paßt.

*) Man begnügte sich meistens, solche, deren Beytrag seit der letzten Steuer sich vermindert, über die Gründe schriftlich zu befragen, ohne daß man es bey der Antwort sehr genau nahm. Auch wurden etwa solche, die gar nicht gesteuert, durch den Stadtrath taxirt.

thur besteht von Alters her zum Behuf einer sehr mäßigen Gemeindesteuer ein auf die Angaben der Steuerpflichtigen gegründeter Etat des sämmtlichen Capitalvermögens der Bürger, zu dessen Vervollständigung und Berichtigung jährlich diejenigen, von denen man weiß, daß ihr Vermögen seit Jahresfrist einen wesentlichen Zuwachs erhalten, vor den Stadtrath beschieden und unter Abnahme eines Handgelübdes zu gewissenhafter Angabe angehalten werden. Dieser Etat dient für die Bürger als Grundlage bei Erhebung einer Cantonalvermögenssteuer, während die Ansäßen (wenn wir nicht irren) durch den Stadtrath taxirt werden. In den Landgemeinden gilt unsers Wissens ohne Ausnahme der Grundsatz der Taxation durch den Gemeinderath, mit mehr oder weniger Rücksicht auf die Angaben der Steuerpflichtigen. Es gibt aber Gemeinden, wo das vermuthete Vermögen der Letztern gar nicht aufgezeichnet, sondern nur nach einem dunkeln Billigkeitsgefühl (das hie und da den Rahmen der Willkür verdienen mag) die der Gemeinde auferlegte Rate durch den Gemeinderath auf die Einzelnen verlegt wird.

Man stelle sich nun vor, was für eine Ungleichheit der Belastung aus diesen abweichenden Erhebungsarten, verbunden mit jener unsichern Verlegung auf die Gemeinden, hervorgehen muß. In Zürich z. B. wird das Einkommen aus Industrie und Erwerb wesentlich mitversteuert, die Grundstücke hingegen (Gebäude und Gartengelände), als weniger einträglich, vor den Capitalien begünstigt; ob die auf den Grundstücken versicherten Schulden in Abzug gebracht werden dürfen, ist unbestimmt gelassen, indessen durch die Praxis der Steuerpflichtigen bejahend entschieden. In Winterthur wird bloß das Capitalvermögen versteuert, ohne

zweifel mit Abzug der Passiven. In den Landgemeinden wird sehr ungleich gehandelt. An manchen Orten herrscht die Ansicht, daß Handelscapitalien der Vermögenssteuer nicht unterworfen seyen, da sie die Hauszinsabgabe entrichten; an andern Orten anerkennt man diese Ausnahme nicht. Hat jemand in verschiedenen Gemeinden Vermögen, so bringen ihn diese Ungleichheiten in eine besondere Lage. In der Regel soll Jeder sein Vermögen im Wohnorte versteuern, mit Ausnahme der anderstwo liegenden, mit Wohnungen verbundenen Grundstücke*). Allein, da es anerkannter Maßen im Ganzen weit vortheilhafter ist, auf der Landschaft zu steuern, als in den beyden Städten, und mancher seinen Aufenthalt zwischen verschiedenen Orten theilt, daß man es auf seine eigene Erklärung muß ankommen lassen, welchen Ort er als seinen Wohnsitz betrachten will, so bleibt selbstsüchtigen Berechnungen der Steuerpflichtigen ein weites Feld geöffnet.

Am auffallendsten treten die Ungleichheiten bey Anwendung des Art. 22 unserer Cantonal-Verfassung hervor, welcher vorschreibt, daß ein neugewähltes Mitglied des großen Rathes darthun müsse, daß es ein eigenenthümliches Vermögen von wenigstens 10,000 Fr. versteuert habe. Was in Zürich als Vermögen gilt (z. B. Besoldungen, Industrie-Erwerb u. s. f.), wird in Winterthur nicht als solches anerkannt; wer in der einen Gemeinde als in den großen Rath wählbar gelten muß, verliert diese Eigenschaft, wenn er seinen Wohnsitz

*) Verordnung vom 13. May 1824 Art. 1., wodurch das Gesetz vom 31. May 1804, §. 10, und der Rathesbeschluß vom 8. October 1805 näher erläutert und in gegenseitige Uebereinstimmung gebracht werden.

fig in eine andere verlegt, und umgekehrt. Neue Verwirrungen gehen aus der oben berührten irrigen Ansicht hervor, daß die Summe von 100,000 Fr. eine Steuer von 1 vom Tausend vorstelle, mithin nur der, welcher 10 Fr. steuert, als Contribuent für ein Vermögen von 10,000 Fr. angesehen werden könne. In denjenigen Gemeinden, wo das Vermögen der Einzelnen nicht gewerthet und aufgezeichnet, sondern die Steuer in's Blaue hinein auf die Pflichtigen verlegt wird, muß man freylich zu einer solchen *petitio principii* seine Zuflucht nehmen, um den Verfassungsartikel irgend wie anwenden zu können. Allenthalben hingegen, wo jener ganz unerläßlichen Bedingung eines ordentlichen Steuerregisters ein Genüge geschieht, muß das im Register eingetragene Vermögen die Frage der Wählbarkeit entscheiden, gesetzt auch, es habe bey weitem nicht den Beytrag geleistet, den es in einer andern Gemeinde, wo vielleicht sorgfältiger verfahren wird, entrichtet hätte. Allein eben hier zeigt sich das bisherige System in seiner ganzen Blöße, und es muß Einem recht bedenklich vorkommen, eine so wichtige Bestimmung unsers Grundgesetzes solchergestalt den Launen des Zufalls und der Willkühr der Gemeindräthe Preis gegeben zu sehen.

Ueber die Frage, ob die Gemeindräthe nicht häufig ihre amtliche Stellung mißbrauchen, um sich und ihre guten Freunde (d. h. meistens die Bemittelten) gar schonend zu behandeln und die ärmere Classe desto stärker zu belasten, vernimmt man aus verschiedenen Gemeinden ungleiche Berichte. Daß solche Mißbräuche möglich, ja sehr leicht möglich seyen, wird niemand läugnen; und das genügt wohl zur Verwerfung des Systems, sobald ein anderes Verfahren auszumitteln ist, bey welchem man solchen Druck nicht zu ge-

hat. Recurs an den Administrationßrichter kann wenig helfen. Wessen Vermögen im Steuerregister noch angesetzt ist, der kann freylich durch Oeffnen Bücher oder sonstige Beweisleistung eine Herabsetzung bewirken; aber wer wird es wagen, gegen einen lehenen Mann den Beweis zu übernehmen, daß er wenig steuere? und welche Behörde könnte ohne zureichendsten Inzichten von Amts wegen eine Untersagung verhängen? Selten ereignet es sich, daß der Inhaber eines solchen Vermögens hintenher durch Besondere undschaffung oder auf andere Weise den Behörden unbekannt wird, und die Verordnung vom 11. April 1808, nach welcher in einem solchen Falle „allervorderst der volle Betrag aller von Bekanntmachung dieser Verordnung an zurückgehaltenen Steuerbeiträge zu Händen der Landes-Casse bezogen, demnach der Fall der Finanz-Commission einberichtet und von dieser dem Richter übergeben werden soll,“ wird nicht immer gehandhabt. Endlich darf man nicht außer Acht lassen, daß die Vortheile dieses Steuer-Systems durch das Beispiel, wodurch den Gemeinden gegeben wird, sich vervielfachen. Wenn der Gesetzgeber kein Bedenken dagegen hat, daß die Regierung eine allgemeine Landessteuer auf festem Steuerfuß und in runden Zahlen, gleichsam eine Contribution, auf die Gemeinden ausschreibe, daß diese ihre Raten eben so summarisch auf die einzelnen Bürger verlegen: wer kann es den Gemeinden verargen, wenn sie dieses Verfahren, wie es sonst geschieht, auch bey den Gemeindesteuern in Anwendung bringen. Darum wäre es unrichtig, die Unschicklichkeit der Vermögenssteuer als einer außerordentlichen Auflage und den Umstand, daß sie in gewöhnlichen Zeiten selten wiederkehrt, als einen Milderungs-

rungsgrund für die Mängel der Erhebungsart geltend machen zu wollen*). Was ursprünglich ein vorübergehendes Uebel war, ist durch jene analogische Anwendung ein bleibendes und tief eingreifendes geworden.

Die Oeffentlichkeit der Steuerregister, welche als ganz neue Bestimmung in den kürzlich verworfenen Gesetzesvorschlag aufgenommen worden, ist, wie alle Oeffentlichkeit in Angelegenheiten der inneren Landesverwaltung, an sich etwas höchst Wünschenswerthes; aber sie allein vermöchte nicht, die Gebrechen der bisherigen Bezugsart zu heilen. Oder kann man im Ernste glauben, daß ein Mann, der bis dahin unredlich gesteuert, nun sogleich freywillig seinen Beitrag erhöhen und dadurch ein stillschweigendes Geständniß seiner bisherigen Verschuldung ablegen würde? Wir meinen vielmehr, er würde dem Unwillen des Publicums Trotz biethen und mit frecher Stirne eine Untersuchung seiner Bücher verlangen, wohl wissend, daß man niemahls zu diesem Aeußersten schreiten werde. Auch hier gilt der Satz, daß man dem Feinde entweder eine goldene Brücke bauen oder eine stählerne Brust entgegen setzen müsse. Wenn der Schrecken, den man dem unredlichen Steuerspflichtigen durch die Stimme des Publicums einflößen will, die beabsichtigte Wirkung haben soll, muß man dem Fehlbaren zugleich einen Weg öffnen, durch den

*) Zudem ist gerade bey außerordentlichen Anstrengungen des Gemeinwesens eine billige Vertheilung der Lasten dringendes Erforderniß, weil ohnehin alle Stände sich bey solchen Krisen in ihrem Nahrungserwerb verkürzt finden. Im kritischen Zeitpunkte selbst aber wäre es zu spät, noch an eine Revision des Steuergesetzes zu denken; man hat alsdann zu viel andere Geschäfte.

er ohne auffallende Beschämung auf den Pfad der Pflicht und der Ehre einlenken kann. Solches geschieht durch eine gleichzeitige Aenderung und Erläuterung des Gesetzes, durch welche die Steuer in etwas veränderter Gestalt erscheint. Einzig in Verbindung mit einer solchen Maßregel wird die Oeffentlichkeit der Steuerregister den gewünschten Erfolg haben.

Nach den Forderungen der National-Wirthschaft sollte unsere Vermögenssteuer ungefähr auf folgenden Grundsätzen beruhen:

Das **Steuer-Object** und der **Steuerfuß** sollten durch das Gesetz selbst, und zwar so genau, als möglich, bestimmt und die dießfälligen Gesetzesartikel jedem Steuerpflichtigen in die Hand gelegt werden, damit keiner sich mit Unkunde entschuldigen könne, und keiner den Willen des Gesetzes in einer für ihn so wichtigen Angelegenheit bloß mittelbar, aus dem Munde der Unterbeamten, vernehme. Als Object der Steuer würden wir nicht nur das **Grundeigenthum** und das **bewegliche Capital-Vermögen**, sondern auch das **Einkommen** aus bloßem **Erwerb** bezeichnen und das **Verhältniß** der Steuerbarkeit zwischen diesen verschiedenen Arten von Vermögen ungefähr so bestimmen, wie solches bis dahin in der Stadt Zürich auf sehr billige Weise geschehen ist; denn die Steuer sollte wesentlich nicht eine **Capital-Steuer** seyn, sondern sich einer **Einkommenssteuer** wenigstens so weit nähern, als es ohne allzu große Verwickelung der Sache geschehen kann*). Würden Grundeigenthum

*) Wir können nichts desto minder fortfahren, sie eine **Vermögenssteuer** zu nennen. Weit der größte Theil ihres Ertrags würde auch so noch vom wirklichen Vermögen erhoben;

mit Vorbehalt der jedem Steuerpflichtigen auf seine Kosten zu gestattenden Berufung auf Untersuchung und Schätzung durch zwei unparteiische Sachkundige, deren einen die Commission, den andern der Beschwerdesteller zu bezeichnen, und die bey getheilten Ansichten einen Dritten (den in subsidium das Oberamt ernennen würde) bezzuziehen hätten. Die revidirte Vermögensliste würde dem Oberamte oder Oberwaisenamte zur Einsicht übermacht, und von diesem, wenn es die Schätzungen einer ganzen Gemeinde allzu niedrig fände, an die Finanz-Commission eingesandt, welche das Recht hätte, entweder die ganze Schätzung pro rata zu erhöhen oder das Verfahren des Steuerausschusses für nichtig zu erklären und eine zweite Revision anzuordnen. Nach erfolgter Genehmigung durch die Oberamtsbehörde würden die Vermögenslisten den Gemeinräthen zugestellt, welche jedem Steuerpflichtigen die revidirte Schätzung seines Vermögens sammt Berechnung der Steuerrate zuzufertigen und letztere einzuziehen hätten. Für jede Vermögenssteuer würde der Steuerausschuß eigens bestellt, und zwar, wo immer möglich, aus neuen Personen, indem niemand einen dießfälligen Ruf ausschlagen dürfte.

Man wird dieses Verfahren, verglichen mit dem bisherigen, etwas weitläufig, vielleicht auch kostspielig finden. Allein wir fragen: Wenn man bisdahin bey der Handels- und Wirthschaftsabgabe ähnliche Weitläufigkeiten nicht für überflüssig geachtet, im Gegentheil darin eine nothwendige Schutzwehr für das Avararium sowohl als die Abgabepflichtigen erblickt hat; warum sollte eine Steuer, die alle Staatsbürger beschlägt, schlechtern Rechtes seyn? Daß die Einwendung ihrer Eigenschaft als außerordentlicher Auflage

nicht Stich halte, haben wir oben gezeigt; wohl aber würde diese Eigenschaft das Lästige der von uns vorgeschlagenen Erhebungsart mildern, die ohnehin leichter von Statten ginge, sobald man einmahl die Schwierigkeiten der Einführung überwunden, und sich an den neuen Geschäftsgang gewöhnt hätte. Auch für die Reibungen und Zänkereyen, welche vielleicht Anfangs in manchen Gemeinden entstanden, wäre die Zeit der beste Arzt. Dafür erhielte man, besonders in einer Reihe von Jahren, nachdem die Steuerauschnüsse mehrmals gewechselt hätten, einen annähernden Status des Vermögens sämmtlicher Staatsbürger, welcher, auf gesetzliche Grundlagen gebaut, den Redlichen gegen die Beeinträchtigungen der Willkühr und Unredlichkeit wesentlich schützen würde, und daher auch ein zweckmäßiges Fundament für die Gemeindesteuern abgäbe. Ein solches Ergebnis wäre um obigen Preis wahrlich nicht zu theuer erkaufte und auf jeden Fall eines Versuches werth, da auch bey gänzlichem Mißlingen die Rückkehr zu der bisherigen Taxationsart immer noch offen stände*).

*) Der Grundsatz der Selbstbesteuerung, einzig mit einer kräftigen Strafdrohung und Oeffentlichkeit der Register verbunden, würde schwerlich genügen. Die Erfahrung lehrt, daß man nicht so leicht gegen eine bestimmte Person klagend auftritt, am allerwenigsten der Fiscus selbst; denn wie die Beweise zur Stelle bringen? Mithin wäre die Strafdrohung großen Theils kraftlos. Aber eher noch wollten wir damit wenigstens einen Versuch machen, als das bisherige Verfahren beybehalten. — Wollte man übrigens den oben vorgeschlagenen Vermögens-Stat auch für die Gemeindesteuern benutzen (was der Gesetzgeber mit Grund verlangen dürfte), so müßten in der Zivi-

wo die Classe der Reichen in der souveränen Behörde verhältnißmäßig sehr zahlreich repräsentirt ist. Noch mehr, unsere Verfassung selbst kann uns für eine billige Progression einen vollkommen befriedigenden Maßstab an die Hand geben. Dadurch, daß sie alle, die weniger als 10,000 Fr. Vermögen besitzen, von der Wählbarkeit in den großen Rath ausschließt, schafft sie, freylich im Interesse des Ganzen, eine bevorrechtete Classe, eine Aristokratie des Reichthums. Wo aber eine Würde ist, da soll gerechter Weise auch eine Bürde seyn. Wäre es nicht ein billiger und sehr mäßiger Ersatz für die nicht regimentsfähige Classe, wenn festgesetzt würde, daß bey Vermögen von 10,000 Fr. und weiter aufwärts zu der ordentlichen Steuerrate eine Zulage zu entrichten sey, welche z. B. auf den zehnten Theil derselben festgesetzt werden könnte. Eine solche beschränkte Anwendung des Grundsatzes der Progression würde gewiß niemanden Anstoß geben.

Aus einem ähnlichen Grunde sollten alle, die ein ganz geringes Einkommen (sey es von Grundstücken, beweglichem Capital oder Erwerb) besitzen, das zu ihrem und der Ihrigen Unterhalt kümmerlich hinreicht, von der Steuer völlig befreyt seyn. Es wäre ja eben so ungereimt als unmenschlich, in der Absicht, den Bemittelten zu schonen, den Dürftigen vollends an den Bettelstab zu bringen. Hieße das nicht (wofern man wenigstens das Wohl der Gemeinden von dem Gedeihen des Ganzen unzertrennlich achtet) mit der einen Hand einnehmen, um mit der andern wieder auszugeben? Nicht nur das; es hieße auch den Dürftigen ohne Noth um seine bürgerliche Ehre bringen; denn wer das öffentliche Almosen genießt oder in Concurß geräth, verliert ja den Genuß der politischen Rechte. Wir glauben oben

Eine Vermögenssteuer, welche alle bemerkten Eigenschaften an sich trüge, könnte im Nothfall auch zur Deckung des jährlichen Deficit, wenn ein solches später wieder zum Vorschein kommen sollte, in beschränktem Maße angewandt werden; sie würde vielleicht diejenigen mit dem System der Vermögensbesteuerung ausböhnen, welche ihm bisdahin die Einführung ganz neuer Steuern vorgezogen hätten. Es sey uns verzonnt, bey den in dieser Hinsicht auf die Bahn gebrachten Gedanken noch einen Augenblick zu verweilen.

Man hat vornehmlich eine Steuer von Erbschaften in der Seitenlinie, eine Handänderungsgebühr von den Liegenschaften und eine Gewerbesteuer vorgeschlagen.

Die Erbschaftsteuer hat zwey wesentliche Nachtheile. Einerseits ist sie keiner Controle fähig, indem man sich hinsichtlich des Bestandes der Erbschaft auf die Angabe der Erben verlassen muß, wenn man nicht zu gehässigen Untersuchungen schreiten will. Anderseits greift sie unmittelbar in das Capital der Nation; denn der Erbe bezahlt sie, wenn ihr Betrag etwas höher steigt, nicht aus seinem bisherigen Einkommen, das er ohnehin versteuern muß oder sonst aufzehrt, sondern aus den ererbten Capitalien, und sieht diese dadurch geschmälert. Würde man, um diesen Nachtheil zu vermindern, die Steuer niedrig ansetzen, so wäre ihr Ertrag in einem so kleinen Ländchen ganz unbedeutend. Das Einzige, was sie empfiehlt, ist die Leichtigkeit, womit der so eben zu Geld gekommene Erbe sie erlegt, und die Geringsfügigkeit der Bezugskosten.

ausschließen. Es wäre dieß zugleich ein Mittel, sie seltener zu machen.

Die Handänderung leidet an dem zweiten der angeführten Gebrechen in noch höherm Grade. Der Käufer, welchem in der Regel am Geschäfte weniger gelegen ist, als dem Verkäufer, bezahlt diesem um der Abgabe willen einen geringern Preis, und vermindert dadurch dessen Capital; oder sollte, was selten begegnet wird, der Käufer die Auflage übernehmen, so würde sein eigenes Capital dadurch geschwächt. Im einen wie im andern Falle verliert der Wohlstand der Nation. Zudem hemmt diese Abgabe den freien Verkehr, d. h. denjenigen Austausch der Capitalien, den Jeder unter den waltenden Umständen für sich selbst am vortheilhaftesten finden würde. Unterbleibt also um der Abgabe willen irgend ein Kaufgeschäft, so wird dadurch beiden Theilen ein Gewinn vorenthalten, der ihnen sonst zugekommen wäre, und das Capital der Nation erleidet einen zwiefachen Verlust. Immer ist es vorzugswiese die weniger bemittelte Classe, welche diese Auflage zu tragen hat, da sie am meisten Güter kauft und verkauft. In unserm Canton kommt noch das Besondere hinzu, daß dergleichen Geschäfte bereits mit der Landschreiber- und Stempelgebühr belegt sind, mithin die Auflage um so hemmender wäre. Unser industrioses Volk hat dieses unter der Helvetischen Gesetzgebung lebhaft empfunden*), und noch gegen

*) „Unter allen bisherigen Auflagen erhebt sich die allgemeine Stimme am lautesten gegen die Handänderungsgebühr. Sie wird gerade jetzt durch den Umstand vorzüglich drückend, daß mancher rechtliche Mann, um sich den Verfolgungen seiner Gläubiger zu entziehen, sein Eigenthum verkaufen muß. Aus gleichem Grunde lastet sie auf dem ärmern Bürger am schwersten, und empört die vorzüglich in unserm Canton so zahl-

wärtig ist bey ihm die Handänderungsgebühr in uners-
 freulichem Andenken. Wenn sie im Canton Waat noch
 gegenwärtig leichter getragen wird, so rührt dieß daher,
 weil vor der Revolution im größten Theile desselben
 die ländlichen Grundstücke bey Handänderungen,
 durch Kauf wie durch Vererbung, das Laudemium oder
 die Löber (bey uns Ehrschafz genannt) an die ehemals-
 ligen Gutsberrn zu entrichten hatten. Diese Abgabe
 wurde in Folge der Staatsumwälzung unentgeltlich
 aufgehoben und durch die Handänderungsgebühr, als
 allgemeine Landesauflage, ersetzt, welch' letztere mithin
 nur für die Städte eine ganz neue Last war. — Würde
 man endlich bey uns die Abgabe so mäßig bestimmen,
 daß sie die vorhin berührten Nachtheile nicht hätte, so
 wäre ihr Ertrag von gar zu geringem Belang.

Die Gewerbesteuer, von der man etwa gespro-
 chen hat, sollte gewisser Maßen eine Ergänzung der
 Handelsabgabe seyn und vorzüglich den Handwerks-
 stand treffen. Man suchte sie vornehmlich aus dem
 Gesichtspunkt einer Retribution für das Monopol zu
 rechtfertigen, welches die Handwerker mittelst des bey
 uns noch theilweise bestehenden Innungszwangs unter
 dem Schuß der Geseze ausüben. Allein wir hoffen,
 der Zeitpunkt sey nicht mehr entfernt, da der größere
 Theil des Handwerkstandes selbst es für eine Wohlthat
 ansehen wird, von den letzten Ueberresten des Innungs-
 wesens, die für ihn, im wahren Lichte betrachtet, weit
 eher eine hemmende Fessel als eine Begünstigung sind,

reiche Classe der kleinern Landeigenthümer." Allgemeiner Ver-
 waltungsbericht des Regierungstatthalters des C. Zürich an
 den Vollziehungsrath der Helv. Republik, vom 13. Nov.
 1800. — Die Auflage betrug 2 vom Hundert des Kaufpreises.

befreyt zu werden*). Damit fiele dann der wesentlichste Rechtfertigungsgrund einer solchen Gewerbesteuer weg; und auch sonst wäre ein Zeitpunkt, in welchem vorübergehende Schwankungen in Hinsicht auf Gewinn und Erwerb kaum zu vermeiden seyn werden, zur Einführung einer neuen, auch noch so mäßigen, Auflage nicht geeignet. Eben so wenig könnten wir eine besondere Abgabe von dem Erwerb der Aerzte, Advokaten und ähnlicher patentirter Berufsarten, die wissenschaftliche Vorbereitung erheischen, für empfehlenswerth achten. Man vergesse nicht, welch' ein beträchtliches Capital diese wissenschaftliche Vorbereitung gewöhnlich erfordert, und wie lange es in der Regel dauert, bis einem angehenden Praktiker, wenn er nicht gerade in die Fußstapfen eines ältern treten kann, ein ausgedehnterer Geschäftskreis zu Theil wird. Gelingt es ihm später, auf einen grünen Zweig zu kommen, so ist ein auch reichlicher Gewinn eine wohlverdiente Schadloshaltung für die frühern Entbehrungen**).

Das Ergebniß unserer Betrachtungen über das AufLAGensystem unsers Cantons geht dahin: daß dasselbe im Ganzen auf billigen Grundsätzen beruht, mit Aus-

*) Wir verweisen in dieser Hinsicht auf die höchst lehrreiche Darstellung des gegenwärtigen Zustandes und der Wirkungen des Innungswesens in unserm Vaterlande, welche der Schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft in ihrer dießjährigen Sitzung (Sept. 1828) von Herrn Pestaluz-Hirzel vorgelegt worden ist, und unter ihren Verhandlungen im Drucke erscheinen wird.

**) Wünschenswerth wäre hingegen, daß im Advokatenstande das Monopol der Fürsprechen durch eine mäßige Vermehrung ihrer Anzahl gemildert würde. Die Prokuratoren erhielten dadurch mehr Aussicht auf Beförderung und mehr Aufmunterung, sich wissenschaftlich auszubilden.

nahme der Montirungsabgabe, der Landjägersteuer und der außerordentlichen Vermögenssteuern; daß aber die erste durch einige Abstufungen bedeutend gemildert, die beyden letztern durch Abänderung der bey den Vermögenssteuern bisdabin üblichen Erhebungsart und einige andere Modificationen zu ganz erträglichen Auflagen umgeschaffen werden könnten.

Zum Schlusse noch eine einzige Bemerkung. Man wird uns vielleicht vorwerfen, bey Darstellung der Wirkungen der verschiedenen Auflagen uns zu sehr in's Kleinliche verbreitet zu haben. Hierauf diene zur Antwort: daß wir niemahls für kleinlich achten könnten, was das Wohl unserer Mitbürger so nahe angeht, und daß wir zudem einmahl den Versuch machen wollten, die Wirkungen unsers Auflagensystems nach wissenschaftlichen Grundsätzen durch den ganzen künstlichen Organismus unsers Volkslebens zu verfolgen, weil vollständige Kenntniß des Einzelnen zur richtigen Uebersicht des Ganzen unerläßlich ist.

Möchte bald einem Manne von tieferer Einsicht, genauerer Sachkenntniß und gereifterer Erfahrung gelingen, diese Aufgabe geschickter und befriedigender zu lösen*).

*) Zu Verhütung von Mißdeutungen glaubt die Redaction bemerken zu müssen, daß gegenwärtiger Aufsatz schon im October 1828 geschrieben und im December gl. J. dem Druck übergeben wurde. — Zu wünschen ist, daß auch das Finanzwesen andrer Cantone mit ähnlicher Gründlichkeit möchte beleuchtet und diesem wichtigen Verwaltungszweige diejenige wahre Publicität gestattet werden, welche durch Bekanntmachung der bloßen Resultate der Staatsrechnungen, wenn diese auch noch hier oder dort Statt finden darf, niemahls erreicht wird; zumahl da die Staatsrechnungen in der Eidgenossenschaft in der Regel nichts anders als Cassa-Rechnungen sind. — Um die wichtige Abhandlung nicht unterbrechen zu müssen, sind die für dieses Fest bestimmten Urkunden für das folgende zurückgelegt worden.
H. d. R.

Ueber Henne's neue Schweizerchronik für's Volk.

Unter vorstehender Aufschrift erschien vor kurzem (Sant Gallen bey dem Verfasser) die erste Hälfte eines Werkes, dem der Verfasser selbst einen kräftigen Einfluß auf Ansichten und Grundsätze seiner Landsleute sichern möchte, wie dieses schon das vorgesezte Motto aus Johann von Müller zeigt: „Dieß, o Eidgenossen, ist nicht geschrieben, um Euch die müßigen Stunden zu füllen, sondern, damit ihr aufwachet und sehet, wer ihr gewesen, wer ihr seyd, und wer ihr seyn sollet und könnet und müßet.“ Schon darum mag es nicht undienlich seyn, diese neue Erscheinung etwas näher in's Auge zu fassen.

Herr Henne ist Katholik, und zwar so entschiedener, daß in Rom selbst seine Rechtgläubigkeit nicht einen Augenblick wird angefochten werden. Er ist ferner Dichter, dessen Einbildungskraft vorzüglich gerne bey den Heldengebilden aus des Nordens düsterer Vorzeit, dann bey'm Klosterglanze und den Minnesängern weilt. „Man wird mir vergeben (sagt er S. 207) „wenn ich oft mit Vorliebe solch alt verflungenes Heimliches anziehe, das mir seit der Wiege so wohl that. Vielleicht hat meine Geschichte das Gute, Manchen begierig zu machen nach dem Bielen, das wir aus dieser Zeit haben, und das besser ist, Gott weiß es! als viel des Heutigen.“

Ueber diese verwandten Richtungen wird man nicht mit ihm streiten, die erstere ist Sache der religiösen Ansicht, die zweyte ward während der lezten Decennien auf mehreren unserer teutschen Hochschulen besonders begünstigt, und durch die in unserer Zeit vorherrschende Pflege der Geschichte des Mittelalters genährt. Wenn daher auch in dem genannten Werke das Vorsteheramt des heil. Petrus stark hervorge-

, sein Bischofsstuhl und Märtyrertod zu Rom außer Zweifel gesetzt, und die ersten Erben des Fischerringes litig aufgezehrt werden, wenn wir die Legenden von der römischen Legion, der vom bösen Geiste besessenen Tochter Gunzo's, den Wundern am Grabe des heiligen, der Engelweihe zu Einsiedeln treuherzig erwähnt, wenn die Hierarchie mit ihren Abstufungen, Zere- nien, prachtvollen Priesterkleidern, Kirchenschätzen und allen mit Wohlgefallen dargestellt wird; wenn man durch diese Seiten hinweg beynahe nicht aus den Klosterkreuzen hinauskommen kann; wenn dann auch wieder die Anfänger alle mit Namen und Geschlecht erscheinen, Hörnerne Siegfried und zwey Duzend ähnlicher Dichtungen aufgeführt werden, wenn wir sogar die zwölf Asen wie zwölf Asinen beim Meth- und Bier-Gelage, die der der Chaldäer, den Belos mit Stierhörnern, die Welt der Rimerier, den Zauberdienst der Druiden lernen, und Odysseus als Odin um das halbe Globium segeln sehen; — so könnte man wohl vielleicht, ob denn dieß alles gerade in einer Schweizerchronik einer besten Stelle sey; aber rechten wird auch darum und mit dem Verfasser; er hat aufgenommen, was von ihm Standpunkte aus ihm merkwürdig schien, und mag Manchen finden, dem er damit gefallen wird; — aber er bey dieser Verbreitung eigener Ansichten es nicht bedenkt, sondern zugleich die gegenüberstehende an, von „Leerheit an Seele und Wärme“ in unsern katholicen Kirchen spricht, (S. 76) die Gräueldes- sition in Spanien nur als begreifliche Reaction der Ver- ranz der Arianer des sechsten Jahrhunderts darstellt 3); wenn Schriftsteller, die den Anwach der Mönchs- haft eben nicht für ein besonderes Glück ansehen, oder der Hoheit eines Hildebrand sich nicht demüthig genug wollen, flach (S. 101), unwissend, Verldumder ge- , unter den gemeinen Haufen geworfen werden (S. 160); unter der Annahme, es sey unmöglich, eines andern lehren, gesagt wird: „unser Antichrist ging bisher ohne Ausnahme nur von der Selbstsucht und den Miß- n der Weltlichen aus“ (S. 152); wenn die Censur ert wird, weil sie nicht auch noch gegen wissenschaft- Werke sich waffnet (S. 302); und überhaupt das ganze mit einer fortgehenden Polemik durchflochten ist; — liegt wohl eine etwas genauere Prüfung desselben nicht dem Wege, und dieses ist es auch, was den Unter-

zeichneten veranlaßte, nicht so fast eine eigentliche Rezension des Werkes von Herrn Henne zu schreiben, als vielmehr einige in demselben hervortretende Lieblingsansichten des Verfassers als Grundlage des Ganzen etwas näher zu beleuchten. Er beginnt zu diesem Ende mit demjenigen, was in der Vorrede über den Beruf des Geschichtschreibers gesagt wird.

Demzufolge giebt es zweyerley Arten von Geschichtschreibern, philosophische und historische. Unter den erstern versteht Herr Henne solche, die den Menschen „auffassen, als unabhängigen, mündigen Herrn der Schöpfung, der seine allfälligen Geseze sich selbst gegeben habe und sie bey veränderten Nebenumständen ebenfalls ändern könne.“ Freylich sezt er hinzu: „Philosophie sey hier modern genommen, nicht im Sinne der blinden Heiden, wie Sokrates, Plato und Aristoteles, etwa in demjenigen von Voltaire.“ Referent glaubt, daß nicht bloß das erleuchtete Alterthum, sondern auch die denkende Mitwelt von einem philosophischen Geschichtschreiber andere Begriffe haben müsse, und daß jene vermessene Darstellungsweise, welche den Menschen gewissermaßen als Gott in die Geschichte hinstellt, im Grunde nur in wenigen und nicht den bedeutendern historischen Werken unserer Zeit zu finden sey. Er verwirft auch dieselbe mit dem Verfasser und wendet sich zu der zweyten Art von Geschichtschreibern hin, welche Herr Henne die „historischen“ nennt. Der historische Geschichtschreiber anerkennt nach der gegebenen Definition seine und der Menschen Abhängigkeit von einer höhern Macht. Er „sieht sich als Vasall dieser Macht, und gebunden an alle in der Zeit erlassenen Verfügungen d. h. genöthigt der allgemeinen Natur sich anzuschließen und anzunehmen, was diese zu allen Zeiten annahm. Es muß das Rechte seyn, weil jene Macht sonst sicher ein anderes gegeben hätte. Die Macht selbst ist Gott, ihr gedußerter Wille die Offenbarung, ihr Geschichtschreiber ein bloßer historischer.“ Hier möchte man fragen, was denn eigentlich unter dem Ausdrücke „allgemeine Natur“ zu verstehen sey, wo denn dasjenige so erkennbar hervortrete, welches diese sogenannte allgemeine Natur „zu allen Zeiten annahm.“ Man möchte fragen, wozu dem Menschen die Stimme des Gewissens und die Fähigkeit der Prüfung gegeben seyen, wenn er etwas nur darum als das Rechte annehmen soll, weil es nun einmal ist, und nicht anders ist. Man möchte endlich fragen, ob es das leichte Geschäft eines „bloßen historischen Geschichtschreibers“

könne, die Offenbarung dessen in der Geschichte nach-
 sen, der in unermesslicher Höhe über Welt und Men-
 thron, oder ob nicht dazu philosophischer Scharfsinn
 in durch Studium und Erfahrung geldutertes Urtheil
 en? — Es sey dem Referenten vergönnt, der Ansicht
 Verfassers über den Beruf des Geschichtschreibers auch
 eigene an die Seite zu stellen.

uch er könnte allenfalls, um Herrn Henne zu folgen,
 en philosophischen und sogenannten historischen Ge-
 schreibern unterscheiden, obwohl im Grunde das letztere
 eat eine Tautologie enthält. Philosophisch möchte er
 denjenigen Geschichtschreiber nennen, der nicht bloß
 f ausgeht, die Neugier des Lesers durch Anhäufung
 Reihe von Thatsachen zu befriedigen, sondern diese
 em natürlichen Zusammenhange von Ursache und Wir-
 und in ihren Folgen für die Entwicklung des Men-
 eschlechts, mithin als einen Theil der erhabenen Offen-
 g Gottes, darstellt. Weit entfernt vom religiösen
 ip abzuweichen, wird vielmehr der philosophische Ge-
 schreiber dasselbe unverrückt festhalten, und in der,
 Uer theilweisen Rückschritte, unlängbaren Entwicklung
 bessern auf Erde seinen Glauben an eine gütige Vor-
 g stärken und das Mittel finden, durch die Geschichte
 bloß zu belehren, sondern auch zu erheben. Es versteht
 liebes, daß diese philosophisch-religiöse Richtung des
 es weniger in eigenem Raisonnement des Verfassers,
 elmehr in der verständigen Auffassung und Anordnung
 urch die Geschichte selbst ihm gegebenen Stoffes zu
 treten soll, so wie vorzüglich auch in dem scharfen
 dern der Thatsachen an sich von ihrer zufälligen Färbung
 die Eigenthümlichkeit der Nationalität oder des Jahr-
 rts. In engerer Sphäre bewegt sich dann der historische,
 lieber erzählende Geschichtschreiber, der es sich zur
 aufgabe macht, irgend einen besondern Zeitabschnitt,
 in hervortretendes Ereigniß der Geschichte darzustellen,
 nun. daß er in Form von Denkwürdigkeiten selbst

Weltereignisse im Großen, oder der Schicksale ganzer Nationen von selbst eine mehr philosophische Richtung nehmen muß, während bey Beschreibung einzelner Ereignisse eher die Genauigkeit der Angaben, die erschöpfende Forschung, die anschauliche Schilderung Bedürfnis bleibt. Die Resultate der Führungen der Vorsehung treten in Jahrtausenden zu Tage, diejenigen der Bemühungen der Menschen erstrecken sich selten nur auf Jahrhunderte. Es wird daher der erzählende Geschichtschreiber sich mehr mit den letztern, der philosophische mit den erstern beschäftigen, und die Arbeit dieses mehr religiös erhebend, diejenige des erzählenden mehr psychologisch belehrend seyn; beyde indeß bedürfen eines prüfenden, wählenden und oft verwerfenden Scharfsinnes, und wem dieser fehlt, wer von vorne herein das eigene freye Urtheil niederschlagen will, der hat von dem Berufe des Geschichtschreibers gewiß keine richtigen Begriffe.

Dieses aber scheint nicht die Ansicht des Herrn Henne, der seinem Historiker die Sache sehr leicht macht, indem er für denselben einen auf Erde vorhandenen und erkennbaren Ausfluß der göttlichen Offenbarung „das Rechtliche“ „*legitimum*“ in Bereitschaft hat. Nur an dieses, meint er, habe der Geschichtschreiber sich zu halten, „und wenn auch sein Herz anders urtheilen möchte, und müßte er seinen Verwandten, seinen Landsmann verdammen, und seinem Vater dartzun, — daß er das Seinige mit Unrecht habe.“ Diese letztern Worte und besonders der ominöse Gedankenstrich machten den Referenten etwas stutzen. Unwillkürlich dachte er an die Infallibilität des über alle Erdengewalt erhabenen Stuhles Petri, an die Dekretalen Isidors und etwas näher auf die vaterländische Geschichte übergehend, an gewisse päpstliche Breven, die im vorletzten Hefte dieser Zeitschrift (S. 213) zu finden sind. Ihm scheint daher nöthig, hier wieder etwas stehen zu bleiben und auch das „*legitimum*“ des Verfassers wohl anzusehen; damit uns nicht etwa ganz unvermuthet aus den überall wieder eröffneten Vorrathskammern des Mittelalters eine Nebelkappe über die Augen geworfen werde, und Worte wie Honigseim unser beunruhigtes Rechtsgefühl veranlassen, an irgend ein Kloster, oder in Ermangelung eines solchen an die Väter Jesuiten zurückzuerstatten, was wir bis dahin mit leichtem Gewissen besessen haben.

Nach Herrn Henne ist unser Recht „ein Kind der Religion nicht der Natur; denn letztere braucht kein Recht, wenn sie Gerechtigkeit hat.“ Gerne stimmen wir hierin mit ihm überein, insoferne er unter Religion jenes beseligende Gefühl

der Gottes- und Menschenliebe versteht, daß uns die Wege
 des Friedens denjenigen roher Gewalt vorziehen lehrt. Auf
 diesem Grunde können keine andern als gute Vorträge er-
 zehlet werden. Das Recht, der Staat, die am meisten auf
 sich stützen, werden auch die Besten; sie werden wahr-
 scheinlich rechtlich, vollkommen legitim seyn. Suchen wir nun
 her, wo in der Geschichte eine solche Legitimität sich ver-
 irkllicht habe; so zeigt sich, daß der Ursprung gerade der
 weitgebreitetesten, der dauerndsten Besitzthümer nichts weni-
 ger als in diesem Sinne legitim sey. Oder wie entstand,
 wie wuchs das Römische Reich an? Wie erhielt sich
 dasselbe in seiner Größe? Wie brachte Carl der Große das
 heidnische Deutschland unter seinen Scepter und zum Christen-
 thum? Wie gewannen die Normänner Britannien? die
 Türken Kleinasien und Griechenland? die Tartaren China?
 die Spanier Amerika? die Britten ihr Indien? War hier
 das angemessene Recht auch ein Kind der Religion? Waren
 diese Besitzthümer legitim? oder wie sind sie zu nennen?
 Vielleicht wird Herr Henne antworten: Sie waren ursprüng-
 lich nicht legitim, aber durch Verjährung sind sie dasselbe
 geworden. Gut! So haben denn auch heut zu Tage ein
 roherer, ein Usurpator, ein Empörer sich nicht sehr zu
 scheuen, wenn sie nur der Verjährung sicher sind. Sie
 können dennoch zu einer Art von Legitimität gelangen,
 nicht zwar gerade zu derjenigen, die „ein Kind der Religion“
 ;“ aber doch zu einer, die man wenigstens den Nach-
 folgern in ihrem Besitzthum gegenüber anerkennen und ehren
 muß. Doch wir wollen einstweilen diese Betrachtung nicht
 weiter verfolgen; sondern Herrn Henne die Sache leichter
 machen, indem wir erst mit seinen Worten und dann wenig-
 stens in seinem Sinne, also fortfahren: „Viel ist allerdings
 durch Gewalt entstanden, und ehe das Recht war, galt
 doch die Gewalt als Recht;“ auch Recht auf die Religionen des
 Alterthums gegründet, mochte oft noch viel von der Natur
 der Gewalt an sich tragen, weil in diesen Religionen selbst
 überbare Begriffe von Rassenunterschied, erlaubter Rache,
 Vergeltung, Sklavenstand u. s. w. sich fanden. Allein zum
 Heile der Welt erschien das Christenthum. Es fand Ein-
 gang ohne Gewalt durch seine innere Vortrefflichkeit und die
 Macht der Ueberzeugung. Seine Friedensboten wandelten
 sam unter den wildesten Völkern und gründeten Bischofs-
 stühle und Klöster ohne Machtsprüche und ohne Waffen.
 Das zur Einsicht gelangende Volk empfand und wünschte
 die Wohlthat ihrer Wirksamkeit und vermehrte durch frey-

willige Geschenke ihr nützlich angewendetes Besitzthum. Also begründeten sich auf dem edelsten Fundamente ohne Gewalt die legitimsten aller Rechte, diejenigen der Kirche, und in wiefern unter dem Einflusse derselben sich auch die Grundsätze, auf denen das Wesen christlicher Staaten ruhte, neu gestalten mußten, kann mit Recht gesagt werden, daß auch der Staat nur bey fortwährender Beachtung und Heiligung dieser seiner Verhältnisse zur Kirche wahrhaft legitim sey. — Hier müssen wir indeß Herrn Henne um eine kleine Pause ersuchen und selbst wieder das Wort nehmen: Allerdings verdankt das Christenthum das schnelle Wachsthum der Ueberzeugung von seiner innern Vortrefflichkeit und will auch auf keine andere Weise gefördert seyn, und gewiß dürfen Verträge, Verfassungen, Regierungen, je mehr sie auf dessen reine Grundsätze sich stützen, desto eher auch legitim genannt werden; aber wohl haben wir uns zu hüten, daß hier nicht an die Stelle der einfachen Benennung „Christenthum,“ das vieldeutige Wort „Kirche“ untergeschoben werde, ohne daß wir uns wohl vorher darüber verstanden haben, in welchem Sinne dasselbe zu nehmen sey. Jener erhabene Ausspruch des göttlichen Erlösers: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt;“ seine Abneigung gegen alle Ansprüche menschlicher Herrschsucht und Ehrgeizes *), sein Leben in Knechtesgestalt, seine Heimathlosigkeit, wenn man also sich ausdrücken darf, die Hingebung und Armuth, die er von seinen Jüngern forderte, die wenigen und höchst einfachen Formen, unter denen er mit ihnen in Gemeinschaft trat, sein stetes Hinweisen auf ein über der Erde erhabenes Ziel ihres Strebens — alles dieses zeigt klar, daß die Kirche, die er begründen wollte, keine bloß irdische Anstalt sey. In der That umfaßt dieselbe gleichmäßig die unermessliche Menge seiner vor tausend Jahren vorhandenen Verehrer, wie der jetzt auf Erde noch lebenden. Unübersehbar dem menschlichen Auge ist sie es nicht dem verklärten ihres Oberhauptes, das nach seiner eigenen Verheißung mit und bey seiner Gemeinde ist bis an's Ende der Tage. Mit dieser geistigen Anstalt sind rein irdische Interessen nicht zu vermengen, und nur sofern kann daher von ihr für menschliches Recht eine Legitimität hergeleitet werden, als dieses Recht das geistige Leben des Menschen, unabhängig von allem materiellen, berührt.

*) Matth. XX., 20. ff.

Wenn daher der Regent vielleicht auch daraus, daß er zum Christenthum sich bekennt, eine durch die Religion geheiligte Legitimität für sich in Anspruch nehmen wollte, so kann ihm diese nur insoferne eingeräumt werden, als er im Geiste der Religion regiert, deren Schutz er anruft. Das Mittelalter, durch ehrgeizige Priester geleitet, hat der Krönung und Salbung der Könige durch Priesterhände, so wie dem Wörtchen „von Gottes Gnaden“ eine Art von übernatürlicher Kraft beigelegt, und die Freunde desselben möchten unserm widerstrebenden Verstande wieder wunderbare Geheimnisse aufdringen. Die Wahrheit ist, daß jene kirchlich-symbolischen Handlungen ihre ganz zweckmäßige Bedeutung haben, insofern die Regenten aus denselben eine neue Verpflichtung entnehmen, christlich zu regieren, und daß die Phrase „von Gottes Gnaden“ ganz wohl angebracht ist, wenn sie den Herrscher täglich erinnert, auch so zu handeln, daß ihm Gott gnädig seyn könne. Alle Vorstellungen aber von dadurch erlangter Heiligkeit und vom Himmel herstammender Unantastbarkeit sind nicht nur falsch, sondern entschieden zu bekämpfen, weil sonst auch gegen Ungethume wie Don Miguel eine slavische Unterwerfung wahre Religionspflicht würde, denn auch dieser schreibt sich von Gottes Gnaden und ist mit geweihtem Oele gesalbt worden. Es versteht sich übrigens von selbst, daß hier nur von der, durch Herrn Henne angerufenen, Legitimität die Rede ist, die „ein Kind der Religion“ seyn soll; keineswegs hingegen von derjenigen, die auf menschlichen Verträgen, Verkommenissen, Urkunden ruhet. Diese, die von juridischem Standpunkte aus zu beurtheilen ist, lassen wir hier völlig bey Seite und wollen sie auch gar nicht angefochten haben. So wäre denn also nach dem Gesagten, möchte Herr Henne fortfahren, die Kirche nur ein unsichtbares, geisterhaftes Nebelphantom, halb auf der Erde und halb außer derselben, nirgends zu finden, nirgends zu erfassen, und somit auch ohne spürbare Leitung, ohne überschaubare Wirksamkeit. Es hätte Christus nicht die Begründung und Fortpflanzung einer irdischen Kirche gewollt, dazu die Apostel ausgewählt, unterwiesen, ausgesendet, durch höhere Erleuchtung begeistert? Es wäre eitle Anmaßung, was von dieser sichtbaren Kirche Wohlthätiges unternommen und gestiftet worden? Sie hätte kein heiliges Recht an das in frühern Jahrhunderten von einem frommern Geschlecht ihr übergebene Besitztum? — Dieses alles haben wir nicht gesagt. Wir anerkennen auch die sichtbare Kirche und ihre wohlthätige Wirk-

samkeit, und folgen nunmehr gerne Herrn Henne auch auf dieses Gebieth. — Zuvörderst aber unterscheiden wir hier scharf zwischen der ursprünglichen, von Christo selbst gestifteten, beynahe formlosen, mindestens nur durch wenige höchst einfache Symbole und ein Leben nach den Vorschriften des Evangeliums gewissermaßen nur geistig verbundenen Kirche, die fortdauernd unter ihrem Stifter steht, und auch nur diesen als Oberhaupt anerkennt, und den äußern, in einem sichtbaren, von Menschen geleiteten Verbande stehenden kirchlichen Gemeinschaften, die alle ohne Ausnahme den höchst einfachen Verein der ursprünglichen Kirche durch mehrere nach eigener Ansicht beugefügte Zusätze, Formen und Ritualien zu befestigen streben. Wenn jene vollkommen unabhängig vom Zeitgeiste, seinen Wandlungen und Vorurtheilen erscheint, die Priester derselben, mit innerer Weihe ausgerüstet, ihre Würde in sich selbst tragen, keinen besondern Stand bilden, ihren unausbleiblichen Einfluß in ihrer Wirksamkeit finden, und deshalb auch keiner äußern Unterscheidung bedürfen; so stellt sich diese, die kirchliche Gemeinschaft hingegen, dar, abhängig durchaus von dem Wechsel der Zeiten von National-Einrichtungen und Vorurtheilen, vom Stande der allgemeinen Bildung, von Verfassungen und Gesetzgebung; ihr Priestertum aber hier erliegend unter einer Menge von Formen und Aeußerlichkeiten, und je mehr die innere Weihe fehlt, mit um so größerem Stolz auf die vorgebliche Heiligkeit der äußern sich stützend, dort in einfacherer Gestalt, mehr als bloßer Lehrstand, aber auch da nicht ohne Gebrechen, sichtbar eine menschliche Anstalt, mit den Unvollkommenheiten und der Wandelbarkeit menschlicher Einrichtungen. Oder was zeigen uns denn die Bücher der Kirchengeschichte, wenn wir dieselben öffnen?

Schon in den ersten Jahrhunderten Streitigkeiten über die Nothwendigkeit der Beschneidung, über Osterfeier, Wiederaufnahme der Abgefallenen, über die Rekertaufe; dann die Schwärmereien der Gnostiker, die Fanatiker der Thebaide, die Verfolgungen der Arianer; die Bischöfe der größern Städte im kleinlichsten Rangstreit; die nämlichen Dogmen durch die eine Synode geheiligt, durch die andere verdammt; den vorgeblichen Stellvertreter dessen, der aller Diener war, auf weltlichem Throne; zwei, ja drei gleichzeitige Päbste sich gegenseitig verfluchend; das Sündenleben eines Johann, eines Innozenz, eines Alexanders; die Inquisition, den Ablasskram, Amerikas Entvölkerung unter vorgetragendem Kreuze; die seelenmordende Dialektik der

Jesuiten, die Bartholomäusnacht, die Dragonaden; dann auch bey denen, die reinerer Erkenntniß sich rühmten, Servets Scheiterhaufen, den elenden Haß zwischen Lutheranern und Reformirten, die Bannstrahlen der Dortrechter Synode, die Tausende von Opfern des Glaubenszwangs der symbolischen Bücher, den kirchlichen Despotismus über Irlands schutzlosen Bewohnern. Es wäre ungerecht, in diesem Gemälde die Lichtseite zu übersehen, und keine Erwähnung zu thun der vielfachen, mit christlichem Sinne errichteten, verständig geleiteten milden Stiftungen und der großen Zahl von Beispielen der edelsten Hingebung, welche sowohl die katholische als protestantische Kirchengemeinschaft dann auch wieder aufweisen kann; zu vergessen, daß jene durch die Geschichte ausgezeichneten Opfer der Menschenliebe, als in Mailand, in Marseille die furchtbare Pest wüthete, dem größern Theile nach katholische Priester waren, daß diese Kirche die Augustiner auf dem Bernhardsberge, die Soeurs grises, daß sie einen Ganganelli, Fenelon, Vincent de Paula hervorgebracht hat; so wenig als, daß hinwieder die protestantischen Kirchen durch redliche Thätigkeit für Verbreitung von Licht und Wissenschaft, durch standhaftes Leiden für evangelische Freyheit, durch liebevolle Aufnahme ihrer aus Italien, Frankreich, Salzburg vertriebenen Opfer, durch Lehrer wie Franke, Gellert, Bolliger, durch Hülfsvereine aller Art, und die neueste Vereinigung von Luthers und Zwingli's Anhängern ihre rühmlich errungene Selbstständigkeit gerechtfertigt, und ihre Fähigkeit zu fortschreitender Vervollkommnung bewährt haben; daß Kirchenlehrer aller Confessionen es waren, die in verschiedenen Zeiträumen, ohne Anmaßung einer zwingenden Gewalt, die ihnen nicht zukam, bloß durch die Macht des Wortes und der Ermahnung den Despotismus lähmten, das Laster, selbst das gekrönte, erzittern machten, und der heiligen Sache der Freyheit und Wahrheit die reinsten Dienste geleistet haben. Dennoch ergibt sich hinlänglich aus dem Gesagten, daß jede sichtbare Kirchengemeinschaft Menschenwerk bleibt, mit Vorzügen ausgestattet, und mit Gebrechen, wie sie ewig, wo Menschen zusammentreten, sich entwickeln werden, daß wohl durch die eine mehr als durch die andere der erhabene Zweck erreicht werden, eine mehr als die andere dem großen Vorbilde, das in Christi geistiger Kirche aufgestellt ist, sich nähern kann, wohl schwerlich aber jemals eine dasselbe erreichen wird. Darum aber darf dann auch keine einer unantastbaren Heiligkeit sich rühmen; frey muß über denselben

der Zeit entgegen kam. „Wie hätten sonst Abkömmlinge der edelsten Geschlechter es sich zur Ehre rechnen dürfen, in schmutzigen Mönchsküchen die niedrigsten Dienste leisten, oder die Schweine der geistlichen Brüder weiden zu dürfen? Unter so günstigen Umständen wurden die Nachfolger des frommen und einfachen Gallus, des demüthigen Eremiten Meinrad zu mächtigen und gebietenden Herren. In die Zellen ihrer Mönche zogen an die Stelle früheren Fleißes und strenger Sitten Müßiggang, Schwelgerey, Ehrgeiz und Hochmuth ein.“ Gegen diese Stelle bemerkt Herr Henne: „Das Ruhesuchen im Kloster, sowie die Vergabungen an solche, beruhen nicht sowohl auf den Kunstgriffen schlauer Mönche gegen Unwissenheit des Zeitalters, als im natürlichen Gefühle, Gott dadurch für nie zurücknehmbares Unheil zu versöhnen, daß man gegen sich desto strenger wird, oder andern von dem Seinen wohl thut. Ob sie also J. J. Pottingers gehässige Ausdrücke und Spott verdienen, weiß ich nicht.“ Diesem zufolge gesteht also Herr Henne selbst das verübte, „nicht zurücknehmbare Unheil,“ ein; und wenn der Zudrang zu dieser Klosterruhe stark war, so muß auch viel Unheil verübt worden seyn. Es ist folglich wahr und keineswegs eine gehässige Phrase, was Referent über das Leben der Edeln jener Zeit gesagt hat. Ueber die „Kunstgriffe,“ die Herrn Henne so sehr gedrgert haben, wollen wir einen Heiligen seiner Kirche, Bernhard von Clairvaux, sprechen lassen (*Apologia ad Guillelmum S. Theodorici Abbatem*). „Was will denn bey Armen, wie ihr zu seyn vorgebt, an heiliger Stätte das Gold sagen? Wessen Andacht wollen wir dadurch erregen, wir, die wir aus dem Volke ausgegangen sind, die wir alles Schöne der Welt um Christi Willen verlassen haben? Wird nicht alles dieses durch Geldbegierde veranlaßt? Man streut mit besonderer Kunst Gold aus, damit es vervielfältigt werde. Durch den Anblick von so kostbaren und bewunderungswürdigen Eitelkeiten werden die Menschen mehr zu Geschenken, als zum Gebete entflammt. Ich weiß nicht, wie es zugeht, daß man da desto lieber schenkt, wo man die meisten Reichthümer sieht. Die Augen weiden sich an den mit Golde bedeckten Reliquien und die Beutel öffnen sich.“ Wie die Mönche nöthigen Falls Urkunden zu verfälschen, oder selbst zu fabriziren verstanden, kann an einer nicht unbedeutenden Zahl von Beyspielen bey Schröder, christliche Kirchengeschichte XIX. 225, 227, 272, 276, 278, 280 gesehen werden. Einem berühmten Exempel solcher Art zu Gunsten der gefürsteten Abtey Lindau

ist eine eigene, seiner Zeit ebenfalls berühmte, Schrift Conrings gewidmet: *Censura diplomatis, quod a Ludovico Imp. fert acceptum Coenobium Lindaviense*. Helmesstad 1673, deren Studium denjenigen, welche diese Mönchstactik näher kennen lernen wollen, besonders zu empfehlen ist. Was von Edeln, die in Klöstern Küchendienste verrichteten oder die Schweine hüteten, gesagt wird, ist einem Mönche, dem Bruder Berchtold von Constanz, nach erzählt: *Mirabilis multitudo — sagt derselbe — prudentium ac nobilium virorum ad claustra confugit. Comites et marchiones in coquina et pistrina fratribus servire, et porcos eorum pascere pro deliciis computabant*. Wo liegt nun nach diesem der Spott, wo das Gehäßige? Daß auch manches fromme Gemüth mit seiner Gabe wirklich wohlthun wollte, geben wir zu; ob sie bey wahrhaft Armen, oder bey reichen Klöstern besser angewendet gewesen wären, lassen wir dahingestellt.

Auch zu seinem zweyten Ausfall fand sich Herr Henne durch die nämliche historische Einleitung veranlaßt. Referent erwähnt in derselben der Gräueltthaten, die von mehreren Geschichtschreibern dem Freyhern Donat von Waß aufgebürdet werden, bemerkt dann aber, daß seither Urkunden an den Tag gekommen, woraus sich ergebe, daß dieser Mann über die Religionsbegriffe seiner Zeit sich frey aber heßig geäußert habe, und wie es scheine, ein Freund und Beförderer der Volksfreyheit gewesen sey. Billig dürfe man daher bey so schweren Anschuldigungen desselben etwas mißtrauisch seyn, und das um so mehr, da als ursprüngliche Quelle derselben denn doch nur der in Oesterreichs Sinn und Interesse schreibende Mönch Witoduran übrig bleibe. Hierüber äußert sich Herr Henne nach Aufzählung aller derjenigen, die im Grunde doch nur aus der ersten Quelle geschöpft haben: „Erst heute thaten sich Geschichtsforscher auf, die wegen des wenigen Guten, das der Tyrann, wie alle Tyrannen, that, das Böse für Erfindung der Mönche ausgeben. So sagt J. J. Hottinger (Ritterburgen u. s. w. S. 7). „Es ist wünschenswerth, daß es dem Fleiße unserer Zeiten gelingen möge, noch manchen ähnlichen Zug an's Licht zu bringen, der, den einseitigen Schreibereyen der Mönche gegenüber gestellt, unser Urtheil zu leiten und zu berichtigen im Stande sey.“ — Sein Hauptgrund ist, weil die Geschichtschreiber damals im Sinn Oesterreichs geschrieben haben. Als wenn der Sinn und Geist Oesterreichs geradezu Lüge wäre, und nicht so gut Wahrheit sagen könnte, als andre Geister. Auch wir stimmen in den Wunsch am Ende ein. Aber wie, wenn fast vier-

zehnhundert Jahre lang nur die Mönche schrieben, die doch von sich selbst auch Laster und Böses erzählten? So verfahren hieße die Geschichte im wehrlosen Schlafe ermorden. Welche Partey müßte jene seyn, deren Gewinn es wäre, alles Schlechte der Vorzeit gut, und alles Gute schlecht zu drehen?“ Referent hat nirgends gesagt, die Geschichtschreiber Donats hätten in Oesterreichs Sinne geschrieben, er behauptet dieses bloß von dem Mönche Witoduran. Er sagt auch nirgends daß „Oesterreichs Geist derjenige der Lüge“ sey, nicht einmal, daß Witoduran absichtlich habe die Unwahrheit sagen wollen, sondern er glaubt lediglich, er sey bereitwilliger gewesen, von einem Mönchsfeinde und Gegner Oesterreichs etwas Schlimmes zu glauben, als von einem Freunde Oesterreichs und einem Obner der Mönche. Wenn wir dann aber ohne Kritik Alles als wahr anzunehmen haben, was Witoduran meldet, so müssen wir zngleich auch folgende Geschichte glauben: „Er erzählt dieselbe (nach der Ausgabe in Eccard corpus hist. T. 1. p. 1837 u.) mit folgendem Vorsatze:“ *prout oculis meis luculenter literis patentibus perspexi*: Ein Barsüßer, Namens Bruder Stephan, hatte sich verleiten lassen, in der Tatarey zum Islam überzugehen. Nach höherer Erleuchtung trat er zum Christenthume zurück. Jetzt ward er nach Gefängniß und Marter von den Mahometanern in einen glühenden Ofen geworfen. Er blieb in demselben unversehr bis an den folgenden Tag. Nun beschloß man ihn aufzuhängen. Er hing über Nacht; am nächsten Morgen sah man ihn lebend, zwey stützende Hände unter seinen Füßen, drey weiße Tauben über seinem Haupte, die ihm Kühlung zuschickten. Jetzt ward er an den Schweif eines Pferdes gebunden, der Scharfrichter riß ihm den Leib auf, andere warfen ihn mit Steinen, stachen ihn mit Messern, und nun ward er rasch zum Thore hinaus nach einem neuerrichteten Scheiterhaufen geschleift. Der Mönch aber nahm seine Eingeweide in die Hände, lief so schnell als das Pferd, sprang in's Feuer, wo ihm abermals kein Leides geschah, bis es endlich gelang, mit einer Keule ihn todt zu schlagen. Witoduran weiß Jahr, Monat und Tag dieser Begebenheit, und zählt am Ende noch die Wunder auf, die an des Märtyrers Grabe geschahen. Wer an diesem Histsörchen noch nicht genug hat, der lese bey dem nämlichen Geschichtschreiber Seite 1755, 56, 46, 48, 49, 67, 69, 85, 1803, 1856, und sage dann unbefangen, ob, wenn man solche Scribenten einseitig nennt, und ihnen nur nach sorgfältiger Kritik glauben

rill, die „Geschichte im wehrlosen Schlafe gemordet“ werde. Freylich wäre es der Vortheil Mancher, wenn dieselbe fortzuschlafen würde. Uebrigens ist der Referent bey demjenigen was er in der erwähnten Einleitung über den Freyherrn von Wag bemerkte, wie er selbst dort sagte, nur andern Vorgängern gefolgt, und wer diese Sache gründlicher zu kennen wünscht, sey anmit verwiesen auf die Helvetia Jahrgang 1826 S. 386 ff. und auf die wissenschaftliche Zeitschrift der Basler Hochschule. IV. Jahrg. 4. Hft.

Wohl ließe sich noch Manches auch über andere Abschnitte dieses Werkes befügen, aber um so eher darf der Unterschriebene dieses andern überlassen, als er nicht eine eigentliche Rezension desselben schreiben wollte *). Eines indeß muß er noch anführen. Herr Henne hat (S. 302) seine polemischen Ausfälle auch gegen den Zürcherischen Censor gewendet, weil er in der Schrift Kortums über die freyständischen Bünde die Phrase nicht gestrichen habe: „Brun hat bey weitem noch nicht genug gethan, um die Ehrfurcht für die herrschaftlichen Rechte zu mindern.“ Referent will über diese Aeußerung selbst hier nicht eintreten; aber sie steht in einem wissenschaftlichen Werke, und darum wohl wird der Zürcherische Censor, der sein undankbares Amt mit eben so viel Einsicht als Liberalität verwaltet, sie belassen haben, überzeugt, daß wissenschaftliche Leser auch selbst zu urtheilen verstehen. Ebenso dürfte auch Herr Henne seine Werke der Zürcherischen Censur anvertrauen, mit der Kirche als Sonne und dem Staate als Mond, der von jener seinen Glanz empfängt (S. 159), mit dem gemüthtöddenden Cultus der Protestanten (Ritterburgen S. 142), mit der ganzen Darstellung des siebenzigjährigen Zürcherischen Bekehrungswerkes an den Bewohnern der Herrschaft Sax, (ebendasselbst S. 129 ff.) mit den Hagelbeschädigungen unsrer papierenen Glibüstlers (Schweizerchronik S. 302) mit den Huronen aller Zeiten (S. 388) u. dgl., und wir glauben beynahe versprechen zu dürfen, daß auch ihm nichts davon würde gestrichen werden; denn der Zürcherische Censor kennt sein Publikum und weiß, daß es durch alles dieses sich schwerlich

*) Offen gesteht er vielmehr in dem Buche auch wieder Manches gelernt und viel Gutes gefunden zu haben. Vorzüglich hat ihn die Freymüthigkeit des Verfassers, so wie ein gewisser Sinn für Recht und Treue darin angesprochen. Er glaubt, daß es Herrn Henne Ernst damit sey, und dann ehrt er ihn billig, so sehr er auch in seinen Ansichten von ihm abweichen mag.

ankungen bedarf, weil sich Recht und Wahrheit ohne und bald gegen falsche Beschuldigungen behaupten, von selbst davon ausscheiden. Auch traut man nicht solchen Angaben, durch die vielen Tauschungen mißlich gemacht. Das öffentliche freye Urtheil berichtigt, an weiß, mit wem man es zu thun hat, schon von die falsche Schwärzerin, die irrigen Ansichten; dieß geschieht, weil nicht eine Partey, sondern alle Parteyen Meinung äußern können, und so scheidet sich die unare Freyheit der Presse von der entsittlichenden Freyverselben scharf. Eine andere und besondere Demarlinie zwischen beyden giebt es nicht.“

J. Hottinger.

E i n l e i t u n g.

Gleich jedem andern Gemeinwesen bey fortschreitender Bildung oder Reichthum, wenn es äußerer Unabhängigkeit sich erfreut, gibt auch die Stadt Basel das Schauspiel des allmählichen Emporstrebens der tiefer stehenden Classen, und des Kampfes der höhern für ausschließliche Vorrechte. Durch die gegenseitige Eifersucht der Bischöfe und der Reichsvögte war bis zu Ende des zwölften Jahrhunderts die Reichsunmittelbarkeit gerettet, und Basel vor dem Schicksale so mancher Städte gesichert worden, die theils von Bischöfen oder andern Prälaten unterjocht, sogenannte Eigenthum der Kirche wurden, theils der Herrschaft weltlicher Großer sich unterwerfen mußten, welche die zum Eigenthume gewordene Reichsvogten in den verwirrten Zeiten des eilften, zwölften und dreyzehnten Jahrhunderts zu Erwerbung landesherrlicher Gewalt benutzten. Doch als die Reichsvogten zu Basel, bis dahin nur mächtigen Großen verliehen, im Anfange des dreyzehnten Jahrhunderts den Grafen von Homburg entzogen, und bloßen Rittern, des Bischofs Vasallen, übergeben wurde, da drohte der Freyheit größere Gefahr *).

*) Das beweiset in der Geschichte von Basel, daß die größere Stadt niemahls Eigenthum des Bischofs war.

Aber durch das allmähliche Anwachsen der Stadt hatte sich im Stillen ein anderes Gegengewicht gebildet, und was ein einzelner Ritter als Reichsvogt nicht mehr hätte leisten können, dazu war nun der zahlreiche Adel stark genug, wenn er sich vereinigt an die Spitze der Bürgerschaft stellte. Schon im Jahre 1218 zeigt sich daher dieser Kampf gegen Priesterherrschaft *), auf welchen dann bald die Ausbildung der Zünfte einen entscheidenden Einfluß haben mußte. Ursprünglich waren die Zünfte zu Basel, von denen die meisten während der Regierung Bischof Lütolds II. (1258—1249) entstanden, nur Verbindungen der Genossen eines Handwerks und keine politische Eintheilung der Bürger; von einer Theilnahme an der Regierung oder von Stellvertretern im Rathe ist keine Spur, sondern ihre Hauptbestimmung war die Handhabung der Handwerkspolizei **); dann bildeten sie auch die Abtheilungen für das Kriegswesen. Aber bald mußten diese Verbindungen ein Gefühl ihrer Kraft erhalten, welches doppelt wichtig wurde in einer so gemischten Verfassung, wo Bischof, Reichsvogt und Rath beständig um die Oberhand rangen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Bischöfe bey den Bewilligungen zur Errichtung von Zünften schon die Absicht gehabt, dieselben dem bloß aus Rittern und Aichtbürgern ***) bestehenden Rathe entgegenzustellen;

*) S. Ochs Geschichte von Basel. Bd. I. S. 284.

**) Andere Zwecke die damit verbunden waren, sind: Besorgung der Armen, Sorge für die Leichenbegängnisse, Beyträge zu den Unkosten des Gottesdienstes u. s. w.

***) Aichtbürger (in den Urkunden Patricii, Senatoris Familiae, die Geschlechter, Bürger von der hohen Stube) waren diejenigen Bürger, welche keiner Zunft einverleibt waren. Sie

aber benyenne unzweifelhaft wirkte diese Absicht bey Errichtung der Obristzunftmeisterwürde ums Jahr 1286. Damahls bildete sich nähmlich aus den Zunftmeistern ein eigenes Collegium, welches ungefähr zweyhundert Jahre lang seine besondern Versammlungen hielt, und anfänglich nur über Handwerks- und Zunftstreitigkeiten, bald aber auch über allgemeine Angelegenheiten der Stadt rathschlagte. Als Stellvertreter der zünftigen Bürgerschaft, der Hauptkraft des Staates, erhielten sie ein solches Gewicht, daß der Rath sich genöthigt sah, in wichtigen Angelegenheiten ihre Bestimmung einzuholen, bis dann später die Zunftmeister selbst Mitglieder des Rathes wurden. Diesem Collegium gab der Bischof einen Vorsteher, den Obristzunftmeister, welchen er jährlich aus den Achtbürgern, zuweilen auch aus den Zünften wählte, und denselben dem aus den Rittern gewählten Bürgermeister entgegenstellte. So wurde letzterer, ursprünglich das Haupt der ganzen Bürgerschaft, nur das Haupt der Ritter und Achtbürger, während der Obristzunftmeister das Haupt der zünftigen Bürgerschaft war. Dadurch glaubte der Bischof theils die Macht des Reichsvogtes und des Rathes zu schwächen, theils die Zünfte unter seiner Leitung zu behalten.

müssen sich schon im dreyzehnten Jahrhundert bey Entstehung der Zünfte von den übrigen Bürgern abgesondert haben, obgleich es nach Obß schwer hält, dieses urkundlich zu beweisen. Aber im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert finden sie sich als eine besondere Classe, die zwischen den Rittern oder dem Adel und den Zünften in der Mitte steht, sich aber immer mehr an die erstern anzuschließen strebt. Ihr Versammlungsort hieß daher auch nicht Zunft, sondern wie die der Ritter, eine Stube; ursprünglich Trinkstube.

Es war aber kaum möglich, daß die künftige Bürgerschaft, welche nun in dem Collegium der Zunftmeister in und dem Haupte derselben einen Vereinigungspunct erhalten hatte, lange in dieser untergeordneten Stellung hätte bleiben können. Das allgemeine Streben nach Theilnahme an der Verwaltung, sobald das Gefühl der Kraft erwacht ist, mußte sich auch hier äußern, und der Zustand des Reiches in der erstern Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts begünstigte dasselbe. Denn als Kaiser Adolf durch die Versuche, sich Thüringens zu bemächtigen, den Reichsständen zeigte, daß auch ein Reichsoberhaupt aus einem schwächern Hause ihren Rechten gefährlich werden konnte; als er dadurch selbst die Parthey seines Gegners, Albrechts von Oestreich, verstärkte und sich den Untergang bereitete; als Albrecht durch ähnliches Streben, Heinrich VII von Luxemburg durch den eiteln Versuch, das kaiserliche Ansehen in Italien herzustellen, ihr Ende beschleunigten; als hiersauf Ludwig von Bayern mit Friedrich von Oestreich einen harten aber glücklichen, mit dem Papste einen zweifelhaften Kampf zu bestehen hatte; kurz, als in der erstern Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts das Reich in seinem Innern aufs heftigste erschüttert wurde, da mußten die Städte den Mangel einer schützenden Gewalt, welche das Reichsoberhaupt gewähren sollte, ernstlich fühlen. Ihre Kräfte wurden nun geprüft und die herrschende Classe bedurfte der Hülfe der niedern, deren Selbstgefühl aber dadurch erhöht wurde. Daher findet sich um diese Zeit in vielen Städten ein Streben nach Theilnahme an der Regierung, und so mancher glückliche und unglückliche Versuch, die höhern Classen von dem ausschließenden Besitze zu verdrängen. Dieses Bestreben wurde zu Basel noch desto lebhafter,

da viele Edelleute dem Hause Oestreich mit Lebenspflichten verbunden waren, wodurch die Oestreicher, deren Vergrößerungsabsichten seit Kaiser Albrecht nicht mehr verborgen waren, und die nun auch noch die Reichsbogten über Basel erworben hatten, einen für die Rechte des Bischofs nicht weniger als für die Freiheit der Stadt gefährlichen Einfluß gewannen. Der Kampf gegen diese Faction trug wahrscheinlich viel dazu bey, daß schon vor der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts neben den Rittern und Aichtbürgern auch Rathsherren von den Zünften im Rathe erscheinen *). Dieß mußte nun immer mehr die Ansicht unter der zünftigen Bürgerschaft verbreiten, daß sie mit dem Adel ein Gemeinwesen ausmachen, an dessen Leitung sie nicht weniger Theil haben solle als dieser. Dennoch hörten die Zunftmeister noch nicht auf, ein besonderes Collegium zu bilden, welches bey wichtigern Angelegenheiten um seine Einwilligung befragt wurde. Denn da die Zunfttrathsherren durch die nämlichen acht Wähler, wie die Rathsherren von Rittern und Aichtbürgern ernannt wurden, und alle zwey Jahre bey der neuen Besetzung konnten ausgeschlossen werden, so nahmen sie bald den Corporationsgeist des Rathes an, und ihre Thätigkeit war mehr darauf gerichtet, die Gewalt des Rathes als die Zünfte zu vertheidigen **). Wenn also

*) Ochs vermutet, daß die Aufnahme aller Zünfte in den Rath ins Jahr 1337 falle.

**) Die Wahl des Rathes geschah folgender Maßen: Der alte oder abtretende Rath wählte zwey Dienstmannen des Bischofs und vier Bürger: diese sechs wählten noch zwey aus den Domherren; und dieses Wahlcollegium wählte den neuen Rath, und aus drey vom alten Rathe vorgeschlagenen den Bürgermeister.

e Stadt die doppelte Gefahr, welche bald von Oestreich und seiner Faction, bald von dem Bishofe drohte, glücklich bestehen sollte, so mußten die Zunftmeister ein Gegengewicht bilden, welches durch die Zünfte selbst verstärkt, eigennützige oder verrätherische Anschläge ereiteln konnte. So lange indessen keine gesetzliche Bestimmungen über das Verhältniß der Zunftmeister zum Rathe Statt fanden, suchte dieser natürlich die Einmischung derselben so viel möglich auszuweichen. Aber eben deswegen mußte auch die Eifersucht und das Mißtrauen der Zünfte gegen den Rath desto höher steigen, da nach der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts die österreichischen Lehenleute das völlige Uebergesicht im Rathe erhielten. Daraus erfolgte dann, daß im Jahre 1382 auch die Aufnahme der Zunftmeister in den Rath erzwungen, und durch diesen Schritt zur demokratischen Form dem Adel ein kräftiges Gegengewicht gegeben wurde.

So wurde nach dem natürlichen Laufe der Dinge das ausschließliche Patriciat gesprengt, und der Adel mußte entweder den immer ungleicher werdenden Kampf fortsetzen, oder, sein wahres Interesse erkennend, sich an die Bürger anschließen und auf diesem Wege seinen Einfluß behaupten. Er wählte das erstere und ging unter.

Mit den Zunftmeistern hatten sich indessen auch ihre Befrühiger, die Sechser *), gehoben. So lange die Zünfte

*) Von ihrer Zahl so genannt. Ochs findet die erste Erwähnung derselben in dem Stiftungsbriefe der Gärtnierzunft vom Jahre 1260, worin dieser Zunft nebst der Wahl ihres Zunftmeisters diejenige von sechs Männern bewilligt wird, mit deren Rath die Zunftmeister die Armen und die Zunftangelegenheiten besorgen sollen. In den Stiftungsurkunden früherer Zünfte kommen dieselben nicht vor.

meister ihrer ersten Bestimmung gemäß bloß Zunftangelegenheiten zu besorgen hatten, und ohne politische Bedeutung waren, blieben auch die Geschäfte der Sechser auf diese Gegenstände beschränkt. Allein je mehr jene sich als Häupter der zünftigen Bürgerschaft dem Rathe gegenüberstellten, desto mehr erweiterte sich auch der Wirkungskreis der Sechser; denn auf sie stützten sich die Zunftmeister. So wie daher der Rath sich allmählig genöthigt sah, bey wichtigen Angelegenheiten die Einwilligung der Zunftmeister zu suchen, so wurde es seit Aufnahme derselben in den Rath immer mehr üblich, die Meinung der Sechser einzuhohlen, und so bildete sich nach und nach aus ihnen der große Rath zu Basel. Lange unterschied man noch die neuen und alten Sechser, welche jährlich mit einander wechselten, wie die neuen und alten Rathsherren und Zunftmeister. Allein 1445 wurde beschlossen, daß in Zukunft der alte Rath bey dem neuen und die alten Sechser bey den neuen bleiben sollen. Jede Zunft hatte also zwölf Stellvertreter, welche nebst den Rathsherren und Zunftmeistern den großen Rath bildeten.

Höchst wichtig war es für die Freyheit der Stadt, daß Kaiser Wenceslaus 1386 dem Rathe die Reichsvogten über Groß, und Klein, Basel verpfändete. Denn bis auf die Sempacherschlacht war die Vogten über die größere Stadt in österreichischen Händen geblieben, und wenn schon die Rechte des Reichsvogtes nicht mehr wichtig waren, so konnten sie doch mancherley Anmaßungen zum Vortwande dienen, so wie dieses Haus auch an vielen andern Orten Rechte des Reiches in Rechte der Herzoge von Oestreich zu verwandeln und dann immer weiter auszudehnen gewußt hat. Nicht nur der große Anhang und die Menge von

Basallen, welche Oestreich in der Stadt hatte, konnten solche Anmaßungen begünstigen, sondern die Gefahr war noch dadurch vergrößert worden, daß der Bischof 1375 die kleinere Stadt an Herzog Leopold von Oestreich verpfändet hatte. Allein zum Glücke verpfändeten seine Söhne nach der Sempacherschlacht diese Pfandschaft an die größere Stadt, und als der Bischof 1392 auf jede Wiederlösung verzichtete, und dieses aus einem Dorfe zu einer Stadt erwachsene Eigenthum der Kirche an die größere Stadt verkaufte, so entstand ein Gemeinwesen aus beyden, und der Unterschied des Bürgerrechtes hörte auf. Dennoch dauerten die Gefahren fort, mit denen theils der Bischof theils die Oestreicher durch ihre Verbindungen die Stadt bedroheten: aber je mehr in diesen Kämpfen der Adel seinen Vortheil von dem Wohle des Ganzen trennte, desto mehr mußte er sinken und die Bürgerpartey zu entschlosseneren Fortschritten reizen. Diese Parteyung zeigte sich besonders auffallend, als 1414 die Edelleute und die ältesten Aichtbürger-Geschlechter, wie einst die Plebeier zu Rom, aus der Stadt wegzogen *), und nachher, als die Armagnaken unter dem Dauphin alle Freyheit des Volkes bedroheten. Eben dieselbe erscheint zur Zeit des Schwabenkriegs mit größter Heftigkeit. Die innere Geschichte von Basel dreht sich daher im fünfzehnten Jahrhundert vorzüglich um diesen Kampf der Patricier und Plebeier, und um die seit der Mitte des Jahrhunderts immer kräftiger geführten Kämpfe gegen die Anmaßungen des Bischofs. Besonders heftig wurden die Streitigkeiten mit dem Bischofe um die

*) Noch im nämlichen Jahre kam aber ein Vergleich zu Stande.

Zelten des burgundischen Krieges. Damahls schon wurde im Rathe wiederholt überlegt, ob man dem Bischofe alle Pflichten aufkündigen wolle *): denn der Nahme eines Oberherrn der Stadt, welchen er sich anmaßte, erregte großen Unwillen. Zwar erhielt die Stadt im Jahr 1488 von Kaiser Friedrich III eine merkwürdige Befreyungsurkunde, welche die bischöflichen Ansprüche für ungültig erklärte **); aber da der Kampf ein Wahl mit solcher Hefigkeit geführt wurde, so konnte auch diese Entscheidung denselben nicht stillen, und er mußte sich nur mit der gänzlichen Niederlage der einen Parthey endigen.

Vom Jahre 1498 an wurde aber der Kampf gegen den Bischof sowohl als gegen den Adel nicht mehr durch unzusammenhängende Gewaltstreiche, nur wie sich die Gelegenheit dazu darboth, geführt, sondern es kam Plan und Festigkeit in denselben. Ein eignes Collegium aus neun Mitgliedern des Rathes erhielt damahls den Auftrag, diejenigen Einrichtungen und Verbesserungen in der Verfassung und Verwaltung dem Rathe vorzuschlagen, wodurch das Beste der Stadt befördert würde ***). Weder die bischöflichen noch die Rechte der Ritter wurden dabey vorbehalten, sondern der Rath eignete sich unbedingt das Recht zu, abzuändern was immer der Stadt nachtheilig seyn könnte, und es wurde sogar planmäßig daran gearbeitet, die Ritter ganz zu entfernen. Daher findet sich nun im Jahr 1502 gegen den Inhalt der Handfeste ein Bürgermeister, der zu keinem Rittergeschlechte, sondern zu den Achtbürs

*) Ochs Geschichte von Basel. Bd. 4. S. 354.

**) Ebend. S. 417.

***) Ebend. Bd. 5. S. 25.

n gehörte; sein Statthalter wurde sogar aus einer
 nst gewählt, und so den Bürgern der Zutritt zu
 1 ersten Stellen eröffnet. Von dem Bischofe wurden
 eadezu Abänderungen in der Handfeste gefordert, und
 Jahr 1506 für die Wahlen des Bürgermeisters und
 r Ráthe Einrichtungen getroffen, die ganz zum Vor-
 eil der aus den Zünften gewählten Rathsglieder
 ren *); worauf dann im Jahr 1515 die Aichtbürger
 er Vorrechte beraubt und den Zünften gánzlich gleich-
 stellt wurden **). Besonders entscheidend waren
 er die Veränderungen in der Verfassung, welche im
 Jahr 1521 vom großen Rathe beschlossen wurden. Der
 d, welchen der Rath bisdahin dem Bischofe jährlich
)wur, wurde verbotthen ***): der alte Rath soll in
 ifunft den neuen, und beyde vereinigt den Bürger-
 eister und Obristzunftmeister wählen, ohne dabey an
 e Ritter oder Aichtbürger gebunden zu seyn. Kein

*) DchB Bd. 5. S. 263.

*) Ebd. S. 301. Denn wo sich der Mittelstand hebt und durch Kenntnisse, Wohlhabenheit u. s. w. den obern Ständen den Rang abláuft, da können ausschließliche Vorrechte nicht mehr bestehen, zumahl wenn den Verdiensten der Väter, welche vielleicht diese Vorrechte erworben haben, nicht eigne hinzugefügt werden. Daher heißt es in dem Beschlusse des großen Rathes, durch welchen die Aichtbürger den Zünften gleichgesetzt werden, sie haben keinen Anspruch mehr auf solche Vorrechte, weil sie „die Fußstapfen ihrer Vordern verlassen, und in den vergangenen Kriegsläufen sich eben schlechtlich erzeiget.“

*) DchB Bd. 4. S. 226 zeigt, daß dieser Eid, den nur der Rath, niemahls die Bürger schworen, keine Huldigung war, sondern sich nur auf die Reichsvogtey, also auf das Richteramt bezog, welche jetzt die Stadt pfandweise besaß.

Basall eines Herrn soll in den Rath gewählt werden. Auf jeder Zunft soll der Meister durch die Rathsherren, den Meister und die Sechser gewählt, und derselbe vom Rathe bestätigt werden. Dann wird am Ende begefügt: „Doch so soll einer Stadt geschwo-
ren, und in allen Dingen, weder in den Ehuren,
noch auf dem Petersplatze“ (wo die neueintretenden Rathsherren den Eid leisteten), „noch auf den Zünf-
ten des Bischofs von Basel, noch seines Stifts ganz
nützig gedacht werden, in keine Weise“ *).

Durch diesen Gewaltstreich, der durch keine Unterhandlungen weder mit dem Bischofe noch mit dem Adel gemildert wurde, entschied der große Rath den langwierigen Kampf um Gleichheit politischer Rechte. Nicht die Reformation beraubte den Bischof und den Adel seiner politischen Gewalt, denn ihre Einführung geschah erst nachher; sondern der eitle Widerstand gegen das in der natürlichen Entwicklung liegende Emporstreben derjenigen Volksabtheilung, die nicht bloß durch ihre Zahl, sondern auch durch Bildung und Reichthum dem Adel wenigstens das Gleichgewicht hielt. Eben so wenig war diese Umwandlung der Verfassung eine Wirkung des Eintritts in den eidgenössischen Bund:

*) Das Bd. 5. S. 347 führt aus dem Eingange dieses Beschlusses zwei Gründe an, worauf sich derselbe stützte:
1. „Daß die Baseler ihre Regierung nach dem wesentlichen
Stande der übrigen Eidgenossen einrichten müßten, und
daß die bisherigen Gebräuche und Pflichten gegen das Bi-
thum und den Lehensadel mit dem gegenwärtigen Wesen
in Ansehung der Eidgenossenschaft nicht mehr bestehen
können. 2. Daß die Stadt vom Röm. Reiche das Recht
erhalten hätte, Statuten, Ordnungen und Satzungen zu
errichten.“

ndern eben jene Entwicklung mußte diese Anschließung herbeiführen, sobald einmahl der Kampf eine entschiedne Wendung zum Vortheil der Volksparten genommen hatte.

Bei allen diesen Veränderungen zeigt sich das bedeutende Gewicht, welches die Sechser erhalten hatten, ohne deren Unterstützung die Volksparten im kleinen Rathe niemahls die Oberhand erhalten hätte. Ueber die Befugnisse des großen Rathes und seinen Geschäftskreis war zwar nichts gesetzlich bestimmt; es hing vielmehr von dem kleinen Rathe ab, was für Angelegenheiten er demselben vorlegen wolle; ja gegen Ende des fünfzehnten Jahrhunderts zeigt sich schon Eifersucht gegen denselben, indem ihm nicht leicht etwas vorgesetzt wurde, worüber man nicht vorher im kleinen Rathe einstimmig war *). Allein eben dieses unbestimmte Verhältniß mußte in einem Zeitpunkte des Kampfes um Gleichheit politischer Rechte den Stellvertretern der Bürgerschaft auch die auffallendsten Angriffe erleichtern. Daher traten nun bald an die Stelle des bisherigen Kampfes gegen Bischof und Adel wieder die Bemühungen des kleinen Rathes, das Streben nach demokratischen Formen zu vereiteln und das vorige Uebergewicht herzustellen; denn der Besitz der Gewalt ist so verführerisch, daß selbst die, welche durch demokratische Formen zu derselben gelangen, leicht jeder Beschränkung entgegenstreben. Kaum hat also der Rath die Unabhängigkeit der Stadt vom Bischofe erkämpft, und mit Hülfe der Sechser und der Bürger die Gegner der Reformation besiegt, so bricht auch jenes Streben wieder hervor. Als nämlich im Jahre 1529 der bes

*) Obd. Bd. 4. S. 208.

wegten Bürgerschaft mußte bewilligt werden, daß die Wahlen der Sechser und Meister durch die ganze Zunft, die der Bürgermeister, Obristzunftmeister und Rathsherrn durch den großen Rath geschehen sollte, so waltete zugleich die Absicht, dieses Recht der Bürger wieder aufzuheben *). Sobald also die Bewegung sich wieder zu legen schien, wurde festgesetzt, daß anstatt der zwölf Sechser nur vier von jeder Zunft an der Wahl der Häupter und Rätze Theil haben, die Meister und Sechser selbst aber nicht durch die ganze Zunft, sondern wieder durch die Vorgesetzten sollen erwählt werden, denen die Zunft nur vier Wahlmänner zugestehen durfte **). Doch auch diese Rechte wurden im Jahre 1533 wieder aufgehoben. Die Wahlen der Bürgermeister und Obristzunftmeister wurden dem vereinigten neuen und alten Rathe zugeeignet; die erledigten Rathsherrnstellen im einen Rathe sollte der andere besetzen; den Zünften wurde das Recht entzogen, für die Wahlen der Meister ihren Vorgesetzten vier Wahlmänner zuzugeben, und nur, wenn die Zahl der Wählenden unter dreizehn sinken würde, sollte dieselbe durch

*) Dds Bd. 5. S. 647 folg.

**) Ebd. S. 678. Mit der Wahl der Meister und Sechser wurde es früher, wie es scheint, auf verschiedenen Zünften ungleich gehalten. Auf einigen geschahen die Wahlen wahrscheinlich von allen Zunftbrüdern, auf andern nur von den Vorgesetzten, d. h. von den Rathsherrn, Meistern und Sechsern einer jeden Zunft. Dds glaubt, daß schon 1554 den Zunftbrüdern das Recht der Sechserwahlen entzogen gewesen sey. In Rücksicht der Zunftmeister wurde 1401 vom Rathe eine Verordnung gemacht, daß keine Zunft den Meister mehr selbst wählen, sondern die Wahl nur von dem alten Meister und den zwölf Sechsern geschehen soll.

Wahlmänner aus den Zunftbrüdern ergänzt werden, die aber nicht von der Zunft, sondern nur von den Vorgesetzten bezeichnet wurden. Selbst das Recht der Zünfte, vier Wahlmänner für die Sechserwahlen zu ernennen, hörte nun nach und nach auf, obgleich keine förmliche Aufhebung desselben sich findet *). Dadurch sahen sich nun die Bürger von jeder Theilnahme an der Wahl ihrer Stellvertreter ausgeschlossen, und die kleine Zahl der Vorgesetzten jeder Zunft ergänzte sich von da an selbst. Zwar hatte diese Ergänzungsart schon seit dem Jahre 1401 und zum Theil noch früher Statt gefunden; aber so lange die Rittergeschlechter und die Achtbürger ein starkes Gegengewicht gegen die Zünfte bildeten, konnten diese Wahlen nicht so sehr ausarten, weil die Meister und Sechser fühlten, daß sie die Anhänglichkeit der Bürger bedürfen. Als aber dieses Gegengewicht endlich ganz aufgehört hatte, so mußte diese Wahlform, welche Familienverbindungen und den Einfluß einzelner Machthaber so sehr begünstigte, äußerst gefährlich werden, und hierin lag unstreitig eine Hauptquelle vieler spätern Uebel.

Die Folgen dieser Einrichtungen zeigten sich bald in mehreren eigenmächtigen Schritten des kleinen Rathes, wodurch der große Rath nach und nach wieder aus seiner Stellung verdrängt wurde, und die gesetzgebende Gewalt endlich in die Hände des kleinen Rathes kam. Schon im Jahre 1549 berieth sich der kleine Rath über einen vom ganzen großen Rathe gefaßten Beschluß, ob derselbe bestätigt oder geändert werden solle **). Das mahlß wurde zwar nichts geändert; aber 1552 hebt

*) Dds Bd. 6. S. 83. folg.

**) Ebend. Bd. 6. S. 381.

der kleine Rath ganz eigenmächtig die im Jahre 1526 vom großen Rathe gemachten Bestimmungen über das Zunftwesen auf, und begünstigt dadurch wieder die Familienherrschaft *); und selbst die Erhöhungen des Einkommens der Rätthe in den Jahren 1552 und 1600, obgleich an sich nicht zu tadeln, hätten wenigstens nicht durch den kleinen Rath geschehen sollen **). Auf dieser Bahn schritt dann derselbe natürlich fort ***), so daß er 1676 ohne Theilnahme des großen Rathes sogar einen Beschluß faßte, durch welchen auch die richterliche Gewalt von ihm abhängig wurde. Unter dem Rahmen von Revisionen eignete er sich das Recht zu, die beyden Stadtgerichte der größern und kleinern Stadt

*) Dobs B. 6. S. 383.

**) Ebenb. S. 523.

***) Ebenb B. 7. S. 89, wo ein merkwürdiges Beispiel der Eigenmacht des kleinen Rathes auch in wichtigen Gegenständen der Verfassung erzählt wird. Die Zunftmeister wurden eigentlich nur für Ein Jahr, nicht auf Lebenszeit erwählt. Deswegen wurden jedes Mal bey dem Wechsel des neuen und alten Rathes für die Zunftmeisterstelle auf jeder Zunft zwey Sechser und der vor einem Jahre ausgetretene Zunftmeister als Candidaten vorgeschlagen. Obschon die Wählenden schwören mußten, aus diesen denjenigen zu wählen, den sie für den besten halten, so war die Wahl doch nur eine Bestätigung des alten Zunftmeisters geworden. Diese Uebung verwandelte nun der Rath 1664 eigenmächtig in ein Gesetz. Er beschloß, daß der Eid in Zukunft unterlassen und der alte Meister wieder zum Meisterthum befördert werden solle, wenn es sich nicht etwa ergebe, daß er durch Vaster oder andere Ungebühr sich untüchtig gemacht habe. So machte der kleine Rath diese Stellen lebenslänglich und hob einen kräftigen Antrieb zu gewissenhafter Pflichterfüllung auf.

zu nöthigen, die Motive ihrer Urtheile dem kleinen Rathe vorzulegen und „darum Rede und Antwort zu geben.“ Diese Anmaßung wurde jedoch 1680 wieder aufgehoben und vom Rathe selbst beschlossen, daß keine Revisionsbegehren mehr sollen angenommen werden; sey es, daß man die Verderblichkeit dieses Eingriffs erkannte, oder daß andere Gründe auf den bessern Weg zurückführten *).

Noch nirgends konnte eine so unbeschränkte und allmächtig sich aller Aufsicht entziehende Gewalt lange bestehen, ohne daß die Theilnehmer, dadurch verschlimmert, sich immer mehr selbstsüchtigen Absichten hingegaben hätten. Die verkehrte Ansicht, nach welcher der Staat als ein Eigenthum der Machthaber erscheint, ist von solcher Gewalt unzertrennlich, und je tiefer dieselbe wurzelt, desto stärkeres Drängen um Würden und Aemter muß entstehen. Ehrgeiz und Habsucht erregen einen Kampf, der zwar anfänglich nur mit redlichen Waffen geführt wird, in welchem aber bald die Kämpfenden bey steigender Leidenschaft jedes Mittel für erlaubt halten. Die Machthaber selbst werden diesen Kampf zu Beförderung ihrer Privat Zwecke benutzen und jeden Kunstgriff anwenden, um ihre Verwandten und Anhänger in alle wichtigen oder doch gut besoldeten Stellen einzuschleichen. Dadurch wird die Ueberzeugung bey ihnen immer fester, daß der Staat ihnen angehöre, und einzelne Familien werden sich desselben eben so ganz bemächtigen, als ob ihnen die Verfassung ausschließende Vorrechte gewährte. Zu Basel, wo auch die Wahlformen dieses oligarchische Streben so sehr begünstigt

*) Ochs B. 7. S. 289.

ten, mußte dasselbe desto verderblichere Fortschritte machen *).

So wird es begreiflich, wie nach der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts zu Basel in allen Zweigen der Verwaltung ein Verderben entstehen konnte, wie es sich nur da findet, wo der ganze Staat bloßes Familieneigenthum geworden, und bey den Theilhabern an dem Raube jedes Gefühl für persönliche und Nationalehre, für Vaterland, Recht und gesetzliche Ordnung erstickt ist. Der Baslerische Antistes Werensfels sagt in einem für die Geschichte der folgenden Unruhen wichtigen Briefe an den Zürcherischen Antistes Klingler: » Es sind nunmehr von langer Zeit her in unser
 » Republik unter verschiedenen andern Lastern vornehmlich
 » lich zwey sehr schädliche und standsverderbliche Uebel,
 » benanntlich der Ehrgeiz und die üble Bedienung
 » der gemeinen, besonderbar aber der geistlichen Gütern
 » eingeschlichen; da zwar unsere Altvordern vermeint,
 » dem ersten Uebel mit Auflegung der Eydspflicht den-
 » jenigen, so in den Wahlen ihre Stimmen zu geben
 » haben, zu steuern. Solches Band aber ist bey zunehmendem Ehr- und Geldgeiz und abnehmender
 » Religion und Gottesfurcht nit steif genug gewesen,
 » indem allgemächlich einige ehrgeizige Leut Mieth und

*) Die Auszüge, welche Ochs aus den Baselschen Archiven gibt, enthalten die urkundlichen Beweise, daß obige allgemeine Beobachtungen in hohem Grade von Basel gelten. Daher nennt er den Zeitraum vom Jahre 1648 bis 1691 die Periode der Aemtersucht. Die Klagen über Praktiken (unerlaubte Mittel, zu Stellen zu gelangen) und die Versuche, welche gemacht wurden, um dem Uebel zu steuern, beweisen die Größe und die allmählichen Fortschritte desselben.

„ Gaben anzubieten, hergegen geizige Obere, oder die
 „ sonst nit viel zum Besten hattend, selbige abzunehm-
 „ en angehebt habend. Obwohlen nun solche Ding
 „ ohne Meineyd nit habend geschehen können, hat gleich-
 „ wohl das Uebel solcher Gestalt überhand genommen,
 „ daß es bey menglichem dafür gehalten worden, es
 „ wurde keiner, auch nit der würdigste ohne Mieth und
 „ Gaben und andre böse Praktiken in den Rath gelang-
 „ en mögen.“ — Es waren vorzüglich die beyden Gas-
 millien Burkhard und Socin, welche alles in Händen
 hatten; diese bildeten zwey Factionen, zwischen welche
 die Mitglieder des Rathes getheilt waren, und wer
 sich nicht an die eine derselben hielt, konnte darauf zäh-
 len, zu keiner Stelle zu gelangen. Der als eidgenös-
 sischer Gesandter nach Basel geschickte Bürgermeister
 Escher von Zürich äußerte nach seiner Rückkehr in der
 Relation vor dem großen Rathe unter anderm: „ Diese
 „ beyden Factionen haben übel gethan, die gemeinen
 „ Güter schändlich verwaltet, alles an sich und die Ihs-
 „ rigen gebracht, die Justiz parteyisch verwaltet; er müsse
 „ bekennen, daß er oft nicht mehr habe hören mögen,
 „ sondern sich umgekehrt und fast schämen müssen, daß
 „ vor einem katholischen Gesandten (von Luzern) solche
 „ Fehler an den Tag kommen, so daß die Bürgers-
 „ chaft genug Unlaß gehabt, auf eine Reformation
 „ zu dringen“ *). In dem Abscheide einer Confe-

*) Ueber die Plünderung des sogenannten geistlichen d. h. von
 Klöstern, Kirchen und andern frommen Stiftungen herrüh-
 renden Gutes, siehe Basel Babel von Dr. Henric-Petri.
 1693. S. 17. folg. Einer der vier Repräsentanten, welche
 zuerst nach Basel geschickt wurden, soll (nach dem Berner-
 Ms. und nach Basel Babel) in seiner Relation vor großen

renz *) zwischen Zürich, Glaris, Schaffhausen, Appenzell, Abt und Stadt St. Gallen, welche ¹¹/₂₁ May zu Elgg gehalten wurde, heißt es: „Man hat einmüthig
 „befunden, daß von etlichen Jahren hero zimmlich be-
 „schwerliche Mißbräuch sowohl in Bestell- und Ver-
 „waltung gemeiner Einkünften, als auch in Admini-
 „stration der Justiz und Beobachtung gemeiner Bür-
 „gerlicher Freyheiten eingerissen, und also die Burger-
 „schaft zu nicht unbilligen Klägden und auf Mittel,
 „wie solche zu verbessern, nachzudenken, veranlaßet
 „worden.“ Daher drangen auch die eidsgenössischen
 Gesandten wiederholt darauf, daß die Staatsrech-
 nungen in Zukunft auch dem großen Rathe zur Prü-
 fung sollen vorgelegt werden; ja dieselben waren beynabe
 fünfzig Jahre lang, von 1615 bis 1661, gar nicht
 mehr untersucht worden **).

Vergeblich hatten die Geistlichen, welche in den reformirten Städten ein Organ bildeten, durch das sich die öffentliche Meinung äußern konnte, schon früher auf der Kanzel gegen dieses Verderben geeifert; das Uebel hatte schon zu sehr um sich gegriffen, als daß sein Fortgang auf diese Weise allein konnte gehemmt werden. Als daher der Antistes Gerns

und kleinen Rätthen gesagt haben: „Es haben die Basler
 „also sul und gottlos in ihrem Regiment gehandelt und
 „hausgehalten, sey auch also hergangen, daß ein Dieb dem
 „andren Rechnung geben müssen.“ Was aber das geistliche
 Gut betrifft, so zeigt Dohs, daß die Verminderung desselben
 mehr durch die Umstände als durch Veruntreuungen bewirkt
 wurde. Bd. 7., S. 368.

*) S. unten.

**) S. Dohs Geschichte von Basel. B. 7. S. 92. und 285.

ler zwey Predigten, welche er 1659 und 1660 bey Anlaß der Aemterbesetzung gegen die schändliche Bestechlichkeit gehalten, bekannt machen wollte, wurden die Exemplare confiscirt, und eine Rede, die er vor dem Rathe 1667 bey gleichem Anlasse hielt, blieb ohne Erfolg *). Indessen mußte doch durch das Uebermaß des Uebels das allgemeine Geschrey so vermehrt werden, daß sich die Regierung genöthigt sah, wenigstens gegen das auffallendste Verderben, gegen die Bestechungen bey allen Wahlen, welches zugleich die Quelle aller übrigen war, eine Verordnung zu erlassen. Den 17. November 1688 erschien ein Beschluß von großen und kleinen Råthen, worin in sehr starken Ausdrücken über das Practiciren und Einhandlen der Stimmen geklagt wird, „daß kein ehrlicher Mann weder bey Rathe, noch bey der Universität, noch auf den Zünften zu einem Amte gelangen möge. Diesen Uebeln wisse man nicht anders als durch das Ballotiren zu steuern. Es soll sich daher jeder bey hoher Strafe des Nachwerbens enthalten.“ Ferner wurden Maß- und andre Kråme, „Würbeten“ **) u. s. w. verbothen. Neujahrsgeschenke sollen höchstens 6 Thaler werth seyn. Dann folgt eine weitläufige Ballotirordnung. Allein das Uebel dauerte fort. Besonders erregten die nach dem Tode des Bürgermeisters J. J. Burkhard im An-

*) Basel Babel, S. 16. Ochs B. 7. S. 90. 96. 112. Gernler sagte unter anderm in der zweyten Predigt: „daß nicht das Volk um der Obrigkeit, sondern die Obrigkeit um des Volkes willen gesetzt worden; daher jene in ihrer Verwaltung keinen andern Zweck haben soll, als den gemeinen Nutzen.“

**) „Würbeten“ oder, wie es bey Ochs geschrieben ist, „Würfbeten“, sind Namenstags-Geschenke.

Dank billigte, und ihm ferner alles überließ: die Ueb-
rigen folgten diesem Rathe, womit dann die Sitzung
aufgehoben wurde. Dadurch war auch denjenigen Mit-
gliedern des großen Rathes, welche noch den Rath
gehabt hätten, ihre Rechte zu behaupten, der Anlaß
benommen, förmlich gegen die Usurpationen des klei-
nen Rathes aufzutreten.

So finden wir also beym Beginnen der Unruhen
einen kleinen Rath, der durchaus' alle Gewalt an sich
gerissen hat, in welchem Feilheit und Bestechlichkeit
herrschen, und alle wichtigen oder einträglichen Stel-
len nur an die Mitglieder oder Anhänger von zwey
mächtigen Familien verkauft oder verschenkt werden;
unter ihm einen großen Rath, der nur noch dem Nabs-
men nach existirt; eine Geistlichkeit, welche auf den
Kanzeln gegen das Verderben eifert; endlich eine Bür-
gerschaft, bey welcher der Unwille den höchsten Grad
erreicht hatte, und die in den Predigten der Geistlichen
eine Aufforderung für jeden Einzelnen sah, zur Bekäm-
pfung dieses Verderbens mitzuwirken. Noch kamen zwey
Umstände hinzu, welche die Spannung im Jahre 1690
vermehrten mußten: die durch französische Ausfuhrvers-
bothe und dadurch begünstigte wucherische Speculatio-
nen der französischen Beamten und einiger Regierungs-
mitglieder zu Basel verursachte Theuerung der Lebens-
mittel, und die fortgesetzte Erweiterung der Festungs-
werke von Hünningen. Denn da die Mehrheit der Re-
gierungsglieder in solche Verachtung oder Haß gefallen
war, so verbreitete sich leicht die Meinung, daß sie aus
der drückenden Theuerung Vortheile für sich zu ziehen wissen,
und in Rücksicht Hünningens sich wenigstens strafbare Sorg-
losigkeit, wo nicht Bestechungen *), zu Schulden kom-

*) Es ist bekannt, daß sich 1679 und in den folgenden Jahren

in lassen. So war also des brennbaren Stoffes genug aufgehäuft, und eher muß man sich verwundern, daß das Feuer so lange unter der Asche glimmen konnte, daß endlich ein so heftiger Ausbruch erfolgte.

Indessen fehlte es doch im Rathe selbst nicht an Männern, welche die Nothwendigkeit durchgreifender Verbesserungen einsahen, und zu Betreibung derselben entschlossen waren. Ihr Unternehmen wurde noch beinstigt durch die Eifersucht der Burkhardischen und Locinischen Partey. Zuerst traten zwey Mitglieder des großen Rathes, Daniel Falkner und Christoph Iselin, mit zwey Sechsern heimlich zusammen, welche sich dann mit den Geistlichen in Verbindung setzten, und nach und nach andere Mitglieder des großen Rathes zuzogen *). Die Gegenstände ihrer Berathungen waren:

Die Unterdrückung des großen Rathes, weßwegen sich die Basler-Gesandten auf Tagsatzungen oft übel angesehen wurden, da ihre Instructionen nur vom kleinen Rathe ausgestellt waren, obschon der Bundesbrief auf klein und große Råthe zu Basel lautete. 2. Das

Das Gerücht allgemein verbreitete, der Bürgermeister J. Rudolf Burkhard sey in Frankreich bestochen worden, den Festungsbau zu begünstigen. Die beyden Basler Ochs und Waldbkirch läugnen dieß, doch ohne Beweis, und was Ochs B. 7. S. 144. von der kalten an Zürich erlassenen Antwort sagt, könnte auch anders erklärt werden; wenigstens ist es kein Beweis von großem Eifer in dieser Sache.

*) Die Namen der ersten zwey Sechser werden nicht angegeben. Die Versammlung stieg durch Zugang anderer Mitglieder des großen Rathes auf 17. Doctor Petri war Schreiber bey den Zusammenkünften. Er, nebst Joh. Rudolf Burkhard, Jakob Wettstein und Johann Jakob Müller, werden als die Thätigsten genannt.

Einbringen in Stellen, die schlechte Verwaltung und der entstandene „Weiberrath,“ woraus die Schändlichkeiten aller Art bey Besetzung der Aemter entstanden.

3. Die Sorglosigkeit der Regierung in Rücksicht der Festungswerke von Hünningen. — Schon 1685 (oder 1686) war die Absicht gewesen, in der damals gehaltenen Versammlung des großen Rathes seine rechtswidrige Herabsetzung zur Sprache zu bringen: allein man wußte den ersten Sechser, der die Sache vortragen sollte, zu gewinnen, und so unterblieb das Vorhaben *). Doch als 1690 die Gährung wegen des Festungsbaues zu Hünningen immer größer wurde, so suchte der kleine Rath durch eine Versammlung des großen Rathes die Verantwortlichkeit und den Unwillen der Bürgerschaft von sich abzuwälzen, gab aber eben dadurch den Verbundnen einen lange gesuchten Anlaß, ihr Vorhaben auszuführen, und damit beginnen nun die Streitigkeiten.

*) Der erste Sechser Hans Rudolf Burkhard verreiste unter dem Vorwande von Geschäften der Salzdirection, als der große Rath versammelt wurde. Wie man ihn gewann, erzählt Petri aus seinem eignen Munde, Basel Babel p. 25. „Als ihn des damaligen Bürgermeister Hs. Jakob Burkhard's Sohn aus der nun so lange geführten Salzdirection auszubeiben gesucht, und er bey darauf sich eräugnendem „lesten großen Rath nicht mehr nach dieser Pfeifen zu danczen, sondern ein mehreres zu reden gedrohet, habe man „ihm den Mund mit noch fernerer Continuation selbigen „Salz - Regals (so ihm seinem eignen Bericht nach indessen „über die 50,000 Reichsthaler getragen), gar schön gestopft.“

Erster Abschnitt.

Streitigkeiten zwischen dem kleinen und großen Rathe bis zur Aufstellung der Ausschüsse von den Zünften.

18 November 1690 bis 24 Januar 1691.

Nachdem in der Sitzung des großen Rathes den 18. November 1690 alles war mitgetheilt worden, was von der Regierung bis dahin wegen der Hünninger Angelegenheit geschehen, dankte zwar der Vorsteher der Sechser, S. Rudolf Burkhard, nach bisheriger Uebung für die angewandte Sorgfalt, fügte dann aber bey, „daß wegen der auswärtigen Kriegsgefahr und wegen des Manckels an Lebensmitteln eine nähere Zusammenziehung in Harmonie von kleinen und großen Räthen erforderlich sey; die Vorberathung, wie dieses geschehen könne, überlasse man dem kleinen Rathe“ *). Da nun

*) Obß sagt, „es war wider alles Herkommen in der Verfassung, daß andre Gegenstände behandelt wurden, als aber die, welche der kleine Rath vortragen ließ.“ Wenn dieß ein Tadel der Verbundenen seyn soll, so ist nicht zu vergessen, daß zwischen „Herkommen“ und gesetzlichen Bestimmungen zu unterscheiden ist. Kein Gesetz eignete zu Basel dem kleinen Rathe die ausschließende Initiative zu, und was wider das damalige Herkommen war, konnte durch ein früheres gerechtfertigt werden.

die große Mehrheit bestimnte, und es nicht verborren seyn konnte, wohn diese Verabredung führen sollte, so äußerte sich anfänglich der Bürgermeister Socin mit vieler Heftigkeit und Troß dagegen; allein weil die Sechser sich auf die alte längst vergessne große Rathes-Ordnung beriefen *), so versprach man endlich von Seite des kleinen Rathes, die Sache am folgenden Tage in Berathung zu nehmen **). Damit schien nun Alles in den gesetzmäßigen Weg eingeleitet, und durch fluge Nachgiebigkeit hätte der kleine Rath großes Uebel verhüten können. Zwar handelten mehrere der bedeutendsten Mitglieder des großen Rathes, und Petri selbst, nicht aus ganz reinen Absichten, und der Kampf der Burckhardischen Partey, durch die sich Petri zu erheben suchte, gegen die damals überwiegende Socinische, lag eben so sehr dabey zum Grunde, als das Interesse für Herstellung der Rechte des großen Rathes ***). Aber jene Partey hatte doch anfänglich das

*) Petri hatte sich eine Abschrift derselben verschafft, und kämpfte mit dieser Waffe im großen Rathe. Basel Bab. p. 26.

*) Nach Dohs wurde nichts Bestimmtes beschlossen, sondern da einige Sechser eröffnet, daß sie entschlossen wären, jemanden auszuschießen, um anzubringen, was sie zu erinnern haben, so habe der Bürgermeister Socin geantwortet, es werde der Rath mit erstem, der Nothdurft nach darüber deliberiren. Dohs fügt dann bey: „von nun an war das Betragen der Verschwornen ganz constitutionswidrig.“ Aber wie muß das bisherige Betragen des kleinen Rathes genannt werden?

***) „Diese beyden Parteyen standen eine Zeit lang feindlich gegen einander, sind doch endlich wie Pilatus und Herodes „Freunde geworden, und haben beyde die Köpfe nach und „nach aus der Halfter gezogen.“ M. No. 1.

echt und die öffentliche Meinung für sich, und nur e Kurzsichtigkeit und der Dünkel der Socinischen nnte sie glauben machen, der Sieg könne durch bloß s Zögern gewonnen werden. Als daher der Bürger- eister Socin der Sache am folgenden Tage, gegen as gegebene Versprechen, im kleinen Rathe gar nicht dachte, versammelten sich ungefähr fünfzig Sechser, id ordneten eine Deputation an den Bürgermeister id die übrigen Häupter ab, welche nun schon deutlis er sprach, über die großen Unordnungen klagte, und e Hülfe des großen Rathes zu Ausrottung dieser ebel anboth, wenn sich der kleine Rath zu schwach hle; übrigens haben sie nicht die Absicht das Anse- n der Obrigkeit zu schwächen, sondern vielmehr das- lbe zu befestigen. Daben verlangten sie noch, daß, enn der Bürgermeister Brunschweiler, dessen Ende an täglich erwartete, sterbe, die Besetzung der Bür- rmeisterstelle bis zur nächsten Versammlung des gros n Rathes verschoben werde *). Sie erhielten zwar instige Antworten und das Versprechen, daß der große ath den 1. December wieder soll versammelt werden: lein die Spannung vermehrte sich doch täglich, da e Sechser ihre besondern Zusammenkünfte fortsetzten, id dem Bürgermeister Socin, der sie deswegen zur ede stellte, sehr trozig antworteten **). Der ents

*) Alles dieß geschah mit Vorwissen und Billigung des Antistes Werenfels, dessen Bruder nachher zu den bedeutendern Mit- gliedern der bürgerlichen Ausschüsse gehörte. Dchs S. 200. gibt die Unterredung des Antistes mit den an ihn Abgeord- neten.

**) Da er ihnen sagte, „die Regierung habe Mißfallen an ih- rem Zusammenlaufen; wenn ihnen etwas angelegen, so

Die Gegenstände, um die es sich anfänglich handelte, lernen wir am besten aus den Punkten kennen, welche die Deputirten der Sechser vorlegten. 1. Die höchste Gewalt oder Obrigkeit steht bey kleinen und großen Räthen, wenn sie bey einander versammelt sind. 2. 3. und 4. geben die Titel an, welche den vereinigten beyden Räthen, ferner von den kleinen Räthen den großen *), und von diesen den kleinen Räthen sollen gegeben werden. 5. Was die vereinigten Deputirten für gut finden, soll vom kleinen Rathe bestätigt werden, und nur durch kleine und große Räthe in Zukunft nach der Mehrheit der Stimmen mögen geändert werden. 6. Aus dem großen Rathe sollen, wie zu Bern, zwey Geheimherren geordnet werden. — Wenn sich nun gleich die Deputirten über einige dieser Punkte (2. 3. 4. 5.) vereinigten, so fanden doch die vom kleinen Rathe in dem Ausdrucke Obrigkeit im ersten Artikel eine Beeinträchtigung des kleinen Rathes, und thaten an die Deputirten der Sechser die gefährliche Frage, ob sie die Gewalt der Obrigkeit (d. h. des kleinen Rathes) disputiren wollen. Auch verlangten sie, daß die Sechser alle ihre Forderungen auf Ein Mahl eingeben sollen, weil ein Punkt zu Erläuterung des andern dienen werde. Allein die Sechser verweigerten dieß, aus dem gleichen Grund, warum es die kleinen Räthe forderten; denn sie mußten einsehen, daß sie auf diesem Wege weit weniger erhalten würden, als wenn sie mit einer Forderung nach der andern auftreten werden. In Rücksicht der Gewalt des kleinen Rathes aber erklärten sie, „sie wollten derselben nichts derogiren, wie sie ursprüng-

*) Die kleinen Räthe sollen dem großen Rath den Titel geben:
„Edle u. Herren des mehrern Gewalts.“

„lich dem kleinen Rathe vom großen sey ertheilt worden; aber auch der große Rath solle bey seinen alten Rechten bleiben.“ — Endlich verglichen sich die Deputirten über folgendes: Die höchste obrigkeitliche Gewalt ist bey beyden vereinigten Rätthen, wenn sie ordentlich zusammenberufen werden; vereinigt können sie Fundamentalfassungen machen; beyde Rätthe behalten ihre Rechte; die Titel sollen so festgesetzt werden, wie sie von den Sechsern vorgeschlagen worden; es sollen zwey Geheimherren aus dem kleinen und zwey aus dem großen Rathe gewählt, und alle zwey bis drey Jahre abgeändert werden; die Nahmen dieser Geheimherren sollen auf den Zünften angezeigt, und jeder Bürger aufgefordert werden, ihnen alle Verletzungen der Ballotir-Ordnung, die er kenne, anzuzeigen; doch sollen die Häupter und die übrigen zur Ballotir-Ordnung Verordneten auch in Untersuchung und Bestrafung des Meineids fortfahren mögen. In Zukunft sollen alle Aemter von kleinen und großen Rätthen zugleich besetzt werden *); endlich soll, so lange diese Conferenzen der Deputirten dauern, am ersten Dienstag jedes Monats großer Rath gehalten und die von den Deputirten verabredeten Punkte bestätigt werden.

Diese Vorschläge, aus denen sich zeigte, welches Uebergewicht die Sechser schon errungen hatten, wurden den 25. December vom großen Rathe bestätigt **),

*) Dohs: „Diesem Punkt hatte der (kleine) Rath sich stark widersezt und bestimmt erkannt, daß er seines Orts auch andre Resolutionen fassen müsse; wodurch er zweifelsohne die Dazwischenkunft der Cantone verstand.“

**) In dieser Sitzung wählten auch die Sechser einen eignen Notar, der neben dem Stadtschreiber Harber, einem erklär-

hatten aber nur neue Forderungen zur Folge. Denn schon drey Tage nachher verlangten die Sechser, daß die Entscheidung des, von den Häuptern schon eingeleiteten, Prozesses wegen der Bestechung des Zunftmeisters Salathe durch den Zunftmeister Socin *) bis nach der Publikation des obrigkeitlichen Mandats wegen der Geheimherren verschoben, daß die Acten darüber dem großen Rathe mitgetheilt, und das Mandat zuerst den Deputirten der Sechser vorgelegt werde. — Allerdings gab das Mißtrauen in den guten Willen des kleinen Rathes Grund genug zu diesen Forderungen, aber sie zeigten zugleich der Socinischen Faction was ihr drohe. Indessen blieben die Deputirten der Sechser dabey nicht stehen, sondern sie beschloßen folgende neue Forderungen zu machen: 1. Es soll eine Ordnung für die Geheimherren entworfen, 2. der Meineid (d. h. alle Arten von Bestechungen bey Wahlen) soll untersucht und bestraft werden; hierauf die Verwaltung der Aemter und die Beschaffenheit aller Besoldungen **). 3. Die

ten Anhänger der Socinischen Faction, das Protokoll führen sollte, weil sie Harders Redlichkeit dabey mit Recht mißtrauten.

*) Das allgemeine Geschrey nöthigte den kleinen Rath diese Untersuchung anzustellen; aber es scheint, man habe mit der Entscheidung eilen wollen, ehe die Geheimherren in Thätigkeit wären, damit nicht allzuviel an den Tag komme. In dieser Absicht war wohl den obigen Punkten beygefügt worden, daß die Häupter in Untersuchung und Bestrafung des Meineids fortfahren sollen.

**) „Man hatte dabey die Beschränkung mancher durch Mißbrauch übermäßig gesteigerter Besoldungen im Auge. Daher beschloßen die Deputirten den 9. Januar 1691, daß alle Geistlichen und Weltlichen, welche irgend ein Amt oder eine Anstellung

esandten auf die bevorstehende Tagsagung sollen von kleinen und großen Råthen gewåhlt, von denselben auch die Instruction beschlossen und die Relation abgenommen werden. 4. Sollen die Deputirten des kleinen Rathes aufgefordert werden, für bessere Stadtwachen zu sorgen. — Allein die Berathung wegen Bestrafungen des Meineids lehnten die Deputirten des kleinen Rathes mit der Erklärung ab, daß dieses gegen die Judicatur des kleinen Rathes sey, und da sich die Conferenz wegen trennte, so versuchte der kleine Rath nun durch förmlichen Widerstand zu erhalten, was ihm durch Zögern nicht gelingen wollte. Den 31. Decembris 1690 faßte er einen Beschluß, worin es unter anderem heißt: „Dem großen Rathe sey jetzt schon mehr, als er je gehabt habe, eingeräumt; man lasse es also demjenigen bewenden, was schon abgehandelt sey.“ Allein es war leicht vorherzusehen, daß dieser Entschluß dem kleinen Rathe wenig helfen werde: die Aechser beharreten auf ihrer Forderung, daß der Meins von kleinen und großen Råthen gemeinschaftlich abgestraft werden, und ihr Mißtrauen mußte noch verstärkt werden, als den 4. Januar 1691 an einem Sonntage der kleine Rath versammelt und beym Eide bothen wurde, die Verhandlung geheim zu halten *).

haben, ihr ganzes Einkommen und Accidenzen genau anzuzeigen sollen. "

*) „Es wurde Geblung gebothen, die Ursache hat man nicht gründlich wissen mögen.“ Ms. No. 1. Eine Wirkung des dadurch erregten Mißtrauens war wohl folgender Punkt in der den 5. Januar entworfenen Heimlicher-Ordnung: „Wenn etwas im kleinen Rathe verhandelt wird, was das gemeine Wesen, des Vaterlands Wohlfahrt oder der Bürgerschaft

Da nun auch die Geistlichen, welche zu der Conferenz berufen wurden, den Deputirten der Sechser beystimmten, so verglich man sich endlich, daß bey diesem außerordentlichen Unlaß der Meineid durch beyde Räthe, in Zukunft aber durch den kleinen Rath allein bestraft werden soll. Unstreitig gehörte ein Strafrecht keineswegs in die Competenz des großen Rathes, aber es war den Sechsern nicht zu verdenken, daß sie jetzt darsauf drangen, daß nicht diejenigen allein Richter seyn sollen, welche größtentheils selbst des gleichen Verbrechens schuldig waren.

Nun wurde auch die Heimlicher-Ordnung entworfen, vom großen Rathe bestätigt und den 11. Januar auf allen Zünften verlesen, woben indessen der kleine Rath den Unhang machte, daß nach dem 1. März keine Klage mehr solle angehört werden *). Allein nun entstand ein Streit über die Instruction der Gesandten zur Tagsatzung **), von welcher die Deputirten des klei-

Rechte betrifft, so sollen es die Heimlicher des kleinen Rathes den Heimlichen des großen Rathes alsobald referiren, damit es für die Deputirten des großen Rathes zur Berathschlagung gebracht werde."

*) In der Heimlicher-Ordnung wird unter anderm festgesetzt: daß der Name dessen, der etwas angezeigt hat, immer verschwiegen bleiben soll, so daß ihn nicht einmahl die drey übrigen Geheimherren vernehmen, ausgenommen der Kläger begehre dieß selbst, um die Sache desto besser an den Tag zu bringen; kann er es dann aber nicht beweisen, so tritt er in des Angeklagten Fußstapfen. Jeder Bürger ist bey Ehr und Eid aufgefordert, jede Verletzung der Ballotir-Ordnung, welche ihm bekannt wäre, anzuzeigen.

**) Die Instruction war bisher nur von den Dreyzehnern oder dem geheimen Rathe beschlossen worden. Die Errichtung des

nen Rathes den großen Rath ausschließen wollten, obschon der eidsgenössliche Bundesbrief auf große und kleine Räte lautet. Auch hier hielten die Geistlichen wieder die Partey der Sechser und durch Vermittlung des Anstiftes verglich man sich, daß auf eine Probe die Instruction von den Dreyzehnern oder dem geheimen Rathe entworfen, dann vor die Deputirten des kleinen Rathes, die Heimlicher und die achtzehn ersten Deputirten des großen Rathes gebracht und da bestimmt, hierauf dasjenige, was nicht geheim seyn müsse, vor den großen Rath gebracht werden soll. Die Wahl der Gesandten aber, so wie die Relation soll vor dem großen Rathe geschehen. — Schon damahls scheinen die Deputirten des kleinen Rathes den Plan gehabt zu haben, durch eidsgenössliche Hülfe die angemessene Gewalt des kleinen Rathes zu behaupten; denn bey diesen Verhandlungen drohten sie, „einen Drittmann zur Entscheidung herbeyzurufen“, und die Gerüchte von auswärtigen Gefahren begünstigten diesen Plan.

Während nämlich die Sechser immer entscheidend das Uebergewicht erhielten, und die, welche an jenen schändlichen Bestechungen Theil genommen, wenigstens die, welche zur Socinischen Partey gehörten, strenge Strafen zu erwarten hatten, verbreitete sich plötzlich das Gerücht von einem Anschläge der im Elsaß liegenden französischen Truppen gegen Basel. Dadurch wurden nun die Verhandlungen der Deputirten

Dreyzehner-Rathes fällt, nach Obß, in die für Basel so gefährlichen Zeiten des alten Zürichkrieges. Damahls wurde derselbe nur als ein außerordentliches und vorübergehendes Regierungs-Collegium errichtet „so lange dieser Krieg währet.“ Allein er dauerte von-da an fort.

unterbrochen, und statt der eigentlichen Berathungsgegenstände wurde die Verstärkung der Bürgerwachen durch die Studenten der Universität und durch Einberufung von Landleuten berathen. Ob die kleinen Räte diese Gerüchte für begründet gehalten, ist ungewiß; unter der Bürgerschaft wurden sie von Vielen nur als ein Vorwand angesehen, um das sogenannte Reformationswerk zu verzögern; und der Antistes sagte dieß sogar ausdrücklich auf der Kanzel. Zwar schien ein, den 10. Januar durch den nächtlichen Uebergang der Franzosen über die Rheinbrücke bey Hünningen und ihren Zug nach Rheinfelden entstandener, falscher Lärm die Gerüchte zu bestätigen, und die Vertheidigungsanstalten, welche die Drenzhener machten, zu rechtfertigen: aber als auch nachher die Gerüchte unterhalten, vierhundert Mann vom Lande in die Stadt gezogen und vom kleinen Rathe beschlossen wurde, eidsgenössische Repräsentanten von Zürich, Bern, Luzern und Solothurn zu begehren, so stieg das Mißtrauen der Bürgerschaft, und man glaubte darin die schon vorher gedrohte Herbeyrufung eines Drittmanns zu sehen. Indessen setzten die Deputirten ihre Verhandlungen bald wieder fort; sie untersuchten die seit Langem nicht mehr gehörig geprüfte Staatsrechnung, und machten verschiedene Verordnungen zu besserer Einrichtung und genauerer Prüfung derselben. Es schien daher, daß die nothwendigen Verbesserungen nach und nach auf ruhigem Wege und ganz ohne Einmischung der Bürgerschaft durch gegenseitige Uebereinkunft der kleinen und großen Räte können zu Stande gebracht werden; denn so unruhig und gespannt auch die Bürgerschaft war, und so sehr diese Stimmung das Gewicht der Geistlichkeit und der Sechser in ihrem Kampfe gegen den

kleinen Rath vermehrte, so fehlte es ihr doch noch an einem Vereinigungspunkte, um selbst sich in die Sache zu mischen, bis der kleine Rath durch einen sehr gewagten Schritt, in der Hoffnung, die Sechser der Unterstützung der Bürgerschaft zu berauben, dieser den Anlaß zur Bildung von Ausschüssen gab, wodurch dann die Sache auf ein Mal eine sehr gefährliche Wendung nahm.

Zweiter Abschnitt.

Von der Aufstellung der bürgerlichen Ausschüsse
bis zur Ankunft der Gesandten der Tagsatzung.

25. Januar — 1. April 1691.

Den 25. Januar veranstaltete der kleine Rath nur auf den Antrag der Deputirten, aber ohne Vorwissen und dennoch im Rahmen des großen Rathes, eine Versammlung aller Zünfte und ordnete eine Deputation ab, welche von Zunft zu Zunft folgendes vortrug: „Da sich zwischen klein und großen Råthen etwas Streits erhoben und jetzt zwar die meisten Punkte beigelegt seyen, aber viel unguter Reden unter der Bürgerschaft gehört werden, obschon man bis jetzt durch die That bezeugt, daß man der Bürgerschaft in Allem gute Rechnung trage, so wolle man nun von ihnen vernehmen, ob sie auch ein Gleiches zu thun, und mit der Stadt Lieb und Leid zu tragen gesinnet seyen.“ Allein dieser Vortrag verfehlte seinen Zweck gänzlich, und vermehrte nur das Mißtrauen der Bürgerschaft. Auf

mehrern Zünften wurden die anwesenden Sechser gefragt, ob diese Anfrage mit oder ohne ihr Vorwissen geschehe, und da die einen dieß bejahten, die andern es läugneten, so entstand Unordnung und Lärm *). Endlich erklärten alle Zünfte mit Ausnahme der Zunft zum Schlüssel, welche noch eine Zeit lang auf Seite des Rathes blieb, daß sie über diesen Vortrag sich berathen und in Kurzem eine Antwort geben wollen. So erhielten die Bürger einen Vorwand, sich ohne die Zunftmeister und übrigen Vorgesetzten auf den Zünften zu versammeln, und dieß war es wahrscheinlich, was Petri und einige andre Häupter der Bürgerschaft durch die vorher getroffene Verabredung **), daß man Bedenkzeit fordern wolle, zu erreichen gesucht hatten. Es wurden nun auf jeder Zunft vier Ausschüsse gewählt, und so entstand neben dem kleinen und großen Rath eine dritte Parthei, die um so gefährlicher war, da ihr die Mehrheit der Bürgerschaft anhing, und einzelne Mit-

*) Die einen riefen, sie haben ihren Jahreseid schon geleistet, dem wollen sie nachleben, und keinen neuen Eid schwören. Andre riefen den Deputirten zu: Sie sollen den Rath von Meineidigen reinigen, wenn sie bey ihrer Autorität bleiben wollen. Auf einer Zunft klopfte ein Bürger dem Obristzunftmeister auf die Schulter und sagte ihm, daß der Rath zuerst müsse gereinigt werden, gerade ins Gesicht.

**) Aussage Johann Fattil im Gefängniß: „Auf die Frage, wo die ersten Ausschüsse herkommen, antwortete er: In Herrn Doctor Petri Haus; der habe vorgeschlagen, weil morgen ein Umgang auf allen Zünften seyn werde, so sollen sie einen Denk (Bedenkzeit) begehren; es sey nicht wider ihren Eid, alsdann können sie Deputirte und Ausschüsse machen.“ Nach Dohs hätte Petri erst am Abende des 25. Januar den Rath gegeben, Ausschüsse zu wählen.

glieder des kleinen und großen Rathes mit ihr in Verbindung standen, um dadurch ihre besondern Absichten durchsetzen zu können. Dieß gilt besonders von Dr. Petri, einem Manne von vielen Kenntnissen aber großem Ehrgeize, der durch die Aeußerung, daß er der Bürgerschaft Freyheit, d. h. die Urkunden, welche ihre Rechte beweisen, in Händen habe, sich einen entscheidenden Einfluß auf die Zünfte verschafft hatte.

Schon das erste Schreiben der Ausschüsse an die Deputirten des großen Rathes zeigte, wie gefährlich dieses neu gebildete Collegium werden könne. Sie äußern in demselben: „Der Umgang auf den Zünften habe, als etwas Ungewohntes, große Bestürzung erregt; daher wenden sie sich an die Deputirten, ehe sie bey der Obrigkeit selbst einkommen: sie ermahnen dieselben, tapfer in der Reformation fortzufahren, die Bürger werden sie mit Gut und Blut unterstützen: dabey aber verlangen sie, daß den Heimlichen noch zwey Sechser zugegeben, der Termin zur Angabe der Schuldigen verlängert, und daß auch die Ausschüsse berufen werden, wenn die Deputirten des großen Rathes vor den übrigen Sechsern relatiren,* damit sie Bericht von den Fundamentalsatzungen erhalten und dieselben den Bürgern communiciren können, zu Erhaltung größerer Vertraulichkeit.“ — Neben diesen Forderungen enthielt die Antwort auf den Vortrag vom 25. Januar, welche die Ausschüsse im Rahmen der Zünfte gaben, noch andre nicht weniger gefährliche Punkte. Zwar versichern sie der Regierung Treu und Gehorsam, fordern dann aber, „daß in Bestrafung des Meineids nicht ausgesetzt, die Freyheit, womit Kaiser Friedrich III die Stadt Anno 1452 begabt, wieder öffentlich publicirt werde *), daß

*) Bis 1651 wurden die kaiserlichen Freyheitsbriefe auf dem

die Bürger nicht bloß dem kleinen, sondern auch dem großen Rathe durch ihren Bürgereid verpflichtet bleiben, daß die Zunftmeister und Sechser in Zukunft einzig von der Zunft gewählt, und lediglich der Gemeinde (d. h. der Zunft) zu schwören haben." Man könnte sich über den festen und consequenten Gang verwundern, den die Ausschüsse gleich von Anfang annahmen, wenn man nicht wüßte, daß Petri sie in Allem leitete, und die Memoriale, welche er in ihrem Namen eingab, entwarf. Obschon er nämlich Sechser und unter den Deputirten des großen Rathes war, so wählten ihn die Ausschüsse zu ihrem Sprecher oder Syndicus, und erteilten ihm einen förmlichen Gewaltsbrief, welcher den 5. Februar von allen Zünften angenommen und bestätigt wurde. In demselben heißt es, nachdem sein Auftrag, im Namen der Bürgerschaft und der Ausschüsse alle Anliegen dem großen Rathe vorzutragen, ausführlich bestimmt ist, „mit sattsamer
 „Versicherung selbigen dieses seines Syndicats in allweg
 „zu entheben, gefahr- und schadlos zu setzen, ja auch
 „je Mann für Mann stehende, dene und alle dessen
 „Angehörige, mit Leib, Gut und Blut zu secundiren,
 „immer so lang und oft als es die Noth erfordern
 „wird." Dieser Gewaltsbrief wurde von allen sechzig Ausschüssen unterschrieben, die sich dann zugleich von den Zünften einen Revers geben ließen, worin alles,

Petersplaze vor der jährlichen Eidesleistung der Rätthe öffentlich verlesen. 1651 wurde dieß abgeschafft, weil man nach dem westphälischen Frieden des kaiserlichen Ansehens nicht mehr bedurfte. Wenn dieß auch der wahre Grund war, so beförderte diese Unterlassung doch die Eigenmacht des kleinen Rathes.

was sie bis jetzt gethan, bestätigt und wieder das Versprechen enthalten war, daß die Zünfte „Mann für Mann stehen wollen.“ In dem Revers, den Petri den Ausschüssen gab, verspricht er, „das allgemeine Interesse bestens zu befördern.“ — Unstreitig mußte die Verlesung und Bestätigung solcher Reversbriefe auf den Zünften einen äußerst gefährlichen Eindruck machen, indem dadurch die Meinung verbreitet wurde, daß es einen Kampf auf Tod und Leben gelte, und daß die geforderten Verbesserungen nicht anders als mit Gewalt und wirklicher Empörung können erzwungen werden.

Für den Augenblick wurde indessen die Gewalt des großen Rathes und der in demselben dominirenden Burcardoischen Partey durch die drohende Stellung, welche die Bürgerschaft annahm, verstärkt. Schon den 3. Februar wurde vom großen Rathe der Zunftmeister Socin der Drenghnerwürde entsezt, für zwei Jahre vom Besitze im kleinen Rathe ausgeschlossen und um hundert Säcke Korn *) gebüßt. Der Zunftmeister Salathe, der von ihm ein Geschenk angenommen, wurde lebenslänglich „von Ehr und Eid entsezt.“ Zwar warnte der Probst des Collegii, Peter Schrotberger, den Antistes vor den Folgen **); allein dieser blieb fest dabei, daß der

*) Der Sack galt damals 14 Pfund.

**) „Wenn man so verfähre, so werde der große und kleine Rath einander in die Haare gerathen; es werde die Geistlichen auch treffen; unter der Bürgerschaft werde Uneinigkeit und Erbitterung entstehen, weil die Factionen groß seyen und keine Partey der andern schonen werde. Er und seine Kollegen könnten auch des Meineids bezüchtigt werden.“ Wirklich ließ der kleine Rath dem Antistes durch eine Depu-

Meineid müsse bestraft werden, und bewirkte mit den übrigen Geistlichen, daß die Forderung der Bürger bewilligt wurde, auch diejenigen Bestechungen, welche vor der Ballotir-Ordnung vorgegangen, zu untersuchen und zu bestrafen. Denn damahls hatte die Geistlichkeit noch einen bedeutenden Einfluß, der aber bald gänzlich verschwand, je mehr die Ausschüsse ihre Macht fühlten. — Der Anfang des Strafens war nun gemacht, und es ließ sich nicht mehr absehen, wohin dieß bey der Menge der Schuldigen, der Erbitterung der Parteyen im Rathe und den Drohungen der Bürgerschaft führen mußte: denn mit Socins Strafe war dieselbe nicht zufrieden, und er sah sich genöthigt, auch seine Zunftmeisterstelle zu resigniren, obschon man die ärmern Bürger durch Vertheilung der ihm auferlegten Buße zu gewinnen gesucht, vielleicht aber eben dadurch den Wunsch neuer Bestrafungen noch lebhafter gemacht hatte. *

Während alles dieses vorging, waren den 28. und 29. Januar die berufenen eidsgenössischen Repräsentanten von Zürich, Bern, Luzern und Solothurn angekommen *). Sie erklärten bey der ersten Audienz, welche sie vor dem großen Rathe hatten: „daß sie nicht bloß wegen der äußern, sondern auch wegen der innern Gefahren von ihren Regierungen gesandt seyen, zu be-

tation erklären: „Man vernehme, daß er die Bürgerschaft „mehr zum Unfrieden als zur Einigkeit verleite; und wenn „er das Schelten auf der Kanzel nicht lasse, werde man „mit ihm den Anfang machen, denn er habe auch Gaben „genommen.“

*) Rathsherr Blarer, Obrist Frischling, Obrist Fleckenstein und Ludwig von Stäffis.

ren Entfernung sie alle mögliche Hülfe anbieten, da diese Streitigkeiten eben wegen der äußern Gefahren um desto verderblicher werden könnten." Der große Rath bezeugte zwar seinen Dank, suchte aber die Einmischung der Repräsentanten auf gute Art zu verbüten, weil die Burcardische Partey die Gefahren, welche ihr selbst von den Ausschüssen drohten, noch nicht einsah, und sich mit dem Wahne täuschte, ihr Uebergewicht zu völliger Befriedigung ihrer Rachsucht gegen die Socinische benutzen zu können *). Daher übergaben die Repräsentanten den 2. Februar dem großen Rathe eine Note, worin es heißt: „Ungeachtet der Erklärung, daß man in diesen Sachen eifrig fortfahren, und wenn man sich über etwas nicht vereinigen könne, den guten Rath der Repräsentanten suchen wolle, sey noch gar nichts an sie gelangt: die Sache werde aber immer gefährlicher, und könne ohne Wissen der Repräsentanten in eine solche Weitläufigkeit kommen, daß sie selbst sich dadurch eine Verantwortung zuziehen werden. Sie begehren also, daß man solche Mittel anwende, daß sie ihre Herren und Oberen mit guten Berichten erfreuen können, oder daß man ihnen die Anstöße eröffne." Daß aber die Repräsentanten wirklich die Gefahr in ihrer ganzen Größe erkannten, zeigt sich aus einem Schreiben des Zürcherischen Repräsentanten Blarer an seine Regierung vom 4. Februar: „Es ist leicht zu erachten," heißt es unter Anderm, „wie weh es thue, von den

*) Es wurde deswegen beschlossen: „Die Deputirten von großen und kleinen Rätthen sollen in dem angefangenen Reformationswerke eifrig fortfahren; wenn sie sich aber über irgend etwas nicht vereinigen können, so sollen die Repräsentanten um guten Rath ersucht werden."

ie Stellung der Repräsentanten war allerdings äußerst schwierig, indem ihnen jede förmliche Einmischung verwehrt, und wenn dieselbe möglich gewesen wäre, der Credit zu Hause auch bey der größten Unparteilichkeit gefährdet war. Denn wo die Parteyen in so stiftiger Bewegung sind, da scheint der, welcher unparteilich vermitteln will, allen parteilich; und bey der neuen Verbindung, welche Mitglieder der Rätthe und der Bürgerschaft mit gleichgesinnten Männern in andern eidsgenösslichen Städten unterhielten, mußten die Repräsentanten auch zu Hause ebenso angesehen werden, wie sie den Parteyen in Basel erschienen *).

Auf das erste Strafurtheil wegen Bestechungen folgte bald ein zweytes gegen den Zunftmeister Roth, der wegen eines angenommenen Geschenkes **) für ein Jahr von seiner Zunftmeisterstelle suspendirt, bald nachher aber ganz abgesetzt wurde „weil noch Größeres hervorkommen.“ Allein diese Strafen befriedigten die Ungeduld und den Parteygeist der Bürger nicht; sie beklagten sich, daß man mit der Reformation zögere, die Geringern und weniger Schuldigen bestrafe,

*) Wie die Bürgerschaft in Zürich und Bern gestimmt war, zeigt sich aus einem Briefe des Schreibers der Repräsentanten, Rathessubstitut Holzhalb von Zürich, an den Stadtschreiber Gossweiler daselbst. (Holzhalb zeigt in seinen Schreiben viele Abneigung gegen die Bürgerschaft zu Basel, und da er selbst zu einer damals in Zürich mächtigen Familie gehörte, so ist seine Vorliebe für die Aristokratenpartey in Basel begreiflich). „Die Bürgerschaft ist sehr erfreut, daß man zu Zürich und Bern unter der Bürgerschaft auf ihre Gesundheit trinke, und sie in ihrem Werke lobe.“

**) Dieses Geschenk bestand in einem Spazierstocle.

sich aber an die großen Verbrecher nicht wage, und daß es überhaupt der Regierung kein rechter Ernst sey. Die Ausschüsse übergaben daher den Deputirten des großen Rathes eine Beschwerde, daß sie ihr eingegabenes Memorial nicht gehörig unterstützen, und verbanden damit mehrere neue Forderungen, welche mit den darüber vom großen Rathe den 4. Februar gefaßten Beschlüssen angeführt werden müssen. Die erste Forderung, daß in der Reformation soll eifrig fortgefahren werden, wurde ohne Gegenrede bewilligt. 2. Doctor Petri soll, obgleich er Syndikus der Ausschüsse ist, dennoch den Benüz im großen Rathe und seine Stelle unter den Deputirten der Sechser behalten. Beschluß des großen Rathes: Die Ausschüsse sollen von dieser Forderung abstecken, und wenn sie etwas durch ihn vortragen lassen, so soll Petri während der Berathung abtreten. 3. Die Ausschüsse bezeugen ihren Dank für die Erklärung der Deputirten, daß sie ihr bisheriges Beginnen nicht improbiren. Ohne dieser Erklärung die, wahrscheinlich von den Ausschüssen beabsichtigte, Festätigung zu geben, beschloß der große Rath nur im Allgemeinen, man werde die Privilegien halten. 4. Die Fundamentalgesetze, besonders auch die Bündnisse sollen den Bürgern vorgelegt werden, ehe man sie ratificire. Beschluß: Die höchste Gewalt, also auch die Fundamentalgesetze, steht bey großen und kleinen Rätthen. Doch sollen Bündnisse, neue Zölle, Kriegszüge, Contributionen und Abänderungen des Elbes den Bürgern, ehe etwas beschlossen wird, zu ihrer Nachricht und Verhalt mitgetheilt werden. 5. Was vor der Ballotir-Ordnung vorgefallen, soll auch bestraft werden; in dieser Absicht soll auch die Zahl der Geheimherren vermehrt, der für die Angaben bestimmte Termin ver-

längert, und zu Beschleunigung der Sache wöchentlich zwey Mal großer Rath gehalten werden. Beschluß: Es bleibt bey dem schon gefaßten Beschlusse (durch welchen diese schon vorher gemachten Forderungen mit Ausnahme der Bestrafung älterer Vergehen abgelehnt wurden). 6. Die, deren Meineid noch nicht ganz erwiesen, und überhaupt die desselben Verdächtigen sollen mit allen ihren Verwandten oder „ihnen Pflicht habenden,“ doch diese letztern ohne Nachtheil der Ehre, bis zu Austrag der Sache vom großen Rathe und andern Conferenzen ausgeschlossen, und ihre Stellen theils von andern großen Råthen, theils von den Ausschüssen ersetzt werden, um einen unparteyischen großen Rath zu bilden *). Beschluß: Es bleibt bey der Heimlichen Ordnung: wenn aber einer des Meineids überwiesen wird, soll er bis zu Austrag der Sache von seiner Stelle suspendirt seyn. 7. Da den Ausschüssen noch andre Anliegen vorkommen, worauf sie aber jetzt noch nicht gefaßt seyen, so soll man ihre Zusammenkünfte nicht mißdeuten; ihre Absichten seyen gut. Beschluß: Da die Obrigkeit mit der Reformation und Bestrafung beschäftigt sey, so soll die Bürgerschaft ermahnt seyn, dergleichen Zusammenkünften in Zukunft still zu stehen, sich zur Ruhe zu begeben, ihres Berufs zu warten, auch alles Mißtrauen gegen die Obrigkeit fahren zu lassen. 8. Obgleich die Ausschüsse verlangen könnten, daß diejenigen Glieder des mehrern Gewalts, so im großen Rathe den 3. Februar sich so unverantwortlich gehalten, zur Strafe gezogen werden, so überlassen sie

*) Diese Forderung verråth deutlich genug die ehrgeizigen Absichten, wodurch manche Ausschüsse ihre ursprünglich gute Sache verderben.

dieß doch dem großen Rathe *). — Wenn diese Forderungen die steigenden Anmaßungen der Ausschüsse zeigen, so beweisen die gefaßten Beschlüsse, daß die Sechser und die kleinen Räte die drohende Gefahr zu erkennen anfangen, die sie nun, aber zu spät, durch Annäherung unter sich, und durch Festigkeit zu beschwören strebten.

Als nun die obigen Beschlüsse in eine Rathversammlung zusammengefaßt wurden, um den Zünften mit dem Zusatze vorgelesen zu werden, daß bey Erwählung der Meister und Sechser auch die Gemeinde (d. h. die zünftigen Bürger) in gewisser Anzahl nach einer zu entwerfenden Ordnung ihr Votum haben, nun aber die Bürger sich damit befriedigen und ihre Zusammenkünfte unterlassen sollen, so versammelten sich die von Allem unterrichteten Ausschüsse am Abende vorher, und vereinigten sich über eine „Instruction, was die Bürger darauf antworten sollen.“ Nach derselben sollte man ver-

*) In dieser Sitzung wurden die Zeugenverböde gegen die Zunftmeister Socin, Salatke und Roth, nebst den Gutachten der Geistlichen und Juristen darüber verlesen: „Welches „einen ungewöhnlichen Abtritt verursacht, so daß von so „Mann kaum einer wieder hereinkommen.“ Wahrscheinlich suchte die Socinische Partey durch dieses Weglaufen die Beurtheilung der Beklagten zu verhindern, während Andere sich vielleicht aus Furcht entfernten. — Auch der Antistes Werensfels soll gesagt haben: es sey in der letzten Zusammenkunft wegen Salatke irregular zugegangen, und man habe Petri nicht reden lassen. — Socin hatte zu Salatke gesagt, er habe 18 Deputirte auf seiner Seite, durch die er wahrscheinlich der Strafe entgehen sollte — Dieß sind die einzigen über jenen Austritt im großen Rathe aufgefundenen Angaben.

ingen, „daß die Repräsentanten für jetzt noch nicht mit diesen Sachen bemüht werden: wenn eine Zunft oder einzelne Zünfter von Obrigkeitwegen über etwas besagt werden, sollen sie Bedenkzeit nehmen, sich aber vorbehalten, ihre Gravamina vorzulegen, und daß vor allem aus der Meineid bestraft werde; ferner, wenn man die Zusammenkünfte untersagen wolle, so solle man antworten, es werde geschehen, sobald die Obrigkeit vereinigt und die alte Freyheit der Bürgerschaft stabilisiert sey.“ Noch trafen die Ausschüsse die besondere Abrede, „daß wenn schon eine Zunft über ihre Vorgesetzten nichts zu klagen habe, so soll sie sich nicht von den übrigen Zünften separiren, sondern verpflichtet seyn, ihnen beizustehen, die rechtmäßige Klagen über ihre Vorgesetzten haben.“ — Durch solche Vorkehrungen vereitelten die Ausschüsse jeden Versuch der Rätthe, durch Ueberraschung die Bürger auf den Zünften zu gewinnen; und es war daher wenigstens sehr unzeitig, daß die Deputirten des kleinen Rathes kurz nachher einige Abgeordnete der Ausschüsse mit einem neuen Memorial sehr geringschätzig ab, und vor den großen Rath wiesen.

Wie wenig Eindruck aber die Verlesung obiger Rathserkenntnuß auf den Zünften gemacht hatte, zeigt sich aus einem neuen Memorial, welches den 20. Februar von 112 Ausschüssen vor den großen Rath gebracht wurde, und theils die Erklärungen der Zünfte, theils neue Forderungen enthielt. Der Ton desselben ist schon troziger als vorher, und stimmt ganz mit der Art überein, wie es übergeben wurde. Sie danken zwar für ertheilte gute Antwort, erklären aber, „wenn dem Meineide abgeholfen und die nöthigen Verbesserungen gemacht werden, so werde die Bürgerschaft von

Bewegungen gehabt hatte. Denn als der Versuch, Petri die Rathschreiberstelle zu verschaffen, mißlungen war, trat Theodor Burkhard, ein Nefse des Obristzunftmeisters, und bisher einer der eifrigsten Ausschüsse, sogleich von der Bürgerpartey zur Regierung über. Auch hatte Petri, der mit demselben vertraut war, immer zu verhüten gesucht, daß die Untersuchungen wegen der Bestechungen nicht gegen die eben so schuldige Burkhardische Partey gerichtet werden. Deswegen wollte er niemals zugeben, daß ein gemeines Weib, die Küblerin, verhaftet werde, welche von der Frau des Obristzunftmeisters Burkhard als Unterhändlerinn gebraucht wurde *). Sobald aber Petri gestürzt war, kam die Reihe auch an die Burkhardische Partey; ein warnendes Beispiel für jede Faction in einer Regierung, welche mit Hülfe des großen Haufens ihre Gegner zu unterdrücken sucht, und dazu Verbrechen als Vorwand braucht, von denen sie selbst nicht rein ist. — Die Ausschüsse forderten nun die Gefangennehmung der Küblerin, weil bey den Geheimherren Klagen gegen dieselbe eingegeben, von ihnen aber dem großen Rathe nicht vorgelegt worden. Diesem Begehren widersetzte sich zwar die Burkhardische Partey; allein da die Ausschüsse bestimmte Angaben vorbrachten, und auch die Repräsentanten durch ihren Sekretär dazu rathen ließen, so erhielt die Socinische Partey die Oberhand, und die Gefangennehmung wurde beschlossen **). Nun konnten

*) Petri nannte dieß immer, wenn die Rede davon war, Bagatellen und Tüppensachen (Tüppe, Jupon.)

**) Die Frau des Obristzunftmeisters Burkhard wollte zwar der Küblerin forthelfen; allein der Anschlag mißlang, und die Bürger erhielten von dem Bürgermeister Socin leicht die Erlaubniß, sie zu bewachen.

die Heimlicher, welche zur Burkhardischen Faction scheinen gehört zu haben, die Untersuchung nicht mehr verhindern. Das Verhör wurde drey Mitgliedern des kleinen und drey des großen Rathes aufgetragen, und den Ausschüssen bewilligt, drey aus ihrer Mitte als Zuhörer dazu zu verordnen.

Während dieses in Basel vorging, war die Aufmerksamkeit der übrigen Orte immer mehr gespannt worden, und mit ganz verschiedenen Empfindungen vernahm man die Botschaften von der wachsenden Macht der Bürger und ihrer Ausschüsse. Zu Zürich war nicht nur unter der Bürgerschaft, sondern auch im großen Rathe die Mehrheit den Bürgern geneigter als der Regierung, und bewies dieß auf die auffallendste Weise auch nachdem die Ausschüsse alle Grenzen einer vernünftigen Mäßigung überschritten hatten *). Selbst der Bürgermeister Escher zeigte, wo nicht Vorliebe für die Baslerbürgerschaft, doch den größten Unwillen über die Machthaber daselbst **). — Auch zu Bern

*) Nicht nur wurde öffentlich auf die Gesundheit der Baslerbürger getrunken, und von angesehenen Männern mit einzelnen Ausschüssen correspondirt, sondern den 25. Juli wurde im großen Rathe zu Zürich mit Mehrheit der Stimmen beschlossen, daß eine Deputation der Basler-Bürgerschaft soll gastfrei gehalten werden.

**) Man sehe oben die Stelle aus seiner Relation vor dem großen Rathe; und wenn er nachher dann auch das Verfahren der Bürger tadelt, so ist sein Tadel doch nur gegen die spätere Uebertreibung der Sache gerichtet, und ohne alle harten Ausdrücke. Auch andere Häupter der Zürcher-Regierung waren ihnen günstig. So schreibt der Obervogt Leonhard Meyer von Zürich, der immer mit einem der Ausschüsse correspondirte: „Der Statthalter Steiner und Rathsherr

war die Bürgerschaft auf den Ausgang der Sache um so gespannter, da gerade damahls eine starke Gährung herrschte; aber in der Regierung war die Mehrheit anders gestimmt. Daher schreibt Bern schon unterm 11. Februar an Zürich: „Man müsse sich dieser Sache „bey Zeiten annehmen, denn sie sey höchst wichtig. „Sie schlagen daher eine Conferenz derjenigen vier „Orte vor, welche Repräsentanten in Basel haben. „Für dieselbe wären die Gesandten zu instruiren, nöthigen Falls auch den übrigen Orten die Sache mitzutheilen, da nach den Bünden eine Regierung die andere schützen soll.“ Auch die Regierungen von Luzern und Solothurn waren ganz für die Behauptung des Ansehens der Baslerregierung, da sie wohl fühlten, daß ihre Bürgerschaften Grund genug haben zu ähnlichen Bewegungen. Allein zu Zürich war man um so weniger zu ernsthaften Maßregeln geneigt, da Basel durch die Berufung eidgenössischer Repräsentanten auch den katholischen Orten Anlaß zur Einmischung in diese Sache gegeben hatte, die man lieber ganz in reformirten Händen behalten hätte. Denn man besorgte, daß das Gewicht, welches diese Orte dadurch erhalten könnten, leicht auch für die landsfriedlichen Streitigkeiten nachtheilig werden müßte, besonders wenn die demokratischen Orte Gelegenheit zur Theilnahme an dem Baslergeschäfte erhielten *). Um dieses letztere zu vers

„Werdmüller haben der Bürgerschaft immer die Stange gehalten: auch der Statthalter Meyer sey für sie.“ Meyers Brief an Johannes Müller 6. Juli. Auch Obmann Murali von Zürich war ihnen günstig. Ms. No. 1.

*) „Die Länder haben sich auch bey der Baslersache zuflüchten wollen, besonders Züri von Unterwalden; man wird es

hüten, machte Zürich unterm 16. Februar den drei übrigen Städten, deren Repräsentanten in Basel waren den Vorschlag, daß jeder Ort eines seiner Häupter zu Verdoppelung der Repräsentanten nach Basel senden solle; dadurch glaubte man die Einmischung der Tagsatzung verhindern zu können. Allein dieser Vorschlag fand keinen Beyfall; Luzern besonders lehnte denselben ab, und so wurde die Sache vor eine Tags

„aber nicht gestatten.“ Brief an Landvogt Leu 31. März.
 „In Zürich besorgt man, je mehr die Länder in dieß Spiel
 „setzen, je mehr der evangelischen Partey Schaden zu gehen
 „werde gesucht, ja an andern Orten dem gemeinen Mann
 „gleichen Lust zu machen sich befehlen würden, daß es am
 „besten wäre, wenn man sich gar nicht in die Sache mischte.“
 Ebd. 7. May. „Wenn aber wegen Eoblicher Orten un-
 „gleicher Regierungsform bedenklich gefallen, hievon vor
 „gemeiner Session Anregung zu thun, als ist, um den et-
 „wann ander Wahl erlittnen Anstoß auszuweichen, den 4
 „Eoblichen Städten Zürich, Bern, Freyburg und Solothurn,
 „welche ihre Repräsentanten zu Basel haben, die Consilla
 „zusammenzutragen überlassen worden, von denen dann das
 „Schreiben an kleinen und großen Rath auch die Bürger-
 „schaft abgefaßt und durch Hrn. Untervogt Schnorf ver-
 „schickt worden.“ Abschied der Konferenz der evangelischen
 Orte auf dem Tage zu Baden im März. — Ebd. heißt
 es, nachdem die von dieser Tagsatzung beschlossene Absendung
 des Bürgermeisters Escher und des Schultheiß Dürler er-
 wähnt worden: „Da sibhero von den katholischen Ländern
 „Hr. Landammann Rüßi zugegeben werden wollen: als hat
 „man in Ueberlegung dieser Länder sonderbar suchenden
 „Autorität auch andrer wichtigen Ursachen wegen, der sehr
 „bedenklichen hieraus entspringenden Consequenz vorzubeugen,
 „einmüthig gut erachtet, wo möglich bey obbedeut-abgefaß-
 „tem Beschluß wohltermeldter zweyer Herren zu verbleiben,

sagung zu Baden *) gebracht, welche dann den Unterbogt Schnorf von Baden mit einem Schreiben nach Basel sandte, folgenden Inhalts: „Basel habe wegen äußerer Kriegsgefahren Repräsentanten von Zürich, Bern, Luzern und Solothurn begehrt, aber von Innen sey weit größere Gefahr. Die Tagsagung hoffe, die Regierung werde in billigen Dingen der Bürgerschaft entsprechen, wo es ohne Nachtheil des obrigkeitlichen Ansehens geschehen könne, und hinwieder, daß die Bürgerschaft nichts gegen die Satzungen begehren oder durch Tumult abdringen, noch die ganze Eidgenossenschaft und ihre eigne Freyheit in Gefahr setzen werde: wo nicht, so sehe sich die Tagsagung nach den Bänden genöthigt, „nach Mitteln zu trachten, Euer Regiment „in hergebrachtem Stand zu erhalten, und die Eidgenossenschaft in Ruhe und Frieden.“

Dieses Schreiben wurde durch Schnorf selbst, der noch mündliche Ermahnungen beysügte, auf allen Zünften vorgelesen. Unterm 28. Februar dankte der große Rath der Tagsagung, und unter gleichem Datum übers

„auf ohnerbätlichen Fall aber auch dahin geschlossen, „daß wenn Hr. Landammann Lüssis Abschiedung festgestellt „bleiben sollte, dannzumahlen auch Hr. Statthalter Zweifel „(von Glaris) auf Eobl. Evang. Seiten, als auch von „Ländern, zu einem Gegensatz mitzureisen begehrt und zu „gleich beharret werden sollte.“ Lüssis Absendung unterblieb indessen; denn auch den katholischen Städte-Regierungen war die Einmischung demokratischer Orte in solche Städte-Händel nicht angenehm.

*) Diese Tagsagung wurde wegen der Unterhandlungen mit Oestreich gehalten, über die Neutralität des Schweizerbodens und über die Klage der Allirten, wegen der eidgenössischen Truppen in französischen Diensten.

haben auch die Ausschüsse im Rahmen der Bürgerschaft ihre Antwort. Sie erklären darin, daß sie die Ruhe nicht stören wollen, ihr Unternehmen sey nur gegen die Lasten gerichtet, welche aus dem, was die Geistlichen thun, und aus den Mandaten der Obrigkeit bekannt seyen. Sie versammeln sich an dem gehörigen Orte, auf den Zünften, und diese Versammlungen seyen zuerst von den Räthen selbst veranstaltet worden; sie seyen von den Geistlichen aufgemuntert und von dem großen Rath, als dem vornehmsten Gliede der Republik, ihnen befohlen worden, daß wenn die Bürger in dieser Reformation nicht helfen, so getraue er nicht, zu dem guten Zwecke zu kommen. Sie machen keinen Tumult: vielmehr suchen die Ausschüsse, die durch den Meineid u. s. w. erbitterten Gemüther in den Schranken der Bescheidenheit zu erhalten; sie haben nur gute Absichten, damit sie nicht bloß den ledigen Rahmen freyer Eidsgenossen, sondern auch die Früchte dieses Bundes genießen" *).

Schnorf, welcher glauben mochte, die Bürger schrecken zu können, ließ diese Antwort auf den Zünften vorlesen, und fragte dann die Bürger, ob das ihre Meinung sey. Die Mehrern antworteten mit Ja, die übrigen schwiegen. Hierauf ließ er durch den Stadtschreiber Gäsch jeden Einzelnen beim Rahmen aufrufen, und darüber befragen. Einige Wenige erklärten, sie halten es mit der Obrigkeit **). Nun äußerte Schnorf, ihr Schreiben ziele dahin, daß sie der Obrigkeit Gesetze vorschreiben wollen, dessen sie unbefugt;

*) Auch an diesem Schreiben nahm die Zunft zum Schlüssel keinen Theil.

**) Der Parteynahme für diese war von da an Räubige.

versprach ihnen aber, wenn sie ihr Mißtrauen fallen, ihr „Zusammenlaufen“ auf die Zünfte bleiben, und die Obrigkeit walten lassen, so werden die Gesandten der Tagsatzung, welche herberufen und längstens in acht Tagen hier seyn werden, daran seyn, ihnen in billigen Sachen zu willfahren, „die wirrlichen Köpfe aber belassen strafen.“ Da ihm nun ein Ausschuß erwiderte: „sie suchen nichts als die Ehre Gottes,“ so fiel er ihm mit den Worten in die Rede „vielmehr eure eigne Ehre.“ Auf solche Weise arbeitete der stolze Schnorf dem Zwecke seiner Sendung selbst entgegen.

Auf den Bericht ihres Abgeordneten schrieb nun die Tagsatzung ($\frac{3}{13}$. März) an die Bürgerschaft: „Man habe aus ihrem Schreiben dasjenige nicht ersehen, was man erwartet habe. Allerdings müsse den Fastern gewehrt und die Bürger bey ihren Freyheiten gelassen werden. Weil sie aber Mißtrauen gegen ihre Obrigkeit haben, so werden nach Vollendung der Tagsatzung Bürgermeister Escher und Schultheiß Dürler und vielleicht noch zwey Gesandte herkommen, zwar der Baslern Obrigkeit, Amt und Judikatur ganz ohne Eintrag, sondern bloß daran zu seyn, daß billigen Begehren willfahret, das Böse ausgereutet und bestraft, das Einkommen der Stadt in guter Rechenschaft und Verwaltung gehalten, und wenn selbiges zu Schaden gebracht, wiederum ergänzt, und schließlich der Bürger Freyheiten nicht um ein Haar schwer gekränkt werden. Man versehe sich also, daß sie die Gesandten gehörig respektiren, und sich von jetzt an keine weiteren Attentate und Eigenmächtigkeiten unterfangen werden. Sollte dieß aber nicht geschehen, so können sie selbst ermessen, daß das eidsgenössische Interesse und die Bünde die Orte verpflichten, die Obrigkeit bey ihren Rechten zu schir-

men, daran dann ihre Herren und Obern es nicht ermangeln und jedem nach seinem Verdienst die Gebühr werden widerfahren lassen" *).

Allein auch dieses Schreiben machte keinen Eindruck auf die Ausschüsse; dasselbe scheint vielmehr noch dazu beigetragen zu haben, daß sie die Ausführung ihrer Anschläge beschleunigten. Während dieser Unterhandlungen mit der Tagsatzung waren nämlich die Untersuchungen gegen die angeklagten Weiber fortgesetzt worden, und die Räuberinn hatte so viele Mitglieder des kleinen Rathes genannt, denen sie Geschenke zugetragen, daß den 3. März, als die ersten Verhöre im großen Rathe vorgelesen wurden, von 64 Mitgliedern des kleinen Rathes nur 16 nebst dem Bürgermeister Soetn als nicht gravirt, oder den Gravirten nicht verwandt, bei der Berathung gegenwärtig bleiben konnten **). Einige Tage nachher drangen die Ausschüsse darauf, daß man mit den Verhören fortfahre. Vergeblich ließen die Repräsentanten nun durch ihren Sekretär vorstellen, „daß es besser wäre, die Sache in Statu quo

*) Als dieses Schreiben im großen Rathe zu Zürich verlesen wurde, äußerten Einige, die Gesandtschaft sey unnöthig; man soll die Basler selbst handeln lassen; auch sey das Schreiben zu scharf; man sollte zuerst zu den Thurgauer-sachen sehen. Brief an Neu d. d. 31. März.

**) Es wurde hierauf beschlossen, „die Frau des Obristzunftmeisters Burkhard soll von zwey kleinen und zwey großen Rätthen verhört, auch einige andre Manns- und Weibspersonen, so dergleichen Käufereien verdächtig, sollen besprochen werden.“ Dieser Beschluß wurde auf die Erklärung des Obristzunftmeisters gefaßt, daß er selbst von diesen Händeln keine Kenntniß habe.

zu lassen, indem keine Gefahr im Verzuge sey, und die Gesandten der Tagsatzung bald ankommen werden. Die Antwort der Deputirten war, „daß die Fortsetzung der Verhöre nur zu Vervollständigung des schon eingeleiteten Processes diene, und dadurch nichts neues anfangen werde.“ Ueberhaupt war das Ansehen der Repräsentanten von Anfang an gering: die Bürger suchten jede Einmischung der Eidsgenossen abzulehnen, und waren daher auch über die Nachricht, daß die Tagsatzung Gesandte schicke, unwillig; selbst die Factionen im Rathe bekümmerten sich wenig um die Repräsentanten, sobald sie sahen, daß von ihnen keine Parteilichkeit zum Nachtheil der Bürger zu hoffen war. Ueberdies war es ihrem Ansehen auch sehr schädlich, daß ihrer in den beyden Schreiben der Tagsatzung keine Erwähnung geschah *). Daher kommt auch in einem Memorial, welches die Ausschüsse den 10. März über-

*) Die vier Repräsentanten äußern dieß selbst in einem Schreiben an Zürich d. d. 13. März. „Die Bürger haben Mißtrauen in unsern Character, vielleicht darum, weil in dem Schreiben von Baden aus unsrer Person nicht gedacht worden.“ Auch der Rath hätte damals noch lieber die Abordnung eidgenössischer Gesandten verhindert. Deswegen behaupteten die Baslergesandten auch nach Schnorfs Rückkunft immer noch bey der Tagsatzung, es werde bald alles gütlich beigelegt werden. Allein ungeachtet dieser Versicherung wurde die Absendung beschlossen. Nur Zürichs Gesandte waren „wegen ungleich von Basel bey ihnen eingekommenen Bericht“ nicht bestimmt dazu instruiert; daher sie zuerst neue Instruction einholten: die Gesandten von Schaffhausen aber erklärten, in diese Gesandtschaft nicht einwilligen zu können, es sey denn, daß sie von der Stadt Basel „begehrt werde.“ Abschd.

eben, die Frage vor, ob die Repräsentanten wegen der Obrigkeit oder wegen der Bürgerschaft gekommen seyen *).

Den Ausschüssen, welche gern noch vor Ankunft der Gesandten einen Hauptstreich ausführen wollten, ging alles zu langsam. Daher häufen sich ihre Memorialen und erhalten einen immer drohenderen Ton. In dem Memorial, welches sie den 10. März übergaben, sagen sie, „man soll der Bürger bisherige Geduld nicht missbrauchen“ **). In einem andern vom 16. März steht es: „Die ganze Bürgerschaft sey in einem fast unbeschreiblichen Eifer und habe schlechtes Vergnügen

*) Diese gefährliche Frage ließen indessen die Ausschüsse selbst wieder weg, ehe sie das Memorial den Zünften vorlegten.

**) Das Memorial vom 10. März enthielt unter andern folgende Forderungen: „Alle des Meinenb's Gerügten sollen von allen Conferenzen ausgeschlossen werden, und ihre Antworten künftig mündlich und stehenden Fußes thun. Es soll täglich großer Rath gehalten, alle besondern Conferenzen abgestellt werden, und die Ausschüsse bey allen Verhören gegenwärtig seyn. Der Zunftmeister Ruprecht, als Hauptzunder des Meinenb's soll stillgestellt, examinirt und bestraft werden.“ Ein folgendes Memorial vom 14. März enthielt viele Klagen gegen Ruprecht wegen Bestechungen, Diebstahl an öffentlichen Geldern u. dgl. Ebenbaselbst wird die Frau des Rathsherrn Herzog als „eine sonderbare Käuferinn“ angegeben, und auch gegen einige andre Weiber und Männer Klagen vorgebracht. Der große Rath beschloß hierauf, daß die Ausschüsse solche Klagen nicht mehr annehmen, sondern die Kläger an den gehörigen Richter weisen, und obschon sie wiederholt ernstlich die Gefangennehmung des Zunftmeisters Ruprecht verlangten, so wurde ihm doch nur Hausarrest gegeben. Indessen stellte er sich selbst den 21. März in die Gefangenschaft.

an dem bisherigen schlechten Fortgange der Reformation; sie sey deswegen zu erhitzten Resolutionen gestimmt; daher getrauen sich die Ausschüsse bald nicht mehr, sie in Schranken zu halten, und sehen sich bald genöthigt, sich ihres Auftrags zu entladen, es folge, was da wolle" *). Neben den persönlichen Anklagen gegen die schon Genannten und gegen Andre, war ein Hauptpunkt, den die Ausschüsse jezt in jedem Memorial forderten, daß nicht nur die, deren Proceß wirklich anhängig, sondern überhaupt alle, welche des Meiselds verdächtig seyen, von allen Berathungen ausgeschlossen werden, weil sie den Fortgang der Sache auf alle Art verhindern. Ueberdieß verlangten sie, daß ihnen gestattet werde, sich bey allen Verhören einzufinden, und daß ihnen die Aussagen der Frau des Obristzunftmeisters Burkhard mitgetheilt werden. Obgleich aber diese Forderungen mit Drohungen begleitet waren, indem Fatio als Sprecher der Ausschüsse den 21. März

*) Als das Memorial vom 16. März dem großen Rathe vorgelegt wurde, versuchte Petri noch einmahl den Kampf gegen die Socinische Faction, die sich jezt wieder etwas erhoben hatte, da die Angriffe nun zunächst gegen die Burkhardische gerichtet waren. Er forderte, daß auch der Bürgermeister Socin austreten müsse, weil er in den Verhören angezogen sey. Dieser folgte zwar der Aufforderung, erklärte aber, daß er sich um die Landvogtey Kleinbünningen, so ein erbethner Dienst sey, gebührend angemeldet. Allein jezt zeigte es sich, wie sehr Petri Ansehen gesunken war. Der große Rath beschloß, „der Bürgermeister soll nicht auftreten, und soll Petri ins künftige mit größerm Respekt und Bescheidenheit verfahren, oder mehreres Einsehen gegenwärtig seyn; auch niemand in die Umfrage reden, sondern erwarten, bis es an ihn kömmt.“

unter Anderm erklärte, „wenn der Austritt der Verdächtigen nicht erfolge, so werde die Bürgerschaft dem Beschlusse des großen Rathes nicht gehorchen,“ so bestätigte der große Rath doch wiederholt den Beschluß vom 24. Februar *), und wegen der Mittheilung der Aussagen der Frau Burkhard erhielten sie nur, daß beschlossen wurde, „wenn alle Punkten complet seyen, so sollen sie im großen Rathe verlesen, und dann erst den Ausschüssen mitgetheilt werden.“ Zugleich aber wurde den 21. März den Deputirten vom großen und kleinen Rathe aufgetragen, „wegen der harten Reden ein Gutachten zu machen.“

Der Widerstand, welchen der große Rath den Forderungen der Ausschüsse entgegensetzte, beweiset, daß mancher Sechser, welcher anfänglich mit ihnen in heimlichem Einverständnisse gewesen war, jetzt die Nothwendigkeit einsah, sich dem kleinen Rathe wieder zu nähern und gemeinschaftlich die übertriebenen Anmassungen der Ausschüsse zu bekämpfen. Auch mochte wohl die Erwartung, daß die Gesandten der Tagsatzung bald eintreffen würden, den Muth der Räte vermehren. Allein eben dieses mußte auch für die bestigsten unter den Ausschüssen ein Sporn seyn, einen entscheidenden Schlag zu versuchen. Den 17. und 18. März hielten einige aus ihnen heimliche Zusammenkünfte, worin beschlossen wurde, die Entsetzung von neunzehn

*) Durch diesen Beschluß wurden nur die wirklich Angeklagten suspendirt, die Verdächtigen nicht. — Das Mißtrauen der Bürger, daß man die Absicht habe, manchem Schuldigen durchzuhelfen, wird übrigens gerechtfertigt, wenn man in den Aussagen liest, daß mehrere aus Furcht vor Untersuchung die Geschenke zurückgegeben haben.

Mitgliedern des Kleinen und zehn des großen Rathes zu erzwingen, und wenn ihnen dieses nicht gelingen sollte, einen aus ihrer Mitte, mit Nahmen Wettslein, als das fünfte Haupt der Stadt zum Ammeister aufzuwerfen *). Den 22. beriefen sie die Bürger auf die Zünfte, entfernten alle Verdächtigen und forderten dann jeden auf, den 24. nach der Morgenpredigt mit Mantel und Degen auf den Zünften zu erscheinen, und auf Erfordern sich unter das Rathhaus zu begeben, um da zu verharren, bis die Sitzung des großen Rathes beendigt sey. An diesem Tage trat Fatio an der Spitze von siebzehn Ausschüssen, welche den ganzen Anschlag für sich allein gemacht hatten, vor den großen Rath, und verlangte, daß vor allem aus neunundzwanzig Mitglieder, deren Nahmen er angab, abtreten sollten. Als dieses geschehen war, erklärte er, „weil diese Pers-

*) Die Ammeisterwürde entstand in Basel zum ersten Male 1365, drey Jahre nachdem die Ausnahme der Zunftmeister in den Rath war erzwungen worden. Der Ammeister war eine Art Volkstribun, der den Rittern entgegengesetzt wurde, gegen deren verrätherische Einverständnisse mit Oestreich weder der Bürgermeister noch der Obristzunftmeister die nöthige Sicherheit gewährte, weil ersterer immer ein Ritter, und daher meist Vasall von Oestreich, oder des Bischofs oder eines andern Herrn war; der Obristzunftmeister aber willkürlich vom Bischofe gewählt wurde. Der Name ist eigentlich Ammann-Meister. Die Wahl stand zuerst bey den vereinigten Rärhen und Zunftmeistern, aber schon 1386 bey den Zunftmeistern allein, welche damahls noch ihrer Bestimmung gemäß die Opposition gegen die Aristokratie machten. Der Ammeister wurde dem Bürgermeister beynabe gleich gestellt. Schreiben an die Stadt durfte keiner in Abwesenheit des andern eröffnen. Die Wache der Stadt stand

nen bey der Bürgerschaft in Verdacht und ihr widersprechen, so begehre man, daß dieselben vom Rathe ausgeschlossen und zu seiner Zeit andre an ihre Stellen wählt werden: indessen sollen dieselben weiter keines Ehlers angeklagt werden, und man solle sich bloß mit den Worten vergnügen, daß sie der Bürgerschaft zuwider seyen. Dabey erklären sie, daß sie die übrigen als ihre rechtmäßige Obrigkeit erkennen, in Hoffnung, daß Exempel werde andern obrigkeitlichen Personen nachgeben, allen Mißbrauch wegzuräumen, und der Bürgerschaft ihre hergebrachten Rechte widerfahren zu lassen.“ — Vergeblich machte man Vorstellungen und verlangte dann, daß das Begehren schriftlich eingegeben werde: die Ausschüsse kamen zwar mit einem Memorial zurück, welches sie ablasen, weigerten sich aber, dasselbe zu übergeben, unter dem Vorwande, daß sie keinen Auftrag dazu haben. — Während nun mit den

gang unter dem Ammeister. — Diese Würde ging aber schon 1389 wieder ein. — 1410 beschloß der Rath die Herstellung derselben wegen der gefährlichen Zeiten, der streitigen Kaiserwahl nach König Ruprechts Tode, wegen der Trennung in der Kirche, die unter drey Päbste getheilt war, und wegen des Mißtrauens gegen den Adel. Da man vom Bischofe vergeblich die Ueberlassung der Obristzunftmeisterwahl an den Rath verlangt hatte, so wurde dagegen der Ammeister aufgestellt, den die dreyßig Zunftmeister wählten. Vier Jahre nachher wurde auch den Rathsherren und den Zünften Antheil an dieser Wahl gegeben: die Adlichen aber blieben ausgeschlossen. 1416 wurde das Ammeistertum nach dem Bescheide des Constanzer Concilium, bey welchem sich der Bischof beklagt hatte, wieder abgeschafft, und in den nächsten Jahren hatte die österreichische Faction im Rathe wieder die Oberhand. Ob's Gesch. von Basel.

Unstreitig hatte die Langsamkeit, womit die Untersuchungen bis dahin waren betrieben worden, den Bürgern Grundes genug zu dem Verdachte gegeben, daß man sie nur bis zur Ankunft der eidgenössischen Gesandten hinzuhalten suche, um dann mit ihrer Hülfe das alte Unwesen wieder zu befestigen. Daß aber die Eidgenossen dazu Hand biethen würden, war wegen der Art, wie sich der Abgeordnete der Tagsatzung benommen hatte, und wegen der Besorgnisse, die bey einigen andern Regierungen entstanden waren, nicht unwahrscheinlich. Rechnet man noch dazu die ehrgeizigen Absichten, welche bey manchen Ausschüssen während dieser Bewegungen selbst hatten entstehen müssen, so wird es begreiflich, daß diese noch vor Ankunft der eidgenössischen Gesandten einen Hauptschlag auszuführen suchten. Aber die Art, wie es geschah, mußte nothwendig den beabsichtigten Verbesserungen nachtheilig werden, und dieß war es wohl, was diejenigen kleinen Rätthe von der Socinischen Faction, welche sich heimlich mit diesen Ausschüssen verbunden hatten, neben dem Sturze der Burkhardischen Faction beabsichtigten, als sie zu solchen Unregelmäßigkeiten riethe. Denn wenn die Ausschüsse früher den Vorwurf eines „tumultuösen Ver-

ger nicht zerstreut hätten, wenn die Rätthe den Hunger bis in die Nacht ertragen hätten. Allein mehrere Mitglieder des kleinen und großen Rathes waren selbst mit den Ausschüssen einverstanden, um auf diese Weise das Uebergewicht zu Durchsetzung ihrer Privatabsichten zu erhalten. Unter den Entsetzten war auch Petri, wie er (Basel Babel S. 20) sagt, aus Anstiften der hinter den Ausschüssen stehenden kleinen Rätthe. Ebendaselbst S. 34. sagt er, „dieser ganze Auftritt sey durch die Socinische Partey veranlaßt worden.“

fahrend ,” welchen das Schreiben der Tagsatzung andeutete, mit Recht von sich ablehnen konnten, so erhielt hingegen jetzt das ganze Unternehmen den Schein eines Aufruhrs, und machte bey der Tagsatzung, welcher Alles sogleich berichtet wurde, und selbst bey vielen ihrer Gönner einen nachtheiligen Eindruck *). Ueberdies mußte durch die ohne alle Untersuchung geschehene Entsetzung unter den Bürgern selbst allerley Uneinigkeit entstehen, da mancher der Ausgestoßenen auch seine Anhänger hatte, und überhaupt derjenige, welcher Unrecht zu leiden scheint, bald wieder Theilnahme findet. Es war nun leicht, den Ehrgeiz einiger Ausschüsse und Sechser als die einzige Quelle aller Bewegungen darzustellen, und was einigen zur Last fiel, auch auf diejenigen auszu dehnen, deren Absichten wirklich gut waren. Die Wirkungen hievon zeigten sich zwar erst später; aber mit Recht kann es als die erste Quelle des folgenden Unglücks angesehen werden, daß die Ausschüsse sich zu dieser Abweichung von der gesetzlichen Bahn verleiten ließen, aus welcher bald andre erfolgten.

Der Sieg, welchen die Ausschüsse erfochten hatten, verbreitete indessen einen solchen Schrecken, daß mehrere Rathsglieder zwey Tage hernach nicht im großen Rathe erschienen; es wurde daher der unter solchen

*) Der Bürgermeister Escher sagte in seiner Relation: „Es habe hier geheißen, omne nimium vertitur in vitium; die Bürger sind zu weit gegangen, daß sie von den abgesetzten großen und kleinen Rätthen keine Entschuldigung hören wollen, und daß die Entlassung nur aus Argwohn geschehen, weil sie etwan mit den offenbar Schuldigen bey Wein und Gastereyen gewesen., so seyen sie auch ibresgleichen.“

Verhältnissen besonders nothwendige Beschluß gefaßt, daß niemand ohne Bewilligung des Bürgermeisters seine Pflicht, den Sitzungen beizuwohnen, versäumen dürfe. Um aber das durch Zögern verscherzte Zutrauen der Bürger wieder zu gewinnen, verhängte der große Rath ernstliche Strafen gegen einige der schuldigsten Praktikanten *). Den 26. März wurde der Zunftmeister Ruprecht aller Ehren unfähig erklärt, in sein Haus bannisirt, um 5000 Reichsthaler gebüßt, und verurtheilt, am nächsten Sonntag in der Kirche als ein meineidiger Mann der Gemeinde vorgestellt zu werden. Die Frau des Obristzunftmeisters Burkhard, deren ausgezeichnete Schönheit ihren Einfluß beförderte, wurde um 6000 Reichsthaler gebüßt, vier Jahre in ihr Haus bannisirt und nebst zwei gemeinen Weibern **), deren sie sich als Unterhändlerinnen bedient, vor den Bann ***) gestellt. — So sehr aber diese Urtheile nach dem Willen der Ausschüsse waren, so begnügten sie sich damit noch nicht. Schon den 20. März forderten sie in einem neuen Memorial, daß auch die übrigen gravirten Personen mit Strafen belegt werden; wobei sie erklärten, sie verstehen unter Gravirten diejenigen, die entweder schon von den Heimlichen angegeben, oder durch sie oder Andre noch angezeigt würden, so wie auch diejenigen, deren Verbrechen so groß seyen, daß sie noch über die Entlassung von ihren Rathsstellen mit einer Strafe zu belegen seyen. — Allein, da diese Forderung für manches Rathsglied sehr gefährlich werden konnte,

*) Das bekannte bezeichnende Wort für alle, die sich des Ambitus schuldig machen.

**) Die Rüblerin und die Sonntaginn.

***) An andern Orten Stillstand genannt, das Consistorium.

suchte sich der große Rath mit Zögern zu helfen, und beschloß, darüber das Gutachten der Geistlichen zu hohlen, bewilligte hingegen zwey andre Forderungen, daß in Zukunft nur vom großen Rathe das Bürgerrecht soll erteilt werden, und daß, wenn irgend was die Verhältnisse mit Frankreich Betreffendes im großen Rathe verhandelt werde, alle, die französische Officierstellen haben, mit ihren Verwandten abtreten sollen *). Zwen Tage nachher erschienen die Ausschüsse mit neuen Forderungen, indem sie ihre Angriffe nicht mehr bloß gegen die Bestechungen bey den Wahlen, sondern immer mehr gegen Mißbräuche aller Art richteten. Dadurch erhielt aber die Sache einen Umfang, von welchem sich wegen der kaum zu verhütenden Uevertreibungen der Einen, und wegen des Mangels an gutem Willen bey den Andern, kein erfreuliches Ende

*) Diese Forderung erscheint allerdings als sehr gemäßigt, wenn man die Unthätigkeit der Regierung bey dem Festungsbaue von Hünningen und der Erweiterung desselben bedenkt, und daß Basel durch die französischen Ausfuhrverbote der Lebensmittel damals hart gedrückt wurde. — Das Memorial zeigt noch andre Mißbräuche: so wird gefordert, daß diejenigen, denen das Waisenamt anvertraut sey, da sie ohnedieß genug Besoldung haben, nicht länger von dem in den Kirchen gesammelten Almosen sich etwas loco salarii zu eignen; daß vielmehr inquirirt und das Mangelnde von ihnen wieder ersetzt werde. Ferner wird über schlechte Verwaltung des Spitals geklagt, „dessen mehr die Gesunden und Reichen, als die Armen und Kranken genießen.“ Damit fingen nun die Ausschüsse an, auch andre Gebrechen als den sogenannten Meineid anzugreifen. Etwas auffallend ist in diesem Memorial die Forderung, daß den Geistlichen besseres Korn und Wein gegeben werde als bisher.

hoffen ließ. Indessen schienen die Ausschüsse doch für jetzt den Weg der Mäßigung einzuschlagen; sey es nun, daß die Nachgiebigkeit, welche die Räte zu zeigen schienen, ihre Hestigkeit wirklich milderte, oder daß sie, wegen der bevorstehenden Ankunft der eidgenössischen Gesandten es besser fanden, zunächst nur mit solchen Forderungen aufzutreten, zu denen sie entweder wirklich berechtigt waren, oder deren Zweckmäßigkeit doch nicht konnte geläugnet werden. Denn wenn dem allgemeinen Verderben, das sich über alle Zweige der Staatsverwaltung verbreitet hatte, sollte Einhalt gethan werden, so mußten nicht bloß die bey den Wahlen vorgefallenen Bestechungen bestraft, sondern die Hauptquelle des schamlosen Werbens um Stellen verstopft werden. Diese aber bestand in dem gänzlichen Mangel einer genauen Aufsicht über die Verwalter der öffentlichen Einkünfte, wodurch Unterschleife und Veruntreuungen zur allgemeinen Regel geworden; in der Verheimlichung der Staatsrechnungen und alles dessen, was die Theilnahme der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten hätte wecken können, und in der völligen Unterdrückung der öffentlichen Meinung, die weder auf die Wahlen noch auf die Staatsverwaltung irgend einen Einfluß behalten hatte. Gegen solche Uebel waren einige Forderungen gerichtet, welche ein Memorial enthielt, das den 2. April dem großen Rathe vorgelegt wurde. „Weil gute Oekonomie anzustellen, „so soll das Drehergewölbe (die Schatzkammer) versiegelt und dem Stadtschreiber eine Summe auf Rechnung gegeben werden. — Zu Untersuchung der Rechnungen sollen in Zukunft auch einige Bürger gezogen werden, weil dieß ein Fundamentalgesetz ist; doch „daß weder sie noch andre etwas dafür zu genießen

haben. Endlich daß zu Herstellung der hergebrachten bürgerlichen Rechte besondere Versammlungen des großen Rathes festgesetzt werden" *).

Dritter Abschnitt.

Von der Ankunft der eidgenössischen Gesandten bis zu ihrer Abreise.

2. April bis 3. May 1691.

Die durch den Austritt vom 24. März gestörte Ordnung war also wieder hergestellt, und die mit Recht gesuchten Verbesserungen schienen nun bloß auf gesetzlichem Wege betrieben zu werden, als die beyden eidgenössischen Gesandten, der Bürgermeister Escher von Zürich und der Schultheiß Dürler von Luzern, nach endigter Tagung in Basel ankamen **). Der

*) Dieses Memorial enthält außer den angeführten noch folgende Forderungen: „Daß die Heimlicher in Gegenwart der 17 Abgeordneten der Ausschüsse alle bey ihnen eingebrachten Klagen eröffnen sollen.“ Da diese anzeigten, daß sie in der gestrigen Versammlung der Deputirten des großen und kleinen Rathes alles eröffnet haben, so wurde beschlossen, daß dasjenige in Gegenwart der Ausschüsse soll abgelesen werden, was die Deputirten vor den großen Rath zu bringen beschlossen haben. Hingegen wurde nach dem Begehren der Ausschüsse beschlossen, „daß der gewesene Stadtschreiber Harder und sein Sohn der Schultheiß (d. h. Präsident des Civilgerichts zu Klein-Basel) weder Leib noch Gut aus der Stadt verändern sollen.“

*) Den 2. April.

daß die Gesandten gänzlich sollten umgangen werden. Es war daher allerdings sehr auffallend, daß auch der große Rath, der sich doch für die Annahme der Mediation erklärt hatte, auf dieses und die nachher von den Ausschüssen eingegebenen Memoriale eintrat, und Beschlüsse faßte, als ob keine eidgenössischen Gesandten vorhanden wären: allein es sollte auch im großen Rathe das gleiche Spiel fortgetrieben werden, wie mit den Repräsentanten, die man um ihren Beystand gebethen hatte, aber ihnen nie etwas im Rahmen des Rathes hinterbrachte. Der Grund davon lag aber weniger in der Besorgniß, daß die Theilnahme der Eidgenossen für die Souveränität von Basel einigen Nachtheil haben könnte, als in den eigennützigen Absichten der Factionen, für die sie von unparteyischen Gesandten keine Begünstigung hoffen konnten.

Indessen konnte es den Ausschüssen nicht verborgen seyn, daß die, wenn gleich nicht aufrichtige, Annahme der Mediation durch den großen Rath ihnen bey den Eidgenossen äußerst gefährlich werden, und derjenigen Partey in den Regierungen das Uebergewicht verschaffen könnte, welche in der ganzen Sache nur eine Empörung von Unterthanen gegen ihre Obrigkeit sah, und daher immer auf kräftige Maßregeln zu Behauptung des obrigkeitlichen Ansehens drang. Daben hätten dann aber auch diejenigen Mitglieder der Regierung, welche mit den Ausschüssen einverstanden waren, ihre Privatabsichten kaum erreichen können. Es wurde daher der Anschlag gemacht, den großen Rath,

den, und einige, die bisdahin ihre Siege noch behauptet hatten, mußten austreten. Sitzung des großen Rathes den 7. April.

nicht zur Zurücknahme, doch zu einer solchen Aus-
 ung seiner Erklärung zu nöthigen, daß dieselbe alle
 Bedeutung verlor. Den 9. April legten die Ausschüsse
 n Sechsern folgende Fragen vor: 1. „Ob sie in die
 ediation gewilligt. 2. Aus was für Gründen,
 id ob sie dieß von selbst und ohne Vorwissen der
 ürgerschaft, welche sie repräsentiren, befugt zu seyn
 auben, und ob dieß der Stadt Basel freyem Stande
 cht von nachtheiligen Consequenzen sey. 3. Ob sie
 sinnet, da die Reformation in bekanntem Stande sey,
 e Bürgerschaft der Gebühr und Schuldigkeit nach zu
 obachten. 4. Wenn sie die Annahme der Mediation
 rneinen, so begehre man von ihnen, daß sie dieß mit
 rer Unterschrift bestätigen, und insonderheit sich er-
 iren, daß sie der Bürgerschaft Bestes in Acht nehmen
 id ihnen nicht aus der Hand geben wollen. 5. Was
 m sie bisher gestattet, daß der kleine Rath vor dem
 intreten in den großen Saal sich zusammenthue und
 rathe, welches der Bürgerschaft verdächtig und uns-
 dlich; man begehre von ihnen, daß sie ihre Deputirs
 a dahin halten, daß sie ihnen die obschwebenden Ge-
 päfte immer vorher communiciren, und zwar mit Zus-
 ehung der Ausschüsse“ *). Auf diese Punkte erklärten

*) Es leidet keinen Zweifel, daß die besondern Beratungen des
 kleinen Rathes sich eben auf dasjenige bezogen, was im
 großen Rathe sollte verhandelt werden. Diesen unregelmä-
 ßigen Vorberatungen wollten die Ausschüsse andere eben so
 unregelmäßige entgegensetzen, um den Sechsern ihr Verhal-
 ten vorzuschreiben. — Uebrigens blieb ihnen nichts verbor-
 gen, was im kleinen Rathe vorging. So kommt in den
 Verhören unter dem 29. Sept. vor, daß Zunftmeister Bron-
 ner den Ausschüssen alles verrathen habe.

die Sechser, theils im Einverständnisse mit den Ausschüssen, die mehreren aber aus Furcht, „sie verstehen die Mediation der Gesandten nur so, daß dieselben in den Sachen allein, in welchen man sich nicht vergleichen könnte, um ihren eidgenössischen Rath und bestmögliche Hülfe zu ersuchen seyen.“ Dadurch wurde nun jede Einmischung der Gesandten abgelehnt, und die Deputirten vom kleinen und großen Rathe berichteten ihnen, daß die Mediation ein Mißverständniß zwischen der Obrigkeit und der Bürgerschaft erweckt habe *). Um aber dieses Mißverständniß zu heben, wurde den 11. April durch die Deputirten den Ausschüssen und Sechsern von allen Zünften der Vorschlag gemacht, „daß die Deputirten vom kleinen und großen Rathe, und ein Ausschuß von jeder Zunft in Gegenwart der Gesandten und Repräsentanten täglich zusammenkommen, die Angelegenheiten freundlich hinlegen, und, was so verglichen worden, vom großen Rathe bestätigen lassen“ **). Obgleich weder die Ausschüsse noch die Sechser sich hiezu verstehen wollten, so wurde der Vorschlag doch

*) Die Partey der Ausschüsse verstärkte sich an diesem Tage sehr durch den Beitritt der Zunft zum Schlüssel, welche bis dahin immer durch einen ihrer Vorsteher von der Buchhardtschen Familie von aller Theilnahme war zurückgehalten worden. Allein jetzt bewirkte das Uebergewicht, welches die Ausschüsse immer mehr zu erhalten schienen, daß auch diese Zunft vier Ausschüsse wählte und alles unterschrieb, was bis dahin von den Ausschüssen geschehen war. — Damals wurden auch die sogenannten Rädigen, welche sich nach und nach angemeldet, wieder auf den Zünften angenommen, so daß nun die ganze Bürgerschaft einig schien.

**) Dieser Vorschlag wurde verschlossen auf jede Zunft gesandt, damit keine Verabredungen Statt finden können.

n versammelten Zünften vorgelegt, von ihnen aber auch Anleitung der Ausschüsse auch die so beschränkte Mediation abgelehnt *). Daher erklärten sie den 14. April dem großen Rathe als Antwort auf diesen Vorschlag, „daß sie ferner alle bürgerlichen Angelegenheiten ihrer natürlichen Obrigkeit hinterbringen wollen **), welches der große Rath begierig aufgriff, und einen Beschluß faßte: „Das Anerbieten der Ausschüsse, daß sie die Angelegenheiten ihrer natürlichen Obrigkeit decidiren ***) gehorsamlich überbringen wollen, ist angenommen, und dieß soll auch den Gesandten angezeigt werden.“ Um aber doch die Gesandten nicht so geradezu abzuweisen, wurde den 15. den Deputirten aufgetragen, „daß sie die Ausschüsse sollen zu vermögen

*) Unter den Punkten, welche die Ausschüsse in diesen Zunftversammlungen vortrugen, kommt auch vor: „Die Bürger sollen gebethen werden, daß keiner sich gelassen lasse, gegen die Gesandten und Repräsentanten einige Schmach oder sonst ungebührliche Reden zu spargiren, sondern ihnen mit Respekt zu begegnen, da dieselben, wenn etwas Erhebliches nicht könne verglichen werden, bey Haus zu Rathe gezogen werden sollen.“

*) Deswegen hatten sie vom Bürgermeister begehrt, daß täglich großer Rath gehalten werde, bis alles beendigt sey. „Wirklich wurde dann auch den 13. 14. 15. 16. und 18. April großer Rath gehalten, und die alten (d. h. von den Heimlichen schon eröffneten) Prozesse zu Ende gebracht“; wahrscheinlich nur, um die Gesandten desto besser umgehen zu können.

*) Das Memorial der Ausschüsse verspricht indessen nur, daß sie ihre Angelegenheiten der Obrigkeit „hinterbringen“ wollen. Das „Decidiren“ derselben wird erst im Beschlusse des großen Rathes beygefügt, und wir werden weiter unten sehen, daß die Ausschüsse es nicht so verstanden.

suchen, die Gesandten und Repräsentanten zwar nicht als Richter, Schiedrichter oder Sprecher, sondern allein für Mittler oder Rathgeber anzunehmen." Ihre Antwort enthielt Folgendes: 1. „Den guten Rath werde man nicht außer Acht lassen, sondern sich im Nothfall selbst darum bewerben. 2. Die Ausschüsse wagen nicht, ihre Angelegenheiten vorzutragen, bis alle gravirten Regierungsglieder gerechtfertigt, und ihre Proceffe beendet seyen; sie hoffen also, man werde eifrig fortfahren. 3. Inzwischen werden sie ihre Angelegenheiten zu Papier bringen und seiner Zeit übergeben, ohne daß weitläufige Conferenzen nöthig seyen; zumahl kein Ausschuß sich unterstehen werde, wenn er schon bevollmächtigt wäre, das Geringste ohne Vorwissen der Bürgerschaft zu schließen. 4. Sie sehen nicht, worin die eingebildeten gefährlichen Mißverständnisse bestehen; sie seyen sich keiner bewußt, also befinden sich dieselben nothwendig auf Seite ihrer Herren und Obern, und sollten billig den Bürgern communicirt werden; ihre Angelegenheiten bestehen bisdahin alle in bloßen Petitis, so daß man nicht nöthig gehabt hätte, die Gesandten und Repräsentanten deswegen zu bemühen."

Obgleich nun diese Antwort die Absicht deutlich verrieth, neue Entsetzungen zu erzwingen und jede Einmischung der Gesandten zu verhindern, so nahm doch der große Rath die gegebene Erklärung an, weil er so die ganze Schuld des Mißlingens der Mediation auf die Ausschüsse wälzen konnte. Es wurde also beschlossen, dieses Memorial den Gesandten mitzutheilen, zugleich aber ihnen zu erklären, „daß man von Seite klein und großer Rätthe ihren anerbottnen guten Rath, Vermittlung und Beytrag zu allem Frieden nochmahlen annehme; so daß, wenn man sich in der Bürger fünf-

tig einzugebenden Angelegenheiten nicht vereinigen könne, man sich um ihren guten Rath und Vermittlung bewerben werde. Man ersuche aber die Gesandten und Repräsentanten sich die Zeit nicht lang fallen zu lassen, weil man diese Woche noch einige alte Prozesse zu Ende führen werde." Um aber doch einen Versuch zu machen, die Gewalt der Ausschüsse zu beschränken, wurde zugleich beschlossen: „Künftig sollen die Böther *) auf den Zünften nur von den Vorgesetzten, den neuen Zunftmeistern, oder in ihrer Abwesenheit von den Rathsherrn angesetzt werden, und wenn ein Ausschuß etwas anzubringen habe, soll er sich zuvor beim Bürgermeister melden" **).

Wie wenig sich aber die Ausschüsse in ihren Unternehmungen irre machen ließen, zeigte sich aus einem Memorial, welches sie gleich am folgenden Tage (17. April) dem Bürgermeister übergaben ***). Dasselbe enthielt einige aus den Protokollen der Heimlicher gezogene Klagen gegen sieben Mitglieder des kleinen, und zwey des großen Rathes, wegen Untheils, den sie an sogenannten Practicir-Mahlzeiten bey Lukas Burkhard genommen. Die Ausschüsse fordern also, daß diese neun Gravirten ihrer Aemter entsetzt, und überdieß noch gehörig bestraft werden. Da nun der große Rath

*) Zunftversammlungen von vierthen, gebietßen zu erscheinen.

**) Sitzung des großen Rathes den 16. April.

***) Die Ausschüsse hatten den Gesandten, als ob sie ihres Rathes pflegen wollen, angezeigt, daß sie ein Memorial eingeben wollen, welches sich auf einige gravirte Personen beziehe. Die Abmahnungen der Gesandten waren vergeblich, und der Bürgermeister Socin bewilligte die Eingabe, ohne den Inhalt zu kennen.

ben, um durch Vergrößerung der Unordnung ihre eigne Wiedereinsetzung vorzubereiten, konnten die Gesandten um so weniger ohne Verletzung des eidgenössischen Ansehens in Basel bleiben, da sie vorher darauf gedrungen hatten, daß bey Klagen gegen Regierungsglieder die gesetzlichen Formen beobachtet werden. Sie erklärten daher ihre Absicht, Basel zu verlassen, um die Eidgenossen zu berichten. Allein dieß konnte keiner Parthey erwünscht seyn, da die Einen ein kräftigeres Eingreifen der Eidgenossen besorgten, die Andern den freylich schwachen Schutz der Gesandten noch zu erhalten suchten. Daher ließ sie der große Rath den 22. April um Verlängerung ihres Aufenthaltes bitten. Die Antwort, welche der Bürgermeister Escher ertheilte, war folgende: »Sie haben im Anfange gehofft, gute Berrichtung zu haben, weil ihre Vermittlung von kleinen und großen Råthen schriftlich angenommen worden; bald aber haben sie sich in ihrer Hoffnung betrogen gefunden, indem einige von kleinen und großen Råthen und der Bürgerschaft ihre Vermittlung so eingeschränkt, daß zum Schimpf der Eidgenossenschaft ihre Negotiation fast ganz abgeschnitten sey. Doch haben sie dieß mit Geduld ertragen: aber die vorgestrige widerrechtliche Action im großen Rathe habe sie bewogen, sich zur Heimreise zu entschließen: sie wollen nicht länger müßige Zuschauer eines so jämmerlichen Spectakels seyn, sondern ihren Herren und Obern Bericht geben. Weil nun dem Ansehen nach einige Herren vom kleinen, und viele aus dem großen Rathe hinter diesen Sachen stecken, auch unter sich nicht einig seyen, und jeder sein Partikular-Absehen habe, und sie diesen und der Bürgerschaft nicht annehmlich, so wollen sie verreisen, dann sie nicht gewohnt, sich von solchen Leuten

schimpfen zu lassen. Sie reden nicht von allen, sondern nur von denen, so dahinter stecken: aber die Bessern erfürchten aus Furcht ihre Meinung nicht entdecken. Ihre Abreise sey festgesetzt, wenn nicht kleine und große Räte und die Bürgerschaft solche Mittel angeben, daß sie hoffen können, etwas Nützliches zu schaffen. Doch sollen sie durch ihre Abreise den Stand und ehrliche Leute nicht abandoniren, sondern nur Bericht erstatten und den Eidgenossen überlassen, was zu thun sey." In etwas abweichendem Geiste fügte der Schultheiß Zürler noch bey: „Die Obrigkeit gebe in allen Stücken der Bürgerschaft nach, und setze sich in den Stand, daß ihr nicht mehr zu helfen sey: ob man denn glaube, daß wenn alles vergeben und verloren sey, sie alsdann noch wären, die Sache zu redressiren *).

Der Entschluß der Gesandten, Basel zu verlassen, wirkte einen neuen Versuch die Bürger zur Annahme

*) Die Abgeordneten äußerten hierauf, „man habe jene Action zu Verhütung eines Unglücks müssen vorgehen lassen, indem schon einige Sechser aufgestanden, und sich zu den Bürgern haben schlagen wollen." Allein die Gesandten erwiederten: „Man sollte die, so nicht sitzen bleiben wollen, von der Session abtreten lassen; ob denn wegen dieser Trennung die Obrigkeit Ungerechtigkeit verüben solle. Der Fehler sey nicht so fast an der Bürgerschaft als an der Obrigkeit selbst." Einer der Repräsentanten (er wird nicht genannt) fügte noch bey: „Wenn kleine und große Räte einig und eine rechte Resolution faßten, würde es unter der Bürgerschaft andre Gedanken erwecken. Sie seyen berichtet, die Bürger wollen eine Deputation an die Eidgenossen senden; sie sollen nur kommen; wenn man sie hier nicht dürfe bey den Köpfen nehmen, so wollen sie solche droben dabey nehmen lassen." Msc. Bro. 1.

der Mediation zu bewegen, von dem man sich wegen der unterdessen zu Stande gekommenen Amnestie einen glücklichen Erfolg versprach. Als nämlich die Ausschüsse jene Entsetzung erzwungen hatten, so suchten sie wieder, wie das erste Mal, sich den Schein der Mäßigung zu geben. Sie erklärten also, „wegen der Personen, so im Regiment seyen, keine mehreren Begehren zu thun,“ und verlangten, daß vom großen und kleinen Rathe eine förmliche Amnestie für alles Vorgefallene beschlossen werde. Die Rätthe, welche hierin ein Mittel zu finden glaubten, sich im Besitze ihrer Stellen zu sichern, willigten sogleich in dieses Begehren, ohne sich mit den Gesandten darüber zu beraten, und verlangten nur, daß die Ausschüsse ihre Erklärung, wegen der bey den letzten Wahlen vorgegangenen Unordnungen keine neuen Entsetzungen zu begehren, förmlich unterschreiben. Die Amnestie wurde also am 22. April vom großen Rathe bestätigt, zwei Tage hernach von den Bürgern angenommen, und hierauf von den Ausschüssen die verlangte Erklärung übergeben *).

*) „Wir Bürgermeister Klein und Große Rätthe der Stadt
 „Basel urkunden hiermit, daß auf jeniges von einer hiesigen
 „Ehrenbürgerschaft durch dero Ausschüsse in vorgestriger
 „Großen-Raths-Versammlung eingelegte Memorial, darinnen
 „sie sich heiter erklärt, ferner mit dergleichen Petitis innzu-
 „halten, darbey um eine Amnistiam gehorsamlich gebethen,
 „daß alles dasjenige, was vor . bey . in . und mit Bestel-
 „lung der vacirend gewesenen Aemtern ungehörlich vorge-
 „gangen, auch bisher darinnen und davor geredt, geschrie-
 „ben und gehandelt worden, todt, ab, vergessen und un-
 „ersucht seyn und verbleiben solle: wir denselben in dieser
 „ihrer gehorsamen Bitt gnädige Willfähr erzeigt, dergestalt,
 „daß gleichwie solche Amnistia und Vergessenheit von

var. hatte Fatio den 23. auf's Neue vor dem großen Rathe erklärt, „daß die Bürger wegen der Mediation ihrem vorigen Entschlusse bleiben“ *); allein man glaubte doch noch eine Aenderung desselben bewirken zu können. Den 24. April stellte eine Deputation von einem und großen Räten und Geistlichen **) auf allen Zünften die nachtheiligen Folgen vor, welche die Verwerfung der Mediation als eine Beschimpfung der Eidgenossen haben könnte. Allein alle Zünfte blieben bey ihrer frühern Erklärung: denn während der große Rath an Tage vorher diese Abordnung beriet, war Fatio zu zwey andern Ausschüssen auf die Zünfte gegangen, und hatte von jedem Bürger besonders eine Erklärung

„Seiten Einer Ehren-Bürgerschaft auf alle annoch subsistirende Regiments-Glieder und die Canzleyen auch Rathesdiener gemeint, also und gleichermaßen im Gegenstand es auch seinen Verstand auf eine Ehren-Bürgerschaft haben, daß auch was ihrerseits dieser Sachen halben bis dahin in einem und andern passirt und vorgegangen seyn möchte, hiemit des gänzlichen todts, ab, vergessen und obersucht seyn und verbleiben solle: gestalten deswegen einer Ehren-Bürgerschaft diese Gegen-Erklärung under der Statt größtem Inseigel zuzustellen erlanct im Großen Rathe Mittwoch den 22. Aprilis Ao. 1691.“

*) „Daß sie ihre Angelegenheiten der Obrigkeit vortragen und diese entscheiden solle: wenn daher etwas streitig werde, so könne es a parte gesetzt und ihnen wieder communicirt werden, da sie es dann den Gesandten vortragen, und ihres Rathes pflegen wollen.“ Ms. No. 1.

*) Drey Mitglieder des kleinen, drey des großen Rathes und drey Geistliche. — Zugleich verbreiteten die Geistlichen eine gedruckte dringende Aufforderung zur Annahme der Mediation.

begehrt, „ob man die Gesandten als Mediatoren annehmen solle.“ Nur wenige *) erklärten sich im Sinne des Rathes, die übrigen alle schrien: „Nein, sondern man solle bloß ihres Rathes in ihren Wohnungen pflegen und denselben da abhohlen.“

Der mißlungene Versuch hielt indessen den großen Rath, welcher alles anwandte, um die Abreise der Gesandten zu verschieben, nicht ab, auf's neue den Beschluß zu fassen, „daß sie bey allen Angelegenheiten und Streitigkeiten zu allen Deliberationen sollen gezogen werden“; und da indessen die Ausschüsse ihr angekündigtes Memorial über die Einrichtung des Finanzwesens eingegeben hatten **), so wurde festgesetzt, „daß dasselbe ohne Verzögerung von den Deputirten des kleinen und großen Rathes in Gegenwart der Gesandten soll geprüft, und was von ihnen beschlossen worden, durch den großen Rath bestätigt werden.“ — Dieses bewirkte dann doch so viel, daß die Ausschüsse sich im Rahmen der Bürgerschaft gegen die Gesandten erklärten, „sie mögen wohl leiden, daß sie in den Sessionen sitzen und ihren guten Rath geben: doch mit

*) Die sogenannten Rädigen. Die Ausschüsse erregten bey den Bürgern Besorgnisse für die Souveränität. „Wenn man die Gesandten als Mediatoren anerkenne, so werden sie sich nachher als Säße und Schiedrichter aufdringen.“

**) Es enthielt 36 Artikel. — Die Ausschüsse waren zu gleicher Zeit als man die Amnestie entwarf, aufgefordert worden, ihre Vorschläge und Forderungen wegen der zu treffenden Verbesserungen einzugeben. Sie hatten erklärt, „daß die Punkten der Oekonomie fertig seyen; in Rücksicht andrer Verwaltungszweige aber sey es ihnen bisdahin unmöglich gewesen.“

„mit Vorbehalt, daß sie ohne der Bürgerschaft Gutheißung nichts schließen mögen.“ Den 27. April erschienen also die Gesandten in der Versammlung der Deputirten; allein bald verschwanden die gefaßten Hoffnungen wieder. Denn da die Ausschüsse unterdessen gefordert hatten, daß die erledigten Stellen im Rathe wieder besetzt werden, so erklärten die Gesandten, daß sie dazu weder rathen noch einwilligen können. Dieß erregte bey den Ausschüssen den Verdacht, daß man die erzwungenen Entsetzungen wieder aufzuheben trachte, und unter dem Vorwande, daß ihre Erklärung über die Mediation den Gesandten verfälscht sey übergeben worden *), legten sie eine andre vor, welche wieder den Vorbehalt enthielt, „daß ohne Gutheißung der Bürgerschaft nichts abgeschlossen werde.“ — Da nun hierauf die Gesandten sich aus der Sitzung entfernten, so beschloß der große Rath, noch einen Versuch zu machen, ob die Bürger nicht gegen den Willen der Ausschüsse zur Annahme der Mediation könnten gebracht werden. Es wurde den Geistlichen eine Aufforderung übergeben, welche sie am folgenden Tage, 28. April, vor der Morgenpredigt verlesen, und dann in den Predigten selbst die Annahme empfehlen sollten. Allein die Ausschüsse von Allem unterrichtet, beriefen noch vor der Predigt die Bürger auf die Rünste, ermahnten sie, sich an das, was ihnen vorgelesen werde, nicht zu kehren, und vermehrten die Abneigung gegen die Mediation durch das Vorgeben, daß ihre Erklärung den Gesandten verfälscht sey übergeben worden. Das

*) „Sie begehren daher zu wissen, wer der Thäter sey;“ ihr Verdacht war besonders gegen den Stadtschreiber Fäsch gerichtet. Ms. Bro. 1.

her blieben die meisten Bürger während der Predigt auf den Bänken; andre, welche nach der Barfüßerkirche gegangen, in der Meinung, die Aufforderung werde da nicht verlesen werden *), liefen fort, sobald der Prediger zu lesen anfing: in den Pfarrkirchen hingegen riefen einige Ausschüsse den Predigern zu, sie sollen davon schweigen, oder zusehen, was entstehen werde **). Da nun die Proclamation der Regierung jeden Bürger aufforderte, einzeln bey seinem Pfarrer sich über die Mediation zu erklären, so ging ein Theil zwar in die Pfarrhäuser, erklärte aber, daß sie die Mediation nur unter der Bedingung annehmen, „daß alles Versprochene gehalten, den Bürgern ihre alten Freiheiten wieder gegeben, und in demjenigen, was bis jetzt ausgemacht sey, nichts geändert werde.“ Nur sehr wenige erklärten sich für unbedingte Annahme; die meisten aber erschienen gar nicht.

Die Ausschüsse beschlossen jetzt, diesen Sieg zu verfolgen und die Besetzung der erledigten Stellen zu erzwingen, um die Wiedereinsetzung der Ausgestoßenen unmöglich zu machen; mehrere wohl auch, um für sich

*) Weil diese Kirche nicht zu den Pfarrkirchen gehörte.

**) Die Prediger mußten daher aufhören. — Auch die Weiber blieben nicht ruhig: mehrere liefen aus der Kirche und schrien: „daß Gott erbarm, was will man aus unsern Männern machen?“ Ms. No. 1. Das erzählt etwas abweichend, „die Bürger haben sich Nachmittags in der Barfüßerkirche versammeln sollen, um dort Kirchspielsweise von den Pfarrern Mann für Mann über die Frage der unbedingten Annahme der Mediation vernommen zu werden.“ Es ist aber kaum wahrscheinlich, daß man die ganze Bürgerschaft an Einem Orte versammeln wollte.

großen Rathe gegebne Erklärung, „wenn wegen Besetzung der Aemter Ungemach entstehen würde, so solle es nicht dem Stande, sondern ihnen zugemessen werden,“ konnte Nachgiebigkeit bewirken. Die Ausschüsse antworteten, „die Eidgenosschaft könne ihren innern Angelegenheiten keinen Eintrag thun; sie halten ihre Obrigkeit allein für ihre gnädigen Herren“, und beharrten dabei, obschon der große Rath seinem Beschlusse, die Wahlen zu verschieben, noch die Bestimmung beifügte, „daß dann dabei der Entlaßnen nicht solle gedacht werden.“ — Da nun alles vergeblich, und es kein Geheimniß war, daß Mitglieder des Rathes selbst mit den Ausschüssen einverstanden waren, so wurde endlich der Beschluß gefaßt: „Weil man mit Gewalt dazu genöthigt sey, so soll den Bürgern auch in diesem willfabret werden.“

Raum war dieser Beschluß den Ausschüssen angezeigt, so forderten sie, „daß die siebenzehn erledigten Rathsherrenstellen sogleich durch die Gemeinde, und Nachmittags von den Zünften zuerst die Sechser, und hierauf aus diesen die Zunftmeisterstellen besetzt werden.“ Allein da sich der große Rath entschlossen widersetzte, und eher die Sitzung aufzuheben drohte, als alle diese Wahlen den Zünften zu überlassen, so erklärten endlich die Ausschüsse, „wegen der Rathsherrenwahlen wollen sie es der Obrigkeit gutwillig überlassen; nur begehren sie, daß auf den Handwerkszünften diejenigen Zunftmeister, welche Herren *) seyen, zu Rathsherren, und alsdann Handwerker zu Zunftmeistern gewählt werden.“ Diese Forderung wurde be-

*) Herren heißen die, welche zu keiner Handwerks-Innung gehören.

willigt, und noch am nämlichen Tage vom großen Rathe sieben erledigte Rathsherrenstellen, am folgenden (1. May) die übrigen zehn besetzt, und hierauf auch zugegeben, „daß für dießmahl und nur bis auf weitere Verordnung auch die Gemeind (d. h. sämtliche Bürger auf den Zünften) an den Wahlen der Zunftmeister und Sechser Theil nehmen sollen.“ Diese Wahlen wurden nun Nachmittags auf den Zünften vorgenommen: unter sechszehn neugewählten Zunftmeistern waren vier Ausschüsse, und unter neununddrenßig Sechsern fünf, und zwanzig Ausschüsse.

Noch hatten die Ausschüsse verlangt, daß am folgenden Tage die erledigten Hauptstellen wieder besetzt werden *). Den 2. May gaben sie nun ein Memorial ein, welches forderte, daß in Zukunft die Zunftmeister aus den Sechsern, und die Sechser, Zunftmeister und Obristzunftmeister von den Bürgern gewählt werden. Allein der große Rath war nicht geneigt, die Wahlen der Obristzunftmeister aus den Händen zu lassen: er bestätigte den frühern Beschluß, daß alle Aemter vom kleinen und großen Rathe gemeinschaftlich sollen besetzt werden, fügte noch ausdrücklich „die Häupter“ bey, und beschloß, diese Wahlen sogleich vorzunehmen, um den Ausschüssen zuvorzukommen, ihnen es aber doch zuerst anzuzeigen. Allein es war leicht vorherzusehen, daß die Ausschüsse, schon gewohnt alles durchzusetzen, um so weniger nachgeben würden, da man durch die Anzeige dieses Entschlusses zugleich Furchtsamkeit verrieth. Sie beharrten daher bey ihrer Forderung, ob schon der große Rath noch einmahl beschloß, sie davon abzumahnern und die Wahlen vorzunehmen. Nun wens

*) Die eine Bürgermeister, und beyde Obristzunftmeisterstellen.

dete man sich an die Gesandten und ließ sie bitten, selbst aufs Rathhaus zu kommen. Allein sie erklärten, „daß ihnen die Stadtbräuche von Basel unbekannt wären *); wenn man aber Gewalt brauchen wolle, so sollen die Rätthe sich nach Hause begeben.“ Unterdessen waren aber die auf den Zünften versammelten Bürger von den Ausschüssen herbeigerufen worden, und nun erfolgte die Wiederhohlung des Auftrittes vom 24 März. Der Rath wurde wieder im Rathhause eingeschlossen gehalten, bis er sich dem Willen der Ausschüsse fügte. Vergeblich fuhren die Gesandten bis nahe an's Rathhaus, man ließ den Wagen nicht durchs Gedränge, warf die Gitter zu, und verhinderte jede Communication der Rätthe mit ihnen **). Abends um 8 Uhr erhielt endlich der Rath seine Freyheit wieder, nachdem

*) Die Ausschüsse sollen sich nämlich auf ein altes bischöfliches Privilegium berufen haben, und daß früher diese Würden auch von den Zünften besetzt worden, wovon sich aber keine Spuren finden. Denn früher hatten die Bischöfe die Wahlen der Obristzunftmeister; zur Zeit der Reformation aber eignete sich der kleine Rath dieselben zu.

**) Auch die Stadthore und alle Buden waren wieder zugeschlossen. Abends um 3 Uhr ließ man den Rätthen etwas Brot und Wein zukommen, doch nur in kleinen Portionen, und diejenigen, welche ihnen mehr bringen wollten, wurden zurückgestoßen. Den 24. März hatten sie nicht einmahl diese Erquidung erhalten. Ms. No. 1. Ochs erzählt noch: „die Rätthe wollten einige Speisen bestellen, durften aber nur Brot kommen lassen. Sie erhielten zwar die Erlaubniß von den Ausschüssen, einige Kannen Wein aus dem Keller des Rathhausknechts zu fordern; die Bürger aber stopften das Schloß der Kellertüre mit Sand, und erhoben, als die Magd ohne Wein zurückkam, ein allgemeines Gelächter.“

: den Bürgern folgenden Beschluß übergeben hatte: Die vacirenden Obristzunftmeister, Sechser und Zunftmeisterstellen sollen auf Morgen und zu ewigen Zeiten nach der Manier, wie das Memorial lautet, und wie gestern die Sechser- und Zunftmeisterstellen bestellt worden, ergänzt werden. Für die Obristzunftmeisterwahl soll ein Ausschuß der Zünfte drey in Vorschlag bringen, und aus diesen einer von den Zünften gewählt werden" *).

Nach diesem Auftritte konnten die Gesandten, deren Ansehen auf's Höchste beschimpft war, nicht länger in Basel bleiben; sie verreisten also gleich am folgenden Tage (2. May) mit den Repräsentanten, ließen aber ihren Sekretär **) mit Vollmachten zurück, „daß auf den Lauf der Sachen achten, und sie berichten solle: die Basler sollen ihm in Allem glauben, wie den Gesandten und Repräsentanten selbst.“ Unstreitig haben sie dadurch große Mäßigung bewiesen, daß sie auch so lange in Basel verweilten; denn das Spiel, welches man mit ihnen trieb, war äußerst kränkend. Während nämlich der große und kleine Rath öffentlich ihre Vermittlung annahmen, arbeiteten viele Mit-

*) Zuerst wollte der große Rath die Wahl bis zum 7. May verschieben; vielleicht in der Hoffnung, daß unterdessen eine Abmahnung von andern eidgenössischen Orten oder irgend ein Zufall dieselbe verhindern werde. Allein die Bürger erzwangen, daß sie gleich am folgenden Tage geschehen müsse; ebenso den Ausdruck „zu ewigen Zeiten.“ Ratio las den Bürgern die verschiedenen Projekte des Beschlusses vor, und gab ihnen dabey Zeichen, ob sie Ja! oder Nein! rufen sollen. Ms. No. 1.

*) Rathssubstitut Holzhalb von Zürich.

glieder heimlich entgegen, und beschränkten dieselbe so, daß die Gesandten nur abwarten sollten, was man etwa gut finden würde, ihnen vorzutragen. Offener handelten die Ausschüsse wenigstens darin, daß sie diese Absicht geradezu erklärten, und darauf beharrten, daß man den Rath der Gesandten nur in Punkten, worüber man sich nicht vereinigen könne, einhohlen solle. Allein auch sie trieben eigentlich mit ihnen nur ihr Spiel; denn anstatt um Rath zu fragen, zeigten sie ihnen nur einige Male an, daß sie dieses oder jenes Begehren dem großen Rathe eingeben werden, und was sie unter Vereinigung über streitige Punkte verstanden, bewies ihr Verfahren in den letzten Tagen des Aufenthalts der Gesandten. Damit hingen dann auch ihre wiederholten Versicherungen zusammen, daß sie von keinen Mißhelligkeiten zwischen der Obrigkeit und Bürgerschaft wissen, indem man gemeinschaftlich die begonnene Reformation fortsetze. Doch ließen sich die Gesandten durch alles dieses nicht täuschen, und erkannten das hinterlistige Benehmen mehrerer Rathsglieder, welche durch Vermehrung der Unordnung ihre Gewalt zu vergrößern und Leute von ihrem Anhange in den Rath zu bringen strebten.

(Die Fortsetzung folgt.)

Chronologische Fortsetzung der Urkunden.

XXIV.

Zwingli's Plan zu einem Feldzuge.

Das nachstehende höchst merkwürdige Actenstück ist dasjenige, worauf in der Fortsetzung von Müllers Schweizergeschichte (Bd. VII. S. 243.) aufmerksam gemacht wird. Es befindet sich in der Zürcherischen Stiftsbibliothek, ist von Zwingli's eigener Hand geschrieben und offenbar auch dessen eigne Arbeit. Die Flüchtigkeit der Schreibart zeigt klar, daß es bloßer Entwurf geblieben und der Regierung nie förmlich übergeben ward. Um so tiefer Blicke läßt uns dasselbe in den Gedankengang und die Pläne des großen Mannes werfen. Ein Datum ist nicht beigesetzt; aber sicher ergibt sich aus dem Zusammenhange, daß der Entwurf aus demjenigen Zeitraume noch vor der Disputation zu Bern herrühren müsse, wo Zürich beynahe ganz vereinzelt, und von einem Eidgenossen bedroht da stand, Dessen auch der Schweizerischen Reform stark entgegen arbeitete und überhaupt die Durchführung dieser Letztern äußerst zweifelhaft geworden war. Aus diesem Gesichtspunkte betrachtet werden denn auch bey dem philosophischen Geschichtsforscher mehrere an sich sonst nicht leicht zu rechtfertigende Vorschläge des Reformators eben so billige Entschuldigung finden, als die Energie seines Charakters und der Umfang seiner Kenntniß gerechte Bewunderung erregen müssen.

In Gottes Namen. Amen.

Disen Rathsclag hatt der Autor betracht zu Eer Gottes und zu Gutem dem Evangelio Christi, damit Frävel und Unrechts nit überhand neme und Gotsvorcht und Unschuld vertruete.

Zum Ersten sol man in allen Kirchhörinnen in der Statt und uff dem Land verkünden lassen, das alle Menschen mit Ernst Gott bittend, das er uns nienen lasse wider sinen göttlichen *) weder radten noch tun; das er auch, sy es nit wider sinen göttlichen Willen, allen Sig unsern Tugenden entziehen und die Eer sinen Wortes harfür bringen welle, uns Gnad verlychen, das wir in allen Dingen nach sinem Willen läbind.

Demnach volgt zum Ersten, das man dabeim recht geschickt sye.

Hierum so ist Not, das man allem Volck in der Statt und uff dem Land offne, mit was Fräven und Untrüw etlich Eydgnossen mit uns umgangen sygind, welches man alles mit christlichem dultigem Gmüet getragen hab uff gute Hoffnung. Nun aber so nuß nit ze verhoffen sye, einweders ritterlich erwerben, oder aber Gottes und sinen Wortes verläugnen und **) werden, so sye einer frommen Statt Zürich Fürnemmen, das sy lieber allen Stat, Hab, Statt,

*) Willen?

**) Unleserlich wegen Beschädigung des Msc.

Land, Eyb und Leben verlieren welle, weder von erkannster Wahrheit abtreten. Uff das gebind ir eim yeden insunders und allen Gemeinden ze trâffen, ob neistwar by Gottes Wort, by Statt und Land nit so ernstlich und redlich ston wölle, das er solchs in Anfang anzeigte, wölle man demselben vergunnen abziehen in III Tagen zc. mit zimmlicher Beding. Welche aber dargegen ansehen wellind die groß Untrûm, die der Keiser sammt Ferdinando einr Statt Zürich widergeltend, für das sy die zwey trâffenlichen Herzogtum Meyland und Wirtemberg innen nach Gott vor allen Menschen ynwendig gemacht habind, auch die großen Verachtung und Schmach, so insunders Lucern, Ure und Schwyz dem Wort Gottes und uns als einvaltigen Christen geton habend; welche ja das ze mannslichen Herzen fassen, und Sel, Eer, Eyb und Gut zu Gottes Wort und einr Statt Zürich setzen; wellend ie gern denen zu wüssen tun, das ir solch Radtschlag vor Handen habind, das ir sich gentslich zu Gott versehind, ir werdend sich mit Gott aller Uebeln entschütten; dieselben Radtschlag sygind aber in die Gemeind nit ze offnen. Demnach wellind ir zu den Uetoren glychertwys Sel, Eer, Eyb und Gut setzen, gwüsser Hoffnung, Gott werde eüwer redlich Fürnemmen erhalten.

Nach dem nun sich die Part, die Gottes Wort widerstrebt, harfür tut, nach demselben kan man desto bas das Wytre radtschlagen; dann sy so gschickt sin möcht, man tâte auch etlichen Verbotnen Statt und Land uf, doch mit schadlosen Bedingen, und so verr sy sich recht und wol hieltind, wölle man innen zu End der Sach gnädig sin: doch darzwüschend nützig zu Argem gedensken. Wo aber die Widerpart sich nit früntlich und gschickt erzeugte, ließe man sy mit schadlosen Bedingen

und Verbürgnussen ir Straß waren bis zu Ustrag der Sach.

Darnach erlese man einen unverlumbdeten redlichen besinnten Man us zu der Hauptpaner zu eim Hauptmann, der ustragner Red sye und frutiger Anschlegen. Findt man ein solchen, der auch daby Kriegenß genietet ist, neme man denselben. Wo aber einer glych Kriegenß bericht, aber Trüm halb nit fertig war, neme man einen trüwen, und geb man im Zugefachte (die habend d'Rhömer Legaten genennet), die allezt by ihm sygind, von Anschlegen redind und betrachtind, was in allen Dingen zu tun sye.

Nebend dem ordne man einen andren Hoptman zu eim Fendle von XVc. *) Knechten, doch auch mit Zugefachten. Und sehe man allweg me Gotzvorcht, Trüm und Warheit an, weder Kriegenß Kunst. Mag man sy aber by einandren finden, brucht man denselben.

Disen Hoptluten binde man in den End, das sy one Vorteil mit dem Fngend nit schlahind, sy wurdind denn also genötet, das sy Schlahins nit möchtind über sin. Dann diß Spil sol in die Harr gespielt werden.

Aber bind man inen yn, das sy von Stund anhe bind spähen, ob sy glych noch nit auszogen sygind, mit was Radtschlegen die Fngend umgangind. 2c.

Auch seze man III **) unverlumbdete, vertraute, zu denen die genannten Hoptlüt ire Spech tragind und sich mit inen underredind, dies wyl sy noch nicht uszogen sind, auch us dem Feld, so verr ein Sach Beit mag haben; wo aber das nit, laß

*) 1500.

**) Unleserlich wegen Beschädigung des Msc.

sind sich im Feld der Zugesehenen benützen, auch so
 verr es Zeit haben haben mag; so verr aber nit —
 dann nienen schneller Radtschlagen nöter ist, weder in
 Kriegen, — berate sich jedwedrer mit im selbst.

Under redlich Lüt, denen Gheim nit wol ze vertruwen
 sind, und ze raten nit sunderlich gschickt sind, bruche
 man zu andren Dingen und Uempteren.

Zühe man etlich der Jungen, die rich sind oder des
 Abels geeret wellend sin, zu Rüttern, die mit der Büchs
 uff dem Roß fämmind, das die täglich hin und wider
 rytind mit den Ueberrütern, Berg und Tal, Rick und
 Klusten lernind erkennen, damit man den Fygend all-
 weg wüssen mög.

Allergrösten Floyß lege man an, das der drit Teil
 eines jeden Zugß Büchsenbüßen sygind oder der Viers-
 teil; dann es warlich fürhin die Manier sin wil mit
 Gschüß friegen. Es ist auch der allerkleinst by einer
 Büchs als tür und gut als der allersterkst mit ein Spieß.
 Es wär auch gut, das man die Schüßen hieße zu ets
 was Malen mit Uflegen lernen schießen.

Zum Fendle neme man ghein größer Gschüß denn
 Haggendbüßen und Böcke und Handbüßen.

Zur Paner ghein größer denn Strytbüßen und
 Halbschlangen, man wölte denn für ein Statt ziehen.

Hoptmann zur Paner: (*) Herr Roust ¹⁾. Paner-
 herr: Herr Rudolf Lafeter ²⁾ oder M. Jacob Fry ³⁾.

*) Die folgenden in Parenthese eingeschlossenen Worte sind im
 Autographum gestrichen, aber noch lesbar.

1) Diethelm Roust, Bürgermeister von 1524 bis 1544.

2) Damable Landvogt zu Ryburg; 1531 Feldhauptmann; 1544
 Bürgermeister.

3) Seit 1525 des Raths, später Hauptmann zu Wyl. † 24.
 Oct. 1530 im Gesecht am Gubel.

Radtgeben: Conrad Mescher ⁴⁾, Uli Wädischwyler ⁵⁾, Rudolf Rey ⁶⁾, Schultheiß Effinger ⁷⁾ und dero Söhne. Zum Fendle Hoptman: Zummynsen ⁸⁾; Fendrych: J. Batt Effinger ⁹⁾; M. Claus Brunner ¹⁰⁾. Radtgeben: J. Jörg Göldin ¹¹⁾; Tomann Meyer ¹²⁾; Luchfinger ¹³⁾; Ustre ¹⁴⁾; Funck, Hans Ulrich ¹⁵⁾; und dergleichen. Ist allein ein Muster, niemand zu leyd.)

- 4) Wahrscheinlich derjenige, welcher (nach Zey) 1524 Rathsherr, 1527 Landvogt zu Eglisau wurde, ein Sohn von Hans Escher, genannt Klop-Escher, und thätiger Beförderer der Reformation.
- 5) Bunftmeister seit 1525.
- 6) Stadtbaumeister; er fiel bey Cappel.
- 7) Ward 1527 Rathsherr, und starb den 6. April 1529.
- 8) Wahrscheinlich Rudolf Zumpfen, Bunftmeister seit 1519, im J. 1530 zum obersten Meister (Statthalter) gewählt, ein eifriger Anhänger der Reformation, für die er mit zwey Söhnen zu Cappel das Leben opferte.
- 9) Sohn des Schultheissen, Rathsherr seit 1525. Er starb 18 Tage nach seinem Vater.
- 10) Bunftmeister von 1522 bis 1531, hernach Vogt zu Regensperg.
- 11) Der bekannte Anführer im Cappelkrieg; Rathsherr seit 1523. Ein versuchter Krieger, aber als Reisläufer den Anhängern der Reformation einiger Maßen verdächtig.
- 12) 1520 Bunftmeister, 1529 Schultheiß am Stadtgerichte; er fiel bey Cappel.
- 13) Conrad Luchfinger, von Glarus gebürtig, seit 1501 Bürger von Zürich, 1524 Bunftmeister, 1526 erster Amtmann zu Stein.
- 14) Hans Usteri, der erste von der Stadt (1526) ernannte Schultheiß. Nach dem Treffen bey Cappel erhielt er ein Commando bey den Zürcherischen Truppen.
- 15) Hs. Ulrich Funck, ein thätiger Beförderer der Reform; des Raths seit 1525. Er fiel bey Cappel.

Es sol auch hieby die Ordnung also bestellt sin, daß, wenn den III Alten sampt den Hoptluten gevalle uf zefin, daß dann die, so zum Fendle oder zur Panser verordnet sind, uf sigend und ziehind, wo sy der Hoptmann heißt, mit Ghorsame zc.

Auch das ein Jeder allweg uff zwen oder III Täg ich mit Brot versehe oder weiß er gleben wil.

Harnest und Wassen ist nit Not ze bestimmen.

Kurz, so vil uns innwendig antrifft, thäge man alle Ding, die zu Ewigkeit dienend, so verr die nit wider Gott ist. Und sye man demnach unverzagt, und zwarsam, übergeb man Vorteil nit, so wirt allen Dingen daheim und auß Radt.

Wie man sich hinauswerts halten solle.

Zum Ersten dem Keiser an den Ferdinandischen Hof schryben oder mit Boten usrichten, item erstlich erzellen die Guttät one Zal, so Zürich von newelten her, und besunder in kurz verruckten Jaren, eim Huß Desterriych geton hab mit Meyland und Wirtemberg. So ir nu öffentlich bericht sygind, daß er mit Practicken sich nachtheilig gegen unseren Eidgnossen umgang, bits ind ir davon ze ston demüetiglich. Wo das nit bescheyen wurde, sygend ir ongezwyslet, Gott werde über Erüm ansehen und der Undanckbargheit nit byston zc. Des Glaubens halb habind ir sich allweg der Undersichtung begeben, die von jedem anzenemmen, so verr in Gottes Wort, nürs und alts Testaments, gründt sye, deß ir sich für und für entbietind. So aber bis jar sich nieman warhafticklich underricht, sonder allweg zu Concilien zogen und vertröst sygind, die ir nit hofend zu gheiner Kürz gehalten werden, sidmal sy vor jar bis in die achtzig Jar verzogen und nit gehalten ingind, auch der ganz geistlich Stand Reformation und

Verbeßrung übel erlyden mög, habind ir vil Ding mit guten Friden und Rutwen üwers Volcks geendret, darinn me Gottes Eer angesehen weder aller Menschen Gunst und Ungunst. Doch allweg mit solchem Eding: erfunde sich mit göttlicher Warheit, das ir gefreuet hettind, allweg den Mißverstand ze beßren. Darum üch aber frömd beduncke, das Keiser wider üch u. Wo aber weder Fründschafft, Glychs als Billichs helfen möcht, als ir nit hofftind, solle er doch allweg gedenden, das wir dennoch Menschen sygind und der Sig nit des Menschen sunder Gottes sye, das auch ir, wo ir finer Practicken under üch innen wurdind, dieselben wirdiflich strafen, das auch dem Kaiser zu Spott dienen möcht zc.

Zum Rüng von Francrych schryben: das ir nit in die Vereinung gegangen, sye guter Meinung beschehen. Es hab üch allweg beducht, ein Eydgnoschaft sye zu solcher Burde ze schwach, zc. Darum habind ir nit wellen verheissen, das üch ze leisten ze schwär habe ducht. Byspil: ir habind vormal Meyland, das bas gelegen war, denn Frankreich, mit großem Schaden gegen imm verloren zc.; mit Erzellen, warum wir durächt werden zc. Eige nun dem Rüng etwas an eyner Eydgnoschaft, möge er wol ermessen, solle zwüschen inen und uns Krieg syn, das imm dabyn nieman dienen mög. Zu dem zimme ein chrisstlichen Rüng, Krieg ze vergaumen. Auch reiche solcher Zwyttracht eyner Eydgnoschaft zu Größrung und Merung des Kaisers. Darum solle er mit allem Vermögen unser Eydgnossen hinderstellig machen und abnemen.

Zum Herzogen von Saphoy auch uff solche Meinung schryben.

Die von Bernn me ermanen der Pündten, der

Gerechtigkeit und Trüw, die wir Eydnossen zemen geschworen, 2c., auch des Entbietens, das wir allweg geton habend; und das die IV Waldstett solcher Wys Herren über alle Ort wurdind; denn so sy solchs ouch, dem vordristen Ort, thüegind, wie es gon wurde ein Ort, das nidrer und minder ist weder ir. So nun alle Rechts bott nit helfen mögind, sunder ir werdind für und für geunbillet und hindergangen, vermanind ir sy by der Pündten Sag, ouch bystendig ze sin, und nit ansehen, was einn Jeden gluste, sunder was wir einandren by unser Sel Sältigkeit schuldig sygind. Des Glaubens halb, wie imm Bevelch 2c. Es mögind auch die Pündt nit erlyden, das sy sich dargeben wöllind still ze sitzen; dann wo imm also gschehen solte, wurde gheinem Ort wider Gewalt nimmer me geholffen. Es stüende auch die Gevar druff, wenn sy meintind still ze sitzen, das sy irer Lüten nit möchtind gwaltig sin, und wurde also ein Zell zu den Waldstetten lauffen, ein andrer aber zu uns von Zürich, sidmal es den Glauben treffen wil. Und sy der Manung umm Bystand nit erlassen.

Desglychen zu Glaris, Basel, Abtzell und Solens turn.

Zu denen von Schaffhusen solcher Maas schicken, das, ob sy nit zu minen Herren stüendind, doch gheins Wegs wider sy tätind; wo aber das nit sin wölte, etwan einer Nacht mit IV oder Vc. *) Mannen die Ryns brugg abwerffen.

Mit S. Gallen der Statt, einen vesten sichren Pündt machen, das wir mit einandren sterben und genesen wellind, und sy, ob Gott wil, erobreter Herschaften von unseren Fyenden gebürlich teilhaftig machen.

*) 4 oder 500.

Demnach ein gmeine truckte Gschriff lassen usgon, darin aller Handel mit einer klaren Summe begriffen wurde: wie unser Eydgnossen, um des Gopmorts, und das wir in die Französische Vereinung nit gegangen, willen, uns habind angehebt ze wehen, und, wider alle Bündt, mit dem Keiser besunder Gspräch gehebt, auch uns der Landvogt im Turgow by Nacht und by Räbel in unsere Gricht und Gbiet gefallen syn, da sich mit dem Rechten erfinde, das er da nit ze haben hatt, und einen frommen Priester *) gewalticklich darus gefüert, us welchem ein ganzer Landslauf und gar nach **) ein Landkrieg worden wär zc. — Und derselben Gschriff ten allenthalb vil in die IV Waldfstett und demnach in alle Ort und End gemeiner Eydgnoschaft schicken; doch vorhin bedencken, ob man für ir Gmeinden kon möcht; wo aber das nit, demnach lassen usgon, wie obstaat.

Es söllind auch IV Man erweilt werden, die söliche offnen Gschriften sehind und demnach verhören lassind, eh' man sy trucke; dann der Gschriften werdend vil, dann es möchte sich füegen, das man auch alte ***) Gschriften ließe trucken zc. Under denen IV söllind zu zweyen minen Herren Probst von Embrach und Uttinger oder Zwingli, hat es Zug, genommen werden, dann sy allerbeste Muß zu den Dingen habend.

Man soll auch zu den Wallisseren, die, als man hört, ungschickt sind, mit Ernst schryben, sie ermanen, bym Rechten zbliben zc, und daby die genannten Hopte lüt Flyß ankeren, ob man Zwytracht under inen mas

*) Pfarrer Deheli auf Burg bey Stein (17. Juli 1524.) Die folgenden Worte deuten auf den bekannten Zttingerhandel.

**) beynabe.

***) Ober: alle.

chen könnte; denn sy würdind suß gheins Wegs still
sigen.

Zu den Graupündten mit Ernst und aller Geschick-
lichkeit werben, in Wps und 'Maasß Eyb und Gut zu
inen ze setzen, wie zu S. Gallen. Anzeigen! die Ges-
legenheit, so inen von uns dienet, deßglychen alle
Erhm; und, wie in allen Gschriften, über Trång
vonn *) Eydgnoffen erzählen. Darum gut wirt sin, das
die gemein Gschrift vor allen Dingen ordenlich gsetzt
und getruet werd; so schickt man sy zu Allen, zu des-
nen man werben wirt durch Gschrift oder Botschaft.
Man sol auch an den Pündten nit für gut haben, das
sy nun still wellind sigen; denn, ob sie nit Bystand tun,
würdind sy von inen selbst still sigen, also auch die von
Bern und Ander **); demnach möchtind wir die V Ort
auch mit Lüten und Breitschaft ring überlangen.

Man sol auch mit den Pündten das in Gheim an-
zettlen, das, so verrund sy mit uns dran sin werdind,
alles Sarganserland und was zwüschen uns ist, auch
nit wider uns sin wurde, deßhalb wir einandren allweg
mit Lüt und Gschütz erreichen möchtind. Und demnach
sy anweysen, das sy Practick mit denen im Etschland,
Yntal und Enrol machtind, die auch bedrengt werdend,
und demnach hlynyn vallind, an gwüssen Orten, die
wol angezeigt werdend, und allem Etschland von Stund
an Fryheit und ein eigen Regiment verheissen on alle
der Pünden und unser Beschwerd, usgenommen ein
zimlich järlich Lall, damit man inen Hilf tun mög, die

*) Zusammengezogen aus „von den.“

**) D. h. wir müssen unsere Forderungen so hoch als möglich
stellen; desto eher werden wir die Graubündner u. s. f. we-
nigstens dazu bringen, das sie neutral bleiben.

Demnach ein gmeine truckte Eschrifft lassen usgon, darin aller Handel mit einer klaren Summe begriffen wurde: wie unser Eydnossen, um des Gogmorts, und das wir in die Französische Vereinung nit gegangen, willen, uns habind angehebt ze wehen, und, wider alle Pündt, mit dem Keiser besunder Espräch gehebt, auch uns der Landvogt im Turgöw by Nacht und by Räbel in unsere Gricht und Gbiet gefallen syn, da sich mit dem Rechten erfinde, das er da nit ze haben hatt, und einen frommen Priester *) gewalttlich darus geführt, us welchem ein ganzer Landslauf und gar nach **) ein Landskrieg worden wär zc. — Und derselben Eschrifftten allenthalb vil in die IV Waldbstett und demnach in alle Ort und End gemeiner Eydnoschafft schicken; doch vorhin bedencken, ob man für ir Gmeinden kon möcht; wo aber das nit, demnach lassen usgon, wie obstaet.

Es sollind auch IV Man erweilt werden, die solche offnen Eschrifftten sehind und demnach verhören lassind, eh' man sy trucke; dann der Eschrifftten werdend vil, dann es möchte sich füegen, das man auch alte ***) Eschrifftten ließe trucken zc. Under denen IV sollind zu zweyen minen Herren Probst von Embrach und Uttinger oder Zwingli, hat es Fug, genommen werden, dann sy allerbeste Muß zu den Dingen habend.

Man soll auch zu den Wallisseren, die, als man hört, ungschickt sind, mit Ernst schryben, sie ermanen, bym Rechten zbliben zc, und daby die genannten Hoptlüt Glyß ankeren, ob man Zwytracht under inen mas

*) Pfarrer Dörsli auf Burg bey Stein (17. Juli 1524.) Die folgenden Worte deuten auf den bekannten Zttingerhandel.

**) beynabe.

***) Ober: alle.

chen könnte; denn sy würdind suß gheins Wegs still
sigen.

Zu den Graupündten mit Ernst und aller Geschick-
lichkeit werben, in Wps und Maas Lpb und Gut zu
inen ze setzen, wie zu S. Gallen. Anzeigen! die Ge-
legenheit, so inen von uns dienet, deßglichen alle
Erw; und, wie in allen Eschriften, über Trång
vonn *) Eydgnoffen erzählen. Darum gut wirt sin, das
die gemein Eschrift vor allen Dingen ordenlich gsetzt
und getruet werd; so schickt man sy zu Allen, zu des
nen man werben wirt durch Eschrift oder Botschaft.
Man sol auch an den Pündten nit für gut haben, das
sy nun still wellind sigen; denn, ob sie nit Bystand tun,
würdind sy von inen selbst still sigen, also auch die von
Bern und Ander **); demnach möchtind wir die V Ort
auch mit Lüten und Breitschaft ring überlangen.

Man sol auch mit den Pündten das in Gheim an-
zettlen, das, so verrund sy mit uns dran sin werdind,
alles Sarganserland und was zwüschen uns ist, auch
nit wider uns sin wurde, deßhalb wir einandren allweg
mit Lüt und Eschüz erreichen möchtind. Und demnach
sy anweysen, das sy Practict mit denen im Etschland,
Yntal und Enrol machtind, die auch bedrengt werdend,
und demnach hynyn vallind, an gwüssen Orten, die
wol angezeigt werdend, und allem Etschland von Stund
an Fryheit und ein eigen Regiment verheissen on alle
der Pünden und unser Beschwerd, usgenommen ein
zimlich jürlich Täll, damit man inen Hilf tun mög, die

*) Zusammengezogen auß „von den.“

**) D. h. wir müssen unsere Forderungen so hoch als möglich
stellen; desto eher werden wir die Graubündner u. s. f. we-
nigstens dazu bringen, das sie neutral bleiben.

inen kein Beschwerd sye, auch früntlich Pündtnussen mit inen zu machen, das man sy nimmer me verlassen well ic. Wirt Alles durch gschickt Lüt wol fürbracht; dann die genannten Land des Kellers Kasten sind imm Lüttschland, und sind aber sin ganz und gar verdrüßig. Der glichen sol man auch sampt den Pündten dem Keler beyde, das Allgöw und Wallgöw, anfechten, damit man sy entweder zu uns bring oder aber sy hinderstellig mach, das sy nit wider uns zehind. Item den Pündten anzeigen, das sy auch von Stund an die Güeter der Goghüseren zu iren Händen nemind, wie auch ipne Herren geton habind mit zimmllicher Bescheidenheit.

Sölche Practick sol man auch mit denen von S. Gallen verlassen, das sy von Stund an wann die Sach anhebe, das Kloster zu S. Gallen ynnehmind, Abt, Münch, Hab und Alles, das da ist, und mit denen von Abzell (so verr und sy sust nit recht sich halten wöltsind) verschaffind, das besunder Lüt inen zulaußfind und auch Roschach ynnehmind. Darzu werdend die Goghüslüt und Doggenburger auch redlich helfen, das ze Wyl auch nüz gespart wirt.

Auch sol man die Graffschaft Doggenburg anfechten, sölicher Meinung, das ir und Gottes Wort angefochten werdind, glich wie auch sy. Man tüege auch üch wider Recht, als man inen auch tröwe. Nun wüßind ir wol, was Landrechts sy mit Schwyz und Glaris habind; das wellind ir gern gegen inen mit ein Burgrecht ersezen, doch nur an dero von Schwyz Statt, so verr die Glarner gschickt sin wellend. Dann das ist Not, das man, nach dem sich die Ort entschlossen habend, allweg denen Orten, die nit wider uns sind, nüz nachteiligs an gemeinen Untertanen handle, und, ob Gott den Sig gäbe, das man etliche Herrschaften

gleich allein haben möchte, man muß daß minder den hilflichen Orten oder den stillstehenden nüz nachtheiligs handlete. Und darum embietend ouch gegen Doggenburg an dero von Schtopf Stadt u. s. f.: Hilf um Hilf. Wo aber das ye nit sin möchte, daß sy doch wider Gottes Wort nienen tun noch wider die sich Rechts entbüetend, stehen wellind.

Dem Turgöw, Goghuslütten von S. Gallen, dem Ryntal und Sarganserland auch allen Drang anzeiggen und sy demnach alle by iren Eynden ermanen zum Bystand; dann ir rechtlos ligind, obgleich der widerspänigen Orten me sye zc. Und inen dabey öffentlich verheissen, daß ir inen, wo Gott das Glück geb, solche Eybrung tun wellind, daß sy selb ein gut Benüegen dars an werdind haben, es sye mit der Herrschafft oder Gogshüseren, als vil ir immer me vermögind. Und so verr das Turgöw sich yenen übel anlassen wölt, sehe man uf, daß man still und bhend Frowensfeld ynneme — wirt gut ze tun sin, — und demnach die Turgöwer all harsvellig machen; damit ist es denn beschehen um die Gogshuslüt und Ryntal.

Wesen, Gastal und Ugnach fechte man an wie Doggenburg, daß sy Gott und dem Rechten bystandind, wellind ir sy mit denen von Glaris vil früntlicher halten, denn die von Schtopf; wo aber das gheins Wegs syn wölte, daß sy doch still sägind und dwoedrem Teil zugugind. Wurd, ob Gott wil, bald darzu kumen, daß sy von denen uß Grüeningerampt yngenomen wurdind zc.

Die in der March, Einsidlen und Höfen auch anfechten, Gott und dem Rechten by ze ston; wo aber nit, daß sy doch still ston wöltend. So nun die March und Höf vorus sich Uebervals und Brands nit erwerben mögend, und sich aber gegen iren Herren nit dörfind spes

ren, müste man Rundschaft machen, und etwan zu unversehens Zyt mit Schiffen und Geschütz (nachdem und die Sach angehebt war) sy überfallen und einweder pnnemen oder aber mit Angriff inen Glimpf machen, das sy sich gegen Schwyz speren köndind.

Rapperschwyl glychermys anfechten, doch mit den von Glaris gemein ze haben. Wo sy aber nit gschickt sin wöllind, mögend sy sich in d'Lenge vor Ueberval nit erwerben. Es ist aber daby on Underlas ze gaumen mit Schiffen und ringem Geschütz, das sich ghein Zug ze Rapperschwyl samlen mög. Ist gut ze tun; wenn die Hoptlüt Rundschaft habend, mag sich ghein Risikung verbergen; man wirt ir innen so zytlich, das man die Brugg oder Ueberfart wol erwert. Wenn auch Rapperschwyl gheinen Zug hatt, ist es ringer ze gwünnen, weder man wennet. Müest also zugon, das man einer Nacht, da der Mon erst nach Mieternacht ufstat, by der Dünkle an zweyen Orten mit dem Geschütz und Lütten landte, ein Huff bym kleinen Lörle under Rütehus, der ander am Rein der Statt, der gegen der Ziegelhütten sicht. Daby die von Grünenigen oben inhar mit Lentren und ringem Geschütz richten, das man zu Einer Zyt an III Orten stürmte. Doch die Grüniger nit ze nechst bym obren Tor, sunder bas obhin, da die Mur und Grab am ichwechsten sind, iren Angriff tätind, also ein Stund vor Tag, da man denocht Mouschyn hette, bis der Tag harbräch. Die am See müeste man zu den Schiffen und Lentren bruchen, die man vom See har anleite, und zu denselben beden Stürmen, ic. Denn also wurdind sy *) an dry besundre Ort lauffen müssen, da sy einandren nit hören noch zusprechen köns

*) Die Besatzung.

sind. An jetlich Ort V oder VIc. *) Mann. Das auch die bym kleinen Törlin und die von Grünenigen zum ersten anhöbend stürmen und sich yene **) still hieltend, bis man sich an die zwey Ort verlüffe; oder ein andren Weg abwechselte, das ein Zug hielte, bis das an andren Orten in Allem Schimpf wär, und demnach auch stürmte, zc. Ist nur ein Muster. Der glichen möcht man auch mit der Zyt mit Baden und Brämgarten Anschlag tun.

Die zwo Herschaften Baden und Ergöw glycherwys manen, uns by ze ston, als denen, die Gewalt lybend; wo aber das nit sin möcht, wellind ir, angesehen, das sy verbrennt müstind werden, ein Benüegen haben, wenn sy still sizind, doch mit solchem Gding, verne mind ir, das sy nüz deß minder mit unseren Widersächeren ziehind, wellind ir zu siner Zyt ungestraft nit lassen, ob Gott wil zc.

In die Welschen Bogtynen glycherwys alle Ding schryben Latin und Welsch; auch dabyn mit dem Herzogen in Meyland Rundschaft machen, wo sich die Walschen auch wider uns wöltind führen lassen, das er inen ein Blast mach, das sy daheimen blyhind.

Mit frömden Stetten also handeln. Jez vor allen Dingen denen von Straasburg ir Fendle widrum heym schicken mit christenlichem Erbieten. Demnach sy um Hilf und Raadt anruoffen: es sye die Sach allen Menschen, die Einen Glauben habind, gmein; so verr euer und uns Gott errette, sye inen auch geholffen; so verr wir aber undergetruckt, wären sy auch underhin.

Mit Costenß besundren Verstand machen, auch mit

*) 5 oder 600.

**) Die am Rain landen sollten.

Lindow, so verr es inen gelegen. Doch Costenß das in gheim uftun: wellind sy sich Anfangs der Sach in glychen Val mit ouch stellen, wellind ir sy auch am Lutzgöw lassen teilhaftt werden, wo Gott das Glück geb. Doch den Lurgöwren an iewrem Zusagen, auch den fridlichen Orten on Schaden.

Es ist auch hie ze betrachten, ob man auch die Abtzeller solcher Maasß mit dem Lurgöw, Boghusluten, Ryntal zc. ansacht uns by ze ston, also das man inen in den Dingen auch Teil verhieß zc.

Es sollend auch die Hopflüt großen Floyß ankeren, ob sy dem Keiser neuen Statt, Land ald Lüt möchtind abwenden uff unser Syten, vorus ob man Rinselden zu denen von Basel gewenden möcht zc.

Keiserstul und Dießenhofen by Vrrbrennen und Verderben, (so verr sy es güetlich nit tun wöllind) tröwen, das sy nieman durch ire Fürt lassind.

Es ist auch das ze bedenken, ob man ein besondre Eschrifft an alle Stett, die dem Evangelio glosend, sende, und sich entbiete zu denselben ze pflichten zc.

Von Anschlegen.

Es ist nit allweg gut, dem Fygend uff sin Land zbald gleben. Es ist auch nit allweg gut syn uff dynem Boden ze warten. Darum müessend die Hopflüt us Ansehen der Gelegenheit Anschleg tun.

Ein Anschlag: Zugind die IV Waldstett für Zugbar, müeste man ein Läger ennert dem Albis mit Schanzen und Bewarnus schlohen oder hier diset vorlber Statt und daselbend V tusend Man zc., noch tusend in d'Statt zu Bewarnus, und allweg die Widerspänigen des Gogworts vast hinustwysen. Und demnach III tusend on gevar hinuff ziehen an diser Syten und ynnemmen us,

nach, Gastal, March und was man möchte. Oder gegen inen *) nur das Fendle mit wolmögenden Knechten schicken und ringem Geschütz, die sy nun uff den Abens den rupftind mit dem Geschütz; denn sy sind am Geschütz übel erhaset. Und das wurd nit über II oder III Tag wären, denn diemyl hettind, die inen uff iren Boden zugind, so vil Rauchs gmachet, das sy heimmert sechsten wurdind. — Zugind sy dann für Baden har, täte man, wie vor, mit dem Gegenzug. Aber die III tusend schickte man schnell für Horgen über die Schindellege und Altenmatt gen Schwyz, gen Kilchgaß, da bhend in der Kilchen, was von Silber und Gold war rummen, der glichen in den Huseren, und gfangen hinführen Wyb und Kind der Gwaltigen, und sich bhend widrum keren Horgen zu, da diemyl die Schiff mit einer Hut bewaret wärind, als ring mit Geschütz ze tun ist. Und sich Brennens halb allweg halten, wie sie sich gegen uns hieltind. Wenn sy uns vor gebrennt hettind, dörste man ze Kilchgaß ze Schwyz nit me denn das Radthus wol anzünden, müeste das ganz Dorf brännen. — Zugind sy aber für Rapperschwyl, mit den Gegenzug, wie vor, und die III tusend den nechsten gen Zug mit ringem Geschütz zc. wie vor ist angezeigt. Und inen mit Schiffen uff dem See die Brugg eintwederß mit Abbrennen oder aber Geschütz vorhalten und verhindern, bis die III tusend wider heim komen möchten.

Ein anderer Radtschlag: Wo aber die IV Waldstett sampt irem Bystand sich dartzätind, als ob sie in das Turgöw ziehen wöltind, der Hoffnung, als ob ir inen nüz weren wurdind, soll man inen herus sagen den Turgöwern: wenn sie sich Rechts entbletind und auch

*) Gegen die IV Waldstätte.

halten wellind und demnach zu minen Herren Lych, Eer und Gut setzen, wellind ir zu inen auch tun. Remend sy das nit an (Als in kurzer Zyt), so wüßend sy schon, das es über uns und nit über sy gon wirt; dñm so ist Zyt, das man Fromensfeld von Stund an ynne. Remends die Turgöwer also an, so neme man Fromensfeld nüz deß minder yn zu guter Gwarsame, und entbiete den Eydgnossen, das ir die Turgöwer nit wellind lassen überziehen, so sy sich Rechts entbietetind. Und rüste man sich denn mit den Turgöweren, ob es gut wil sin, inen mit Ein Gwalt engegen ze ziehen.

In allen Dingen sehe man eigentlich, uf das man die Euginen, mit denen sy in iren Landen die Sach werdend dargeben, warlich und mit dem offnen Truch verantwurte: man tringts allweg etlichen Weg in die Ort. Damit werdend die Frommen underrichtet und Zwytracht under inen selbs.

Wenn sy unsere Lüt von uns teilen unterstond, mit Verheißung, sy wellinds zu Orten machen, entbiete man sich glychertwys gegen iren Lüten, und so vil me, ghelf üch Gott zum Sig, so wellend ir inen die Pensidner und die, von denen wir sölich habend, helfen straffen. Und ermanend dabey über Lüt, das sy yndenc wellind sin der früntlichen Herschafft und Obergheit, so ir ges gen inen gebrucht, und das der Waldstetten Gheiß inen spaat ghalten wurd, so sy an uns versiglet Brieff und Bünd nit haltend, die ir so vil Jaren mit unsaglichem Kosten und Lychs und Lebens Gevar trülich gehalten habind. Aber nüz deß minder, söllind sy sich einfältiglich trülich an üch halten, wellind ir zu End der Sach nach irer Trüwe ungezwyselt widergelten an Frnheiten und allen vermöglichen gebürlichen Dingen. Und so bald man irer Practicken in unser Statt und Gebiet innen

wirt gegen den unferen, lasse man offne Verheißungen under alle ire Untertönen gon, und mache man nüz deß weniger Practick heimlich auch.

Von Listen die ein Hoptmann an imm haben soll.

Das sind gemein List, das man nit wider den Wind, nit wider die Sonnen, nit wider den Berg angriffe, sonder die Züg wende, das solche Vortell uns dienind.

Das man nit gegen der Nacht angriff, wenn ein Zug stark genug ist und unverzagt; es wurde denn häller Monschyn, der zu Mitternacht hin schine. Wo man aber nur rupfen wil, ist allersichrest gegen der Nacht.

Das man allweg der Büchsen Vorteils nit vergesse, als so es regnet und schneyt zc.

Das man die großen Büchsen mit zweyerley Steinen versehe, mit Einem Stein und mit glycher Burde kleiner Steinen oder ysinen und stählinen Stücklinen zu eim Hagelgeschüz. Alles heimlich.

Das wirt auch Not sin, das man die Trummeter erst *) so man usziehen wil, lere, das sy sich also haltind, einer allweg by dem Hoptman sye und derselb blase, wie im der Hoptman hieße, und die andren all hin und wider im Züg auch also blasind, und zwen eigentlich Unterscheid gelert werdind, die man auch demnach allem Züg ze verston gab. Also wenn man ut, mi, sol blase, das ist, das die Stimm der Trummeten usgend sye, so heiße dasselb usblasen; das man denn eintweders fürsich ziehen soll oder aber den Fygend angriffen, ob er vorhanden ist, und, so es im Schlaschen ist, all die wil man usbläst, nieman nachlasse.

*) Vorrerst.

Die ander Stimm heißt fa, ut, fa ut ut ut, da die Stimm der Trummeten abgend ist. Wenn man also bläst, sol man sich zum Fendle füegen und still halten bis auf Vscheld, und ob es in miß im Schlafen wär und man also bliese, sol man mit gewerter Hand hinder sich zu und mit dem Fendle ziehen: das ist darzu gut, wenn die ringen Knecht sich etwann verschossen oder man dem Fyngend nachghengt hätte, das der Zug teilt wär, und aber denn ein andrer Zug der Fyngenden nebend einhar die zerteilten umbringen understüende. Darum nun die Trummeter besser sind als die Trummenschlaher, sy mögend uff den Rossen bald hin und wider sin, und werdend bald gehört, da Trummen nit könnend Zeichen geben ab ze ziehen, und nun unghörig machend, man wölle sy denn zu etwas Vortell by Nacht auch heißen Trummen schlahen.

Das man vor Tag oder bym Monschyn mit wyßen Hemden (es sye denn, das einr den Urß dran gwünscht heig) angriffe, ist nit schlechtlich ze tun, sunder auch dabyn die Kry *) haben, und empfehlen, das gheiner so notlich für sich far, das er nit für und für hinter sich seh, ob die Gründ binden an im sygend, das suß im Schlafen nit so not ist. Bym Tag sicht man verr, aber by der Nacht, sobald man nit hert an einandren hangt, laufft ein Teil hie ushin, der ander dört ushin.

Das man aber söchs nit von Fyngenden erwarten müeß, sol man die Wachten styff halten, auch die Scharwachten **) nit underlassen; dann wo man nit wol wacht, empfach man Schaden. Es ist auch ein Zeichen eintweders großer Vorcht oder aber großer Liederliche,

*) Das Geldgeschrey.

**) Patrouillen, Ronden.

die bede nütz söllend und Ursach zum Nachteil bringend, wo man nit ernstlich wacht. Die Wachten müessend etwan sit bis an der Fygenden Läger binzu; etwan auch der ganz Zug wachen und in Ordnung ston. Dann der Sorg hatt und nit on gewüssen Radt im Schach züht, der gwündt das Spil. Sorg und Radt gwündt den Sig.

Das man Haltne *) gegen einandren stoße und einandren löcke, wie zu Hay beschach, Josue 8. das hatt allermestt Statt, wenn man des Fygends erst **) inen wirt, der des Lands noch nit bericht ist, oder so der Fygend stolz ist und dich veracht. Wo man aber einandren fürcht oder des Lands wol kund ist, sol man nit lieberlich Halten oder Uffsäß stoßen; dann man verächt sich iren, und fert man sich etwan dieselben usgemachen, das man inen nit z'Hilf komen mag. Das aber die Uffsäß und Halten Statt mögend haben, kund sy oft me denn der Heerzug. Darum der Hoptman die komlich bruchen sol.

Das man styff halte, das nieman usziehe, raube, plündre, eh und der Fygend vollkommenlich nidergelegt syn. Da mus man aber denn obhalten, das die Püsten nit veruntrüwet werdind.

Das man die Scharmütz nit nachlaß, denn da der Hoptman sicht, das syne Knecht Vorteil habend und so geschickt sind, das sy den nit übergebend. Denn Scharmütz gebend und nemend oft vil Hergens den jungen Knechten. Vorus sol vergaunt werden, das ***) die rechten guten Wapner nienen an Scharmütz lasse.

*) Hinterhalte.

**) Zum ersten Mahl.

***) Adde: man.

Als *) die guten Schützen, gute, streckig und mann-
hafte Angryffer und Fortretter sol man nit so leichtlich
verbruchen. Wo man sy **) ye nachlassen wil, sol Abs-
schützen nachgelassen werden.

Wie ein Hoptman sin soll.

Vor allen Dingen sol er gotsvöchtig sin; dann
sidmal die höchsten Eeren in diser Welt die Sig wer-
dend geachtet, wurd ein ungotsvöchtig Man mit Sches-
den dero, die im empfeelt sind, zu der Eer tringen.

Er sol nit eigennützig sin; dann wo imm anderst,
wurd er nütz tun, das nit zu sinem Nuß diene, ob
es glych gemeinem Regiment das allerbest wär, auch
gegen den Ueberwundnen und Untertanen der Gemeind
des Regiments Schand ynlegen, die Lüt übel halten,
die Rycken verderben, die Armen vertringen und gar
ze nüt machen.

Truwen by den Knechten ist der höchst Schatz, den
er haben mag. Das er aber den überköm und bhalte,
werdend zwen Ding helfen. Eins das er so getrülich
an inen fare, das er in gheiner Untrüw nienen erfuns-
den noch ergriffend ward. Das er dem gemeinen Nuß
diene, Fröid hab, wenn sy etwas überkömind, inen
dasselb mit Fröiden und gutem Willen lasse, sy nit
schönd, aber ouch in Ghorsame bhalte, sich, als iren
einer ist, scheße zc., wie der groß Alexander tätt, der
ein alten Knecht, den übel fror, an sin Statt ließ zum
Thür sitzen. Das ander ist, das er ein dapfren christ-
lichen Predicanten hab, der in biblischen Historien und
Römischen auch andren heidnischen wol bericht sye; denn

*) Alle.

**) Die Scharmüßel.

es bedarff vil Redlichkeit eerlich Kriegen, und Tugenden, die der Hoptman nit selbs lert. Der Predicant sol streng Ghorsame Gottes und dem Hoptman leren, das sy nitz tüegind, darumm sy erstochen Consciencen tragen müessind; dann wo die sind, da sind nit mannsliche Herzen. Er sol Mannliche daby leren, und Versachtung diser Welt, umb Gottes Willen und der Gerechtigkeit, und unsere Sach vil äfren, das wir um Gottes Wortes willen, und das wir nit in die schwäre Vereining ggangen sind, angefochten werdend ic. Es mag auch den gemeinen Mann nieman bas in allen Dingen berichten, weder der Predicant. Item das er sy lere: obgloch die Ersten umfemind ann Tugenden, darob nit erschrecken, dann die allweg sighaft werdind, die do harrend. Item anzeigen, das die Sig nit on Schaden erlangt werdend. Item das die Jungen nit ab dem Braklen der Waaffen erschreckind, und das man sich mit Essen und Trinken zimlich halt, dann man ghein Stund sicher ist, was ufstand ic. Alles mit Gottes Wort und lieblichen Historien.

Er (der Hoptman) sol ein unverzagt Herz haben und wol mögen schwingen. Metellus Numidicus gab eim ze Antwort, der im fragt, warum er sinen Radschlag so still hielte: ja wenn er meinte, das sin Hemd wüßte, was er vor ihm hette, wölte ers abziehen und verbrennen. So aber by unserem Hoptman Legaten, als auch by den Römeren sind, söllend die nuß mins der gschwigen sin denn der Hoptman.

Er sol wol abzogen sin für gesiget haben, wo man nit hett mögen überwinden.

Er sol sin Augen ab Berg, Feld, Thal, Waffren, Gräbnen nimmer abwenden, herzt betrachtende, wie Pyrrhus tätt: „Wenn du den Tugend da müestst ans

gryffen, wie wöltest schicken, das du den Vortail bestist?" Er sol allweg die Glegenheit, Gräbnen, Wasser, Berg, Thal ꝛc. eigentlich wüssen, die Furten, Bruggen ꝛc. das er Als durch die Rüter, die Berg und Thal wüssend, erlernen mag.

Er sol gedenken, das der gröst Luff zum Sig ist Vbendigkeit; die sol er nienen underlassen, by Jyt alle Ding frutig tun, sümigen Radtgeben die Ding empfehlen, die Zeit mögend haben, sust sich vast frutiger, wackerer Radtgeben nieten.

Er sol den Züg nimmer lassen müeßig erfulen und denocht zimmliche Rut wol als geflissen schaffen.

Er sol den Monschyn alle Recht wüssen, wenn und wie lang er sin werde, und den Werteil der Radtschleggen darnach richten, und daby Vffsehn haben, ob die Sygend das auch tüegind. Dann bym Monschyn mag man vil Radtschleg uff Van bringen, wenn man den wol weißt.

Item alle Ding betrachten, wie sy zum ringsten möchtind z'Wegen bracht werden; on Underlaß Vortail und Vffsaß betrachten.

Item alle Zwontracht vergaumen, und wo etlich Part nit ze stillen wär, heimschicken.

Item allweg vffsehen, wie man den Angriff tun solle, mit ganzer Ordnung und Truck, oder mit gezeltem Züg. Wo Vschuß ze fürchen ist, soll man gezett angrysen; aber da ist gute Sorg zu haben, das das Zütter ein andren nachgang, muß des Hoptmans Flynß und Sorg ob halten, das nieman hinderstellig werd. Dann der Ersten mag wenig angrysen etwan an eim Ort, das man demnach zu schlachen gericht das Vschuß nümnen bruchen kan. Es ist auch Not, das man in Abzügen das ordne, das man nit eins Huffsens, sunder gezett

abjüch. Beschicht Alles mit dem ringen Handbaggen, und Bocklegschuß.

Item den gemeinen Knecht lernen kennen, daß er imm ansehe, wenn er mannlich und gewuß oder zag und und unfrutig sye.

Dise groben und ruchgewercheten Anschleg hab ich hlands zemen geschryben um etlicher Frännen und Unredlichen willen, die über alle Zimmlichkeit und Pündt einer frommen Statt Zürich Krieg tröwend Bin doch ungezwynfelter Hoffnung, der allmechtig Gott werde das fromm Volck in der Eidgnoschaft etlicher Untrüwen nit lassen entgelten, daß er uns also lasse über einandren gericht werden. Noch hat ein jeder sin Sorg und Gloyß, und so es je gelten müeß, ist gut, man habe sich vorhin wol underredt und bedacht; denn Vhendigkeit der Sinnen und Radtschlegen dringt an gheimem Ort me weder in Kriegen. Will hiemit Gott von Herzen gebeten haben, er welle sin Statt einen andren Weg, weder jez angezeigt, bhüeten, und das fromm gemein Volck in eine Eidgnoschaft im Frieden mit einandren wonen lassen. Amen.

XXV.

Schultheiß und Rath zu Bern an den geheimen
Rath zu Basel.

24. Febr. 1551.

Zürcherisches Staatsarchiv CCCCXXI. 3. *)

An die Heimlicher zu Straßburg.

Unser früntlich 2c. Demnach unser Rathspott, so vff jüngstgehaltne[m] Bürgerstag zu Basel gewesen, auß heimisch worden, vnd vns, was da gehandelt, anzeigt, darby wir ouch vs dem Abscheid vernommen, wie Ehrsürsten 2c. von Saren sich vff dem Tag zu Schmalkalden merken lassen: So nun über vnd unser christenlich Mitbürger von Zürich und Basel, ouch wir vns der Bekanntnus, so Ir von wegen des Sacraments Kayf. May. vff dem Reichstag zu Augspurg fürgetragen, verglychen wöltend, söltend wir in den christlichen verstand genommen wården 2c. Zu dem die Besandtnus berichtswyß durch Martinum Luther darüber gehen, verlåsen, haben wir etwas befördmbdens darab empfangen, nit das wir den Artikel vnd Luthers verstand verwerffind oder unchristenlich haltind, sondern darumb das derselbig etwas dünkler, dann aber vff unser Disputation, darby über Predicanten ouch gewesen, darvon geredt, gedisputiert, vnd erhalten, vnd bißhar vnd noch fürer (ob Gott wil) gehalten vnd gepredigt ist worden: Söltten wir nun von heiterer Besandtnus stan und den verdunkelten verstand annehmen,

*) Bergl. Müller VII. 321.

was ärgernuß, nit allein vnsern Kylichen, so noch zart, einfaltig vnd nüm, sonders menlichem daruß volgen wurd, ja ouch ettwas abfalls zu besorgen, habt Ir, als die wysen, lychtlich zu ermessen, vnverbelt ander vrsachen, die wir von fürze wegen fallen lassen, deßhalb vns dheins wegs gepüren will, die Befandnus also anzunehmen, sonders wiewol Ir vnd iwer Presdicanten bester meynung vnd zu fürderung der Eer Gottes söllichs fürgetragen vnd ick gefallen lassen, gang abgeschlagen. Ob aber den Fürsten vnd Stetten, so Christum bekennend vnd verjächend, gmeint vnd glägen wil syn, einen christenlichen verstand mit vns zu machen, lut gestelter Notel, damit Sy vnd wir by der warheit vnd göttlichem wort belyben mögind, wöllend wir gern losen, vnd darinne handlen nach vnserm er bieten, durch vnsern Botten nächst zu Basel eröffnet, so vern der artikel obbemelt, berürend das Sacrament, vnderlassen werde, und wir deßhalb vnersucht belybend, dann vns nit bedünken wil, das es vonnöthen, sonders gang vnfruchtbar syn, das der Dingen in söllichen vereinnungen meldung beschähe, sonders dero gang geschwigen, vnd einem jeden vnverbunden zugelassen, zu glouben das er getrüwet, mit H. Eschrifft zu erhalten. Darby werdend wir mit Hilf und Gnad Gottes vnverruft beslyben, vnd den walten lassen, von deßwegen wir vns in alle gefar gelassen vnd begäben haben. Harumb an ick vnser brüderlich vermanen, höchste Bitt, und trun genlich Begär, Ir vns söllichs nit zu argem messen, noch uffnemen wöllind, vnd vns an Orten, da es sich gebürt, für entschuldiget haben, wiewol von großen nödten, das dieser Handel in großer geheimnus belybe, da durch denen, so dem Gottswort anhängig, kein vnwill, vnd den Widerwärtigen kein Froüd dahar zustande ic. Der

allmächtig wöll vns allen sin gnad verlyhen, das wir by sinem wort belyhend, vnd von menschlichen gewalts wegen vns weder darzu noch darvon wyssen noch trennen lassend.

Datum 24. Februarii 1531.

Schultheiß vnd Rath
zu Bern.

XXVI.

Der Rath zu Basel an denjenigen zu Zürich.

15. März 1531.

Zürcherisches Staatsarchiv CCCCXXI. 3. *)

An Burgermeister vnd Rath der Statt Zürich.

Unser früntlich willig Dienst, vnd was wir Eeren, liebs und guets vermögen allzeit bereit zuvor. Fromm, Fürsichtig, Ersam, wyß, insonders guten Freündt, getrüwen lieben Endtgnossen, vnd christenlich Mitbürger. Demnach wir unsere Botten, so vff nechsten Burgertag by eüch gewesen, zusampt den Antworten, die Ir, auch umer vnd vnser lieb Endtgnossen und christenlich Mitbürger von Bern, umer vnd vnsern fürgeliebten Freünden vnd christenlichen Mitbürgern von Straßburg, vons wegen irer Befantnus des Sacraments, uff jüngstes

*) Veranlassung zu diesem Schreiben gab die Abneigung Zürichs, dem Schmalkaldischen Bündniß beizutreten, insofern dasselbe auf das Fundament der von Buzer vorgeschlagenen Formel zu Ausöhnung der theologischen Parteyen begründet werden sollte. Vergl. darüber Müller VII. ff.

haltenem Reichstag zu Augspurg der Röm. Kayf. Maj. überantwortet zu geben vermeint, allen inhalts verstanden, auch daruff üwere versigelten antwurten, sampt üweren begeren, die zu dem fürderlichsten vnsern Mitsburgern von Straßburg zuzuschicken, empfangen; haben wir, vnangesehen, daß wir ūch, vnsern liebsten Freundsden, allezeit dienstlichs gefallen zu betrieffen, geneigt, üwere antworten noch nit fürgeschickt, sonder der ursach hinderhalten, daß sich üwere antworten dahin strecken vnd dermaßen ansehen lant, als ob wir vnd Straßburg (die doch biszar, vnd ob Gott will, noch) in diesem Artikel eines gloubens gsyn, iez gespalten vnd zwenigig; was ergernuß, last, nachteil vnd geuerden, vns vnd allen Liebhabern göttlicher wahrheit hievon entspringen, vnd zu was freuden dise Spaltung vnsern widerwärtigen diene, können wir baß betrueren, dann mit Worten aussprechen. Nun will vns aber bedünken, getrüwen lieben Eydgnoffen vnd christenlichen Mitburger, so Ir, vnd wir disen Handel, wie der an imme selbst, mit christenlichem Herzen treuwlich erwegen, daß wir vns vnverleglich göttlicher Eren vnd der warheit, so wir hierinn am fürderlichsten bedenden, wol einer fründlichen vnd glycheren antwort vereinbaren mögen. Vnd diemyl vnser christenliche Mitbürger von Straßburg vns alhie vff jüngstem Burgertag heiter angezeigt, daß des artikels vom Sacrament in vffrichtung christenlichen verstands, mit dheimem wort schriftlich gedacht, darzu hat es vnser verstands gar nit die meynung, daß wir vns in die Straßburger Bekantnus verpflichten sollen, sonder diemell wir, durch vnser widerwertigen, by den auslendigen, als ob wir in des Heren Nachtmal nügig anders, dann bloß wynn vnd Brodt hätten, und den Lñb Christi, so für vns gestorben,

XXV.

Schultheiß und Rath zu Bern an den geheimen
Rath zu Basel.

24. Febr. 1551.

Zürcherisches Staatsarchiv CCCCXXI. 3. *)

An die Heimlicher zu Straßburg.

Unser früntlich 2c. Demnach vnser Rathspott, so vff jüngstgehaltne[m] Bürgerstag zu Basel gewesen, anheimisch worden, vnd vns, was da gehandelt, anzeigt, darby wir ouch vs dem Abscheid vernommen, wie Ehrsürsten 2c. von Saxon sich vff dem Tag zu Schmalkalden merken lassen: So nun über vnd vnser christenlich Mitbürger von Zürich und Basel, ouch wir vns der Bekanntnus, so Ir von wegen des Sacraments Kayf. May. vff dem Reichstag zu Augspurg fürgetragen, verglychen wöltend, söltend wir in den christlichen verstand genommen wården 2c. Zu dem die Besandt nus berichtwyß durch Martinum Luther darüber gehen, verlåsen, haben wir etwas befördmbdens darab empfangen, nit das wir den Artikel vnd Luthers verstand verwerffind oder unchristenlich haltind, sondern darumb das derselbig etwas dünkler, dann aber vff vnser Disputation, darby über Predicanten ouch gewesen, darvon geredt, gedisputiert, vnd erhalten, end bißbar vnd noch fürer (ob Gott wil) gehalten vnd gepredigt ist worden: Söltent wir nun von heiterer Besandt nus stan und den verdunkelten verstand annehmen,

*) Bergl. Müller VII. 321.

was ärgeruß, nit allein vnsern Rylchen, so noch zart, einfaltig vnd nüt, sonderß menflichem daruß volgen wurd, ja. ouch ettwas abfalls zu besorgen, habt Ir, als die wysen, lychtelich zu ermessen, vnverbelt ander vrsachen, die wir von fürge wegen fallen lassen, deßhalb vns dheins wegs gepüren will, die Befandtnus also anzunehmen, sonderß wiewol Ir vnd üwer Presdicanten bester meynung vnd zu fürderung der Eer Gottes söllichs fürgetragen vnd ick gefallen lassen, gang abgeschlagen. Ob aber den Fürsten vnd Stetten, so Christum bekennend vnd verjächend, gmeint vnd glägen wil syn, einen christenlichen verstand mit vns zu machen, lut gestelter Notel, damit Sy vnd wir by der warheit vnd göttlichem wort belyben mögind, wöllend wir gern losen, vnd darinne handlen nach vnserm er bieten, durch vnsern Botten nächst zu Basel eröffnet, so vern der artikel obbemelt, berürend das Sacrament, vnderlassen werde, und wir deßhalb vnersucht belybend, dann vns nit bedünken wil, daß es vonnöthen, sonderß gang vnfruchtbar syn, daß der Dingen in söllichen vereynungen meldung beschäcke, sonderß dero gang geschwigen, vnd einem jeden vnverbunden zugelassen, zu glouben das er getrüwet, mit H. Eschrifft zu erhalten. Darby werdend wir mit Hilf und Gnab Gottes vnverrukt beslyben, vnd den walten lassen, von deßwegen wir vns in alle gefar gelassen vnd begäben haben. Harumb an ick vnser brüderlich vermanen, höchste Bitt, und trunzgenlich Begär, Ir vns söllichs nit zu argem messen, noch uffnemen wöllind, vnd vns an Orten, da es sich gebürt, für entschuldiget haben, wiewol von großen nödten, daß dieser Handel in großer geheimnus belybe, da durch denen, so dem Gottswort anhängig, kein vnwill, vnd den Widerwärtigen kein Froüd dahar zustande ic. Der

allmächtig wöll vns allen sin gnad verlyhen, das wir by sinem wort helybend, vnd von menschlichen gewalts wegen vns weder dargu noch darvon wysen noch trennen lassend.

Datum 24. Februarii 1531.

Schultheiß vnd Rath
zu Bern.

XXVI.

Der Rath zu Basel an denjenigen zu Zürich.

15. März 1531.

Zürcherisches Staatsarchiv CCCCXXI. 3. *)

An Burgermeister vnd Rath der Stadt Zürich.

Unser früntlich willig Dienst, vnd was wir Eeren, liebs und guets vermögen allzeit bereit zuvor. Fromm, Fürsichtig, Ersam, wyß, insonders guten Freündt, getrüwen lieben Endtgnossen, vnd christenlich Mitbürger. Demnach wir unsere Botten, so vff nechsten Burgertag by eüch gewesen, zusampt den Antworten, die Ir, ouch üwer vnd vnser lieb Endgnossen und christenlich Mitbürger von Bern, üwern vnd vnsern fürgeliebten Freündten vnd christenlichen Mitbürgern von Straßburg, vons wegen irer Bekantnus des Sacraments, uff jüngstes

*) Veranlassung zu diesem Schreiben gab die Abneigung Zürichs, dem Schmalkaldischen Bündniß beizutreten, insofern dasselbe auf das Fundament der von Buzer vorgeschlagenen Formel zu Ausöhnung der theologischen Parteyen begründet werden sollte. Vergl. darüber Müller VII. ff.

haltenem Reichstag zu Augspurg der Röm. Kayf. Maj. überantwortet zu geben vermeint, allen inhalts verstanden, auch daruff üwere versigelten antwurten, sampt üweren begeren, die zu dem fürderlichsten vnsern Mitsburgern von Straßburg zuzuschicken, empfangen; haben wir, vnangesehen, das wir ſich, vnsern liebsten Freundsden, allezeit dienstlichs gefallen zu bewisen, geneigt, üwere antworten noch nit fürgeschickt, sonder der vrsach hinderhalten, das sich üwere antworten dahin strecken vnd dermaßen ansehen lant, als ob wir vnd Straßburg (die doch bisbar, vnd ob Gott will, noch) in disem Artikel eines gloubens gsyn, iez gespalten vnd zweglig; was ergernuß, last, nachteil vnd geuerden, vns vnd allen Liebhabern göttlicher wahrheit hievon entspringen, vnd zu was freuden dise Spaltung vnsern widerwärtigen diene, können wir haß betrueren, dann mit Worten aussprechen. Nun will vns aber bedünken, getrütwen lieben Eydgnoffen vnd christenlichen Mitburger, so Ir, vnd wir disen Handel, wie der an imme selbst, mit christenlichem Herzen treüwlich erwegen, das wir vns vnderleßlich göttlicher Eren vnd der warheit, so wir hierinn am fürderlichsten bedencken, wol einer fründlicheren vnd glycheren antwort vereinbaren mögen. Vnd diemyl vnser christenliche Mitbürger von Straßburg vns alhie vff jüngstem Burgertag heiter angezeigt, das des artikels vom Sacrament in vffrichtung christenlichen verstands, mit dheinem wort schriftlich gedacht, darzu hat es vnser verstands gar nit die meinung, das wir vns in die Straßburger Befantnus verpflichten sollen, sunder dieweil wir, durch vnser widerwertigen, by den auslendigen, als ob wir in des Heren Nachtmal nützt anders, dann bloß wyn vnd Brodt hätten, und den Lvb Christi, so für vns gestorben,

nit mit gläubigen andächtigen Herzen, geistlich, zu
 einer Speiß der Seelen begerten zu empfaben, mit war-
 heit vßgossen vnd verbittert: Haben vnser Mitbur-
 ger von Straßburg begert, daß wir zu außlöschung
 sollicher verbitterung, ouch vmb willen, daß die Liebe
 vnd das vertruwen, by den christenlichen Fürsten vnd
 Stetten dester höher gegen vns zunemie, vns vernemen
 lassen, ob wir vns deren von Straßburg Bekantnus
 vnverworffen, mögen gefallen lan, vnd die nit für
 vnchristenlich halten. Diemeil nun allein das Jr be-
 gehren, vnd wir in üwern antworten, daß Jr die Bes-
 kantnus und Buzers Lütterung gleich wie wir (die sunst
 mit üch das der Lvb Christi nit natürlich, lyblich, subs-
 stantlich oder wesentlich genossen werden möge, beken-
 nend), nit verwerffend, noch vnchristenlich haltend, be-
 findend: will vns getrüwen lieben Eydnossen vnd chris-
 tenlichen Mitburger not und gut syn beduncken, daß
 wir vns vmb üffnung vnd merung göttlicher Eren sins
 Heiligen worts, vnd brüderlicher Liebe, daß alles wir
 vns am höchsten, ouch mit vergessenheit vnser Selbst
 ruhm, sollen lassen angelegen syn, einer gleichen ant-
 wort entschließen, uff ein solche oder bessere maß, daß
 wir vnserer christenlichen Mitburgern von Straßburg
 bekantnus vonwegen des Sacraments des Lvb und
 Bluts Jesu Christi, Kayf. May. uff jüngstgehaltenem
 Reichstag zu Augspurg, überantwortet, zusamt Docs-
 tor Martin Buzers erlütterung, vnuertworffen und für
 christenlich halten, vnd wo den Fürsten vnd Städten,
 die Christum bekennen, vnd verjehen, einen christlichen
 verstand lut gestellter Notel, damit sy vnd wir, by
 der warhent und göttlichem wort bliben mögen,
 mit vns zu machen, gemeynt vnd gelegen, wellen
 wir red darvon hören, vnd vns gepürlich erzeigen ꝛc.

Hiemit hätten wir, getrüben lieben Eydgnoßen, uns nützlich verpflichtet noch von Handen geben, und müßigend auch nit guter Consciens die unbegerten, unnützhigen, nützen Bekantnus und verpflichtung des glaubens, bis wir darumm wyter dann jetzt beschehen ersucht, wol underlassen, und irret uns nüt, das wir deren von Straßburg Bekantnus, wiewol die etwas dunkler, dann in Bernischer Disputation darvon geredt, begriffen, ungestraft für christenlich hallten, dann diessyl man sich deshalb der worten Christi gebrucht, und das on alle gefar, dürfen wir die dunkle nüt schühen, wir müsten sunst auch dem Papst recht geben, der mit vil andern Sprüchen in H. Schrift, auch disen, das wir durch den glauben selig werden, als dunkel verworffen hat. Es haben auch sich die gloubigen der reden, das wir durch das Blut Gottes erlöst syen, so doch die Schrift also sagt, umb der Nestorianer willen, (die ein treffenlich abschühen darvon trugen) gar nit verziehen wollen. Warum solten dann wir uns der worten Christi, ob die, den unwissenden, wie den Capernaiten, dunkel, nit gebruchen. Es haben die alten gelerten, wann sy im Handel des Sacraments geschriben, umb der vnersamen und unwissenden willen, nit underlassen, sich der Schriftlichen worten zugebruchen, wiewol sy zu besserem bericht gemeinlich hinzugesetzt: Es wüßend die berichten, was gesagt wird. Ja göttlicher befehl war und ist, der Verlin und des Heiligtums wol acht zu nemmen. Es sind aber die wort, in vilgemelter Bekantnus dannocht also luter, das auch die Kayf. May. 2c. deßglichen die Lutterischen Herren und Städt solche von iren meinungen wol underscheiden, und darby abnehmen können, das diese bekantnus, als die allein vom geistlichen essen soll und muß vers

standen werden, mit irem natürlichen, lyblichen, Substanzlichen oder wesentlichen Lvb, den sy zu essen begehren, gar kein gemeinschaft hat, darum sich ouch weder Bapstler noch Lutersche diser Confession unterschreiben; das aber in gehaltner Disputation zu Bern etwas klarer in disem Handel geredt, ist nach disputirender art beschehen, vnd aber der warheit hie und dort, nüt genommen, dann glich wie schier alle artikel des gloubens, in christenlichen Gesprächen me vnd heiterer, dann in gemeiner Bekantnus erlütteret werden möchten, vnd aber der warheit mit gemeiner Bekantnus nüt genommen, also ist ouch hie in disem Handel, vnangesehen, das in gehaltner Disputation etwas klarer hievon geredt, der warheit mit dieser gemeinen Bekantnus nüt genommen. Zu dem allen können wir nit finden, das sich vilgemeldte Bekantnus, wider die vßgeschribne proposition, so also luter, das der Lvb und Blut Christi, wesentlich und lyblich in dem Brodt der Dancksagung empfangen werd, (mag mit biblischer Schrift nit bybracht werden,) mit einem wort stelle. Es sind aber, vnserer achtung, die obgemeldten wort, von welcher wegen sich die Disputation erhaben, namlich: wesentlich, lyblich vnd derglichen, in Straßburgischer Bekantnus, nit allein nit begriffen, supder im grund sy vffgehaben vnd abgestellt. Das Jr aber fürsorg tragen, diewyl in der Bekantnus stat, das der Hrrr, wie in sinem letzten Nachtmal, also auch hüttigs Tags, sinen Jüngern vnd gloubigen, wenn sy sollich sin H. abendmal halten, lut siner wort: nemend, essend, das ist min Lvb 2c. und trinkend alle drauß, diser Kelch ist min Blut 2c., in diesem Sacrament sinen waren Lvb, und wares Blut, warlich zu essen und trinken gibt zu einer Spys Irer Seelen ond ewigem leben 2c. das schon hiemit das Bapst-

vnd Luthertum wider uffgericht zc. können wir nit also
 verstan, dann so wir die vilgemeldte Bekantnus im
 grund erwegen, befinden wir heiter, das die allein gat
 vff Christum, also das er, Christus, der sehe, der sich
 selbs gibt, lut der worten: das ist min Lvb. Darges-
 gen wil der Papist das er der Pöpfler, in kraft der
 worten: das ist min Lvb, den Lvb Christi mache vnd
 gebe, welcher gewalt den Papisten oder Lutherischen,
 in diser Bekantnus nit allein nit gegeben, sonder gar
 von Handrn gerissen, allein Christo dem wahren Geber
 zugeschriben wirdt. Es gibt sich aber Christus nit
 einem jeden, sonder allein sinen gläubigen, vnd so dann
 der gloub im Nachtmal des Herren, in betrachtung
 der guthat Christi, in hörung der worten der verheis-
 sung geübt, wird die gläubige Seel der edlen Spns
 nit beroubet. Der Papist gibts imme selbs zu, und
 den worten. Die Bekantnus aber, wie auch wir, sol-
 lend das vff Christum vnd vff den glouben, in das vers-
 heißen Christi, nit vff den Psaffen, noch uff die bloßen
 wort stellen, darumb ist hie weder Papst noch Luthers-
 thum zu besorgen. Es schüht vns ouch ab den worten
 in vilgemeldter Bekantnus gar nit, da die Straßbur-
 ger sprechen das Christus sinen waren Lvb vnd wares
 Blut warlich zu essen vnd trinken gibt, zu einer Spns
 der Seelen und ewigem Leben, dann so Christus selbs
 spricht: Min Fleisch ist eine wahre Spns, vnd min Blut
 ist ein wahres Trank zc. warum wolten wir vns dann
 beschämen, hierinn der heiligen worten Christi zu gebrus-
 chen. Ja Christus selbs ist vnserer Seelen Spns und
 Trank, das bekennen wir also stoff, das wir für ein
 Schmach oder lästerung hielten, so jemandß wider vns
 sagte, das wir in des Heeren Nachtmal nüzid dann
 schlecht Brodt vnd wynn, oder nit me dann schlecht ein

bloß Zeichen des Leibs und Bluts Christi empfangen hätten, wir rühmen uns me, daß wir im wahren glauben den Leib Christi also empfahen, daß wir eines Leibs, als unsers einigen Haupts, gliedes, in Ihm und er in uns lebe, und wir am jüngsten Tag durch Ihn und in Ihm in die ewige Freude vfferstahn werden. Welchs alles durch Martin Luther gnugsam erklärt ist.

Demnach, getrübten lieben Endgnossen und christlichen Mitburger, ist an euch unser Brüderlichs, Christlichs und Fründlichs Begehren, Ihr wollen, wie wenig das sey, so von uns erfordert, auch wie mit guter Consciens ohne abbruch der warheit, angeregtem Begern durch uns gewilfart, und so das geschieht, was guts darvon entstan, und wo Ihr off über meynung verharren, was schadens darvß entspringen werde, mit demüthigem christlichem Herzen bedenken, euch mit uns in ein glichförmige Antwort, wie da oben gemeldet, begeben, uns die by disem allein darum gesandten zusenden, und euch daran unser widerwertigen Nachred, und noch weniger, daß Ihr vor andern by den ersten des Herren wyngarten zu pflanzen berufft, nit allein nit verhindern lassen, sondern bedenken, daß die Christen umb fürderung göttlicher Tere allerley gespött gedulden, auch die zur eilften Stund ir arbeit angehept, die erste Besoldung empfangen u. daß wir ohne Zwyffel Gott unserm Schöpffer gefallen, zu merung des Evangelii dienen, und unsern widerwärtigen Irs bösen Fürnehmens nit wenig brechen. Es ist doch allein darum zu thun, daß wir unserer Mitburgeren Bekantnus unverworffen und christenlich blyben lassen. Und so man dann mit dem ein benügen hat, warum wollen wir wyter louffen, dann wir erfordert? oder dem, daß wir nit verwerffen, umb so guter christens

licher Handlung willen, nit die Eer geben, das wir es
 christenlich blyben lassen, so wir doch im Hopthandel
 ganz eins sind? Das wöllend, wie es warlich beschicht,
 im besten von vns vermerken, vnd vmb Christi, der
 Eeren Gottes vnd der warheit willen, vnser einfaltigen
 meynung zufallen, damit wir vngetrennt, mit glycher
 antwort erscheinen. Das wöllend wir vm ouch mit uns
 gespartem Eyb vnd Gut treuwlich verdienen. Lieben
 Eydgnossen, erwägen die sach mit vlig. Es ist warlich
 hier kein gefar zu besorgen. In diser Stund haben
 vns die von Straßburg vmb antwort erbordert vnd
 anzeigt, wie der Eurfürst von Sachsen vff Sonntag
 Judica eiuem andern Tag gen Schmalkalden, die verein
 zu beschliessen, beschriben, den sy besuchen, vnd gern
 mit vnser antworten erscheinen wolten. Der barmhertzig
 Gott verlich ouch vns allen sin gnad. Datum Mitts
 wochs den XV Martii 1531.

Jacob Meyer Burgermeister
 und Rhat der Statt Basel.

XXVII.

Bericht über Rudolf Rollins Abordnung an den
 Französischen Bothschafter in Solothurn.

7. April 1531.

Simmlerische Sammlung XXVIII. *)

Rudolff am Büel, so man nempt Colinus, ward mit
 folgendem Empfelch von minen Herren den heymlichen zu

*) S. Müller VII. 322.

dem Mägeret (Franzöf. Ambassadoren) abgefertigt vnd referirt wie folget Anno 1531. Ipsa Die Parasceves.

Empfelch.

Sidmal ein gächer vnd schwärer *) krieg ingfallen sye, der ein zyt möchte wären mit großen kosten, vnd der König noch ettwas fridgelts M. gn. H. schuldig sye, so lasset M. gn. H. an inn den General bringen, als an Iren guten fründ, ob er rathen wölte, das M. gn. H. sömliche verfallen schuld in ettlichen weg an den König erforderent vnd heischend, vff das sy den Krieg gegen den Hispaniern, die allweg dem König widerstand, dester baß versüren möchten zc.

Antwort.

Er sye bereit vnd gutwillig das best ze thun vnd ze rathen M. H. alle zyt, darumb rath er M. gn. H. das sy des fridgelts halb jekmal by dem zyl vnd bezalung blibent, so vormalß bestimpt sye, vnd von innen vnd anderen orten der Endgnoschafft angenommen vff gemeinen tagen. Dann wo ein ort bezahlt wurde, so wölten ouch die andren bezahlt syn, das dem König zu schwär wäre, dann er vß Erkantnuß gemeiner Endgnossen jekmal müßte die verdienten söld vßrichten, welche gebörent wittwen vnd waisen zc.

Aber in disem Monat wölle er M. gn. H. geben 2 tusend gulden, vnd die andere bezalung ouch uff bestimpte vnd ingangne zil M. H. zum ersten flyßig vßrichten. Sömlichs rathe er M. H. vnd bitte sy ouch früntlich sömlichen statt zethun zc.

Uß Red vnd widerred han ich dises verstanden.

*) Der Müßerrieg.

Der Rüng ist weder persönlich noch mit Botschaft
 e Camara by dem Keyser gsyn, hatt ouch nit verwillt
 jett dem Keyser vnsern glouben zeverfolgen noch vßze-
 erüten, wie wol er durch die Finger lügt vnd vil glich-
 iet, durch des Keyfers willen, vß der vrsach, daß der
 Rüng mög ansprächen zu seiner Rinden handen das Her-
 zogthumb Meyland, mit verwilgung vnd one ynred
 des Keyfers, welches uff der ban ist mit besonderen
 abtschlegen 2c. Wo das geschicht, so acht der Rüng
 des Keyfers nüt vil me, funders möchte lyden, wo er
 gemindert würde vor oder nach 2c.

Darumb, sidmal die louff sich jett vff frieg züchent
 wider den Keyser, welches der Rüng wol erlyden mag,
 wil der General an den Rüng lassen langen, ob der
 Rüng ein heimlichen zuschub an gelt thun wölte, M.
 n. H. wo ein frieg wider den Keyser anginge, vnd
 esse u. W. wüßenhafft machen, alsbald er antwort
 arumb empfacht.

Der general rath, Mr. Ulrich soll durch ein ge-
 schribnen brieff dem Rüng rechnung gäben des gloubens
 der christenlichen Stetten, vnd verantwurten ettlich ar-
 tikel, so man dem Rüng falschlich fürgibt, vnd besun-
 der das man keine Oberkeit solle han 2c. vnd den brieff
 dem general zu schicken 2c.

VI Kronen für die zerung geschenkt,
 darvon verzert, schmid vnd sattler vnd roßlon
 V lb.
 das übrig überantwurt hie v. Ersamen wyßheit.

dem Mägeret (Franzöf. Ambassadoren) abgefertigt vnd referirt wie folget Anno 1531. Ipsa Die Parasceves.

Empfelch.

Eidmal ein gächer vnd schwärer *) krieg ingfallen sye, der ein zyt möcht wären mit großen kosten, vnd der Künig noch ettwas fridgelts M. gn. H. schuldig sye, so lasset M. gn. H. an inn den General bringen, als an Iren guten fründ, ob er rathe wölte, das M. gn. H. sömliche verfallen schuld in ettlichen weg an den Künig erforderent vnd heischend, vff das sy den Krieg gegen den Hispaniern, die allweg dem Künig widerstand, bester baß verfüren möchten zc.

Antwort.

Er sye bereit vnd gutwillig das best ze thun vnd ze rathe M. H. alle zyt, darumb rath er M. gn. H. das sy des fridgelts halb jeczmal by dem zyl vnd bezalung blibent, so vormalß bestimpt sye, vnd von innen vnd anderen orten der Endgnoschafft angenommen vff gemeinen tagen. Dann wo ein ort bezahlt wurde, so wölten ouch die andren bezahlt syn, das dem Künig zu schwär wäre, dann er vß Erkantnuß gemeiner Endgnossen jeczmal müßte die verdienten söld vßrichten, welche gebörent witten vnd waisen zc.

Aber in disem Monat wölle er M. gn. H. geben 2 tusend gulden, vnd die andere bezalung ouch uff bestimpte vnd ingangne zil M. H. zum ersten flyßig vßrichten. Sömlichs rathe er M. H. vnd bitte sy ouch früntlich sömlichen statt zethun zc.

Uß Red vnd widerred han ich dises verstanden.

*) Der Müßer Krieg.

Der Rüng ist weder persönlich noch mit Botschaft
 e Camara by dem Keyser gsyn, hatt ouch nit verwill-
 lett dem Keyser vnsern glauben zeverfolgen noch vßze-
 erüten, wie wol er durch die Finger lügt vnd vil glich-
 set, durch des Keyserß willen, vß der vrsach, daß der
 Rüng mög ansprächen zu seiner Rinden handen das Her-
 zogthumb Meyland, mit verwilgung vnd one ynred
 es Keyserß, welches uff der ban ist mit besonderen
 abtschlegen 2c. Wo das geschicht, so acht der Rüng
 es Keyserß nüt vil me, sunders möchte lyden, wo er
 gemindert würde vor oder nach 2c.

Darumb, sidmal die louff sich jez vff krieg züchent
 wider den Keyser, welches der Rüng wol erlyden mag,
 o wil der General an den Rüng lassen langen, ob der
 Rüng ein heimlichen zuschub an gelt thun wölte, M.
 n. H. wo ein krieg wider den Keyser anginge, vnd
 esse U. W. wüßenhafft machen, alsbald er antwort
 darumb empfacht.

Der general rath, Mr. Ulrich soll durch ein ge-
 schribnen brieff dem Rüng rechnung gäben des glaubens
 der christenlichen Stetten, vnd verantwurten ettlich ar-
 tikel, so man dem Rüng falschlich fürgibt, vnd besun-
 der daß man keine Oberkeit solle han 2c. vnd den brieff
 dem general zu schicken 2c.

VI Kronen für die zerung geschenkt,
 darvon verzert, schmid vnd sattler vnd roßlon
 V lb.
 das übrig überantwurt hie v. Ersamen wyßheit.

deßhalben seyen, Innen als Iren getrewen Pündts-
 verwanten Hilff vnd beystandt zuthun, vnd nachdem sy
 nit wissen möchten, ob villeicht diese embörung nicht allein
 über die growen Pündter, sonder zur vnderdrückung der
 Evangelischgesinnten erdacht seyen, vnd ermanet und ges-
 betten, vff Sie ein getredwes gnädiges vffsehen zu ha-
 ben, vnd in rüstung zu stehen &c. Das alles haben wir
 verstanden, vnd das sich die Irrungen dermassen zutra-
 gen. Nachdem wir solche verhandlung ganz vnbillich
 dunket, nit gern gehört, hoffen doch der allmächtige
 solle die nochmals zu gutem schicken, vnd wolten Innen
 daruff nit bergen, daß wir noch zur zyt nichts vernem-
 men können, daß die Kayserl. May. vnser aller gnädig-
 ster Herr sich hieruff zuthun in übung oder rüstung
 stenn, wol sagt man, daß Ire May. nach Leütchen drachte,
 doch im schyn, als ob solich Volf wider die Türgken
 gebraucht werden solte, wiewol man dannoch dassell
 auch nicht glaublich noch zur zyt erfahren, dann wir hof-
 fen, was sich deßhalben begeben werde, wir wollen vnd
 werden dasselbig auch zntlich erfahren, vnd vns darinn
 mit getrewem flyssigem vffsehen, wie sich gebür, erzei-
 gen, vnd so sich die Sachen weiter zu vnderdrückung
 der Evangelisch gesinnten, der von Zürich vnd vnser
 Pündtsverwandten zutragen wurden, denken wir vns
 mit Hilff des allmächtigen, darin vnser verwantung
 gemeß vnd trostlich zu erzeigen, in massen wir von
 Innen in glichem Fall zugescheen begeren vnd gern se-
 hen. Vnd wo es die meinung haben solte, tragen wir
 keinen zweifel, man werde auch mit vns vnd vnser
 Partey hierniden in Landen etwas ansehen, hoffen aber
 auch zu Gott, der solle es nach sinem willen zum besten
 ordnen, wo sich dann die Sachen des Evangeliums
 verdruckungen halber, wie gemeldt, weiter einmischen

solten, vnd gegen Euch vnd andern vnsern Pundtgenossen mit der That etwas vorgenommen solt werden, wäre vnser gnädigs gefinnen, daß Sie vns Ir bedensken vnd rath, womit wir Innen zu Hilff kommen, oder in andre Weg ersprießlich syn könnten, anzeigen, vns wissen darinn zuschicken vnd zubalten, vnd haben von stund an in vnsern Landern vffgebieterhen lassen. Wir haben auch der Stadt Straspurg in gleichnus wie Euch, angezeigt, Iren Rath vns anzuzeigen, wie sich in dise Sachen zuschicken syn solle, zu vtunde geben (L. S.)

Philips K. z. Hessen.

XXVIII. b. *)

II.

Anbringen,

was vnser Diener Heinz von Luther, an die gehymen Rätthe zu Zürich, vnd zum ersten an die verordneten des Kriegs der Statt Straßburg genempt die Dryzchner, vnd die gehymen des Raths der Statt Basel, vff die Schryfft, von denen von Zürich an vns gescheen, thun sol.

Zum ersten Innen vnsern gnedigen willen ansagen, vnd dann anzeigen, wie vns die von Zürich zum zweytenmale angezeigt haben, in was Beschwerus Sy gewachsen, betreffende die graven Pündter, vnd den Zuzug von Hern Marx Sittichen von Embß, luth der letzten deren von Zürich Schrifft Coppen, die wir Ime dieby auch zustellen lassen haben, vnd er den von Straß-

*) S. Müller VII. 328.

burg und Basel anzeigen soll, daß sy also die Meynung, was die von Zürich an vns geschriben, darus vernemen, vnd soll also daruff fürther erzellen: wiewol nu darvor angefehen möcht werden, daß dise Sach die graven Pündter, nachdem Sy die von Zürich, Basel und Straßburg, insonderheit nit angehört, auch öffentlich nit herflüßt vß Sachen des gloubens, vnserm Verstandt nit gehörig. Dem sye aber nun wie Im welle, können wir wol erachten, so Zürich und sin Anhang sölten vndergan, daß es der freyen Lere des H. Evangelii in oberen Landen ein großen Nachteyl geben wurde, auch vns nit ein geringe Beschweruß wär, wo den von Zürich oder Basel Nachteyl beschewen sölte, vnd sint derhalben genevgt, Zürich, Basel vnd Straßburg vnser Bundesverwanten in Iren Nöten nit zu verlassen, mit müglicher Hilff byzustan. Wir wellen aber vermuten, diewil im Edtschlande durch das Regiment, die Knecht die er Marx Sittich daumbher vnd Rhein weiteren bescheid, gehept, vnd hinin hat wellen schicken, umbgefert sin vnd vß dem Land haben müssen schweren, wie wir glouptlich bericht sind. Vnd dann auch Pfaltzgraue Ludwig vns gestern ein Schrift zugeschickt, deren wir Iren hieby Coppen zusenden, daß es vff dißmalen die Meynung nit haben werde, daß man die Evangelischen zu vnderthruken vnderstan werde, sonder daß der Handel mit den graven Pündtern vnd dem vom Müß, mer vß vnbedacht vnd vngeschicklickeyt, dann vß vorbedachtem Rathe gescheen sye, wiewol wir das für Rhein warhent gewußlich anzeigen Rhonten, diewyl doch des widerthens gemüt dermaßenste, solche Leere zu dempffen.

So es aber ye die Meynung haben sölte, daß Zürich oder andere Evangelische überzogen werden sollten,

der dermassen genotdrenget, das Sy müßten zur gegenseitigen greiffen, sind wir genehgt, wie obgemelt, Sy nicht verlassen.

Wie wir aber Innen sollten zu Hilff kommen, durch was Wege und Mittel, wollen wir Innen hiemit die Gelegenheit anzeigen, und daruff Iren Rath, und was Sy darinn gesinnt zuthund, begeren, und das Sy als das vnder Iren Siglen, by diserem vnserm Diener beschicken.

Erstlich bedenken wir, nachdem sich vnser Nachbarn, als Mannß, Würzburg und andere gar nit erlauben, auch zuuermuten ist, sich solcher Sachen öffentlich nit annehmen werden, thönnen wir mit theinen Füssen, nachdem wir mit Innen zum Theil in Bündnuß und Eynungen sind, Sy angrifen, wo aber solliche vnser Nachbarn sich in sollichen Handel ließen, endgeben sich, als vnsern Pundtgnossen, Hilff theten, wüßten wir vns der Gepür nach, luth vnser Eynungen wol zu halten.

Zum andern, sollten wir Innen dann hienächst soweit in anzahl Rütther und Knecht schicken, wie wir nit vns erenget, stunde zu besorgen, das sy geschlagen wurden, und dann sy zu Innen themen.

Sollten wir aber mit ganzer Macht hinuff ziehen und theine frömbde Lüt in vnser Dienst haben, die in inner pl nit zu überkommen sind, was Besorgnus vns und vnsern Landen daruff stunde, hetten Sy als die verstandigen zu ermessen.

Sollten wir Innen aber ein gelt hinuff schicken, vff das Sy selbst Leute damit bestellten, wie wir nicht vngenehgt, besorgten wir wär Innen wenig mit beizulaffen. Vff das aber Innen möchte stadtllich geholffen werden, wo dann Sy, als nemmlich Zürich, Basel

und Straßburg des gemüts werend, vß erzellen vrsachen, zur gegenweer zu gryffen, und die zu suchen, die Iren widerwertigen Hilff und vorschub theten, wer vnser Rath und Bedenken, das solichs rädlich mit einem Vorbedacht und geschicklichkeit angefangen wurde, so sy alsdann für gut ansehe, das wir Innen zu Stür und Rettung, nebens Innen einen Zug gegen Iren widerwertigen thun solten, weren wir desselben mit vns geneygt, doch vergestalt, daß Zürich, Basel und Straßburg nebens vns vor einen Mann stehen, kein Theil one den andern sich vertragen, ein Theil dem andern Hilff mit Lütthen und gelt, nach sinem Vermögen, thete; dann Sy hetten zu bedenken, was gar vns daruff stan würde, so wir sollten ußwendig Landts ziehen, vnser Lande und Lütthe halber, dann wir allweg besorgen müssen, das vns andre dryn jachen, deßhalben von nöthen thun welte, das wir vor einen Mann stunden.

Was nun das Ir gemüt wäre, sollten Sy vns vnder Iren Siglen zuschryben.

So Iren ein solicher Ratschlag gefallen wellte, war vnser Bedenken, das Sy vßs aller stillest damit vmbgiengend, nur so wenig tädlicher Handlung, als Sy immer khönten, gegen Iren widerwärtigen uff dißmalen fürnemmen, sondern einer Zit einig wurden, zu welcher Zit man zugleich zur gegenweer gryffen sollte.

Dann Sy khönten bedenken, das vns vnmöglich wäre, in einer solchen yl, mit einer großen Macht vß zu sin und vß vnserm Lande zuziehen.

Sollten wir vnser Land gang bloß lassen stan und hinweg ziehen, war es mit gar wenig Lütthen vnzunehmen, und khönten ouch mit vnsern Landseßen, zu Fuß, one Kriegslütthe, wenig vßrichten.

Sollten wir aber ein stadtlichen Zug thun, der Iren vnd vns allen zu nutz keme, vnd nit zu großem verderben, so müssen wir zum allerwenigsten Sechs Wochen zuvoren haben, frömbde Rütter vnd Kriegslüth zu Fuß zuwegen zu bringen, dann so wir frömbde Lüth haben, können wir vnser Land dester besser ouch bestellen, vnd dester ansehnlicheren Zug vnser aller widerwertigen zu Nachtheil thun.

Hieruff ist vnser Begeren, was Ir gemüt hierin sye, vnd was Sy für notdurftig ansicht, vns vnder Iren Siglen, by disem vnserm Diener zu ze schryben, oder nebens demselben vnserm Diener ein Pottschaft mit gnugsamem gewalt vnd Instruction zu vns zuschicken: so sind wir des gemüts, so Zürich, Basel vnd Straßburg vns den letzten Fürschlag zuschryben, wie obgemelt, dem nach zu khomen, es wär dann, das es vns unmöglich zu frömbden Lüthen zu khomen wäre, welchs wir vns doch gar nit vorsehen wollen. Vnd Summa, wir sind genengt ein gnedigs guts vffsehen vff sy zu haben, vnd sy mit möglicher Hilff, nach luth vnserer Eynung, vnd darüber, wie vor Iren hiemit zu geschryben, nit zu verlassen, vns ouch zu Iren vorsehen, sy hinwiederumb in glichem valle by vns ouch thun werden. Vnd will vonnöthen son, dise Sachen, so Iren diser letzter Weg gefallen würde, in großer geheimb zu halten &c.

Ob Iren aber der andern Weg einer gefallen würde, oder Sy ein ander Bedenken hetten, wie wir Iren khönten oder möchten Hilff tun, das mögen Sy vns ouch anzeigen.

Vnd das wir an Sy alle nur dise einige Instruction gestellt, haben wir darumb gethan, das gemeldter vnser Diener die dester füglicher by Ime führen möge, ob er ouch niderläge, das er dieselb unvermerkt by Ime behalten vnd verbergen khönte.

dem Mägeret (Franzöf. Ambassadoren) abgefertigt vnd referirt wie folget Anno 1531. Ipsa Die Parasceves.

Empfelch.

Sidmal ein gächer vnd schwärer *) frieg ingfallen sye, der ein zyt möcht wären mit großen kosten, vnd der Künig noch ettwas fridgelts M. gn. H. schuldig sye, so lassent M. gn. H. an inn den General bringen, als an Iren guten fründ, ob er rathen wölte, das M. gn. H. sömliche verfallen schuld in ettlichen weg an den Künig erforderent vnd heischend, vff das sy den Krieg gegen den Hispaniern, die allweg dem Künig widerstand, bester baß verfüren möchten zc.

Antwort.

Er sye bereit vnd gutwillig das best ze thun vnd ze rathen M. H. alle zyt, darumb rath er M. gn. H. das sy des fridgelts halb jekmal by dem zyl vnd bezalung blibent, so vormalß bestimpt sye, vnd von innen vnd anderen orten der Endgnoschafft angenommen vff gemeinen tagen. Dann wo ein ort bezahlt wurde, so wölten ouch die andren bezahlt syn, das dem Künig zu schwär wäre, dann er vß Erkantnuß gemeiner Endgnossen jekmal müßte die verdienten söld vßrichten, welche gebörent wittwen vnd waissen zc.

Aber in disem Monat wölle er M. gn. H. geben 2 tusend gulden, vnd die andere bezalung ouch uff bestimpte vnd ingangne zil M. H. zum ersten flyßig vßrichten. Sömlichs rathe er M. H. vnd bitte sy ouch früntlich sömlichen statt zethun zc.

Uß Red vnd widerred han ich dises verstanden.

*) Der Müßerrieg.

Der Rüng ist weder persönlich noch mit Botschaft
 zu Camara by dem Keyser gsyn, hatt ouch nit verwill-
 gett dem Keyser vnsern glouben zeverfolgen noch vßzes-
 zerüten, wie wol er durch die Finger lügt vnd vil glich-
 net, durch des Keyserß willen, vß der vrsach, das der
 Rüng mög ansprächen zu seiner Rinden handen das Herz-
 jogthumb Meyland, mit verwilgung vnd one ynred
 des Keyserß, welches uff der ban ist mit besonderen
 adtschlegen 2c. Wo das geschicht, so acht der Rüng
 des Keyserß nüt vil me, sunders möcht lyden, wo er
 gemindert würde vor oder nach 2c.

Darumb, sidmal die louff sich jez vff krieg züchent
 wider den Keyser, welches der Rüng wol erlyden mag,
 so wil der General an den Rüng lassen langen, ob der
 Rüng ein heimlichen zuschub an gelt thun wölte, M.
 n. H. wo ein krieg wider den Keyser anginge, vnd
 esse U. W. wüßenhafft machen, alsbald er antwort
 darumb empfacht.

Der general rath, Mr. Ulrich soll durch ein ge-
 schribnen brieff dem Rüng rechnung gäben des gloubens
 der christenlichen Stetten, vnd verantwurten ettlich ar-
 tikel, so man dem Rüng falschlich fürgibt, vnd besun-
 der das man keine Oberkeit solle han 2c. vnd den brieff
 dem general zu schicken 2c.

VI Kronen für die zerung geschenkt,

darvon verzert, schmid vnd sattler vnd roßlon
 V lb.

das übrig überantwort ble v. Ersamen wysheit.

Das Recreditif

vff H. Rud. Collinum von H. Meigret, Franz. ambassadoren, luter ulso:

Den gestrengen, besten, Frommen, Fürsichtigen vnd wysen H. Bürgermeister, Obristmeister, vnd heimlich verordneten Rätthen der Statt Zürich, minen sonderst günstigen lieben Herren vnd Fründen.

Gestrengen, besten, Fromm, Fürsichtig, wys, sonderst günstig lieben H. vnd guten fründ, ich synd mit gang gutwillige Dienst mit erbietung aller Eren zu voren bereit. Uewer schriben, des datum stadt vff Samstag nach Iudica lest verschinen, hab ich by bewisnen Rudolffen Collinum uren Bürger empfangen, desglochen alles das Jr im beuolchen mir mündlich ze sagen, wol verstanden, daruff hab ich imm früntlich antwort geben, ick bittende, Jr wellint in glycher wys, was er ick in minem namen wider anbringen wirt, glauben gäben, als war ich selbs by ick da. Hiemit beuilch ich mich ick, vnd bitt den allmächtigen ick allzeit in s. H. Gut zu haben. Geschriben zu Solothurn vf den 5ten Tag Aprilii 1531.

Uewer allzeit gutwilliger diener vnd fründ.
Meigret.

deßhalben seyen, Innen als Iren getrewen Pündts-
 verwanten Hilff vnd beystandt zuthun, vnd nachdem sy
 nit wissen möchten, ob villeicht diese embörung nicht allein
 über die growen Pündter, sonder zur vnderdrückung der
 Evangelischgesinnten erdacht seyen, vnd ermanet und ges-
 betten, vff Sie ein getreüwes gnädiges vffsehen zu ha-
 ben, vnd in rüstung zu stehen &c. Das alles haben wir
 verstanden, vnd das sich die Irrungen dermassen zutra-
 gen. Nachdem wir solche verhandlung ganz vnbillich
 dunket, nit gern gehört, hoffen doch der allmächtige
 solle die nochmals zu gutem schicken, vnd wolten Innen
 daruff nit bergen, daß wir noch zur zyt nichts vernem-
 men können, daß die Kayserl. May. vnser aller gnädig-
 ster Herr sich hieruff zuthun in übung oder rüstung
 stenn, wol sagt man, daß Ire May. nach Leütthen brachte,
 doch im schyn, als ob solich Volf wider die Türgken
 gebraucht werden solte, wiewol man dannoch dassell
 auch nicht glaublich noch zur zyt erfahren, dann wir hof-
 fen, was sich deßhalben begeben werde, wir wollen vnd
 werden dasselbig auch zytlich erfahren, vnd vns darinn
 mit getreuem flyssigem vffsehen, wie sich gebür, erzei-
 gen, vnd so sich die Sachen weiter zu vnderdrückung
 der Evangelisch gesinnten, der von Zürich vnd vnser
 Pündtsverwandten zutragen wurden, denken wir vns
 mit Hilff des allmächtigen, darin vnser verwantnus
 gemeß vnd trostlich zu erzeigen, in massen wir von
 Innen in glichem Fall zugescheen begeren vnd gern se-
 hen. Vnd wo es die meinung haben solte, tragen wir
 keinen zweifel, man werde auch mit vns vnd vnser
 Partey hierniden in Landen etwas ansehen, hoffen aber
 auch zu Gott, der solle es nach sinem willen zum besten
 ordnen, wo sich dann die Sachen des Evangeliums
 verdruckungen halber, wie gemeldt, weiter einmischen

solten, vnd gegen Euch vnd andern vnsern Pundtgenossen mit der That etwas vorgenommen solt werden, wäre vnser gnädigs gefinnen, daß Sie vns Ir bedensken vnd rath, womit wir Innen zu Hilff kommen, oder in andre Weg ersprießlich syn könnten, anzeigen, vns wissen darinn zuschicken vnd zubalten, vnd haben von stund an in vnsern Landern vffgebiethen lassen. Wir haben auch der Stadt Strasburg in gleichnus wie Euch, angezeigt, Iren Rath vns anzuzeigen, wie sich in dise Sachen zuschicken syn solle, zu erkunde geben (L. S.)

Philips L. z. Hessen.

XXVIII. b. *)

II.

Anbringen,

was vnser Diener Heinz von Luther, an die geheimen Rätbe zu Zürich, vnd zum ersten an die versordneten des Kriegs der Statt Straßburg genempt die Dryzechner, vnd die geheimen des Raths der Statt Basel, vff die Schryfft, von denen von Zürich an vns gescheen, thun sol.

Zum ersten Innen vnsern gnedigen willen ansagen, vnd dann anzeigen, wie vns die von Zürich zum zweytenmale angezeigt haben, in was Beschwernus Sy gewachsen, betreffende die graven Pündter, vnd den Zuzug von Hern Marx Sittichen von Embz, luth der letzten deren von Zürich Schrifft Coppen, die wir Ime hieby ouch zustellen lassen haben, vnd er den von Stras-

*) S. Müller VII. 328.

burg und Basel anzeigen soll, daß sy also die Meynung, was die von Zürich an vns geschriben, darns vernemmen, vnd soll also daruff fürther erzellen: wiewol nu darvor angesehen möcht werden, daß dise Sach die graven Pündter, nachdem Sy die von Zürich, Basel und Straßburg, insonderheit nit angehört, auch öffentlich nit herflüßt vß Sachen des gloubens, vnserm Verstandt nit gehörig. Dem sye aber nun wie Im welle, können wir wol erachten, so Zürich und sin Anhang sollten vndergan, daß es der freyen Lere des H. Evangelii in oberen Landen ein großen Nachtheil geben wurde, auch vns nit ein geringe Beschwernuß wär, wo den von Zürich oder Basel Nachtheil beschehen sollte, vnd sint derhalben genevgt, Zürich, Basel vnd Straßburg vnser Bundesverwanten in Iren Nöten nit zu verlassen, mit müglicher Hilff byzustan. Wir wollen aber vermuten, diewil im Edtschlande durch das Regiment, die Knecht die er Marx Sittich daumbher vnd Rhein weiteren bescheid, gehept, vnd hinin hat wollen schicken, umbgefert sin vnd vß dem Land haben müssen schweren, wie wir glouptlich bericht sind. Vnd dann auch Pfaltzgraue Ludwig vns gestern ein Schrifft zugeschickt, deren wir Iren hieby Coppen zusenden, daß es vff dißmalen die Meynung nit haben werde, daß man die Evangelischen zu vnderthruken vnderstan werde, sonder daß der Handel mit den graven Pündtern vnd dem vom Müß, mer vß vnbedacht vnd vngeschicklickeyt, dann vß vorbedachtem Rathe gescheen sye, wiewol wir das für Rhein warhent gewöhnlich anzeigen khonten, diewyl doch des widertheils gemüt dermaßen stee, solche Leere zu dempffen.

So es aber ye die Meynung haben sollte, daß Zürich oder andere Evangelische überzogen werden sollten,

oder dermassen genotdrenget, das Sy müßten zur gegen-
weer greiffen, sind wir genehgt, wie obgemelt, Sy nicht
zu verlassen.

Wie wir aber Innen sollten zu Hilff kommen,
durch was Wege vnd Mittel, wollen wir Innen hiemit
die Glegenheit anzeigen, vnd daruff Iren Rath, vnd
was Sy darinn gesinnt zuthund, begeren, vnd das Sy
vns das vnder Iren Siglen, by diserm vnserm Diener
zuschicken.

Erstlich bedenken wir, nachdem sich vnser Nachpus-
ren, als Männg, Bürgburgt vnd andere gar nit ems-
pören, auch zuuermuten ist, sich solcher Sachen offents-
lich nit annehmen werden, khönnen wir mit kheinen Zus-
gen, nachdem wir mit Innen zum Theyl in Buntnuß
vnd Eynungen sind, Sy angrifen, wo aber soliche vns-
ser Nachpuren sich in sollichen Handel ließen, endges-
gen üch, als vnsern Pundtgnossen, Hilff theten, wuß-
ten wir vns der Gepür nach, luth vnser Eynungen wol-
ze halten.

Zum andern, sollten wir Innen dann hienächst soweit
ein anzal Rütther vnd Knecht schiken, wie wir nit vns
genenget, stunde zu besorgen, das sy geschlagen wurden,
ee dann sy zu Innen khemen.

Sollten wir aber mit ganzer Macht hinuff ziehen
vnd kheine frömbde Lüt in vnser Dienst haben, die in
einer yl nit zu überkommen sind, was Besorgnus vns
vnd vnsern Landen daruff stunde, betten Sy als die
verstendigen zu ermessen.

Sollten wir Innen aber ein gestt hinuff schiken, vff
das Sy selbst Leute damit bestellten, wie wir nicht
vngeneyget, besorgten wir wär Innen wenig mit be-
hulffen. Vff das aber Innen möchte stadtlich geholffen
werden, wo dann Sy, als nemmlich Zürich, Basel

burg und Basel anzeigen soll, das sy also die Meynung, was die von Zürich an vns geschriben, darnus vernemen, vnd soll also daruff fürther erzellen: wiewol nu darvor angesehen möcht werden, das dise Sach die grawen Pündter, nachdem Sy die von Zürich, Basel und Straßburg, insonderheit nit angehört, ouch öffentlich nit herflüßt vß Sachen des gloubens, vnserm Verstandt nit gehörig. Dem sye aber nun wie Im welle, können wir wol erachten, so Zürich und sin Anhang sölten vndergan, das es der freyen Ker des H. Evangelii in oberen Landen ein großen Nachteyl geben wurde, ouch vns nit ein geringe Beschweruß wär, wo den von Zürich oder Basel Nachteyl beschreiben sölte, vnd sint derhalben genevgt, Zürich, Basel vnd Straßburg vnser Bundesverwanten in Iren Nöten nit zu verlassen, mit müglicher Hilff byzustan. Wir wollen aber vermuten, diewil im Edtschlande durch das Regiment, die Knecht die er Marx Sittich daumbher vnd Rhein weiteren bescheid, gehept, vnd hinin hat wollen schicken, umbgefert sin vnd vß dem Land haben müssen schweren, wie wir glouptlich bericht sind. Vnd dann ouch Pfaltzgraue Ludwig vns gestern ein Schrift zugeschickt, deren wir Iren hieby Coppen zusenden, das es vff dißmalen die Meynung nit haben werde, das man die Evangelischen zu vnderthruken vnderstan werde, sonder das der Handel mit den grawen Pündtern vnd dem vom Müß, mer vß vnbedacht vnd vngeschicklichent, dann vß vorbedachtem Rathe gescheen sye, wiewol wir das für Rhein warhent gewußlich anzeigen khonten, diewyl doch des widerthens gemüt dermaßen steet, solche Leere zu dempffen.

So es aber ye die Mennung haben sölle, das Zürich oder andere Evangelische überzogen werden sollten,

oder dermassen genotdrenget, das Sy müßten zur gegen-
weer greiffen, sind wir genevgt, wie obgemelt, Sy nicht
zu verlassen.

Wie wir aber Innen sollten zu Hilff kommen,
durch was Wege vnd Mittel, wollen wir Innen hiemit
die Glegenheyt anzeigen, vnd daruff Iren Rath, vnd
was Sy darinn gesinnt zuthund, begeren, vnd das Sy
vns das vnder Iren Siglen, by diserem vnserm Diener
zuschicken.

Erstlich bedenken wir, nachdem sich vnser Nachpus-
ren, als Männg, Würzburgt vnd andere gar nit ems-
pören, auch zuuermuten ist, sich solcher Sachen offents-
lich nit annehmen werden, thönnen wir mit theinen Zus-
gen, nachdem wir mit Innen zum Theyl in Buntnuß
vnd Eynungen sind, Sy angrifen, wo aber soliche vns-
ser Nachpuren sich in sollichen Handel ließen, endges-
gen üch, als vnsern Pundtgnossen, Hilff theten, wuß-
ten wir vns der Gepür nach, luth vnser Eynungen wol-
ze halten.

Zum andern, sollten wir Innen dann hienächst soweit
ein anzal Rütther vnd Knecht schicken, wie wir nit vns
genenget, stunde zu besorgen, das sy geschlagen wurden,
ee dann sy zu Innen themen.

Sollten wir aber mit ganzer Macht hinuff ziehen
vnd theine frömbde Lüt in vnser Dienst haben, die in
einer yl nit zu überkommen sind, was Besorgnus vns
vnd vnsern Landen daruff stunde, hetten Sy als die
verstendigen zu ermessen.

Sollten wir Innen aber ein gelt hinuff schicken, vff
das Sy selbst Leute damit bestellten, wie wir nicht
vngeneygt, besorgten wir wär Innen wenig mit be-
hulffen. Vff das aber Innen möchte stadtllich geholffen
werden, wo dann Sy, als nemmlich Zürich, Basel

vnd Straßburg des gmüts werend, vß erzellen vrsachen, zur gegenweer zu gryffen, vnd die zu suchen, die Iren widerwertigen Hilff vnd vorschub theten, wer vnser Rath vnd Bedenken, das solichs rädlich mit einem Vorbedacht vnd geschicklichkeit angefangen wurde, so sy alsdann für gut ansehe, das wir Innem zu Stür vnd Rettung, nebens Innem einen Zug gegen Iren widerwertigen thun solten, weren wir desselben mit vns geneygt, doch dergestalt, daß Zürich, Basel vnd Straßburg nebens vns vor einen Mann stehen, theil theil one den andern sich vertragen, ein theil dem andern Hilff mit Lütthen vnd gelt, nach sinem Vermögen, thete; dann Sy hetten zu bedenken, was gar vns daruff stan würde, so wir sollten ußwendig Landts ziehen, vnser Lande vnd Lütthe halber, dann wir allweg besorgen müssen, das vns andre dryn züchen, deßhalben von nöthen thun welte, das wir vor einen Mann stunden.

Was nun das Ir gemüt wäre, sollten Sy vns vnder Iren Siglen zuschynen.

So Inen ein solicher Ratschlag gefallen wellte, war vnser Bedenken, das Sy vßs aller stillest damit vmbgiengend, nur so wenig tädlicher Handlung, als Sy immer thönten, gegen Iren widerwärtigen uff dißmalen fürnemmen, sondern einer Zit einig wurden, zu welcher Zit man zugleich zur gegenweer gryffen sollte.

Dann Sy thönten bedenken, das vns vnmöglich wäre, in einer solchen yl, mit einer großen Macht vß zu sin vnd vß vnserm Lande zuziehen.

Sollten wir vnser Land gang bloß lassen stan vnd hinweg ziehen, war es mit gar wenig Lütthen ynzunemen, vnd thönten ouch mit vnsern Landseßen, zu Fuß, one Kriegslütthe, wenig vßrichten.

Sollten wir aber ein städtlichen Zug thun, der Inen vnd vns allen zu nuß keme, vnd nit zu großem verderben, so müssen wir zum allerwenigsten Sechs wochen zuvoren haben, frömbde Rüter vnd Kriegsluth zu Fuß zutwegen zu bringen, dann so wir frömbde Luth haben, können wir vnser Land dester besser ouch bestellen, vnd dester ansechenlichern Zug vnser aller widerwertigen zu Nachtheil thun.

Hieruff ist vnser Begeren, was Ir gemüt hierin sye, vnd was Sy für notdurftig ansicht, vns vnder Iren Siglen, by disem vnserm Diener zu ze schryben, oder nehent demselben vnserm Diener ein Pottschaft mit gnugsamem gewalt vnd Instruction zu vns zuschicken: so sind wir des gemüts, so Zürich, Basel vnd Straxburg vns den letzten Fürschlag zuschryben, wie obgemelt, dem nach zu khomen, es wär dann, das es vns vnmöglich zu frömbden Luthen zutkomen wäre, welchs wir vns doch gar nit vorsehen wollen. Vnd Summa, wir sind geneygt ein gnedigs guts vffsehen vff sy zu haben, vnd sy mit möglicher Hilff, nach luth vnserer Eynung, vnd darüber, wie vor Inen hiemit zu geschryben, nit zu verlassen, vns ouch zu Inen vorsehen, sy hintwiederumb in glychem valle by vns ouch thun werden. Vnd will vonnöthen syn, dise Sachen, so Inen diser letzter Weg gefallen würde, in großer geheimb zu halten 2c.

Ob Inen-aber der andern Weg einer gefallen würde, oder Sy ein ander Bedenken hetten, wie wir Inen khönten oder möchten Hilff tun, das mögen Sy vns ouch anzeigen.

Vnd das wir an Sy alle nur dise einige Instruction gestellt, haben wir darumb gethan, das gemeldter vnser Diener die dester füglich by Ime führen möge, ob er ouch niderläge, das er dieselb unvermerkt by Ime behalten vnd verbergen khönte.

XXIX.

Zürichs Antwort an Philipp von Hessen.

28. April 1531.

An den Herren Landtgrafen ein Antwort uff Ein
gnedigs Erbieten.

Freytags nach St. Jörgtag

(den 28. April 1531.)

Hochgeborner Fürst, gnediger Herr. Uewern fürstl. Gnaden sygend unser ganz gutwillige Dienst, mit Erbietung aller Eeren zubevor, gnediger Herr. Wie dann über fürstl. Gnad, uff unser zwynfach Schryben, darin wir dieselb über fürstl. Gnad in Ansehung der geschwynnen Rouben, und unversehnen Empörungen, in demselben unserem Schryben ermeldet, ein getrüwes gnedigs Zusehen uff uns gehalten, früntlich vermannt, über Gnaden Hofdiener, Alexander von der Tannen, und Heynzen von Luther mit Credenzen ouch Instruction und Bevälch, der Meinung, so je etwas wider uns, und andere unsere Pundtsverwandten, thätlicher wyß fürgenommen, oder wir villicht zu Verhinderung und Gegenweer deren, so unsern widerwärtigen Hilff zethund understundind, verursacht werden sollten, das wir dann U. G. unser Bedünkens, wie und etlicher Gestalt uns die zu Hilff kumen möcht, anzeigen wölltend, zu uns gnediglich abgefertiget: Haben wir nit allein von denselben U. G. Gesandten, sondern ouch uff gedachten Schriften und Instructionen, U. F. G. ganz getrüwes gemüet, ouch früntliche gnedige Fürsorg und Wollmeinung, das nemlich dieselb U. F. G. so sich der fall

zutragen, sich gegen uns, mit getruwem flyßigem vffsechen, wie sich gepürt, zuerzeigen, vnd in Summa uns nit zuverlassen, gnediglich gesinnet sye, nit ohn sondern Trost und Freud verstanden. Und ist nit minder, daß sich die Sachen nach allen anzeigungen, besonder daß Herr Mark Sittich von Embß, als vnser nächster Nachpur, der uns an der Thüren sitzt, nit entsaß, vnd öffentlich in östernychischen Landen Rüstung wider vnser Pündts verwandten vffzebringen anfangs ansehen lassen, als ob der Rüssisch überfall, vß andern uffsätzen, vnd nit allein der biderben Pündtern halb, in disem Winkel angefangen wär. So aber Röm. Königl. Maj. Regenten wie denn U. F. G. deß ouch bericht, wiemol spat genug, disen Zulauf abgestellt, vnd es vß Gnaden Gottes, dem wir billich darumb zu danken habend, vm die Unsern im Feld glücklich vnd wol stat, Sy ouch dem Rüssischen Tyrannen, unßbar nit nu einmal an sinen Pasten vnd Vorthellen dermaßen Abbruch gethan, daß wir Hoffnung, er kurzer Zit gedämpft werde, wir auch darneben nit finden können, daß sich syner jemand sonders beladen, oder daß U. F. G. dieser Entpörung halb, wyter zu bekümmern vonnöthen syn; so werden wir den Handel, gegen des von Müß Mithelfer, vmb mehreren Unruwen willen, doch vnvergesen, noch zu gelegnen beruuen lassen. Deßhalb von den Meynungen in U. F. G. Instruction vermeldet, diser Zit zu reden oder zu handeln von uns nöten.

Sintemahlen wir aber über Gnaden gnediger vnd tröstlichen Wohlmeynung, vnd daß an andern nützig erwunden, vnd was wir uns auch zu denen zu versehen habend, genugsamlich vergwüßt: so bedanken gegen denselben U. F. G. wir uns höchst vnserß Vermögens ganz flissentlich, ihres gnedigen gerechten Fürsechens,

Trosts vnd früntlichen Willens, mit gang früntlicher Erbittung so U. F. G. das Gott abwenden welle, et was widerwärtiges zustan, das wir vns mit Hilf Gottes glycher Maaß, wie ouch wir U. G. jetzt gstant finden, so trostlich vnd früntlich gegen denselben bewysen wellend, als sich das von christlichen Pflichten wegen gevürt, vnd bittend darby dieselb U. F. G. gang trungenlich, ob wir etwan übernlt, oder die so vns göttlich Worts halb Schmach vnd Last zufuegend, zu züchtigen, vorab göttliche vnd vnserer Eer zu retten bewegt werden sollten, dieselb U. F. G. hin als bisbat ein gnädigs vffsehen vf vns haben, vnd in früntlichem gnädigem Willen gegen vns bestan welle. Wo wit dann etwas bedachtliches gegen vnsern widerwärtigen mit der Zit fürzunehmen gedächend, wellend wir U. F. G. vnseres Fürnemens allwegen by guter Zit berichten, vnd darin Ires Rats pflegen, vnd suß gegen W. F. G. nügig denn alle Trüm vnd Frantschaft mit Gottes Hilf an vns befinden soll. Uß Zürich Frytags nach St. Jörg Tag 1531.

XXX.

Rudolf Lavaters Verantwortung über sein Benehmen im Capeller = Krieg.

Aus dem handschriftlichen Nachlaß seines Sohnes Ludwig Lavater, Archidiacons am großen Münster.

Lectori Salutem.

Hierinnen wird vergriffen mines Vaters, Houpmann Lavaters seligen verantwortung, wie er sy vor Rätthen vnd Burgern hatt lassen fürtragen.

Dann als nach beschehnem Krieg zu Cappel im allerley zuglegt wardt: do sazten min Herren In einen Rechtstag uff sin lang Anschrjen, daruff min Herren sin Runtschaft (warend by 30 Mannen) on die Kriegsråth vnd ander verbörten, vnd hatten ein vernügen an siner verandtwortung.

Man hat auch ein heimlichen Nachgang vff In gemacht, fand aber nüt dann alle Trüt; des Aman von Erlibachs vnd Gugelzen Runtschaft glaupen min Herren nit, dann es fand sich durch andere anderst. Doch meint man, er hette ein anderen für In angesehen, der zu Cappel bliben was.

Zu Weilen als die Chrsame gesamen kam, hat man auch Nachfrag mines Vaters halben, fand sich aber nichts. Aber etlich Jar darnach hat Jacob Reinhart, in einer Urten gesagt, Lafater hett sich nit eerlich ghalten an den Schlachten zc. namen min Herren Ir vrteyl widerum für sich, vnd gabent Lafatern Sigel vnd Brieff, daß er ghandlet als ein Biderman, vnd Reinhart, der nüt darby gsin was, zuil gredt hette. Dennoch so sind bie allerley Brieff, die Sach antreffent, damit die Nachkommen wüssen mögen, wie vnd was Lafater gehandelt. Summa Rid vnd Haß ist so groß gsin in dem Krieg, das Gott wol ze bitten, das er vns fürhin vor Krieg behüten welle. Amen.

Ludovicus Lafater.

Aus Herrn Hoptmann Lafaters Original-Schrift.

Wie vnd was Hauptman Lafater zu Cappel im Krieg gehandelt.

Als man mich zicht vnd verunglimpft, ich sig zu spat mit der Panner uffbrochen, gib ich min Antwort also, das mir hierin ungütlich beschicht, der Ursach: Menkli:

chem ist kunt vnd offenbar, wie wir linder Zürich ein widerpart habend, vnd was je tapfers oder redlich zu Handen gnommen oder grebt, habend sy allweg gschrewen, man welle Krieg anfachen, vnd uff vns laden, vnd damit menlichem sin Tapferkeit versteckt vnd vnterstanden zu nützen zu machen. Zudem, wie wol vil vnd gnug warnungen kommen, vnd namlich an der letzten Not ganz warhaftig warnungen, wie sich leider funden, das alles vernichtet, vnd biderb Lüt abgweisen, man sage sy nur, vnd jeglichen gesagt, sy sitzend vnrüwig, vnd zuletzt als sich min Herren Rät vnd Burger erkent, als man gewisser warnung vnd Kuntschafft hat, wie Herr Rumandür von Hitzilch vnd etlich seiner Nachpuren gen Brämgarten hinder sich gwichen, man wölty mit ganzer Macht mit der Panner vnd sunst vff sin, bschickt ich Meister Ulrichen vnd Rudolf Reigen, beglychen den Panerherren, Wilhelmen, und Hans Ehenfer, alle selig, vnd hielt Inen in der kleinen Rathsstube für, diemyl wir lut vnser Herren Erkantnuß Gewalt vffzubrechen hetten, dücht mich allererst vonnöten syn, vnsern Anschlag nach den nechsten gen Oberwinterthur zu schiken, das man den Sturm in das Turgau ganlleß, vnd nit gegen vnser Statt, damit vnd die weitesten am ersten anfiengindt laufen, dann wir des vollen Gewalt hetten 2c. Gefiel Inen das, dann es vor vnd ee verathschlaget was, doch solt man es vnsern Herren anzeigen, so sy doch sunst uff dem Rathuß versamlet wärindt. Das geschach, vnd da wir es anzeigend, warend min Herren die Burger vff, sassend etwan noch 6 oder 7 miner Herren der kleinen Räten by einandren, denen wir vnsern Anschlag vnd Gewalt anzeigten, wolten sy es schlechts nit lassen gschechen, vnd sonderlich etlich vermeinten, man solte keinen Sturm hinder Rät

und Burgern gan lassen, es mocht ouch nütz helfen, das wir vnsern Gewalt anzeigten, sonder ward vns also vnser Gewalt gnommen, der vns von Rät und Burgern geben, ouch vnser Anschlag brochen, und die Sach am Zinstag am Morgen vngfar die VIII Stundt vffgeschoben biß um ein nach Mittag, wir sentind was wir wotten, sote der Sturm an min Herren Rät und Burger wider langen, ob man den wett gan lan oder nit: darvff sich der Handel verzoch am Zinstag bis Abends umb die vier, und gieng der Sturm erst an in der Nacht umb die sibben, und diemyl wir weder bey vnserm Gewalt noch anschlegen bliben mögen, sonder vns der durch lüzell Lüt gnummen, das vns aber lender zu großem Nachtheil und wol zugebenken, alles vnserß Schadens nit die wenigest Ursach ist, verhoff ich sölicher nit gegeben, dann ich allen minen müglichen Flyß ankert, und durch mich gar und gang nütz versumpt, dann mines Bedunkens, es ein vnnütz Ding gsyn, das wir mit leerer Panner und on das Geschütz also an Fygend müssen ziehen. Zu dem bin ich me dann ein fiertel einer Stund vor dem Rathuß gewesen, ob Pannerherren oder Schützen Fenrich kommen das sy hinzugend, und hand sich ouch mine Herren ouch erst am Morgen umb die Sechse erkennt, das man mit der Panner an der Mitzwuch sölte vff syn, dann ich mich sin nütz beschem, es was gröußlich wider mich, mit miner Herren Lob und Eer zu züchen, da kein Lüt by warend, ouch mochten wir das Geschütz so vlenß nüt gefergen, wie menflich wol weist.



Zum andern, alsdann vff mich grebt wirt, ich habe

Schuld, daß die Schlacht verloren, vnd hab man mich zittlich ab der Schlacht verloren, hab auch die Flucht gemacht, vnd mit vil Schmechungen, Zureden vnd allem vnrecht leiden vff mich gleit zc. Gib ich min antwort also, daß mir solichs gangen gegigs gar vnd ganz Swalt, vngütlich vnd vnrecht gschicht vnd namlich wüßend alle frommen biderben Lüt, da wir vff die waldstatt, da die Schlacht geschehen, kommen, daß die Ordnung gemacht, das Geschütz gestellt, vnd die Fyrgend vorhanden, vnd das nüz mer zu besern was, da alle Sorg vnd not schon da was, dann sy zusamen geschossen, si vnd wir ab dem Albiß zogen, warend. Zu dem was vnser Zug noch nit da, hattend vnser Ordinanz noch nit geschworen, es was auch vnser Geschütz nit da, vnd da das Paner vnd Schützenbendli kam, warend über zehen Mann nit darby, und wie es schier Abend was, meinten wir nit, daß man vns witer wurde angriffen. Darvff werdend Hoptman Goldlin, Wilhelm Peter Fügli, Hans Zheniker, etlich vß dem fryen Ampt, vnd ich, retig, woltend meinen das Nachtleger zuschlachen, vnd vns for ein Armbross Schutz hinderthalb in ein vortel legen, vnd wie wir den selben besachend, das Leger daselbs zu schlachen eins wurden, schickt ich si hinfür, bleib Hans Zheniker bi mir, vm den Zug vnd das Geschütz hinderhin zubringen, vnd ein klein wyl darnach, do si nit wolten kommen, luff ich auch wider fürhin zu der Ordnung, warend die Fyrgind schon im Holz, also glich grifend si vns an, stund ich by andern biderben Lüten im fordersten Gild, that als einem frommen Züricher zustat, vnd do das Gefecht ein wyl getoert, kam ein Geschrey vnd schrus wend etlich: Si wend vns umbschlan, Si wend vns umbschlan. Vnd do das Gschrey nit wolt mindern,

lugt ich erst hinder mich, da was nieman me hinder mir, vnd luff der gang Huff weit im Riet vnen darson, vnd was ouch die Paner weit vor, vnd ee ich von der Schlacht kommen, hinweg, das ich Si nit sehen möcht, desglischen das vorderst Bild vnder mir vff die linggen Hand foch ouch iren etwan bi zechnen oder zwelfen, do ich sach, das nieman hinder mir die Paner ouch die nebend mir zur linggen Hand, vnd das es nüz mer zu hofen, dann das es alles muß zu grundt gan, welt mich nit dunken, das ich da kein Fer möcht erjagen, vnd ruffte Gott den Herren an, er wolt mir gnediglich wider zu minen Rinden helfen, vnd vmb sömlich, wie oblut, vnd das ich mich ghalten wie einem frommen zimpt, vnd allen Ernst ankert, beger ich from biderb Lüt zu verhören, vnd namlich die ich jez weiß, Hans Reins hart der Weber, Hans Weber von Egg, Peter Wipf von Solzach, Wolf Irmingen Tischmacher, Hans Elostter von Hegndw, Jörg Cunrat Gullenknecht, Moriz Buman von Ryfen, Volk von Zell, Cunrat Müllich von Wintertbur, Hans Schmid überräter, bub Zieglerß Sun, Wiß von Winterberg, Huber Trumslacher von Embrach.

* * *

Das man ab dem Albiß für Zürich hin abzogen, ist min antwurt, das ich daran gar kein Schuld trag, dann es also gangen, wie vns der Unfall leider! zu Capel widerfaren, vnd man sich vff dem Albiß widerumb versamlet, ward man retig am Freitag, man sölt dry Hussen machen, das Volk anweisen vnd lugen, wie man sich schiken (welle) das nun beschach, vff das, wie die Hussen gemacht, kamend Brieff von minen Herren,

das wir wyter nützlich fürnehmen, oder gegen den Fy-
 genden handeln, auch vff si nüt züchen, bis die Berner
 vnd wir zusamen kemindt, dann solten wir im Namen
 Gottes mit Inen retig werden, vnd vnderstan, vnser
 Schmach, Schandt vnd Schaden mit Ir Hilff zu re-
 chen zc. darvff ich min Herren die verordneten, auch
 Reth vnd Burger besamlet, vnd Inen solichs anzeigt,
 ward man rätig, man wolt mit den Rotmeistern rätig
 werden, die ich von Stund besamlet, vnd wie alle Hopt-
 lüt, Rotmeister, min Herren auch Reth vnd Burger
 zusamen komend, ward allerley darzu geredt, vnd nam-
 lich was Hoptman Frigen seligen vnd meine Meinung
 auch etlicher Hoptlütten vß dem Goghuß St. Gallen
 vnd Thurgow, man solt im Namen Gog am Samstag
 früg am Tag hinab gegen dem Fygend rufen, vnd vnser
 Schmach, Schaden vnd Schandt mit Hilff Gog räs-
 chen, vnd der Berner nüt warten zc. Darvff P. F.
 riet; diemyl vns ein Schanz gfelt, vnd min Herren
 vnd die Berner vns gschriben, hinder Inen nüt fürzu-
 nemen, vnd warten bis wir zusamen kemendt, düchte
 In, das es billich dabn blyben, vnd man Ir wartete,
 vnd nit noch ein Spil vernachtend, riet ein andrer,
 man solt von Stund ein Bothschaft zu minen Herren
 schiken, Inen vnser Sach anzeigen; vnd wann sy vns
 dann bliessind vff die Fygend züchen, im Namen Gog,
 wies dann griedt, künt man vns nit schuldigen, vnd
 wie mans anredt, fielend die zwen letzten Ratschleg
 zusamen, vnd ward toyt das mer, düchte mich, man
 bet den Hoptman Frigen vnd mich sampt vñer anhe-
 gern für Schriger: also ward Jörg Göldly gen Zürich,
 vnd P. Füllli, Hoptman Eberli von Winfelden, vnd
 Burgermeister Meyer von St. Gallen zun Bernern ge-
 schickt, kam Göldly in der Nacht wider, vnd zeigt an,

wie uns mine Herren vollen Gewalt geben, und uns den Handel uffbürden, und was denen, so zun Bernern geschickt, befolchen, anschleg mit Inen zu machen, und wo wir zusammen kummen, auch wenn wir si erreichen, das eygentlich mit Inen abjureden.

* * *

Wie der Aman von Erlibach und der Gugolz (gredt) wie mich der Aman bym Kragen enet dem Graben erswünscht hat, hab ich mit Hans Reinhart, Bernli Wissen, Beltlin und Peter Wipfen und Uly Wintschen darbracht, das ichs nit gsyn, und mich gar nieman erswünscht, auch derglychen mit mir gredt, denn sie wit biß schier gen Hengst hinuß mit mir fomen.

Durch Hans Reinhart, Peter Wipfen, Beltlin Wipfen, Bub Schweninger, Felix Steiner, Hans Ziegler, Melcher Kümmerli, Uly Wintschen, Schwarzhans Lesman, Huber Trumslacher gnugsamflich darbracht, das ich uff der Waltstatt bliben, biß Paner und Wendli au weggfin, und mich ghalten wie ein biderb Mann.

Durch Jörg Gullen, Herr Leuen, Predicant zu Rilsberg darbracht, das ich mich an der Schlacht ghalten als ein biderb Mann, und si bed hinder mir in der Ordnung gstanden, und hinwegkummen, da ich noch gstanden und mich gweret an Jngenden.

Durch Hans Schmid, miner Herren geschwornen Diener, der für zwen Runtschafft Amptshalb sagen mag, der gseit, das er und min Mitknecht zum drittens mal hinder und für sich gritten, mich gsucht, und zuletzt, wie ich kummen, vier oder fünf schier bym Dorf Hengst mit mir allgmach daher gangen, und das nieman mer hinder mir gsin, und das Dorf Hengst schon

vol Tzenden, das wir wider hinder sich müssen den Tzenden entlaufen, dann vnser ein ganzer Huff sichtig wurden, vnd vns nachluffend, samend wir im Berg in das Holz.

Warum man nüt an der Silbrugg zum Zollinger zogen.

Wie ich durch Iren Boten *) gnug darbracht, das ich si dem Zollinger gschickt, er soll sich darnach halten, wir müßind hinweg, der gmeinn Mann brech vff wider vnsern willen, vnd was Im wyter anglegen, min Herren drum suchen. Die Gestalt hand Im min Herren glich Morndrist ein eigen Boten gschickt mit einer Misiff. So hat man Im vff miner Herren Schriben aber einen Boten mit einer Misiff geschickt, namlich Peter Wirt von Kapell, vnd min Herren vns gschriben, wir solten 1000 Knecht hinuff an die Silbrug schiken, schickt ich von Stund nach Werdmüllers amptlüt, sagend Ir Hoptman war nit anheimsch, vnd hetten nienen Knecht funden vnd wellen nienhin züchen bis Ir Hoptman fem, vnd si Knecht hetten, vnd hatten aber min Herren namlich des Werdmüllers venli mit 1000 Knechten verordnet, vnd da sy diß antwort gabend, schickend wir nach dem Hoptman von Grüningen, das er mit sinen Knechten zug, welte ers auch nit thun, dann man solt andern auch vfflegen, vnd Im nüt allein, dann wolt er an sine Knecht bringen, vnd sin Unzal och dartzun, vnd vff solichs, da wir die vnghorsam allenthalb funden, schikten wir ylents ein Boten gen Melingen zu Meister Blasen, das er mit sinen Knechten fem von Stund, das that er, warend iren vngfar bi zweyphun-

*) Die Boten warend Melcher Schloser vnd Ludwig Hartmann Zuchscherer, der Schloser ist ein Meger oder Kutler.

berten. Entbott ich Hoptman Göldy, er sölte von Stund
 vß allen Noten oder Vogtigen, die Zall erfüllen, vnd
 das man am Tag vßbrach, vnd an die Silbrugg zus
 gend, das Göldy thet, vnd als ich zu Bremgarten sin
 mußte, vnd hiez zu verordnet von minen Herren Reth vnd
 Burgern im Friden zu handeln zc. vnd Morndrist am
 Morgen hinß zu der Paner kam, wolt die Notmeis
 ter haben von Fridens wegen, vnd so man vß ein Mas
 ten kumpt, wäht ich, des Werdmüllers Benli wär hins
 weg vor Tag, stund der Urrich da, wolt ouch (in Rat)
 inreden, fragt ich, wie das zugleng, vnd ließ Im von
 Stund an Hans Weber, miner Herren gschwornen
 Knecht bim Eid büten, daß er miner Herren Gheiß
 ghorfam, vnd von Stund an die Silbrug zug, wann
 si dalame gnug wär, darvß er antwort: wohin er sölte,
 es wölt nieman ghorfam sin, der mit Im zug, ob er
 mit dem Benli allein züchen sölte: redt Felix von Zos
 nen: Nun wolhin, diemylß mir bey dem End botten, wil
 ich ghorfam sin, vnd söl ich allein züchen. Darvß schlug
 man umb, zog das Benli hin, gabend Inen vom Gschütz,
 Hagen, und was si begerten, also blibend der merthenl
 Knecht zu Birmenstorff vnd daselben umb, vnd dies
 wyl man hört, das an mir gar nüz erwunden, vnd
 ich insunder allen Ernst vnd Flyß ankert, vnd aber nie
 man wellen ghorfam sind, oder niemer um nüz geben,
 hoff ich, sin billich nüzit entgelten.

*

*

*

Gnedig min Herren zc. Under andern Reden hat
 sich begeben, das Jacob Reinhart sol geredt haben,
 der Kasater ist ein nüt söllend Mann, vnd keiner Eeren
 werth; vnd als er sölicher worten gestöpt, hat er wyter

vol Tugenden, das wir wider hinder sich müssen den Tugenden entlaufen, dann unser ein ganzer Huff sichtig wurden, vnd uns nachluffend, famend wir im Berg in das Holz.

Warum man nüt an der Silbrugg zum Zollinger zogen.

Wie ich durch Iren Boten *) gnug darbracht, das ich si dem Zollinger gschickt, er soll sich darnach halten, wir müßind hinweg, der gemein Mann brech vff wider unsern willen, vnd was Im wyter anglegen, mit Herren drum suchen. Die Gestalt hand Im mit Herren glich Morndrist ein eigen Boten gschickt mit einer Missiff. So hat man Im vff miner Herren Schriben aber einen Boten mit einer Missiff geschickt, namlich Peter Wirt von Kapell, vnd mit Herren uns gschriben, wir solten 1000 Knecht hinuff an die Silbrug schiken, schickt ich von Stund nach Werdmüllers amptlüt, sagend Ir Hoptman war nit anheimisch, vnd hetten niene Knecht funden vnd wellen nienhin zuchen bis Ir Hoptman kem, vnd si Knecht hetten, vnd hatten aber mit Herren namlich des Werdmüllers venli mit 1000 Knechten verordnet, vnd da sy diß antwurt gabend, schickend wir nach dem Hoptman von Gröningen, das er mit seinen Knechten zug, welte ers auch nit thun, dann man solt andern auch vfflegen, vnd Im nüt allein, dann wolt er an sine Knecht bringen, vnd sin Unzal och dartzun, vnd vff solichs, da wir die vnghorsam allenthalb funden, schikten wir ylentz ein Boten gen Melingen zu Meister Blasen, das er mit seinen Knechten kem von Stund, das that er, warend iren vngfar bi zweyhung

*) Die Boten warend Melcher Schlofer vnd Ludwig Hartmann Zuchserer, der Schlofer ist ein Meger oder Kutler.

erten. Entbott ich Hoptman Göldy, er sölte von Stund
 an allen Noten oder Vogtigen, die Zall erfüllen, vnd
 was man am Tag vffbrach, vnd an die Silbrugg zu-
 send, das Göldy thet, vnd als ich zu Bremgarten sin-
 nußt, vnd hiez zu verordnet von minen Herren Reth vnd
 Burgern im Friden zu handeln zc. vnd Morndrist am
 Morgen hinuß zu der Paner kam, wolt die Notmeis-
 ter haben von Fridens wegen, vnd so man vff ein Mas-
 enkumpt, wäht ich, des Werdmüllers Benli wär hins-
 weg vor Tag, stund der Urrich da, wolt ouch (in Rat)
 nreden, fragt ich, wie das zugienß, vnd ließ Im von
 Stund an Hans Weber, miner Herren gschwornen
 Knecht bim Eid büten, daß er miner Herren Gheiß
 ghorfam, vnd von Stund an die Silbrug zug, wann
 i dalame gnug wär, darvff er antwurt: wohin er sölte,
 es wölt nieman ghorfam sin, der mit Im zug, ob er
 nit dem Benli allein züchen sölte: redt Felix von Zos-
 ien: Nun wolhin, diemylß mir bey dem End botten, wil
 ich ghorfam sin, vnd söl ich allein züchen. Darvff schlug
 nan umb, zog das Benli hin, gabend Inen vom Gschütz,
 Hagen, und was si begerten, also blibend der merthenl-
 Knecht zu Birmenstorff vnd daselben umb, vnd dies
 vyl man hört, das an mir gar nütz erwunden, vnd
 ich insunder allen Ernst vnd Glynß ankert, vnd aber nie-
 man wellen ghorfam sind, oder niemer vm nütz geben,
 hoff ich, sin billich nüzit entgelten.

*

*

*

Gnedig min Herren zc. Vnder andern Reden hat
 sich begeben, das Jacob Reinhart sol geredt haben,
 der Lafater ist ein nüt söllend Mann, vnd keiner Eeren
 werth; vnd als er sölicher worten gestöpt, hat er wyter

geredt mit etlichen Schwüren: Ja er ist keiner Eren wert, vnd hiemit gar schmechlich den Kaplerkrieg angezogen, ouch geredt, wie ich in der Mülln zu Satfen, diewyl man geschlagen, gefessen syn solle zc., da beger ich, diewyl er mir so gar Erverleglich zugeredt, daß ich keiner Eren wert sig, daß er mich deß erwiß, oder aber ab mir thüg nach miner Herren Noturft, vnd miner gnädigen Herren Erkantnuß vnd so er sölicher worten abfin, beger ich darumb biderb Lüt zu verhören.

Am andern, gnädigen min Herren, wle er mich dann so gar vnd höch mit schmechlichen Worten angezogen, mich ouch hiemit vnderstot zu scheiden vnd schmechen, das beschwärt mich größlich vnd nit unbillich, dann wiewol vff vnsern Unfall vil Getümel vnd Unwillen, villicht alsbald von etlichen Personen vß vffhalts als sunst, vff mich was, vnd damals Ir min gnedigen Herren vff min vilfaltig Recht anschrigens vnd mines zimlichen Embietens mir so gnedig warend, vnd einen lang verkünten menflich wüßenden Rechtsdag ansagend, mich alda gnediglich zu verhören; vnd damals vff denselbigen Tag min Verdacht, vnd was man mich schuldigety fürgehalten, darvff ich kein ander Antwort gab, dann das ich vm Gottes vnd der Gerechtigkeit willen begert, biderb Lüt, deren ich by 30 hat, zu verhören, vnd demnach über miner gnedigen Herren Rechts Spruch zu erwarten, das ouch min gnedigen Herren billich dücht, darvff min Runtschafft zu hören mit Recht erkennt, vnd Ir min gnedigen Herren ein Erkantnuß getan, die in Eschrifft stat zc. beger ich zu verhören.

Am dritten, so habend Ir min gnedigen Herren, einen schweren Nachgang vff mich halten lassen, darin funden, wie gern man mir den Brand geschürgt, aber nüt funden. Zudem ist wolzugedenken, wo ich vnerlich

oder vnredlich gehandelt, man hätt miner zu Weilen an der Gemeind nit verschont, dann etlich biderb Lüt noch wol wüßend, wie trüwlich man daselbs einandern von mintwegen hat erinneret.

Item, so hat man in miner dargestellten Kuntschafft gnug gehört vnd verstanden, wie ich mich an der Schlacht gehalten, vnd wo ich gsin, ob ich in einer Müßn das mals gsin oder nit. Zudem wirt sich anders durch kein biderb Man nyenenmer erfinden, dann das ich ab der Schlacht, nit mit den ersten, noch mit den mittleren, sonder erst mit den allerletzen kommen, vnd wie ich gen Hengst hinoff kummen bin, ist das Dorff voller Engenden gsin, das ich wider hinder sich entwers im Berg ins Holz kommen, vnd mich mit etlichen gsellen verschossen, vnd ongar by zwey Stunden Nachts erst gen Gattiken in die Müßn kam, ouch min Harnisch, Gwer vnd all min Wassen vnd Hab mit wehrhaffter Hand darvon bracht, wie einem Redlichen gebürt, vnd es nit schantlich, wie wol ich Noth glitten, hingworfen, vnd ee wellen den Tod darvmb liden, vnd ob er die Sach in verzug oder vffschlag züchen, Im das nüt gestatten, sondern streng begeren, das mir damit miner Eeren halb gnug beschehe, vnd nit ein nūwv sondern ein alty Sach sig.

M i s z e l l e n.

Eine Festlichkeit der alten Zeit.

Aus Dominikus Rothensflue's Chronik von Rapperschwil.

Der Ehrwürdige Geistliche Hr. Matheus Rikenman, Pfarrer der uralten Pfarren Bollingen, thate viele Wallfahrten, sonderlich zweymahl zu U. L. Fr. gen Loretto und Rom zu den H. Aposteln Petrum und Paulum, allwo er vernommen, wie der Orden de mercede redemptionis captivorum in großem Flor; er bekam eine große Anmuthung zu selbigem; beschlosse bey sich selbst, von dem H. Orden eine Bruderschaft-Bulle, mit des H. Ordens vielfältigem Ablass begabet, zu begehren, und in seiner Pfarre Bollingen aufzurichten, so ihm gnädig ertheilt worden durch den Hochw. C. F. Carolum a Matre Dei Procuratoren der discalceaten Religiosen zu Rom der Seligen Jgf. Maria von dem Lohn der Erlösung der gefangenen Christen.

Dieser Hr. Matheus Rikenman, praeses primarius, hat auch wegen Ursprung und Handlung dieses Ordens, ein Buch ausgehen lassen, unter dem Titul, die Geistliche Esther. Obgenannte Bulla kam nach Bollingen, und wurde der Bischöfliche Consens No. 1687 den 7. July auch eingeschickt.

Einsetzung dieser Bruderschaft in der Pfarrkirch Bollingen.

No. 1687. Nachdem die Praeliminaria zu dieser Festivität verfertiget, war das Fest Sonntags den 3. August angesehen. Auf den Vorabend nach der Bethglocke wurden sechs kleine Mörser abgebrannt, dem Volk auf das mondrige Fest ein Zeichen zu geben. — Morgens den 3. August ward das Geschütz wieder gelöst,

auf welches die Benachbarte zu Schiff und Land in großer Menge der Kirche zu geeilet; um 7 Uhr wurde der Solennität ein Anfang gemacht mit einer Tragödie, vorstellend, was große Pein und Marter die Christ-Catholische von den barbarischen Türken und Tartaren als Gefangene erdulden müssen, um jederman zum Mitleiden und Barmherzigkeit zu bewegen, um derselben Erlösung zu bethen. Hierauf wurde eine Predigt auf einem Theatro gehalten, von P. Hyacinth, Capuciner von Sursee, aus der Familie Rapperschweil; auf die Predigt folgte das Hohe Ampt durch Hr. Statthalter zu Pfäffikon, nach dessen Verrichtung mit dem Venerabili der Segen gegeben, und das Te Deum laudamus gesungen ward.

Diese Bruderschaft wird von Bollingen
nach Rapperschweil transferiert.

No. 1688. Es fanden sich wegen Unbequemlichkeit des Orts Bollingen wenig Liebhaber zu dieser Bruderschaft, danahen man rathig worden, selbige in die Pfarrkirch Rapperschweil überzusetzen, allwo der Gottesdienst für Beichtende und Communicierende bequemer; der General-Procurator zu Rom ließ sich diese Transferierung auch gefallen, laut Schreibens, auch gab der Bischof von Constanz seinen Consens darzu laut Schreibens de dato 3. Septbr. 1688.

Solennität so darben vorgegangen.

No. 1689. Man machte zu dieser Transferierung alle Anstalten. Hr. Rudolf Willi, Lateinischer Schulmeister, componierte darzu eine schöne Action. Der Tag zu der Solennität war angesetzt den 31. July. Am Abend zuvor wurde das Geschütz auf der Burg

zu Rapperschweil und auch zu Bollingen gelobt. Am Morgen nach der Bethglocke den 31. July, bey schönem Wetter, geschah wiederum an beyden Orten das gleiche. Um 5 Uhr hat Hr. Präses zu Bollingen Meß gelesen, nach solcher mit seinem zugerüsteten Schiff nach Bueß-Kirch gekommen, nicht weniger waren alle übrigen Schiffe der Patronen, Combdianten, Türken und Christen nach vollendeter Meß in der Epistal-Kirch, auch zu Bueß-Kirch angekommen, und in folgende Ordnung gestellt:

Ordnung zu Wasser.

1. Das Schiff S. Josephi, an dem Spiß der Schuß-Engel S. Joseph, in der Mitte des Schiffs erhöht mit zierlichen Emblematis geziert, das Schiff war von Englen geleitet und gezogen.

2. Das andere Schiff, die triumphierende Mutter Gottes Maria genannt. An dem vordersten Gransen stand S. Mauritius als Patron der Pfarr-Kirche Bollingen, zwischen zwey großen Pagen, in der Rechten mit ausgezuckten Säbeln, in der Linken mit Schilten bewaffnet; in der Mitte saß auf einem erhabenen Thron Maria, Mutter Gottes, von vier Pagen umgeben, alle mit Palmzweigen und Schilten geziert, zu hinterst der Steurmeister so das Schiff leitete, samt vier Capuzinern, so das Schiff geziert und gezogen.

3. Das dritte Schiff von Bollingen. Auf dem vordersten Gransen stand S. Basilius Martyr, auf dem hintersten S. Felix Martyr, in der Mitte beyder Bruderschaft Patronen, S. Petrus Nolascus und Raimundus Nonnatus.

4. Das große Christenliche Kriegsschiff. Auf dem vordern Gransen standen zwey Harnisch-Männer mit

Schlachtschwertern, in der Mitte dieser Männer der Schiffß-Patron mit einem Plumaschi; in der Mitte 26 Kriegß-Schützen, in der Höhe der Fähdrich mit einer rothen Standarten, nebst diesem die Ruderknechte in Roth und Weiß bekleidet, in dem hinteren Gransen wiederum zwey geharnischte Männer mit ihren Schlachtschwertern, zwey Trompeter, Trommen und Pfeiffen.

5. Daß Türkische Kriegß-Schiff, im vordern Gransen stunden zwey Türkische Bogen-Schützen, in der Mitte der Türkische Schiffß-Patron, in Mitte der Türkische Cornet mit einem Fahnen, neben ihm 26 Türkische Bogen-Schützen, so mit Pfeilen gegen die Christen schießen, bey ihnen Schallmehen und Pauken, die Türkischen Ruderknechte in Grün und Blau gekleidet, im hinteren Theil stunden wiederum zwey große Arabische Bogenschützen mit Türkischen Bünden, in Mitten derselben der Türkische Keyser sehr prächtig bekleidet.

Diese zwey großen Kriegß-Schiffe kreuzten in schönster Ordnung zwischen den dreyen obbemeldten Patronen-Schiffen, mit fliegenden Fahnen, klingendem Spiel und lustigem Schießen. Diese Schiff-Ordnung rangierte und regierte der Pfarrherr zu Bueß-Kirch in einem Jagdschifflein von fünf Polackisch gekleideten Ruderziehern.

Da man zu der Brücke schiffete, läutete man mit allen Glocken, unter der Brücke lößte man das Geschütz zu dem Seegefecht, und wahrte so lang, biß man mit allen Schiffen in der Ziegelhütte zu gelände war, allwo die Proceßion in folgende Ordnung gestellt wurde:

1. Der Schutz-Engel mit einem Kreuz in der rechten, und Schilt in der linken Hand.

III.

Geschichte der Unruhen zu Basel im Jahre 1691.

(Fortsetzung.)

Vierter Abschnitt.

Von der Abreise der Gesandten der Tagsatzung
bis zur Ankunft der acht eidgenössischen
Mediatoren.

3. May bis 29. Juli.

Nach der Abreise der eidgenössischen Gesandten beschäftigten sich zunächst alle Parteyen mit den noch übrigen Wahlen. Aber, wenn gleich die Besetzung der beyden Obristzunftmeister-Stellen durch die Zünfte, und den 4. May auf Begehren der Ausschüsse die Wahl eines Bürgermeisters *) durch den großen Rath äußerlich ganz ruhig vor sich ging, und hierauf auch ohne Hinderniß die Besetzung der Schultheißen-Aemter **) zu Groß- und Klein-Basel so wie andrer Stellen, so herrschte doch in der That die größte Verwirrung. Es

*) Lukas Burkhard, ein naher Verwandter des entsetzten Obristzunftmeisters. Die Ausschüsse hatten seine Erwählung zum Obristzunftmeister verhindert, aus Furcht, die Burkhardische Faction möchte wieder zu stark werden. Es scheint, daß seine Erwählung zum Bürgermeister die Verbindung der Socine und Burkharde gegen die Ausschüsse befestigen sollte.

**) Die Präsidenten der Stadtgerichte über Civilsachen.

lassen sich eigentlich vier Hauptparteyen unterscheiden, die in ihren Absichten zwar verschieden sind, unter denen aber, wie bey solchen Kämpfen zu geschehen pflegt, oft unerwartete Coalitionen entstehen, wenn die gleiche Maßregel die besondern Zwecke mehr als einer Faction befördern kann. Daraus entsteht dann ein täuschender Schein der Annäherung, welcher aber wieder verschwinden muß, sobald die Parteyen, was sie gemeinschaftlich errungen haben, für sich zu benutzen suchen.

Die stärkste und für jetzt ganz überwiegende Partey war die der Ausschüsse; nicht daß alle Bürger ihnen aufrichtig ergeben gewesen wären; denn außer den sogenannten Räubigen, welche aus mehr oder weniger löblichen Absichten ihnen öffentlich gegenüber standen, gab es noch eine zahlreiche Klasse, die theils aus Furcht, theils aus bloßer Neigung zum Müßiggange und zu Unruhen, theils aus Eifersucht und Neid den Befehlen der Ausschüsse zwar gehorchte, aber leicht zum Abfall konnte gebracht werden, wenn die Umstände sich änderten. Diese Klasse ist überhaupt bey allen Unruhen sehr zahlreich, und nur zu oft gereicht es selbst gutgesinnten Männern zum Verderben, wenn sie Anhänglichkeit oder gar Aufopferungen von derselben erwarten. Dennoch war unter der rechtlichen Klasse der Bürger die große Mehrheit ganz entschieden für die Ausschüsse, und wenn sie auch die Uebertreibungen und ungesetzlichen Schritte nicht billigen konnten, so entschuldigten sie dieselben mit der Nothwendigkeit, den bösen Willen der Machthaber auf alle Weise zu bekämpfen. Denn wenn auch manche Ausschüsse ihren Privatvorthell eben so sehr als das allgemeine Beste im Auge hatten, so gab es doch unter ihren Häuptern

einer Anzahl von Mitgliedern des kleinen und großen Rathes, diese aus einem Theile der Entsetzten bestehend, beide aber wieder durch den Anhang, welchen auch sie unter der Bürgerschaft hatten, und durch ihre geheimen Intriguen gefährlich. Wenn die erstern in treuloser Verbindung mit manchen Ausschüssen, dieselben zu unregelmäßigen Schritten antrieben, um durch sie ihre Gegner im Rathe zu unterdrücken, so beförderten auch diese aus allen Kräften die Unordnung, theils aus Erbitterung über ihr Schicksal, theils in der Hoffnung sich durch die Verwirrung wieder emporzuschwingen, oder endlich gewaltsame Einwirkung der Eidsgenossen herbeizuziehen *).

Zimmer unbedeutender erscheint neben diesen vier Parteien die Geistlichkeit, welche früher die Greuel, denen man nicht abhelfen wollte, öffentlich gerügt, und nicht sowohl die Erbitterung unter der Bürgerschaft erregt, als die schon vorhandene Stimmung laut ausgesprochen, und dadurch anfänglich einen so wichtigen Einfluß auf die Sechser und dann auf die Ausschüsse erhalten hatte. Allein je mehr die Leidenschaften aufgeregt wurden, je mehr der Widerstand, welchen die geforderten Verbesserungen fanden, den bösen Willen der Machthaber bewies, und zu entschloß:

*) Daß die den 24. März Entsetzten auch an der Entsetzung neun andrer den 20. April sollen Theil genommen haben, ist oben bemerkt worden. — Den 2. May rief der entsetzte Rathsherr Gessler den Bürgern, welche den Rath eingeschlossen hielten, aus einem Fenster zu: „Ihr Bürger haltet euch dapper, ihr habt eine gerechte Sache“ Ms. No 1. — Die vierte Partey kommt unter dem Namen der Malcontenten vor.

So hatte auch im großen Rathe diejenige Partey, welche es nicht verhehlte *), daß sie die Mediation abzuwenden suche, mit Hülfe der Ausschüsse das Uebergewicht erhalten, und es konnte in die Frage kommen, ob die übrigen Orte das Recht haben, Basel eine Vermittlung oder gar Schiedrichter aufzudringen, da weder die Regierung noch die Bürgerschaft dieses verlangte **). In Zürich sah man die Sache wirklich so an, und suchte die Berufung einer Tagsatzung so lange als möglich zu verschieben, weil wegen der Stimmung der übrigen Regierungen gewaltthätige Entschlüsse zu besorgen waren. Denn als die Schreiben von Basel vom 11. May der Regierung von Luzern (^{13/23} May) waren mitgetheilt worden, so erfolgte (unterm ^{15/25} May) die Antwort an Zürich: „Wenn eine Obrigkeit zu Basel
 „über die erlittenen Gewaltthaten dergestalt solle ver-
 „sunkn und eine Bürgerschaft in dem anmaßenden
 „Gewalt mit Verwerfung eyngenössischen Rechts be-
 „steht gelassen werde, so folge beständige Verwirrung
 „und äußerste Gefahr; auch Consequenz für die Eyn-
 „genossenschaft; daher solle man das Geschäft nicht aus
 „den Händen lassen. Sie überlassen Zürich zu beden-
 „ken, ob man der Regierung oder den Bürgern will-
 „fahren soll“ ***). In gleichem Sinne schreibt Bern

*) Heimlich waren die meisten Mitglieder des großen Rathes gegen die Mediation, aber sie wollten vor den Eidgenossen nicht in diesem Lichte erscheinen.

**) Nur die sogenannten Malcontenten, d. h. die entsetzten Rathsglieder, forderten beharrlich eine Mediation, und beklagten sich, daß durch die Abreise der eidgenössischen Gesandten und Repräsentanten ihre Hoffnungen seyn getäuscht worden. Brief an Landvogt Leu 9. Juni.

***) Ein zweytes Schreiben von Luzern 20/30. May, nachdem

„meiner Conservation rathe können, und die Herren
 „Länder (die demokratischen Orte) wenn sie zu Arau
 „nicht erscheinen würden, guten Resolutionen desto mehr
 „widerstehen können.“ Damit stimmten dann auch
 die übrigen Städte überein, und in Bern und Solothurn war wirklich eine Partei, welche ein Aufgebot erlassen und Truppen an die Baslergrenzen verlegen wollte, um die Bürgerschaft zu schrecken *). Allein allen diesen Bemühungen der übrigen Orte widersetzte sich Zürich beharrlich, und verzögerte die beschlossene Zusammenkunft, weil die einen Mitglieder der Regierung die Unterdrückung der so dringend notwendigen Verbesserungen zu Basel befürchteten, und an die Möglichkeit eines gütlichen Vergleiches ohne eidsgenössische Einmischung glaubten, andre wenigstens klug genug waren, der Stimmung ihrer eignen Bürgerschaft nachzugeben. Denn unter dieser hieß es allgemein, „wer wollte sich dann brauchen lassen, diese ehrlichen Leute zu überziehen“? eine Aeußerung, welche da, wo keine stehenden Truppen in Versuchung führen konnten, die Volkstimmung zu unterdrücken, alle Aufmerksamkeit verdiente **). Auch die Berichte des in Basel zurückgelassenen Sekretär Holzhalb, die von vieler Abneigung gegen die Ausschüsse zeugen, konnten um so weniger eine Aenderung des Systems der Zürcherregierung bewirken, da durch Privatberichte von Basel immer noch die Hoffnung erhalten wurde, daß die beiden Hauptparteyen

*) Brief an Landvogt Leu d. d. 26. Juni. Zu Basel wurde wirklich nach der Abreise der Gesandten das Gerücht verbreitet, Zürich und Bern haben 6000 Mann aufgemahnt.
 Ms. No. 1.

**) Brief an Landvogt Leu, d. d. 7. May.

ohne fremde Einmischung vergleichen könnten. Das unterblieb dann die verabredete besondre Zusammenkunft der aristokratischen Kantone, und bis zur Jahrschnung zu Baden *) (Ende Juni,) konnten keine weiteren Schritte von Seite der Eidgenossen Statt finden.

Indessen Zürich also den Baslern Zeit zu verschaffen, die Streitigkeiten unter sich auszugleichen und ihre Einrichtungen zu verbessern, ging das Bestreben der Ausschüsse zunächst dahin, was bisher beschlossen worden, zu sichern; und die Bestätigung der neuernannten Mitglieder des großen und kleinen Rathes zu bewirken. Allein gegen mehrere dieser Wahlen wurden wegen vorgefallener Unregelmäßigkeiten Einwendungen gemacht, besonders von solchen, die dabey waren übersungen worden **). Daher beschloß der große Rath

*) Die ordentliche Tagsatzung im Juni und Juli, wo neben andern Geschäften die Rechnungen über die kleinen Einkünfte berichtet wurden, welche den Ständen aus den gemeinen Herrschaften zufließen.

**) Beschluß des großen Rathes vom 16. May. „Wenn jemand gegen eine dieser Wahlen sich zu beschweren habe, soll er es vor dem großen Rathe anbringen, und seine Klagen erweisen.“ Das Ms. No. 1. fügt bey: „Deshalb hatten sich etliche Sechser, welche Meister (Zunftmeister) zu werden gehofft, schon vorher angegeben; besonders zwey von Wäbern (Zunft), welche sich wegen des Meisters Einders Erwählung beschwert, indem mehrere Zünfter vor seiner Wahl mit Wein und Tobak schon angefüllt gewesen, einige gar nicht begewohnt, sondern sich in den nächsten Wirthshäusern aufgehalten, so daß sie den Eid nicht zu prästiren gewußt, und andere Insolenzen mehr. Aber zu dieser Zeit haben sie nichts erhalten mögen, bis zu Austrag der Sache, da er neben andren wieder entlassen wurde.“ Einder war einer der Ausschüsse.

zwar schon den 12. May, „die neuen Sechser und Meister sollen von den Zünften eingegeben und wenn keine Unförmlichkeiten bey der Wahl vorgegangen, confirmirt werden;“ aber noch den 4. Juni wurde diese Bestätigung auf's Neue verschoben *). Ebenso fand die Handhabung des frühern Beschlusses Schwierigkeiten, daß diejenigen, welche geringere Aemtchen bekleideten, bis nach Beendigung der ganzen Reformation den Sitzungen des großen Rathes nicht beywohnen sollen; denn die kleinen Rätthe wollten wenigstens bey den Wahlen diese Anhänger nicht entbehren. Daher wurde den 12. May der Beschluß im großen Rathe durchgesetzt, „daß es zwar bey der Erkenntnuß wegen Abtritt der obrigkeitlichen Bedienten bleiben, doch wenn Aemter zu besetzen, dieselben sollen zugezogen werden“; und eben diese Antwort wurde den Ausschüssen den 28. May ertheilt, als sie ihr Begehren erneuerten. Damals entfernten sich mehrere Sechser, aller Ermahnungen ungesachtet, voll Unwillens über den Beschluß aus der Sitzung, und gaben dadurch das gefährliche Beyspiel, daß eine Minorität sich öffentlich gegen die Majorität erhob, was bis dahin immer noch hatte können verhütet werden.

Ueberhaupt zeigen sich um diese Zeit mehrere Spuren steigender Gährung und heftigerer Parteyung, wozu vorzüglich die Malcontenten scheinen beygetragen zu haben, deren Bestreben immer dahin ging, eine gütliche

*) Beschluß des großen Rathes 4. Juni. „Diese Bestätigung soll bis nach der Surzacher-Messe eingestellt seyn, weil viele Rathesglieder sich auf der Messe befinden.“ Nach Ochs wurden Messen und Bäder nie zahlreicher besucht, als in diesem Sommer, weil viele aus Furchtsamkeit sich unter diesem Vorwande entfernten.

Beflegung der Streitigkeiten zu verhindern, da für sie wenig dabey zu hoffen war *). Dennoch wurden die angefangenen Verhandlungen über die von den Ausschüssen eingegebenen Punkte des Finanzwesens mit Thätigkeit fortgesetzt, verschiedene denselben entsprechende Einrichtungen vom großen Rathe gemacht, und die dadurch nöthig gewordenen neuen Stellen besetzt **). Dagegen übergaben auch die Ausschüsse

*) Ein Memorial der Ausschüsse vom 16. May enthält unter anderm: „Weil einige Bürger mit Fremden correspondiren, „schimpflich von Basel reden, und besonders der ausgetretne „Schultheiß Harber (Sohn des Stadtschreibers) sie hie und da „in der Eidgenossenschaft verläumde, so soll derselbe neben andern citirt werden.“ Den 17. wurde ein Mandat des großen Rathes auf den Bünsten verlesen, „daß jeder sich nachtheiliger Correspondenz enthalten solle, welche Uneinigkeit pflanze; wer dergleichen halte, soll angezeigt werden; und weil geklagt werde, daß unter der Bürgerschaft viel ungute Reden geführt, ehrliche und redliche Bürger mit Worten schmählich angetastet, verläumbet, auch sogar einigen nicht auf die Bünste verkündet, bey Nacht allerhand Unfug angestellt, ehrlichen Leuten an den Häusern angeläutet oder angeklopft, spöttisch zugerufen, schändliche Lieder abgesungen werden u. s. w., so werde ernstlich dagegen gewarnt, auch soll, wer nach der Nachtglocke ohne Licht auf der Straße betreten werde, angehalten und zur Strafe gezogen werden.“ Ms. No. 1. Den 11. Juni beklagen sich die Ausschüsse vor dem großen Rathe, daß sie von den Malcontenten mit Droh- und Scheltworten heftig angetastet werden.“ ib. Der Schultheiß Harber war im Nahmen der Malcontenten in mehrere eidgenössische Orte gereiset, um Hülfe zu suchen.

**) Den 18. May wurde vom großen Rathe die Errichtung einer Rechenkammer beschlossen, in welcher auch drey Sechser

den 27. May, der an sie schon vorher ergangnen Aufforderung zufolge, ihre Begehren über die Einrichtung und Verwaltung des Polizey- und Justizwesens, und über die Rechte oder sogenannten Privilegien der Bürgerschaft *). Es erneuerte sich deswegen die Hoffnung, daß Alles gütlich könne beigelegt werden, aber mit demselben mußte auch die Abneigung gegen eine eidsgenössische Mediation sich vermehren; und diese durch Privatbriefe auch zu Zürich erregte Hoffnung trug viel dazu bey, daß dieses Ort die Berufung einer Tagsatzung so lange als möglich verzögerte.

Während nun aber die Ausschüsse wenigstens zum Theil auf Beendigung der Streitigkeiten hinarbeiteten, und sich nur über die Gefahren beklagten, womit die Malcontenten sie bedrohen, sahen sie die weit größere Gefahr nicht ein, die in dem Geiste eines großen Theils ihrer Anhänger lag. Selbst mit guten und uneigennütigen Absichten erfüllt, trauten die Bessern aus ihnen auch ihren Collegen dieselben Beweggründe zu, und glaubten, auch bey der Bürgerschaft auf wahren Sinn

Sitz und Stimme haben sollten. Ferner wurde bestimmt, daß drey Landvogteyen und andre geringere Aemter, wieder, wie früher, vom großen Rathe und der Bürgerschaft sollen bestellt und verwaltet werden. Den 20. May wurden die Aemterbesoldungen, deren Ungewißheit vorher zu vielen Unterschleifen Anlaß gegeben, genau bestimmt. Den 25. May wurden mehrere Wahlen vorgenommen, ohne daß über die geringste Unregelmäßigkeit geklagt wird u. s. w. Ms. No. 1.

*) Es waren 95 Punkte, welche das Polizeywesen betrafen, 27 über das Justizwesen, und 15 über die Privilegien. Manche derselben sind überspannt; die mehrern jedoch nicht unzumässig. Unter Polizey war alles enthalten, was auf die Verfassung Bezug hatte.

für Freyheit und Recht zählen zu können. Wohl hätte sie schon das Mißlingen des Vorschlags, daß kein Ausschuß in den nächsten sechs Jahren ein Amt annehmen solle *), und das Bestreben vieler Ausschüsse, bey Ergänzung des großen Rathes Sechserstellen zu erhalten, warnen können. Aber Mangel an Menschenkenntniß erhielt auch ihr Vertrauen auf solche, denen die Beförderung der guten Sache nur ein Mittel zur Erreichung ihrer Privatabsichten war. Eine stärkere Warnung erhielten sie, als es sich bald nachher zeigte, an welchen Gegenständen einem bedeutenden Theile der Bürgerschaft eigentlich am meisten gelegen war. Als die Ausschüsse den 28. May die wichtigsten ältern Urkunden für die Freyheiten und Rechte der Bürger auf den Zünften verlesen ließen **), um die Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen zu beweisen, so wurde zwar dieser Anlaß zu einer fröhlichen Feyer benutzt; aber als eben diese, den meisten vorher unbekannten, Urkunden fünf Tage nachher zugleich mit einigen wirklich ausgemachten Punkten der Oekonomie, Polizen, Justiz und der bürgerlichen Privilegien sollten verlesen werden, liefen viele Bürger mit der Aeußerung weg, „sie hielten mehr darauf, daß man ihnen von Handwerksfreyheiten ablese als von solchen Sachen:“ und noch weniger wollten sie die Verlesung der von den Ausschüssen eingegebenen und bis dahin noch unausgemachten Punkte anhören. Dieser

*) Der oben genannte Weißgerwer Johannes Müller, ein Mann der in den lateinischen Klassikern und der vaterländischen Geschichte wohl bewandert war, machte diesen Vorschlag.

**) Nämlich den Freyheitsbrief, welchen Kaiser Friedrich III. 1452 der Stadt ertheilt hatte, und den Bundesbrief mit den Eidsgenossen.

Verhältnisse verbessert werden *). Der große Rath beschließt, die erneuerten Eidesformeln den Ausschüssen zur Einsicht mitzutheilen, und die Zünfte aufzufordern, ihre Klagen einzugeben, wenn bey den letzten Zunftmeistern und Sechserwahlen irgend etwas Unförmliches vorgegangen, damit dann ohne Verzögerung die Einsetzung des neuen Rathes und die Eidesleistung Statt finden könne? Allein jetzt entstand eine gefährliche Streitigkeit, die auf neue große Verwirrungen zur Folge hatte. Die Sechser glaubten, nachdem der große Rath förmlich als der Mehrere Gewalt anerkannt sey, so müsse der Bürgereid nicht nur den kleinen, sondern bey den vereinigten Räthen geleistet werden. Die Bürger aber verweigerten dieß aus Eifersucht gegen die Sech-

*) Die neue Eidesformel der Rätthe lautet: „Die Bürger bey
„allen ihren Freyheiten u. s. w. bleiben zu lassen, sonderlich
„alle Ordnungen, Gesetz und Statuta, so bey dem Refor-
„mationswerk 1691 dem gemeinen Wesen zu gut gemacht
„worden, zu ewigen Zeiten zu handhaben, ohne Vorwissen
„und Willen der Bürger nichts zu ändern u. s. w.“ Die
alte Eidesformel, auf welche die Bürger auf den Zünften
schwuren, lautete: „Ihr sollt schwören Unserer Herren ausge-
„gangne Reformations-Mandata, auch andre der Stadt und
„eurer Zunft Ordnungen, so euch von den Rätthen gegeben
„sind oder noch gegeben werden, (die Ausschüsse forderten,
daß diese vier Worte ausgelassen werden,) „samt Bündnus-
„sen u. s. w. treu zu halten. Eure Steuern und Umgelt
„zu geben, als man das zumahl gibt oder fürters aufgelegt
„wird.“ (Hier fügten die Ausschüsse bey: mit euerm Willen
auf erheischenden Nothfall.) „Kein Kottirung noch Ver-
„sammlung mit niemanden zu machen.“ (Zusatz der Aus-
schüsse: So wider oder zu Schaden des gemeinen Besten
laufen.)

ser, obschon diese auf den Zünften anerbotten, in diesem Falle die Mediation auch zu verwerfen. Allerdings kann die Forderung der Sechser begründet scheinen, da sie vereinigt mit dem kleinen Rathe die höchste Gewalt bildeten; aber die Abneigung der Bürger wird begreiflich, wenn wir uns erinnern, daß viele Sechser geringe und verachtete Aemtchen bekleideten; wozu noch kam, daß bey den letzten Wahlen mehrere zu Sechserstellen gelangt waren, die kurz vorher das Bürgerrecht erworben hatten *). Da nun die Ausschüsse gegen die Sechser, seit sie ihre Anschläge nicht mehr begünstigten, aufgebracht waren, so benutzten sie diesen Anlaß, um dieselben mit den kleinen Räthen zu entzweyen und sich selbst den Letztern zu nähern. Diesen konnte es aber nicht entgehen, daß auf solche Weise der große Rath am sichersten seiner Rechte wieder könne beraubt werden. Sie waren daher bald zu einer solchen Vereinigung mit den Ausschüssen bereit. Daß aber die kleinen Räthe und die Ausschüsse zunächst zwar die Sechser zu unterdrücken, dabey aber einander gegenseitig zu überlisten trachteten, ist eine gewöhnliche Erscheinung bey Revolutionen.

*) Die Bürger wollten sich zu dem Eide noch weniger als zu der Mediation verstehen, weil viele Sechser erst seit wenigen Jahren Bürger geworden, vorher aber leibeigene Unterthanen fremder Herren gewesen waren. Solchen, so wie Ueberreutern, Stubenknechten u. dgl. den Eid zu schwören, hielten sie für unschicklich. Auch wäre dieser Eid, obschon nach richtigen Grundsätzen völlig zu billigen, doch etwas Neues gewesen; denn ein einziges Mal, im Jahre 1529, schwor die Bürgerschaft dem kleinen und großen Rathe gemeinschaftlich. S. Dops, Geschichte von Basel, Band 5. S. 673.

Der kleine Rath ließ also den Bürgern auf den Zünften die Gründe vortragen, warum den Sechser kein Eid, vielmehr von ihnen der Eid gemeinschaftlich mit den übrigen Bürgern dem kleinen Rathe müsse geleistet werden. Da nun kein Bürger für die Sechser auftrat, so erklärten diese (24. Juni): „Sie haben ferner kein Bedenken, mit und neben den Bürgern *) den Jahreid abzulegen; doch ihren Privilegien und was seit dem Reformationswesen abgeschlossen worden, ohne Nachtheil; und unter der Bedingung, daß die Ausschüsse nun alle ihre noch übrigen Punkte übergeben und von ihren Aemtern abtreten; wobei sie noch äußerten, daß sie im entgegengesetzten Fall die Eidsgenossen als wirkliche Säge **) anrufen werden.“ Auf diese Erklärung faßte zwar der kleine Rath (25. Juni) noch einen Beschluß, wodurch die Rechte des großen Rathes so bestimmt wurden, wie es früher war verabredet worden ***); aber diese Rechte werden nur wie

*) Dafs sagt, der Ausdruck „mit und neben den Bürgern“ habe die Eitelkeit der Bürger beleidigt, weil er den Verdacht erregt, als wollten die Sechser nicht zur gleichen Klasse mit den Bürgern gehören.

**) D. h. Richter, nicht als bloße Vermittler.

***) „Der kleine Rath bestätigt, daß Folgendes vor Kleinen und großen Räten zugleich tractirt werde: 1. Alle noch übrigen Punkte der Oekonomie, Polizei, Justiz und der bürgerlichen Privilegien. 2. Bündnisse, neue Steuern oder Umgeld, oder Erhöhung der alten, Aenderung der Eide, Auszüge in Krieg zu erlauben, und Frieden, Fundamentalsatzungen. 3. Wahlen der Bürgermeister, Deputaten, Dreier, Rathsherren, Stadt- und Rathschreiber, Landvogteyen, extraordinäre Gesandtschaften, da es um Bündnisse, Fried und Krieg zu thun; auch Relationen von der Fog-

eine Gnade des kleinen Rathes, als unumschränkten Gebiethers, dargestellt, und schon am folgenden Tage zeigte derselbe, wie gering seine Aufrichtigkeit sey. Denn als die Ausschüsse vortrugen, „der große Rath habe gegen den Willen der Bürger zu viel Gewalt an sich gerissen; sie verlangen, daß ihm dieselbe wieder genommen, und der kleine Rath allein für die höchste Obrigkeit erkannt werde; wenn sich der große Rath widersetze, so solle er mit Gewalt dazu gezwungen werden;“ auf diesen Vortrag der Ausschüsse also ließ der kleine Rath sogleich die Sechser versammeln, und ihnen durch drey Abgeordnete verschiedene Punkte vorlegen, wodurch ihre Rechte wieder sehr beschränkt wurden. Vergeblich ließen nun die Sechser dem kleinen Rathe wieder erklären, „daß sie hoffen, man werde sie bey ihrer Gewalt lassen, und was verhandelt worden, nicht umstoßen.“ Der kleine Rath blieb bey seinen Forderungen, und konnte sich dabey auf die Ausschüsse stützen, deren Abgeordnete jedes Mal, wenn die der Sechser abgetreten waren, vorgelassen wurden und den kleinen Rath ermahnten, „nicht nachzugeben, sondern als die „hohe Obrigkeit den Sechsern zu befehlen, was sie thun „sollen“; denn die Forderung, daß sie ihre Aemter niederlegen sollen, hatte den Ausschüssen gezeigt, wie wenig sie von den Sechsern zu hoffen haben. Diese erklärten daher endlich, da alle Vorstellungen vergeblich waren, und die kleinen Räte, um nicht überstimmt zu werden, sich nicht einmahl zu gemeinschaftlicher Vera-

„sagung. 4. Daß verschiedene Vogteyen und kleinere Aemter „immer an große Räte fallen, doch die Wahl dem kleinen „Rathe bleiben soll.“ Kl. Rathsbeschluß 25. Juni. Ms. No. 1.

thung mit den großen Rätthen versammeln wollten, „daß sie sich wider ihren Willen gezwungen sehen, diese Gelegenheit an die Tagsatzung zu berichten, und deswegen gegen alles Unheil protestiren, welches daraus entstehen könnte.“

Es hatten sich nämlich unterdessen die eidsgenössischen Gesandten zu der Jahrrechnung in Baden versammelt, und sogleich die Baslerangelegenheiten in Berathung genommen. Die Gesandten von Basel versicherten, sowohl vor der allgemeinen als vor der besondern Sitzung der reformirten Orte, daß Alles im besten Gange sey, und sie hoffen, daß in Kurzem alles werde berichtigt seyn; weil man aber diesen Berichten nicht traute, so wurde der in Basel zurückgelassne Sekretär Holzhalb nach Baden berufen, auf dessen Bericht dann mehrere Orte, „weil leichtlich weiters in andre Orte auch erwachsen möchte“ *), ein ernstliches Schreiben an Basel erlassen wollten, die Einsetzung des neuen Rathes noch zu verschieben, und die Mediation anzunehmen. Allein da die Gesandten von Zürich und einigen andern Orten erklärten, daß sie keine so spezielle Instruktionen haben, so vereinigte man sich endlich über ein Schreiben, welches ohne Erwähnung der Mediation nur Ermahnungen enthielt, „nichts zu thun, was die Sache alteriren könnte, bis die Tagsatzung ihre wohlmeinenden Gedanken überschreiben werde, da man wegen Kürze der Zeit dieß gerade jetzt noch nicht könne“ **). Indessen waren die Meinungen ganz entgegengesetzt. Mehrere Orte, unter andern Bern und Solothurn, wollten die Basler

*) Abscheid der Jahrrechnung.

**) Schreiben der Tagsatzung an kleine und große Rätthe und die Bürgerschaft zu Basel. d. d. 26. Juni (6. Juli).

Jetzt sahen sich die Ausschüsse auch von den kleinen Räten wieder verlassen und auf's Neue in die Nothwendigkeit versetzt, eine bestimmte Erklärung über die Mediation zu geben. Sie ergriffen also das gleiche Mittel, wie früher, und erklärten vor dem großen Rathe (2. Juli), „daß sie mit niemanden Streit haben; wenn aber kleine und große Räte unter einander Streit haben, so gebe sie dieß nichts an. Auch hoffen sie, die Bürgerschaft werde nun dem Rathe den Eid leisten, weil sie alle ihre Angelegenheiten demselben übergeben haben.“ Eben dieses trugen sie auch am folgenden Tage den Zünften vor, noch ehe die Abgeordneten des Rathes erschienen *). Allein da die Vorgesetzten der Zünfte dagegen vortrugen, daß die eidgenössischen Gesandten, wenn sich die Bürger für die Mediation erklärten, nur das Erörterte befestigen, und streitig

versöhnt seyen. Auf die Vorstellungen, welche die Basler-Gesandten deswegen gemacht haben, seyen ihnen dann die (obenangeführten) Schreiben übergeben worden.“ Ms. No. 1.

- *) Die Ausschüsse lasen den Zünften einen Aufsatz vor, welcher folgende Punkte enthielt: 1. „Klagen, daß ihnen die begehrte Abschrift des Schreibens der Sechser an die Tagsatzung verweigert worden. 2. Frage, ob die Bürger nicht wollen der Obrigkeit den Eid schwören, da dieselbe versprochen, ihnen Alles widerfahren zu lassen, was ihnen gebühre. 3. Ob man nicht erklären wolle, man sey mit der Obrigkeit zufrieden; wenn aber klein und große Räte Streit haben, und mit Gewalt eine Mediation wollen, ob man nicht wolle gegen die Kosten von Seite der Bürgerschaft protestiren. 4. Ob nicht diejenigen Sechser, welche den Brief an die Tagsatzung unterschrieben, von den Zünften und vom großen Rathe sollen ausgeschlossen werden.“ Ms. No. 2.

diesem Schreiben wurde wieder der Stadtschreiber Fäsch nach Baden gesandt. Allein man fand daselbst diese Erklärung allzueingeschränkt, weil nur von Mediatoren und nicht von Säzen, die im Nothfalle auch rechtlich zu entscheiden hätten, in dem Schreiben die Rede war; ebenso mißbilligte man, daß dieselben bestätigen sollen, was bis dahin verglichen worden, und nur das noch übrige Streitige zu vergleichen haben. Auch erklärten die zu dieser Mediation Aufgeforderten, daß sie Bedenken tragen, Dinge sogleich zu bestätigen, gegen welche sie jüngst zu Basel protestirt haben. Ferner wollten sie wissen, in was für Qualität sie reisen müssen, und verlangen, daß solches aus Befehl ihrer Obrigkeiten geschehe, von denen es die Basler zu begehren haben; endlich, daß sie rechtlich sprechen mögen, wenn Gütigkeit nicht verfänglich sey. — Noch verlangten einige Orte, unter andern Luzern, daß die Zahl der Mediatoren vermehrt und ihre Verhandlungen gebührend geschützt werden *). Dieß alles wurde dem Stadtschreiber Fäsch angezeigt, der dann durch seine Relation vor dem großen Rathe (9. Juli) bewirkte, daß noch vier neue Mediatoren ernannt wurden, die Landammänner Zweifel von Glaris und Lüssi von Unterwalden, der

„widrigen, sie in den kräftig abgehandelten und noch zu
 „erörtern vorstehenden Sachen zu einem völligen und erwünschten End heilsamlich zu verleiten.“ Einer Beschränkung der Mediation wird in dem Schreiben so wenig gedacht, als der von den Ausschüssen gemachten Bedingungen, obschon die Unterschrift lautet: „Bürgermeister, Klein und große Rätthe der Stadt Basel, sowohl für sich, als für die Universität und Bürgerschaft daselbst.“

*) Abscheid der Jahrrechnung.

und den kleinen Rätben zu ruhen schien, und die Drohungen der Eidsgenossen auch bey vielen Bürgern Eindruck gemacht hatten, so mußte sich die Bürgerschaft theilen. Ueberdieß fingen manche an, der Sache müde zu werden, theils aus Unbeständigkeit, theils weil sie keinen ökonomischen Gewinn, der für den großen Haufen immer der lockendste ist, daraus zogen, und durch die häufigen Zunftversammlungen sogar an ihrem Erwerbe gehindert wurden. Dazu kamen noch die Intriguen der abgesetzten Rathsglieder und ihrer Anhänger, die Bestechungen, wodurch sie sowohl als viele Mitglieder des kleinen und großen Rathes die Partey der Ausschüsse zu schwächen suchten, die Niederträchtigkeit, daß man anfang, Handwerkern, welche den Ausschüssen anhängen, die Arbeit zu verweigern *), und die Treulosigkeit, womit viele, die durch die Ausschüsse zu Stellen gelangt waren, nun selbst an ihrem Verderben arbeiteten, um dadurch die Gunst der Gegenpartey und des größern Theils der Mediatoren, deren Gesinnungen nicht unbekannt waren, zu gewinnen. Denn da der Stadtschreiber Fäsch zu verstehen gegeben hatte, daß die Instruction der Luzerner-Gesandten bey der Tagsatzung enthalte, „daß die verglichenen Punkte und die Wahlen durch die Mediatoren nicht sollen touchirt wer-

*) Ein Beispiel dieser Art kömmt in Ma. Nro. 1. bey dem 17. August vor: „Nun trat auch die Spinnwetterzunft zur Ob-
 „rigkeit, weil viele Handwerke da, wie Steinmeger, Zimmer-
 „leute, Dreher, Küfer, die täglich dieser Herren Hilfe sich
 „bedienen; denen man gedroht, man werde ihnen alle Arbeit
 „entziehen, die Capitalien aufkünden, und aufs schärfste
 „mit ihnen verfahren: wie dann mancher seine Kunden da-
 „durch verlohren.“

en," so fiel für diese Neugewählten ein Hauptgrund weg, warum sie sich bisher der Mediation widersezt hatten. Ueberhaupt darf nie vergessen werden, daß der Ausbruch der Unruhen eben durch das große Verderbniß der Regierung war verursacht worden, daß also eben dieses Verderbniß bey Vielen jetzt noch fortwirken mußte, und manche der Neugewählten sich demselben nur zu leicht hingaben, weil Eigennuß und Ehrgeiz die wahre Triebfeder aller ihrer Schritte war. Daher mußte auch die Partey der Ausschüsse in beyden Råthen schwächer werden, sobald man ihrer nicht mehr zu bedürfen glaubte, während man ihnen auch unter dem großen Haufen immer mehr Anhänger zu entziehen wußte.

Die Ausschüsse scheinen damahls die drohende Gefahr erkannt zu haben; denn als sie den 6. Juli die Bürger auf die Zünfte beriefen, so erschienen auf mehreren nur sehr wenige. Sie setzten also auf den folgenden Tag eine andre Versammlung an und erklärten, „daß sie ihre Stellen niederlegen: wenn man aber von ihnen begehre, daß sie in den Sachen weiter fortfahren sollen, so verlangen sie, daß sich die Bürgerschaft aufs Neue gegen sie verschreibe, Mann für Mann zu stehen und alles aufzusetzen" *). Dagegen begehrtten die Bürger von den Ausschüssen, „daß sie verschaffen, „daß alle, welche Ausschüsse gewesen und befördert worden, obschon sie sich zuvor gegen einander verpflichtet, daß keiner vor sechs Jahren einen Dienst annehmen solle, nun bis Austrag aller Sachen es mit ihnen halten sollen, widrigenfalls sie daran seyn wollten, daß dieselben von ihren Diensten gestoßen werden:

*) Ob diese neue Verschreibung wirklich zu Stande gekommen, fehlt in unsern Quellen. Dohs sagt, es sey geschehen.

„Ist aber zu keinem Effect kommen, außer etlich wenig, die übrigen aber haben alles angenommen, was sie können, und ihnen deswegen Freunde gemacht, wo sie können“ *). Um sich zu verstärken, ließen die Ausschüsse 10. Juli auf jeder Zunft noch vier neue Ausschüsse wählen, so daß jede Zunft nun zwölf Ausschüsse hatte. In diesen Zunftversammlungen wurde auch durch Abgeordnete des Rathes der Beschluß wegen Vermehrung der Mediatoren angezeigt, wobei der Stadtschreiber Fäsch wieder jeden Bürger einzeln über seine Meinung befragte. Noch wagten es wenige, sich für die Mediation zu erklären; die meisten beriefen sich auf den Entschluß der Ausschüsse, welche es damals scheinen versäumt zu haben, die Bürger vorher zu unterrichten. Einige erklärten indessen: „sie mögen wohl leiden, daß kleine und große Räte Mediatoren herkommen lassen, sofern an dem Abgehandelten und den Wahlen nichts geändert werde, und sie nicht Richter seyn wollen, sondern ehe etwas beschlossen werde, der Bürger Meinung eingeholt werde: sie selbst seyen mit der Obrigkeit einig. Ueberdieß seyen jetzt statt vier Mediatoren, acht gewählt, worunter einige verdächtige seyen“ **). Als Antwort setzten nun die Ausschüsse

*) Ms. No. 1.

**) Dieß geht auf den Bürgermeister Holländer von Schaffhausen und den Landshofmeister Fidel im Thurn. Der erste war den Ausschüssen besonders verhaßt. In einer Vorstellung an den großen Rath den 15. Juli äußern sie, „daß Holländer zu Baden in offener Session gesagt habe, man müsse einigen Ausschüssen, Rebellen, die Köpfe vor die Füße legen: ebenso habe auch Fidel geredet; sie werden dieselben nicht in die Stadt lassen.“ Auch berichteten die

eine Erklärung auf, unter dem Titel: Entschluß sämtlicher Zünfte über die Proposition, die im Rahmen unserer Herren und Obern den 10. Juli wegen der Mediation gethan worden. Hier heißt es: „Der kleine und große Rath haben über bereits geschehene Erklärung der Bürger die Mediation simpliciter angenommen, wenn gleich der Bürgerschaft das letzte Mal vorgetragen worden, daß sie das Vergangne nicht berühren, sondern bloß zur Beylegung der Streitigkeiten zwischen beyden Räthen und Confirmation des schon Verhandelten oder noch zu Beschließenden bestehen soll, wobey die vier Mediatoren benahmsset worden, jetzt aber seyen acht erbethen: Welches alles ganz neue und andre Mal nicht proponirte Sachen, so billig der Bürgerschaft höchst nachtheilig vorkommen. Sie haben ihre Angelegenheiten der Obrigkeit übergeben; der Fahreid sey von derselben abgelegt,

Abgeordneten der Ausschüsse, welche in Zürich gewesen, (s. unten) den 19. Juli: „Als sie zu Herren Muralt in Zürich gesagt, sie können nicht versichern, daß Holländer wohl werde angesehen werden, weil er sich schon ungeneigt gegen die Bürgerschaft gezeigt; habe ihnen Muralt geantwortet, Holländer habe seinen Eid aufgeschworen; geschehe ihm ein Affront darüber, so mögen sie es wohl leiden; habe damit zu verstehen geben wollen, daß er's gesucht, und was er gethan, aus seinem freyen Willen geschehen sey.“ Ms. No. 1. Dieser Obmann Caspar Muralt von Zürich stand mit Iselin, einem der angesehensten Ausschüsse, in Correspondenz; wovon weiter unten noch die Rede seyn wird. Auffallend ist es auch, daß Bürgermeister Holländer schon den 26. Juli in Basel ankam, während die übrigen Vermittler erst den 29. ankamen; als ob er es nicht habe erwarten können, bis er als Vermittler auftreten konnte.

„worin es heiße, daß die Bürger bey ihren Freyheiten
 „sollen geschützt werden. Die Eydgenossen werden das
 „her die Mediation für unnöthig ansehen, da kein
 „Streit zwischen Obrigkeit und Bürgerschaft sey. Eine
 „Mediation zwischen beyden Rätthen mögen sie gerne
 „geschehen lassen mit Vorbehalt der Independenz:
 „welches die endliche Erklärung der gesammten Jünfte
 „sey.“

Diese Erklärung wurde durch drey Ausschüsse der Tagsatzung überbracht nebst einem Schreiben d. d. 10/20. Juli, worin sie sich über das Vorgeben der Rätthe beklagen, als ob die Bürger die Mediation angenommen haben, da dieß den 3. Juli auf eine zweydeutige Art sey erschlichen, und die Antworten der Bürger falsch gedeutet worden. Die Tagsatzung theilte Beides sogleich dem kleinen und großen Rathe mit, und da die Ausschüsse sich nicht dazu verstehen wollten, ihr Schreiben von der Tagsatzung zurück zu begehren, so wurde der Stadtschreiber Fäsch um ihnen entgegenzuarbeiten, nach Zürich gesandt, unter dem Vorwande den Bürgermeister Escher zu erbitten, daß er die Mediation übernehme. Fäsch kam den 18. Juli nach Basel zurück und brachte zwey Schreiben von Zürich mit an kleine und große Rätthe und an die Bürgerschaft, worin angezeigt wurde, daß die Mediatoren den 29. Juli in Liestal eintreffen werden.

Die Entschlossenheit, womit die Gegner der Ausschüsse jetzt vorwärts schritten, und wiederholt die Ausnahme der Mediatoren bestätigten, welche im Nothfalle sogar als Sätze sprechen sollten, zeigt, wie sehr jetzt schon die Partey der Ausschüsse geschwächt war. Sie machten zwar noch einen neuen vergeblichen Versuch, wenigstens die später gewählten vier Mediatoren abzu-

alten *), suchten aber auch zugleich in der Stellung höherer Bürger zu bleiben, denen an Verlegung der Streitigkeiten, jedoch mit Sicherung eines rechtlichen Zustandes, gelegen wäre. Daß dieß wirklich die Gesinnungen mehrerer gewesen, zeigt sich aus ihrem ganzen Benehmen, wenn auch viele nur den Schein davon nahmen. Als sie daher vor dem großen Rathe (den 15. Juli) sich entschieden gegen den Bürgermeister Holländer und den Landshofmeister im Thurn erklärten, bathen sie zugleich um Gotteswillen, daß die noch übrigen Punkte schleunig erörtert werden; denn auf den heutigen Tag gehe der Bürgereid zu Ende **); dennoch wollten sie sich als gehorsame Bürger verhalten, auch am nächsten Sonntag den Eid schwören, wenn die

*) Wie sie sich gegen den Bürgermeister Holländer und den Landshofmeister im Thurn den 15. Juli vor dem großen Rathe erklärten, ist schon gesagt worden. Am gleichen Tage erließen sie ein Schreiben an Schaffhausen, worin es heißt: „Sie seyen mit ihrer Obrigkeit einig, und die Mediation sey unnöthig. Da sie nun gehört, daß Bürgermeister Holländer zum Mediator erbetten sey, so seyen sie genöthigt, Schaffhausen zu berichten, daß, was geschehen, ohne Vorwissen der Bürgerschaft vorgenommen worden, und bitten daher ihrer dieß Orts zu verschonen. Sie erkennen es als Wohlmeinenheit, aber sie befürchten, dieser Herr möchte disgoustirt werden, wenn die Bürger keine Mediation wollen. Sie hoffen hingegen Schaffhausen werde auf gewöhnliches Ansinnen willfahren, und im Nothfall einen Herrn folgen lassen, wenn wider Verhoffen die Reformation nicht zu Ende gebracht würde.“ Am folgenden Tage kam aber Bürgermeister Holländer schon in Basel an.

*) Der Bürgereid lautete: „bis auf St. Margarethen Tag“; weil dann der neue Rath ins Amt trat.

Punkte völlig erörtert seyen. Man habe ihnen bey den
 Zunftversammlungen erklärt, daß an den letzten Wahlen
 nichts solle verändert werden: für diese Erklärung
 begehren sie nun Sicherheit; eine Mediation haben sie
 nicht nöthig. Sie wollen, daß dem kleinen Rathe seine
 alten Rechte bleiben. Man solle doch mit der Erörterung
 fortfahren, es zeige sich, daß die Malcontenten
 dahinter stecken, denn die Sache werde von Tage zu
 Tage schlechter; als getreue Bürger wollen sie für ihre
 jetzige Obrigkeit alles aufsetzen." Der große Rath
 ließ nun zwar hierauf den Ausschüssen erklären, „daß
 es bey der Aemterwahl bleiben soll, und daß die Me-
 diation wegen der noch streitigen Punkte geschehe." Allein
 da diese Erklärung nur mündlich gegeben wurde, und
 sie von den Deputirten mit dem erneuerten Begehren,
 „daß wegen der Wahlen gänzliche Sicherheit gegeben
 werde," nur wieder an die nächste Versammlung des
 großen Rathes gewiesen wurden, so mußten sie immer
 mehr in dem Verdachte bestärkt werden, daß man zur
 Absicht habe, mit Hülfe der Mediatoren sowohl die
 erzwungenen Entsetzungen als überhaupt Alles, was
 bis dahin geschah, wieder aufzuheben. Sie versuchten
 daher das letzte Mittel, die Mediation durch Absenz-
 dung von Abgeordneten nach Zürich, Schaffhausen und
 in die übrigen Orte abzuwenden: allein auch dieser Ver-
 such mußte nach Allem, was vorgegangen, und bey
 der Stimmung der meisten Orte mißlingen. Luzern
 drang besonders auf Beschleunigung, und da Zürich,
 nach der von der Tagsatzung erhaltenen Vollmacht, die
 Zeit des Eintreffens der Mediatoren in Basel auf den
 29. Juli (8. August) festgesetzt hatte, so äußerte Luzern
 in einem Schreiben an Zürich d. d. 18/28. Juli: „Durch
 „diese Verschiebung gewinnen die, welche die Obrigkeit

Stimmung der meisten übrigen Orte, welche in den Ausschüssen nur Empörer sahen, während die Mehrheit der Regierung von Zürich und die ganze Bürgerschaft mehr Unrecht auf der Seite sahen, deren Verderbniß die erste Ursache dieser Unruhen gewesen war. Der deutlichste Beweis davon gab der große Rath, als er (den 25. Juli) beschloß, daß die Abgeordneten der Basler-Ausschüsse auf Kosten der Stadt sollen gastfrei gehalten werden *). Auch hatte man zu Zürich die Vermehrung der Mediatoren nicht gerne gesehen, da man früher alles angewandt hatte, um die Einmischung der demokratischen Orte zu verhindern. Die Instruction für den zürcherischen Gesandten war daher auch sehr gemäßigt; aber eben deswegen wurde auch seine Stellung äußerst schwierig: denn während er die heftige Stimmung seiner Mitbürger kaum befriedigen konnte, kam er mit den übrigen Mediatoren in ein sehr gespanntes Verhältniß, was freylich die ohne dieß fruchtlose Mediation auch nicht befördern konnte **). Daher weis

gen her persönlich mit ihnen bekannt waren, und das Beispiel der Entsetzung strafbarer Regierungsglieder leicht in andren Kantonen zur Nachahmung reizen konnte.

*) In einem Brief an Landvogt Leu wird dieß so erzählt: „Im Rath und Burger (großen Rath) fragte Obmann Muralt an, ob man die in Zürich befindlichen Basler-Deputirten gastfrei halten wolle: die übrigen Häupter, außer einem, nahmen dieß zu Verdruß auf; es wurde viel pro und contra geredet; einige wollten, daß man es dem Amtsbürgermeister überlasse; aber der Reputations-Teufel forderete das Mehr. Die Mehrheit war für den ersten Antrag; dieß gab Alteration.“

**) Die damals in Zürich befindlichen Abgeordneten der Ausschüsse müssen den Inhalt dieser Instruction, worin sie als

erte sich auch der Bürgermeister Escher lange, die Mission zu übernehmen und zum zweiten Mal nach Basel zu reisen; aber eben weil man seine gemäßigten Besinnungen kannte, so beharrte der große Rath auf seiner Absendung *). Ueberhaupt ging die Mehrheit

eine Hauptpartey aufgestellt werden, vernommen haben: denn in einem Schreiben der Bürgerschaft an Zürich d. d. 28. Juli, worin für die erwiesne Gastfreundschaft gedankt wird, heißt es, „ihre von Zürich zurückgekommenen Deputirten
„geben gute Hoffnungen wegen der Instruction, die der
„Bürgermeister Escher erhalten habe, daß sie zum Trost und
„Nutzen dienen werde.“ — In etwas abweichendem Geiste waren die Instructionen der übrigen Gesandten abgefaßt; denn in einem Briefe an Landvogt Leu heißt es (29. Juli):
„Luzern hat geschrieben, begehrend daß unsre Instruction
„der übrigen gleich seyn möchte: Weil man aber hier andre
„Gedanken hat als an andren Orten, so ist dieß unmöglich.“
Unterm 26. August schreibt Holzhalb an den zürcherischen Stadtschreiber: „Frisching (der Gesandte von Bern) hat den
„Bürgermeister mehrmahlen gefragt, was Zürich thun werde,
„wenn ein eidgenössischer Ernst erfordert werde. Worauf
„er die Antwort erhalten, Bern solle diese Fragen und seine
„Gedanken an die Regierung in Zürich schreiben.“ Ebenso heißt es in einem Briefe an Landvogt Leu vom 7. August:
„Der Bürgermeister Escher hat an den andren Bürgermei-
„ster geschrieben, die andren Gesandten messen alle Schuld
„des verwirrten Zustandes Zürich zu.“ Indessen waren doch nur Molondin und im Thurn als wirkliche Sätze, die übrigen bloß als Vermittler instruir.

*) Brief an Landvogt Leu d. d. 17. Juli. „Bürgermeister
„Escher soll gesagt haben, ehe die Stadt zu meiden, als
„sich wieder dazu brauchen zu lassen. Er hat geklagt, daß
„von hier nach Basel geschrieben worden, er habe mit sei-
„ner Conduite im Baslergeschäfte den besten Theil seines

des großen Rathes zu Zürich von dem Grundsatz aus, daß die Ausschüsse und der mit ihnen verbundene Theil der Bürgerschaft als eine Hauptpartey zu betrachten sey, deren Einwilligung zu der Mediation eben so gut erfordert werde, als die Einwilligung der Rätthe. Die übrigen Orte hingegen sahen diese Partey nur als Untertanen an, deren Gehorsam gegen die Regierung vor Allem aus müsse erzwungen werden.

Während jener Bemühungen der Parteyen zu Basel theils für theils gegen die Mediation hatten die Deputirten des kleinen und großen Rathes die Erörterung der von den Ausschüssen eingegebenen Punkte eifrig fortgesetzt, und bis zum 15. Juli waren wirklich

„Credits hier verloren.“ Ebd. d. d. 29. Juli. „Bürgermeister
 „Escher hat im großen Rathe geäußert: Er besorge, daß er
 „seinen wenigen noch übriggebliebenen Credit völlig verlieren
 „werde. Er las die Copie eines Schreibens von Zürich nach
 „Basel vom 7. Juni ab, worin gesagt wird, daß er zu viel
 „gethan, und damit seinen Credit geschwächt habe. Ferner
 „habe ein Zwölfer zu einem Bürger gesagt, man sollte die
 „Säße dahin reiten, allen in Basel die Köpfe abschlagen,
 „und solche daselbst auf die Thürme stecken lassen. Ferner
 „seyen seine Berrichtungen auf dem Hofe vor einer ganzen
 „Sunst getabelt worden. Endlich nahm er doch die Ge-
 „sandtschaft mit weinenden Augen an.“ Das Folgende zeigt,
 daß die Parteyung in Zürich damals auch sehr heftig war.
 „Als der Bürgermeister ablehnte, den Correspondenten und
 „den Zwölfer zu nennen, damit sie bestraft werden, hat
 „Seddelmeister Waser oder Statthalter Dänzler ohne Noth
 „gesagt, er sehe und glaube, wenn man schon alles in Hän-
 „den und die Thäter und Ausfager dieser Reden wüßte,
 „man ihnen gleichwohl kein Haar krümmen dürfte; so sey
 „es bey uns beschaffen: welcher Schluß fast gemeinlich für
 „unwahrhaft judicirt und nicht à propos aufgenommen.“

unter ihnen die meisten noch streitigen Punkte des Finanz-, Justiz- und Polizeywesens und der sogenannten Privilegien verglichen worden. Wohl mochte vorzüglich die Absicht dabei wirken, der Einmischung der Mediatoren zuvorzukommen und ihnen nur die Bestätigung des Verglichenen übrig zu lassen. Es wäre vielleicht auch wirklich dahin gekommen, da die Ausschüsse für ihre Sicherheit anfangen besorgt zu werden, wenn nicht die Intriguen der Malcontenten neue Gährung und endlich einen wirklichen Auflauf verursacht hätten. Es verbreiteten sich Gerüchte von Mordanschlägen, wozu die Malcontenten Leute werben *). Den 22. Juli erschienen einige Ausschüsse vor dem kleinen Rathe mit einer heftigen Klage über vier Bürger **), welche theils mit Geld, theils mit Austheilung von Wein u. s. w. eine Menge Bürger zu Unterschreibung einer Erklärung zwogen haben, daß sie die Mediation annehmen und bis zu Ankunft der Mediatoren sich zu Leistung des Eidungseides nicht verstehen wollen. Selbst der Stadtschreiber Käsch und viele Vornehme seyen in dem Verzeichnisse. Die ganze Sache rühre von den Malcons

*) „Die Ausschüsse vernehmen, daß der entlassne Rathsherr Römer ein Mordmesser habe machen lassen: er entflieht nach Klein-Hüningen. Gatio bringt das Messer zu den Häuptern. Sein Haus wird visitirt; man findet 15 gläserne Granaten, so sie auß Rathhaus trugen. Die Ausschüsse schicken das Messer nach Zürich, die's ihnen auch nicht wohl haben gefallen lassen.“ Ms. No. 1.

*) Unter diesen waren zwey Brüder Ochs, Kaufleute, welche vorher zur Partey der Ausschüsse gehört hatten. — Es war vorzüglich die Mehrheit der Safran-, Messger- und Beden-Bünfter, welche um diese Zeit sich von den übrigen Bürgern getrennt hatten.

tenten her, und sie begehren, daß diese vier Bürger ins Gefängniß gebracht werden. Der kleine Rath berief dieselben vor sich und forderte die Vorlegung dieser Erklärung mit den Unterschriften, erhielt aber nur einen kleinen Theil derselben, die übrigen wurden zurückgehalten, da die Vorsicht war gebraucht worden, die Unterschriften auf mehreren besondern Zeddeln zu sammeln, um die Stärke dieser Parten, so lange es nöthig wäre, verheimlichen zu können. Der kleine Rath erklärte nun: „Weil ein solcher Zeddel der Mediation gemäß sey, so sey er an sich nicht böse; aber diese vier seyen strafwürdig, weil sie es ohne Vorwissen der Obrigkeit gethan: die Zeddel sollen dem Bürgermeister übergeben und bis zur Ankunft der eidsgenösslichen Gesandten die Sache in Statu quo gelassen werden.“ Allein dieser Beschluß konnte die Ausschüsse nicht befriedigen. Die Bürger waren unterdessen in das Rathhaus zusammengelaufen: auf dem Kornmarkt werden einige, die sich unterschrieben hatten, geschimpft; es kommt zu Zänkereyen und zum ersten Mal zucken Bürger das Seitengewehr. Jetzt geht der Lärm durch die ganze Stadt, die Bürger werden ins Gewehr gerufen; sie laufen bewaffnet auf die Zünfte, verschließen die Thore und bemächtigen sich der Hauptwache. Der Bürgermeister wird genöthigt, den kleinen Rath wieder zu versammeln, welcher die vier Angeklagten aufs Neue vor sich fordert, und dann beschließt, „um des Friedens willen sollen sie gefangen gesetzt werden“ *). Allein unterdessen hatten sie sich über das Dach des Rathhauses geflüchtet. Ein Rathhausdiener, der sie vergeblich

*) Dohs erwähnt den Beschluß, die vier Angeklagten gefangen zu setzen, nicht.

suchte, aber im Verdacht war, ihren Aufenthalt zu wissen, wird von den Bürgern mißhandelt und ins Gefängniß geführt. Andre schlagen die Thüre an einem Kaufmannsgewölbe ein, wo die Unterschriften waren gesammelt worden, werfen Alles durch einander, um die Verzeichnisse zu suchen, und verursachen hier und in andern Häusern, in welche sie eindrangen, großen Schaden *). Zu Klein-Basel verbreitete sich das Gerücht, daß sich fünfzehn Malcontente in dem Steinens Kloster **) versammelt haben; sogleich wird das Kloster von fünfzig Klein-Baslern durchsucht, aber niemand gefunden. Ein mit Bleystift geschriebenes Briefchen ohne Unterschrift, das einem Bauern abgenommen wurde, und wahrscheinlich für die zu Mönchenstein ***) versammelten Malcontenten bestimmt war, vermehrte den Verdacht heimlicher Anschläge, obschon sein Inhalt unbedeutend war ****). Daher erklärte auch Fatio, als der kleine Rath, der während dieses Auflaufs versammelt geblieben, die Niederlegung der Waffen forderte, „die Bürger werden sich schwerlich abweisen lassen, sie wollen diese Nacht auf den Zünften Wache

*) „Die Beddel wurden endlich bey der Frau eines Diacons im „Stifte gefunden und dem Bürgermeister überbracht.“ Ms. No. 1. Dsß giebt den Schaden im Ganzen auf einige hunderttausend Gulden an.

**) Ein ehemahliges Frauenkloster in der kleinen Stadt, welches auch den Nahmen Maria Magdalena hat.

***) Der Sitz eines Landvogts im Kanton Basel. Von dieser Versammlung wird nachher die Rede seyn.

****) Das Briefchen enthielt nichts anders als: „Es sind mehrere „geschlagen, gefangen gesetzt und verwundet worden. Es „steht bey uns sehr schlecht.“ Ms. No. 1.

halten.“ Dieß geschah wirklich, und die ganze Nacht wurde stark patrouillirt *).

Wie vielen Antheil die Ausschüsse und einige mit ihnen einverständne Regierungsglieder an der Entstehung dieses Auflaufs gehabt haben, und ob derselbe zufällig oder wirklich veranstaltet gewesen, läßt sich nicht ausmachen. Die Gegenpartey warf ihnen, jedoch ohne Beweis, vor, daß sie nicht bloß die Bewegung geleitet **), sondern auch zuerst erregt haben, um die Sammlung der Unterschriften für die Mediation zu verhindern, weil sich die Mehrheit der Bürger dafür würde erklärt haben. Indessen konnte es den Ausschüssen nicht entgehen, daß die gedrohten ernsthaften Maßregeln der Eidsgenossen dadurch leicht müßten beschleunigt werden, und es ist sehr begreiflich, daß der Auflauf zufällig entstehen konnte, da durch die vorhergegangnen Gerüchte von Mordanschlägen der Malcontenten die Spannung zu einer solchen Höhe gestiegen war, daß dieselbe durch den Streit Einzelner leicht zum allgemeinen Ausbruche kommen konnte; denn eigentlich war die Bewegung nicht gegen die Räte, sondern gegen die Malcontenten und diejenigen Bürger gerichtet, welche von den übrigen als Anhänger derselben mußten betrachtet

*) Zwey von den vier Angeklagten stellten sich um Mitternacht freywillig in Gefangenschaft, nachdem ihnen Sicherheit des Lebens war versprochen worden. Zwey andre wurden am folgenden Tage von den Bürgern ins Gefängniß geworfen. Das gleiche Schicksal hatten unter allerley Mißhandlungen mehrere von denen, welche jene Beddel unterschrieben hatten.

**) Ratio befand sich während des Auflaufes mit mehrern Ausschüssen auf der Safran-Bunst, wo sie eine starke Wache hatten, und Befehle austheilten.

vor Ankunft der eidgenössischen Gesandten beynähe alles zu berichtigen, um dieselben dann bloß auf die Bestätigung des Vergleichenen beschränken zu können. Daher wurde den 25. Juli die Amnestie auf allen Zünften verlesen, und auf die dringenden Bitten der Ausschüsse vom kleinen Rathe beschlossen, daß am folgenden Tage der Huldigungseid von den Bürgern soll geleistet werden. Diese Eidesleistung fand auch den 26. Juli von allen Zünften zu Groß-Basel, und zwei Tage nachher von den Gesellschaften zu Klein-Basel ohne die geringste Störung oder Unruhe Statt *). Noch nie hatte man so vielen Grund gehabt, eine schnelle Beendigung aller Streitigkeiten zu hoffen, und vielleicht wäre dieselbe auf diesem Wege ohne die Dazwischkunft der Mediatoren erreicht worden. Denn die Mehrheit der großen und kleinen Räte sah ihren Hauptzweck, sich im Besitze ihrer Stellen zu sichern, erreicht; eben so hatten diejenigen Ausschüsse, denen es um die Sache, und nicht um ihre Personen zu thun war, die gewünschten Verbesserungen durchgesetzt, und die übrigen konnten wegen der Trennung, die unter den Bürgern entstanden war, nichts mehr für sich hoffen, und mußten für ihre Sicherheit besorgt werden. Daher war wohl die Erklärung, welche sie nach der Eidesleistung auf den Zünften thaten, daß sie nun von ihren Stellen abtreten, bey vielen von ihnen ernstlich gemeldet. Allein hier machte die Mediation die erste Störung;

*) Die Klein-Basler huldigten sonst immer acht Tage später als die Zünfte der großen Stadt. Auf dieses alte Recht beriefen sie sich jetzt, als der kleine Rath die Huldigung am gleichen Tage verlangte. Den 28. leisteten indessen die mehreren den Eid.

denn die Bürger, vielleicht von einzelnen Ausschüssen heimlich beredet, protestirten gegen diese Entlassung, bis die eidsgenössischen Gesandten wieder abgereist seyn würden; da die Ausschüsse allein ihre Angelegenheiten gehörig kennen *). Vergeblich stellten ihnen diese vor, daß sie ihre Begehren den Zunftmeistern auftragen könnten, und daß die erfolgte Herstellung des Friedens erfordere, daß ihre außerordentlichen Stellen nun wieder aufhören. Beide Theile beharrten auf ihrer Meinung; aber die Ankunft der eidsgenössischen Gesandten und ihre vorher erklärte Absicht, sich nicht auf bloße Bestätigung des Verglichenen zu beschränken, nöthigte die Ausschüsse, ihre Verrichtungen fortzusetzen.

Am gefährlichsten für die hergestellte Ruhe schienen indessen die Malcontenten, welche überall die wüthendsten Drohungen hören ließen. Zwar hatten sie während des Aufstands den 22. Juli keinen Widerstand gewagt, und manche ihrer heimlichen Anhänger waren mit den übrigen Bürgern unter die Waffen getreten: aber da ihnen die Beschlüsse, welche der große Rath am 23. faßte, die Bestätigung alles dessen, was bis dahin geschehen war, und die Festsetzung einer Amnestie auf's Höchste mißfielen, so begaben sich nun auch diejenigen, welche bis dahin noch in der Stadt geblieben waren, unter lauter Mißbilligung der Amnestie zu den übrigen theils nach Riehen, theils auf das Schloß Mönchenstein. Der Landvogt zu Mönchenstein war ein persönlicher Feind von Fatio, und da sich Gerüchte verbreiteten von Anschlägen zu Brandstiftung in der Stadt, und daß der Landvogt dieß benutzen werde um mit vierhundert Mann in die Stadt einzudringen und sich

*) „Sie wären ein Dorf ohne Pfaff.“ Ms. No. 1.

mit dem Anhange der Malcontenten zu vereinigen, so sandten die Ausschüsse zwey Bürger nach Mönchenstein, um den Landvogt zu beobachten (24. Juli). Aber der eine wird von der Wache gefangen genommen, und der Landvogt vermehrt durch Drohungen und Schimpfworte das Mißtrauen und den Unwillen der Ausschüsse^{*)}. Diese sollen von dem Bürgermeister die Erlaubniß erhalten haben, eine Anzahl Bürger mit dem Stadtpanzer zu Befreyung des Gefangenen nach Mönchenstein zu senden, vorher aber ließ er den Landvogt warnen, und ihm die Loslassung des Gefangnen befehlen. Dies hatte er zwar schon gethan, durch die Drohungen des zweyten Abgeordneten geschreckt: dennoch wagte er es nicht, die Ankunft des hundertundfünfzig Mann starken Haufens zu erwarten, und entfloß mit den übrigen Malcontenten nach Arlesheim. Daß dann Küche und Keller dafür büßen mußten und vieles im Schlosse entwendet wurde, darüber ist sich weniger zu verwundern, als daß diese hundertundfünfzig Mann schon am folgenden Tage (25. Juli) den Befehlen des Rathes gehorchten, und das Schloß achtzehn Soldaten übergaben, welche derselbe dahin ordnete. Am gleichen Tage waren neunzehn Klein-Baseler unter Anführung eines Ausschusses bewaffnet nach Riehen gezogen, um sich der dort befindlichen Malcontenten zu bemächtigen. Nach langem Suchen wurden sie auf einem Heuboden gefunden. Man berichtet den Bürgermeister, welcher die Antwort ertheilt, daß der kleine Rath beschlossen habe,

^{*)} „Der Landvogt sagte zu ihm, du bist auch der rechten Tieben einer: zeigte ihm vier geladene Stüd Geschütz mit den Worten, so wollen wir die Tieben die Ausschüsse tractiren.“
Ms. No. 1.

F ü n f t e r A b s c h n i t t .

Von der Ankunft der eidsgenössischen Vermittler bis zu der vergeblichen Publikation eines Versöhnungs-Edikts.

29. Juli. bis 20. Sept.

Die Ankunft der acht eidsgenössischen Mediatoren *) erregte ganz entgegengesetzte Erwartungen. Während die entsetzten Rathsglieder die Wiedereinsetzung in ihre Stellen, andre die Herstellung der frühern willkürlichen Macht des kleinen Rathes, und Rache an ihren Gegnern hofften, entstanden bey den neugewählten Rathsgliedern Besorgnisse für ihre Stellen, und bey den Sechsern für die wieder erworbnen verfassungsmässigen Rechte des großen Rathes. Die besser Gesinnten unter den Ausschüssen theilten diese Besorgnisse, und die übrigen befürchteten, daß wenigstens ihre Privatabsichten könnten vereitelt werden. Es zeigte sich daher nicht bloß bey der Bürgerschaft, sondern auch bey vielen Mitgliedern des Rathes eine entschiedne Abneigung, den eidsgenössischen Gesandten eine uneingeschränkte Mediation, oder gar ein Richteramt zu gestatten. Die Aus-

*) Den 29. Juli mit dreyßig Dienern und vierzig Pferden.

schüsse suchten die Mediation wieder durch die Behauptung zu vereiteln, daß sie mit niemanden Streit haben, indem die Reformation beendet sey, und die herrschende Faction des kleinen Rathes konnte nach der Verkommniß vom 23. Juli mit Recht behaupten, daß die Streitigkeiten mit dem großen Rathe beigelegt seyen. Es wurde zwar den Gesandten alles mitgetheilt, was bis dahin war beschlossen worden, aber ohne der noch streitigen Gegenstände und der Mediation im Geringsten zu erwähnen. Wie nun dieses gemeint sey, ließ sich aus der Aeußerung des Fatio schließen, der bey der Begrüßung der Gesandten im Rahmen der Ausschüsse erklärt hatte, „da die Reformation zu Ende sey, so sey es nicht nöthig, daß sich die Gesandten bemühen, es wäre denn, um das Verhandelte zu garantiren.“ Die Gesandten beschlossen daher, selbst vor dem großen Rathe zu erscheinen, und der Gesandte von Zürich erklärte im Rahmen aller (5. August), „die übergebenen Punkte, die man für richtig halte, seyen noch ganz unvollkommen; Basel gleiche einem Menschen, der einen Arzt nöthig habe, sich aber nicht wollen helfen lassen. Die Gesandten seyen geschickt, um zu rathe und zu helfen, daß alles friedlich beigelegt werde, doch ohne Eingriffe in die Judikatur von Basel zu thun. Sie verlangen, daß man ihnen die übrigen Punkte auch mittheile. Wenn sie aber sehen, daß Güte nichts helfe, so sey ein böser Ausgang zu erwarten; ihre Obern werden nach den Bünden dazu nicht schweigen, sondern schärfere Mittel brauchen, da dann der Stärkere dem Schwächeren obliegen werde.“ Allein diese Erklärung bewirkte nur den Beschluß, „daß die Deputirten eifrig mit den noch unerörterten Punkten fortfahren, und dieselben dem großen Rathe zur Bestätigung vorlegen soll-

ten, worauf man sie den Gesandten mittheilen werde, um ihre Reflexionen auch darüber zu machen." Da aber hierauf eine ernstliche Note der Gesandten erfolgte, worin sie eine bestimmte Antwort fordern, ob der Rath sie als Mediatoren anerkennen wolle, so erschienen einige Deputirte bey ihnen mit der Anzeige, „daß bis-
 „herige Resolutionen, sonderlich der Mediation halb,
 „dieser Ursachen wegen großen Anstoß gegeben, daß
 „die ins Regiment neulich beförderten Personen sorgen,
 „ihrer erlangten Ehrenstellen und der ertheilten Amnes-
 „sie nicht versichert zu seyn" *). Die Gesandten gaben in Rücksicht beyder Punkte die besten Versicherungen, und nun wurde vom großen Rathe (7. August) die Mediation einstimmig angenommen, weil auch der herrschenden Faction der Vorwand zur Ablehnung genommen war.

Weit schwieriger war es, die Einwilligung desjenigen Theils der Bürger zu erhalten, welche noch den Ausschüssen anhängen. Da nun alle frühern Versuche jede Zunft besonders zu gewinnen, mißlungen waren, weil die Zünfte während der Versammlungen einander immer berichteten, so wurde eine allgemeine Versammlung der Bürgerschaft in der Münsterkirche verabredet. Sobald die Ausschüsse dieß erfuhren, verlangten sie die Erlaubniß, die Zünfte vorher zu versammeln, und da dieß vom großen Rathe unter der Bedingung bewilligt wurde, daß auch die Zunftvorgesetzten zugegen seyen, so versammelten sie die Zünfte eine Stunde früher, und verabredeten mit ihrem Anhange vor der Ankunft der Vorgesetzten, daß die Ausschüsse zuerst allein in die Kirche gehen, und die Bürger vor derselben auf dem Plage

*) Abscheid der Mediatoren.

**B
B
C
D
E
F
G
H
I
J
K
L
M
N
O
P
Q
R
S
T
U
V
W
X
Y
Z**

Faction, die
 Berathung zu
 erheben strebte,
 nem Theile des
 Denn es wurde
 wenn trafe (wisch
 , dieselben zuerst
 , vor den großen
 die bisherige Ges
 so soll sie abge
 delt werden, von
 Rath und sechs
 der Häupter und
 n dieser Deputas
 ehandelt und eif
 Rücksicht der Mes

»Man habe seit

ren die Buergerchaft nun zu
 gegen der Mediation zu übers
 Buergerchaft doch mit dem Res
 ügt, den Eid geschworen habe:
 ne Mediation, welche gegen den
 Freyheiten der Stadt sey. Wenn
 Streit zeigen könne, der nicht güt
), so wollen sie auch eine gleiche Zahl
 (len **); jedoch daß sich diese Medias

1 dem Memorial: »Die Conferenzen seyen par
 und fast nur von der Rüssischen Familie compo
 le Bürger aber hoffen, daß dergleichen starke Ban
 Reglement nicht mehr geduldet werden.“

ren waren nämlich nur von der einen Partey

ten, worauf man sie den Gesandten mittheilen werde, um ihre Reflexionen auch darüber zu machen." Da aber hierauf eine ernstliche Note der Gesandten erfolgte, worin sie eine bestimmte Antwort fordern, ob der Rath sie als Mediatoren anerkennen wolle, so erschienen einige Deputirte bey ihnen mit der Anzeige, „daß bis-
 „herige Resolutionen, sonderlich der Mediation halb,
 „dieser Ursachen wegen großen Anstoß gegeben, daß
 „die ins Regiment neulich beförderten Personen sorgen,
 „ihrer erlangten Ehrenstellen und der ertheilten Amnes-
 „sie nicht versichert zu seyn" *). Die Gesandten gaben in Rücksicht beyder Punkte die besten Versicherungen, und nun wurde vom großen Rathe (7. August) die Mediation einstimmig angenommen, weil auch der herrschenden Faction der Vorwand zur Ablehnung genommen war.

Welt schwieriger war es, die Einwilligung desjenigen Theils der Bürger zu erhalten, welche noch den Ausschüssen anhängen. Da nun alle frühern Versuche jede Zunft besonders zu gewinnen, mißlungen waren, weil die Zünfte während der Versammlungen einander immer berichteten, so wurde eine allgemeine Versammlung der Bürgerschaft in der Münsterkirche verabredet. Sobald die Ausschüsse dieß erfuhren, verlangten sie die Erlaubniß, die Zünfte vorher zu versammeln, und da dieß vom großen Rathe unter der Bedingung bewilligt wurde, daß auch die Zunftvorgesetzten zugegen seyen, so versammelten sie die Zünfte eine Stunde früher, und verabredeten mit ihrem Anhang vor der Ankunft der Vorgesetzten, daß die Ausschüsse zuerst allein in die Kirche gehen, und die Bürger vor derselben auf dem Plage

*) Abschied der Mediatoren.

war ungefähr gleichen Inhalts mit jener Erklärung gegen den großen Rath, worauf der Bürgermeister Socin die Bürger aufforderte, sich zu erklären, ob sie die Mediation annehmen wollen. Allein jetzt entstand ein verwirrtes Geschrey von „Ja“ und „Nein“ *). Als es endlich gelang, die Parteyen zu sündern, so war die Mehrheit der in der Kirche Anwesenden für die Annahme der Mediation. Nach dem Abscheide sollen es zwey Dritttheile oder drey Vierttheile der Bürgerschaft gewesen seyn; doch konnte wegen der Verwirrung keine ordentliche Zählung der Stimmen oder Untersuchung der Stimmfähigkeit der Anwesenden geschehen. Dennoch erklärten die Gesandten, sie sehen daß der größte Theil die Mediation annehme, und entließen damit die Versammlung.

Allein diese erkünstelte Einwilligung war von keiner Dauer. Die Ausschüsse versammelten ihren Anhang auf den Zünften, und bewirkten durch das Vorgeben, daß die Mediation nicht aufrichtig gemeint, und daß die Gesandten nicht als Mediatoren, sondern als Gäste gekommen seyen, den Entschluß, die Mediation auszuslagen. Sie beehrten nun, daß der große Rath am folgenden Tage versammelt werde, was ihnen der Bürgermeister Socin zuerst versprach, nachher aber wieder nach dem Rathe der eidsgenössischen Gesandten abschlug. Dagegen beriefen die Gesandten zwey Ausschüsse zu sich, und erklärten ihnen, daß sie durchaus nicht gesinnet

wird es begreiflich, daß man die Gesandten konnte glauben machen, der größte Theil der Bürger sey in der Kirche gewesen.

*) Zatio schrieb in einem sichtbaren Stuhl den Bürgern vor: „Nein.“ Ms. No. 1.

seven, Eingriffe in die Judikatur von Basel zu thun; auch werden sie den Bürgern weit mehr willfahren, als sie selbst glauben, wenn sie nur das Mißtrauen fallen lassen. Wirklich rietben nun diese zwey Ausschüsse, auf diese Weise in die Mediation zu willigen, und selbst Fatio verwarf dieß nicht. Aber Iselin, einer der bestigsten Ausschüsse widersezte sich mit großem Eifer, so daß kein Entschluß gefaßt wurde.

Um nun die Behauptung zu widerlegen, daß zwey Drittheile der Bürgerschaft die Mediation nur unter der Bedingung angenommen haben, „daß die Vermittler den Paß öffnen, wohlfeil Brot verschaffen, Hünin gen wegkommen machen, den Meineid, Hochmuth und Ehrgeiz abschaffen,“ *) wurde verabredet, die Zünfte den 11. August aufs Rathhaus zu berufen, wo jeder Bürger einzeln sich über die Mediation erklären sollte. Vorher mußten ihnen die Vorgesetzten folgende Versicherungen geben: 1. Die Gesandten werden keinen Eingriff thun in die Judikatur und Souverainetät der Stadt Basel. 2. Sie wollen in dem Regiment, wie es jetzt ergänzt sey, keine Veränderung machen. 3. Die Obrigkeit werde die ertheilte Amnestie halten, und jedem zu seinen Rechten, Freyheiten und Privilegien verhältnißlich seyn. — Unglücklicher Weise war aber auf Verlangen der Gesandten noch beygefügt worden: „Alles in dem Verstande sofern die gütliche Handlung Statt finden werde,“ wobei man nach dem Abschiede zur Absicht hatte, „die Gemüther damit eher zu gütlicher Handlung zu verleiten.“ Allein die Ausschüsse wurden dadurch mißtrauisch gemacht, als werde die von der Regierung beschworne Amnestie gefährdet, und da zu-

*) Abscheib.

gleich wieder das Gerücht ausgestreut wurde, man werde diejenigen, welche nicht einwilligen wollen, im Rathhause einschließen, so mißlang auch dieser Versuch. Denn, obschon Einzelne, welche durch Drohungen zurückgehalten wurden, ihre Einwilligung schriftlich einsandten, so erhielt man doch nicht mehr als 298 Stimmen für die Annahme der Mediation *).

Die Ausschüsse beschloßen nun, diesen wenigstens scheinbaren Sieg zu benutzen, und beriefen auf den Nachmittag die Zunftversammlungen. Zwar versammelte sich sogleich der kleine Rath, und untersagte dieß, weil das Amt der Ausschüsse aufgehoben sey, und keinem Partikularen das Recht zustehe, die Zünfte zu versammeln **). Allein die Versammlung fand dennoch Statt, und da nun die Ausschüsse ihre Forderungen dem großen Rathe vorzutragen beehrten, und schon einige hundert Bürger vor dem Rathhause zusammengelaufen waren, so mußte endlich, um neue Excesse zu verhüten, auf den folgenden Tag die Versammlung des großen Rathes bewilligt werden. Jetzt legten die Ausschüsse dem großen Rathe mehrere Beschwerden vor, von welchen einige gegen die angemessene Gewalt der Deputirten von kleinen und großen Räthen gerichtet sind, die fast alle zu der Fätschischen Familie gehören und sich Befehle erlauben, welche einzig von der Obrigkeit selbst aus-

*) „Einige Zünfte kamen nur mit sechs oder acht Mann.“
Ms. No. 1.

**) Deswegen nannten sie sich auch von jetzt an nicht mehr Ausschüsse, sondern Deputirte, und schlugen, um das Verbot der Obrigkeit zu umgehen, den Bürgern vor, daß sie in Zukunft jedes Mal eine Deputation wählen sollen. Ms. No. 1.

gehen sollen *). Der Angriff gegen diese Faction, die sich aus bloßen Deputirten für die Vorberathung zu einem wirklichen Regierungskollegium zu erheben strebte, scheint zwischen den Ausschüssen und einem Theile des Rathes verabredet gewesen zu seyn. Denn es wurde sogleich beschlossen, daß in Zukunft, „wenn tråfe (wichtige) Sachen vor die Session kommen, dieselben zuerst vor den kleinen, oder, wenn es nöthig, vor den großen Rath sollen gebracht werden; und da die bisherige Session der Bürgerschaft verdächtig sey, so soll sie abgeschafft und in eine Deputation verwandelt werden, von sechs des kleinen, sechs des großen Rathes und sechs von der Bürgerschaft, mit Zuziehung der Häupter und des Stadt- und Rathschreibers. Von dieser Deputation sollen die noch übrigen Punkte behandelt und eifrig darin fortgefahen werden.“ In Rücksicht der Mediation selbst erklärten die Ausschüsse: „Man habe seit „der Ankunft der Gesandten die Bürgerschaft nun zu „verschiedenen Mahlen wegen der Mediation zu übers „listen gesucht, da die Bürgerschaft doch mit dem Res „formationswerk vergnügt, den Eid geschworen habe: „sie brauchen also keine Mediation, welche gegen den „Bürgereid und die Freyheiten der Stadt sey. Wenn „man ihnen einen Streit zeigen könne, der nicht güt „lich beizulegen sey, so wollen sie auch eine gleiche Zahl „Mediatoren wählen **); jedoch daß sich diese Medias

*) Es heißt in dem Memorial: „Die Conferenzen seyen par-
 „teyisch, und fast nur von der Bäschischen Familie compo-
 „nirt; die Bürger aber hoffen, daß dergleichen starke Ban-
 „den im Regiment nicht mehr geduldet werden.“

**) Die Mediatoren waren nämlich nur von der einen Partey gewählt.

„tion nur auf nachhaft gemachte Punkte und nicht auf
 „das Vergleichene oder auf die Entlassenen beziehen
 „soll. Uebrigens mögen sie wohl leiden, daß die Ge-
 „sandten die Amnestie und alles übrige Verhandelte
 „confirmiren. Dieß sey der endliche Entschluß der
 „Bürgerschaft, und sie hoffen, man werde ihnen fürs
 „hin mit dergleichen Versuchungen verschonen, und ih-
 „nen die Ruhe nicht weiter verbittern, noch sie verans-
 „lassen, dieselbe selbst durch ehrliche und erlaubte Mits-
 „tel zu suchen; wie sie alles mögliche anwenden wer-
 „den bis zu Ende dieser Woche diesen Verdrüßlichkeit
 „ten ein unfehlbares Ende zu sehen.“

Nach dieser Erklärung schien jeder weitere Versuch, die Annahme der Mediation zu bewirken, unnütz. Daher erklärten nun die eidgenössischen Gesandten, daß sie zur Abreise entschlossen seyen. Allein damit konnte auch den Ausschüssen nicht gedient seyn, denn sie mußten nach der Stimmung und den Aeußerungen der Gesandten gewaltsame Einwirkung der Cantone besorgen, und hofften immer noch, daß die Mediation sich auf bloße Bestätigung dessen beschränken werde, worüber man sich verglichen hatte. Daher erklärten nun die sechs Deputirten der Bürgerschaft, sie willigen ein, „daß die Gesandten über die ihnen zugestellten und noch vorzulegenden Punkte sich berathen; wenn sie etwas zu verbessern finden, es anzeigen, von beyden Theilen Bericht einholen, und das Vergleichene ratificiren mögen;“ und da die Gesandten sich auch der entsetzten Rathsglieder annahmen, so schlugen die Deputirten der Bürger vor, daß dieselben nach dem Grade der Strafbarkeit in drey Klassen getheilt werden sollen *). Allein

*) „Die in der ersten Klasse sollen, wenn sie sich gut halten,

Die Gesandten fanden eine solche Mediation noch zu beschränkt, und antworteten, daß sie Alles, was ihnen vorgebracht werde, in gütliche Unterhandlung nehmen, und beyde Parteien anhören wollen. Wenn aber solches unverfänglich, so werden sie rechtlich erörtern und aussprechen. Wegen der Entlassenen sollen ihnen alle Kosten mitgetheilt, und nach geschehener Untersuchung vor denjenigen Richter, welcher sie entlassen habe *), im unparteyischen Rechte gewiesen werden. Der große Rath erklärte nun, daß er diese Vorschläge annehme, und ließ dieselben den 15. Juli den Zünften vorlegen, worauf nach dem zwar verdächtigen Berichte der Zunftsvorgesetzten den Gesandten angezeigt wurde, daß auch eine Mehrheit der Bürger sich zu diesen Vorschlägen mitwillig erklärt habe. Zwar hatten die Deputirten der Bürgerschaft nur erklärt, „daß sie mit den Gesandten über die Punkte eintreten, ihr Gutachten einbringen, und sie um die Ratifikation bitten, auch wegen der Entlassenen die Interposition der Gesandten und die

„von der Obrigkeit der Bürgerschaft recommandirt, und
 „dieses von der Bürgerschaft bey Balancen respektirt werden,
 „den, so daß sie stufenweise bey allen Aemtern die Präferenz haben. Die in der zweyten Klasse sollen aller Ehrenfähig seyn, doch ohne Präferenz, wie andre Bürger. Die
 „in der dritten, wenn sie klagen, aber ihre Unschuld nicht
 „erweisen können, darüber härter angesehen werden und
 „nach Befinden weiter gestraft werden.“ — Ochs bemerkt,
 „daß die bloße Möglichkeit, Leute, die nur von Rache und Umsturz der neuen Dinge sprachen, wieder eingeseßt zu sehen, manchen feigen oder furchtsamen Bürger von der Parthey der Ausschüsse nach und nach entfernen mußte.“

*) Der große Rath, ohne die statt der Entlassenen gewählten Mitglieder.

Rekommandation der Obrigkeit respektiren wollen, doch daß es der Zunftordnung gemäß geschehe"; und wirklich hatte der große Rath beschlossen, daß diese Erklärung den Gesandten solle mitgetheilt werden; allein dieses geschah absichtlich nicht, und als die Deputirten noch bessere Bestätigung dieses Beschlusses verlangten, so wies man sie mit der Erklärung ab, „sie haben ja schon verschiedne Rathserkenntnissen, und die Amnestie bekräftige alles."

Denn während dieser Unterhandlungen über die Ausnahme der Mediation waren die Intriguen, Bestechungen, Drohungen und andre Mittel, die Partey der Ausschüsse zu schwächen, mit Erfolg fortgesetzt worden, und den 16. August zeigte sich die erste auffallende Wirkung davon. Ganz unerwartet versammeln sich die Klein-Basler *) bewaffnet in ihren Gesellschaftshäusern; es wird ihnen Wein ausgetheilt und allerley Versprechungen von besondern Freyheiten für Klein-Basel und wegen Bestätigung alles Abgehandelten von dem entsetzten Schultheiß Burkhard gemacht; worauf sie sich mit diesem Vorbehalt für die Obrigkeit und zu Annahme der Mediation erklären. Zugleich wurden sie gegen Fatio aufgehetzt, der nicht gehalten, was er versprochen, und eignen Gewalts Vieles unternommen habe, wozu er nicht beauftragt gewesen, und um jede Berührung mit den Ausschüssen zu verhindern, wurden Wachen gegen Groß-Basel ausgestellt. Jetzt bewaffnen auch die Ausschüsse ihre Partey; man droht denen, welche sich für die Mediation erklären, und sendet Einige **), um

*) Nur etwa 20 Mann blieben den Ausschüssen getreu. Ms. No. I.

**) Unter diesen Deputirten waren Müller und Fatio selbst. ib.

nach den Gründen dieser Bewaffnung und der Drohungen gegen Fatio zu fragen. Allein die Antwort, welche der Schultzeiß Burkhard erteilte, war sehr unbefriedigend *), und Fatio beehrte am folgenden Tage Schutz vor dem großen Rathe. Man erklärte ihm, daß ihm nichts geschehen solle, und geboth den Klein-Baslern nichts Gewaltthätiges zu unternehmen, ihre Wache bis auf sechs oder acht Mann zu vermindern, und wenn Verdächtige kommen, sie in Güte abzuweisen. Aber gleich nachher wurde heimlich beschlossen, den Klein-Baslern ansagen zu lassen, daß sie gute Wache halten sollen. So erlaubte sich die Regierung, in der nämlichen Sitzung, in welcher jenes Geboth erlassen wurde, mit einem Theile der Bürger gegen den andern zu conspiriren, zu einer Zeit, wo man durch die Aufnahme von sechs Deputirten der Bürgerschaft zu den Conferenzen einen zweckmäßigen Weg zu endlicher Beseitigung der noch übrigen Streitpunkte einschlug.

Sobald nun die Ausschüsse vernahmen, daß vom großen Rathe ein Beschluß gefaßt worden, welcher solle geheim gehalten werden, verlangten sie von den Häuptern den Grund dieser Verheimlichung zu wissen. Sie erhielten die Antwort, es sey bloß darum geschehen, weil der große Rath die Mediation aufs Neue angenommen und den Klein-Baslern, die sich zu der Obrigkeit geschlagen, habe befehlen lassen, von jeder der drey Gesellschaften sechs Mann zu erwählen, und gute Wache zu halten, damit sie vor denen, welche die Mediation nicht angenommen, sicher seyen. Fatio versicherte dagegen, daß die Ausschüsse es allerdings mit der Obrigkeit

*) „Sie seyen befugt, ihre Posten zu verwahren, damit keine verdächtigen Leute zu ihnen kommen.“ Ms. No. 1.

teit halten; aber die Mediation können sie nicht anders annehmen, als wie sie erklärt haben, wenn aber die Rätthe eine Mediation nöthig haben, so mögen sie es wohl leiden. — Noch am nämlichen Tage faßten kleiner und großer Rath den Beschluß, „bey der Mediation Leib und Gut aufzusetzen; wer im Rathe dawider sey, soll hervortreten; wer aber nachher abtrete, soll bestraft werden. Wenn die Bürgerschaft sich diesem Beschlusse widersetzen sollte, so sollen die Eidsgenossen nach den Bünden um Rath und Hilfe ersucht werden.“ Jetzt trat auch die gegen die Ausschüsse gewonnene Partey zu Groß-Basel offener hervor, und die zahlreiche Zunft der Spinnwetter erklärte sich gegen sie. Nun erkannte Fatio endlich die Gefahr, in welcher er schwebte. Oeffentlich erklärte er: „es sey ihm nicht verborgen, daß es um ihn allein zu thun sey; und wenn der Bürgerschaft mit seinem Kopfe könne geholfen, und dadurch Friede gemacht werden, so werde er denselben willig hergeben. Man habe ehrliche Leute aus dem Rathe verstoßen und schlimme darin sitzen lassen, ja die Neuen seyen noch schlimmer als die Alten.“ Dennoch findet sich keine Spur, daß er gesucht habe, Basel zu verlassen und sich zu retten.

Das Uebergewicht, welches die erklärten Gegner der Ausschüsse, und mit ihnen diejenigen erhalten hatten, welche sich ihrer bisdahin nur zu ihren Privatsabsichten bedienten, und sie nun treulos im Stiche ließen, wurde nun weiter benutzt, um eine gewaltsame Entwicklung hervorzubringen. Den 18. August erließ der kleine Rath eine Verordnung, wodurch alle ungesetzlichen Zusammenkünfte, besonders von Bewaffneten, alle andern als die gewöhnlichen Nachtwachen und Patrouillen, ferner die Trommel zu rühren, und Lärm

zu schreien verboten wird; auch soll auf den Zünften nach dem Läuten der Nachtglocke gar niemand, und bey Tage keine Bewaffneten geduldet werden. — Allein dieses zweckmäßige Verboth galt nur der Partey der Ausschüsse; denn den Klein-Baslern wurde nicht „aus den Gewehren gebothen,“ und so verbreitete sich das Gerücht von einem Anschläge, die Ausschüsse und ihre Partey in der Nacht zu überfallen, welches wegen der alten Abneigung zwischen Groß- und Klein-Basel desto heftigere Gährung erregte.

Die eidgenössischen Gesandten hatten unterdessen die ihnen vorgelegten, schon erörterten Punkte untersucht, und den Deputirten einige Bemerkungen mitgetheilt, welche beweisen, daß sie die erste Quelle des Uebels, die Herabwürdigung des großen, und die Entgenmacht des kleinen Rathes allerdings erkannten. — Dagegen schienen sie aber auch nicht geneigt, der Bürgerschaft viel einzuräumen, und machten besonders Einwendungen gegen die Ueberlassung der Obristzunftmeister, der Meister, und Sechserwahlen an die Zünfte; doch weil man sich darüber verglichen, so wollen sie die Ueberlassung der beyden erstern Wahlen bestätigen; in Rücksicht der Sechserwahlen aber glauben sie, es sollte bey der alten Ordnung bleiben, nach welcher die Vorgesetzten der Zünfte dieselben wählten. — Die Antwort, welche ihnen auf diesen Vorschlag von den Deputirten gegeben wurde, zeigt, wie wenig man gesinnet war, zu halten, was man den Bürgern versprochen hatte. „Man müsse, hieß es, sich dießmahlen in die Zeit schicken, weil es noch zu frühe davon zu reden“ *). Ueberhaupt aber fanden die Gesandten,

*) Abscheid der eidgenössischen Mediatoren.

ungeachtet der vom Rathe einstimmig angenommenen Mediation, bey einem Theile wenig Neigung, ihnen bedeutenden Einfluß auf die Beendigung der Unruhen zu gestatten; eben weil mehrere von ihnen nicht geneigt schienen, zu Herstellung der vorigen Oligarchie und Befriedigung der Nachsucht mitzuwirken. Daher heißt es in dem Abscheide, „die Gesandten haben den Deputirten hiesiges Procedere vorgehalten, daß wenn alles verglichen seyn sollte, man keine Mediatoren zu berufen gehabt hätte; sie werden also hier nichts zu thun haben, und deswegen ihre Gedanken auf die Heimreise richten.“ Zugleich erklärten sie, daß sie die Mediation selbst nicht anfangen können, wenn sich nicht die Mehrheit der Einwohner für dieselbe erkläre. Es wurde also 21. August vom großen Rathe beschloffen, daß Nachmittags die Bürger von Hause zu Hause sollen befragt werden, wer die Mediation annehmen wolle. Allein, obschon wieder Hehlung gebothen war, so war der Beschluß doch sogleich verrathen, und die Bürger wurden auf diesen Besuch vorbereitet. Man konnte daher nicht ein Mal die Hälfte der Stimmen für die unbedingte Mediation erhalten, und sehr viele antworteten nach der erhaltenen Vorschrift, „daß sie sich an die Vorträge bey der letzten Zunftversammlung halten, wo ihnen gesagt worden, die Gesandten seyen nicht als Mediatoreß, sondern als Confirmatoreß berufen worden.“ *). Dieser vierte fruchtlose Versuch zeigte deutlich, daß es nicht die Ausschüsse allein waren,

*) Nach dem den Gesandten übergebenen Verzeichnisse hatten von 1243 Bürgern die Mediation wirklich angenommen 586; bestimmt abgeschlagen 234; nicht zu Hause waren 282. Nur bedingt wollten dieselbe annehmen 141. Abscheid.

welche die Mediation zu vereiteln strebten, und vermehrte daher den Unwillen der Gesandten.

Noch größer wurde derselbe, als ihnen die Abschrift eines Briefs mitgetheilt wurde, welchen der Ausschuß Iselin (12. August) nach Zürich geschrieben hatte *). Derselbe erzählt den Erfolg der Versammlung im Münster, „wo die Anrede an die Bürgerschaft so eingerichtet gewesen, daß sie den wohl intentionirten Bürgern nicht gefallen habe. Nur etwa zwey- bis dreyhundert, wovon aber viele nicht einmahl stimmfähig gewesen, haben sich für die Mediation erklärt; drey Mahl mehr, ohne diejenigen, welche vor der Kirchenthüre geblieben, haben widersprochen. Der Versuch, die Zünfte aufs Rathhaus kommen zu lassen, habe die Bürgerschaft schwierig gemacht, und der Beschluß, daß die Ausschüsse sich trennen sollen, die Erbitterung vermehrt. Durch die Versicherung, daß es bey der Reformation, der Amnestie und dem, was man gegenseitig geschworen, bleiben solle, und durch die Errichtung einer Deputation von achtzehn Mitgliedern, wovon die Bürger sechs zu geben haben, seyen die Bürger befriedigt worden. „Hätte man die Sache auf der Bürger Begehren schon „längst so angegriffen, so wäre man vor einigen Monaten zufrieden, und unnöthig gewesen, die Gesandten zu bemühen. Allein die verfluchten Factionen kommen je länger je mehr an den Tag, und ist denjenigen, die man aus großen Gnaden bey ihren Ehrensstellen sitzen lassen, unmöglich gewesen, ihre Compli-

*) Der Brief war an den oben angeführten Obmann Murali geschrieben. Bürgermeister Escher hatte dieß vernommen, und es dem andern Bürgermeister berichtet, der dann den Brief von Murali beehrte.

„ces hülflos zu lassen; ich hoffe aber, eine ganze löbl. Eidgenossenschaft werde unsre burgerliche Proceduren „suo tempore approbiren, und sich ab der Kalksinnigkeit in solchen Proceduren verwundern.“ Dieses Schreiben wurde nun zu Zürich dem großen Rathe vorgelegt, und gab zu einer lebhaften Discussion Anlaß, indem behauptet wurde, die dem Bürgermeister Escher erteilte Instruction drücke die damahls im großen Rathe geäußerten Meinungen nicht wohl aus *). Es solle daher an den Bürgermeister geschrieben werden, wenn die Bürger und die Obrigkeit über etwas einig, so soll, auch wenn es früher erzwungen worden, von den Gesandten nichts daran geändert werden. Dieß wurde von den Freunden des Bürgermeisters so gedeutet, als behaupte man, er habe gegen seine Instruction gehandelt. Am Ende aber wurde doch beschlossen, in jenem Sinne an ihn zu schreiben **).

Als nun Escher diese Sache den übrigen Gesandten mittheilte, fanden sich alle dadurch beleidigt; sie beriefen einige Deputirte vom kleinen und großen Rathe, und beklagten sich über diesen Brief und über andre ehrverletzliche Reden, die sich Iselin zu Zürich erlaubt habe ***). Sämmtliche Gesandte glaubten sich dadurch

*) Diese Instruction war vielleicht mehr im Sinne der Minorität des großen Rathes zu Zürich von dem Stadtschreiber abgefaßt worden.

**) In Punkten, wo die Obrigkeit und Bürgerschaft mit einander zufrieden, „soll nichts ferneres berührt werden, und man sich für dieß Wahl gedulden.“ Stadtschreiber-Protokoll.

***) Er war unter den Gesandten, welche die Ausschüsse nach Zürich geschickt hatten.

verglichen hatte, schien gesichert, und die Einwirkung der Gesandten war auf bloße Bestätigung beschränkt worden.

Noch blieb aber der zweyte Hauptpunkt der Mediation, die Angelegenheit der entsetzten Rathsglieder übrig. Einunddreißig von ihnen hatten den Gesandten eine Bittschrift übergeben, worin sie das eidgenössische Recht anriefen, und die Gesandten hatten deswegen in ihrer Note an den großen Rath auch auf diese Angelegenheit Rücksicht genommen. Als nun die Deputirten nähere Angaben ihrer Meinung verlangten, so erklärten sie (26. August), in den Akten werden einige der Entsetzten gar nicht erwähnt; in Rücksicht der übrigen sollte unterschieden werden, was vor der Ballotir-Ordnung und was seither verfehlt worden; auch seye in den Klagen selbst ein großer Unterscheid, so daß Stufen sollten gemacht werden. Wer seine Unschuld erweisen könnte, sollte wieder an seine Stelle kommen, aber auch die Neugewählten bleiben, und also für einige Zeit im großen und kleinen Rathe überzählige Mitglieder seyn, doch ohne Belästigung des gemeinen Guts. Die übrigen aber sollen nach dem Grade der Strafbarekeit mit Geldbußen, Entfernung von ihren Stellen auf gewisse Jahre, oder nach Beschaffenheit gebührend bestraft werden. Durch diese Gedanken wollen die Gesandten der obrigkeitlichen Judikatur nicht vorgreifen; sie zweifeln aber nicht, der Richter werde dabey nach Ehre und Eid verfahren." Nach dieser Anleitung entwarfen nun die Deputirten ein Gutachten, welches den 2. September vom großen Rathe bestätigt wurde. Dasselbe enthält zuerst die auffallende Bestimmung, „daß aus der Zahl der Entlassenen diejenigen, welche vor andern sondere Merita und Qualitäten haben, und

„dem Stande nützliche Dienste allbereit geleistet, und
 „annoch leisten können, ohne Berührung ob sie
 „schuldig oder unschuldig, voraus considerirt
 „werden.“ Vermittelt dieser Bestimmung werden dann
 der Obristzunftmeister Christoph Burkhard und der
 Rathsherr Hans Balthasar Burkhard sogleich wieder
 in ihre Würden eingesetzt, „als ob sie niemahlen entlassen
 worden“ *). Dann werden zweyundzwanzig Mitglieder
 des kleinen und eilf des großen Rathes in drey Klassen
 eingetheilt. Die erste begreift diejenigen, welche am
 wenigsten gravirt sind. Diese sollen aller Immunitäts
 ten, Privilegien und Freyheiten fähig seyn, deren ans
 dre Herren Rath genießen, ihren gebabten Titel und
 Habit behalten, als ob sie niemahlen entlassen wären;
 bey künftigen Vakanzen die Präferenz haben, und nes
 ben andren um Aemter anhalten mögen. Die, welche
 in die zweyte Klasse gezählt werden, sollen ihrer Ehren
 ungekränkt, auch aller Aemter und Dienste fähig seyn,
 doch ohne Präferenz und allein gradatim dazu beför
 dert werden mögen. Die der dritten Klasse endlich,
 sollen zwar ihrer Ehren ohngespannen seyn, gleichwohl
 aber vor Verfließung zweyer Jahre zu feinen oberkeits
 lichen Ehrenstellen noch Aemtern gelangen mögen; als
 dann aber deren gleich andren fähig seyn“ **).

*) Wie weit mußte es gekommen seyn, daß sich einige der ersten
 Magistratspersonen nicht schämten, so wieder aufgenommen
 zu werden.

**) Die erste Klasse enthält neun Mitglieder des kleinen und
 sechs des großen Rathes, unter welchen auch Petri ist,
 von erstren jedoch zwey mit der Bedingung, daß sie noch
 besondre gegen sie vorgebrachte Klagen widerlegen. Die
 zweyte begreift sechs Mitglieder des kleinen Rathes, worun-

Diese zwar auf Gewinnung der Malcontenten berechnete, aber etwas voreilige Wiedereinsetzung mehrerer Rathsglieder machte bey vielen Bürgern einen sehr nachtheiligen Eindruck. Obgleich daher mit diesem Beschlusse eine ernstliche mit Drohungen begleitete Erinnerung der Gesandten den 3. September auf den Zünften verlesen wurde, daß sich jedermann hüten solle, sich den obrigkeitlichen Beschlüssen mit Worten oder Werken zu widersetzen, so erschienen doch noch am nämlichen Tage einige Ausschüsse vor dem kleinen Rathe mit der Erklärung, daß diese Verfügung verschiedenen andern Beschlüssen zuwider laufe, und gaben zu verstehen, daß man dadurch nach und nach das ganze Reformationswerk zu schwächen suche. Sie begehrtens deswegen, daß am folgenden Tage der große Rath versammelt werde zu besserer Bestätigung des bis dahin Verglichenen. Allein die Versammlung des großen Rathes wurde abgeschlagen und folgender Beschluß in alle Häuser gesandt *): „Die Ausschüsse werden dahin gewiesen, sich in die Sachen weiter nicht zu mischen, sondern daß jeder sich zur Ruhe begeben und seinem Berufe warte: widrigenfalls man denjenigen, so sich widersetzen, als gemeinen Friedensstörern ihr Unrecht auf andre empfindliche Weise wird zu verstehen geben. Uebrigens soll die Erkenntniß wegen der Entlassenen

ter einer mit der gleichen Bedingung. Die dritte enthält sieben des kleinen und fünf des großen Rathes. — Wer sich beschwert glaubt, dem soll das Recht offen bleiben. Der Stadtschreiber Harder, welcher Basel verlassen hatte, wurde in keine Klasse gesetzt, sondern seine Sache eingestellt.

*) Der Beschluß wurde von Hause zu Hause zum Lesen gebracht.

„künftig der Bürgerschaft zu keinem Präjudiz gereichen,
 „sondern ihre habenden Erkenntnissen gehalten werden.
 „Wir befehlen also nochmahl, daß sie furohin kein Ge-
 „both *) noch Versammlungen anstellen.“ — Allein dies
 ses Verboth erregte neue Bewegung; und der Verdacht
 faßte immer tiefere Wurzel, daß man alles, was die
 Bürger erhalten hatten, wieder zu vernichten suche.
 Vergeblich hatte ein Mitglied des Rathes bey der Bes-
 rathung über Isellns Bestrafung geäußert: „Die Com-
 plote und Zusammenkünfte der Bürger werden sich
 schwerlich legen, man gebe ihnen dann, was man ihnen
 versprochen.“ Noch immer fehlte es an einer schriftli-
 chen Versicherung der verglichenen Punkte; denn alles,
 was die Bürger bis dahin erhalten hatten, waren nur
 allgemeine Erklärungen, daß das Vergleichene solle bes-
 tätigt seyn, und der Beschuß wegen der Entlassenen
 war wenigstens demselben nicht ganz gemäß. Daher
 liefen etwa hundert bewaffnete Bürger Abends an ih-
 rem gewöhnlichen Versammlungsorte zusammen; ein
 Haufe kömmt zum Bürgermeister und verlangt, daß
 am folgenden Tage der große Rath versammelt werde;
 dieser weist sie mit guten Worten ab; allein die Vers-
 ammlung wächst bis auf ungefähr Vierhundert an.
 Sie beschließen, Wache zu halten; da aber die Aus-
 schüsse sich entfernen und an der Sache keinen Theil
 nehmen wollen, so verläuft sich der ungeordnete Haufe
 bis auf etwa vierzig. „Weil nun niemand da war
 „zum Rathen und sie sich zu schwach fanden, so ents-
 „stand großer Unwille gegen Fatio, Müller und andre
 „Ausschüsse“ **), die solche Unordnungen mißbilligten.

*) Bunftversammlungen.

**) Ms. No. 1.

Unterdeffen wurde der kleine Rath bewaffnet versammelt. Damahls soll er beschlossen haben, drey Compagnien vom Lande in die Stadt zu ziehen, und da die versammelten Bürger auf die Anfrage, was ihre Absicht sey, das Begehren vortrugen, daß morgen großer Rath gehalten werde, so wurde ihnen keine Antwort mehr ertheilt, sondern einer Commission aufgetragen, Anstalten zur Gegenwehr vorzuschlagen. Indessen zerstreuten sich Morgens die wenigen noch versammelten Bürger wieder, nachdem ihnen Gatto und Müller versichert hatten, daß diejenigen Forderungen, welche ein neues Memorial enthielt, vom kleinen Rathe würden bewilligt werden.

Dieses neue Memorial, welches den 5. September von vier Ausschüssen dem großen Rathe eingegeben wurde, betraf Gegenstände, die allerdings zu Beruhigung der Bürger beitragen konnten. Es enthielt Wünsche wegen Anstalten zu Eröffnung der Zufuhr, Polizeyvorschläge wegen des Mehlverkaufes, die Bitte um Beförderung mehrerer noch unerörterter Proceffe wegen des Kornhandels, und daß die verglichenen und publicirten Punkte der Bürgerschaft in gehöriger Form eingehändigt werden. Alles dieß wurde bewilligt, und es war nun keine Rede davon, daß die Ausschüsse abgeschafft und alle Versammlungen der Bürger waren verbothen worden. Dieses anscheinend wankende und widersprechende, vielleicht aber planmäßig auf den Untergang der Ausschüsse abzielende, Benehmen der Regierung, die nach ihrem letzten Beschlusse, dieses Memorial nicht einmahl hätte annehmen sollen, mußte am Ende zu neuen Verwirrungen führen. — Das Memorial enthielt überdieß noch das Begehren einer Ent-

ädigung für die Ausschüsse *), welches an die Des-
 tirten gewiesen wurde, und den Vorschlag, wie im
 Jahre 1529 einen Pacifications-Eid und eine General-
 amnestie zu beschwören. Man beschloß, die eidsgenös-
 sigen Gesandten um Errichtung eines solchen Pacifi-
 cations-Edicts zu ersuchen, und trug auch den Aus-
 schüssen auf, dieselben darum zu bitten. Des Beschlufs
 wegen der Entsetzten geschieht in diesem Memorial
 keine Erwähnung, und man sieht deutlich, daß die Aus-
 schüsse, wenigstens Fatio, Müller und einige andre, die
 Beendigung der Sache ernstlich suchten.

Unterdessen hatten sich aber die eidsgenössischen Ges-
 andten zur Abreise entschlossen **). Als Grund wird
 in ihrem Abscheids-Conclusum vom 5. September an-
 gegeben, daß alle ihre Bemühungen vergeblich gewesen.
 Oben wird bemerkt, „daß sie sich zwar auch über
 nützlichere Mittel berathen haben; weil aber die meis-
 ten Gesandten hiezu nicht instruiert gewesen, so haben
 sie bloß beschlossen, dieses mündlich ihren Herren und
 Vorgesetzten vorzutragen, besonders wie nothwendig man

*) „Weil die Ausschüsse acht Monathe nicht für sich, sondern
 „für jedermann gearbeitet und große Mühe und Kosten er-
 „litten.“ Die Unkosten wurden auf 2500 Reichsthaler an-
 gegeben. Ms. No. 1. und Abscheid.

**) Der Bürgergesandte hatte schon vorher berichtet, daß die
 übrigen Gesandten die Absicht haben, abzureisen, und Er-
 laubniß, dieß auch zu thun, begehrt. Nur mit Mühe konn-
 ten seine Verwandten den 22. August im großen Rathe aus-
 wirken, daß es ihm freigestellt wurde, wenn alle übrigen
 Gesandten abreisen, es auch zu thun, oder noch länger zu
 bleiben; doch solle er dieselben zu noch längerem Bleiben zu
 bereden trachten. Es wurde zuerst verlangt, daß er auch
 allein in Basel bleiben solle.

finde, daß eine allgemeine Tagsatzung in der Nähe von Basel gehalten werde" *). Auf die dringenden Bitten

*) Dieses Abscheid-Conclusum äußert sich sehr unverhohlen über das Benehmen der Parteyen. „Es erhele aus Allem, daß die vom Stande Basel erbetene Mediation in der Realität nicht so gemeint, als man erachtet; indem von Seite der Obrigkeit die hiezu etwann abgefaßte Resolutiones so nachdrücklich nicht begleitet werden mögen, als man verhoffet, daß es hätte seyn sollen, von Seiten aber der Bürgerschaft die Mediation in beständiger Contestation gewesen: die renitirende Partey der Bürgerschaft also, obgleich die geringere an der Zahl, sey allzeit die stärkere gewesen, welche alle guten Einräthe und Anschläge mit allerhand Rationationen unterbrechen und freibgänglich machen können. Die Gesandten haben dabey mit Bedauern verspüren müssen, daß ihre Negotiation ungleich verstanden, ja bisweilen mit Schimpf und Spott aufgenommen worden, und zu dem Allem die Oberkeit das Ihrige etwann nicht anwenden wollen, dürfen noch können: mithin die Ausschüß mit ihrem Anhang den Meister fortwährend spielen, ihre Conventicula halten, alles in Furcht und Schrecken setzen, und allem Ansehen nach viel obrigkeitliche Personen, sonderlich die bey dieser Revolution beförderten mit ihnen sich ziemlich verstehen müssen: also daß keine Mediation mehr Platz haben mögen, sondern solche verlohren gegangen und sich allein in Rechtsfragen transmutirt, und zwar auf eine so gefährliche Manier, daß der Gesandten Rath und Gutachten von den unruhigen Bürgern nicht aufgenommen worden, als lang solche nicht zu Bestand und Verbleiben dessen gedient, was die Zeit her mit Unrecht und Gewalt verhandlet worden; dazu aber die Gesandten sich nicht verstehen können. Sie haben sich daher außer dem Officio stehend gesehen und deswegen zur Abreise erklärt, um ihren Herrn und Obern zu berichten und ihrem fernern Rath zu überlassen, ob man den Stand Basel also sitzen lassen, oder sich dessen mit andern Mitteln annehmen

der Regierung wurde indessen die Abreise noch aufgehoben *). Als ihnen nun die Ausschüsse sowohl als die Obrigkeit das letzte Memorial wegen des Pacifications-Eides, wegen einer neuen Amnestie und der Entschädigung für die Unkosten vorlegten, so erklärten die Gesandten; „daß ihnen sehr lieb seyn werde, wenn die Obrigkeit und Bürgerschaft, welche außer aller Mediation ihre Sachen die Zeit her geführt, sich vereinbaren können: sie wollen auch ihrerseits das Ihrige zur neuer Versicherung gern beitragen, doch also, daß durch sie nicht dasjenige, was von Zeit zu Zeit der Obrigkeit entweder mit Gewalt abgezwungen, oder sonst auf eine extraordinäre Weise nachgesehen und verhandelt worden, bestätigt werde“ **).

Es wurde also von dem kleinen Rathe ein Projekt zu einem Pacifications-Instrument und zu einer Eidesformel, mit welcher dasselbe sollte beschworen werden, aufgesetzt; aber sehr verdächtig war es, daß dabei vier Abgeordnete der Bürger, hingegen niemand von dem großen Rathe zugezogen wurde. Als daher dieses Projekt dem großen Rathe den 7. September zur Annahme vorgelegt wurde, so widersetzten sich Mehrere und verlangten Zeit, um dasselbe zu untersuchen. Allein vergeblich; es wurde folgender Beschluß durchgesetzt: „Die Vorgesetzten sollen den Zünften vortragen, daß alle

wolle.“ Dann werden die Gründe angeführt, warum man Basel nicht also könne „sizen lassen,“ worin unter anderm vorkömmt, „daß man Thür und Thor zu Empörungen und Regimentsrevolutionen aufthue.“

*) Nur der Luzerner-Gesandte verreiste „wegen zugefallener Geschäfte.“ Abscheid.

**) Abscheid.

„Differenzen gehoben, und mit Genehmhaltung der eidsgenössischen Gesandten ein besondres Versöhnungs-Instrument und ein Versöhnungs-Eid angestellt sey, welcher morgen abgelegt werden soll. Es soll also jeder, dem Einigkeit angelegen, sich diesem Entschieden unterwerfen. Man versehe sich um so mehr der Parition, da die Punkten, welche wegen der Oekonomie, Poltzen, Justiz und der Privilegien auf allen Zünften schon publicirt worden, heute bestätigt worden; auch man der Bürgerschaft diese Bestätigung innert acht Tagen unter dem großen Stadtstempel zustellen werde.“ — Durch diese Verzögerung wurde aber nicht nur bey den Bürgern, sondern auch bey vielen Mitgliedern des großen Rathes neues Mißtrauen erregt. Daher äußerten mehrere Bürger bey Verlesung dieses Beschlusses, „daß zuvor die erörterten Punkte auf die Zünfte sollen geliefert werden.“

Als nun den 8. September vier Abgeordnete des kleinen Rathes auf jeder Zunft besonders den Eid abnehmen wollten, wurde derselbe unter verschiedenen Vorwänden verweigert; die einen behaupteten, sie seyen der Obrigkeit immer treu gewesen und haben die Ausschüsse niemahls anerkannt; andre beharrten darauf, daß zuerst die erörterten Punkte den Zünften übergeben werden; andre erklärten die Eidesformel, welche Versprechungen des Gehorsams, Abschaffung der Ausschüsse und daß in Zukunft keine mehr sollen aufgestellt werden, enthielt, für zu schwer und den Rechten und Freyheiten der Bürger zuwider. Manche waren gar nicht erschienen, oder hatten die Versammlungen wieder verlassen, als der Eid sollte geleistet werden. Aber zu bemerken ist es, daß der meiste Widerstand nicht von den Ausschüssen, sondern gerade von denen herkam, welche

ihnen entweder immer zuwider gewesen, oder sich nachher von ihnen abgesondert hatten *). Denn diese sogenannten Malcontenten und die heimlich mit ihnen verschworenen Rathsglieder sahen in der Annahme des Pacifications-Edikts nur ein Mittel, ihre rachsüchtigen Pläne zu vereiteln, und suchten daher sich demselben zu entziehen. Mit ihnen stimmte der Pöbel von dem Inbange der Ausschüsse zusammen, weil er immer noch auf größere Unordnungen hoffte, und nicht ahndete, wohin man ihn dadurch führen wollte. Dagegen wurde der Eid von mehrern Ausschüssen, selbst von Fatio und Müller geleistet, welche schon seit einiger Zeit ernstlich in Beendigung der Sache arbeiteten, und mehrere Male vergeblich gesucht hatten, sich davon loszumachen, ohne die bewirkten Verbesserungen aufzugeben **). Nach dem Verzeichnisse, welches den Gesandten übergeben wurde, leisteten an diesem Tage 468 Bürger, ohne die Vorgesetzten, den Eid.

Um nun denjenigen Bürgern, welche den Eid verweigerten, den allerdings gültigen Vorwand der noch immer verzögerten Auslieferung der verglichenen Punkte zu benehmen, wurde vom großen Rathe (den 9. September) beschlossen, daß ihnen dieselben am nächsten Sonntag (den 13. September) in begehrteter Form sollen übergeben, dabey aber erklärt werden, wenn sie den

*) Daher heißt es von der Spinnwetterzunft, der Mehrtheil sey fortgelaufen; und von den Klein-Baselern, sie haben gar nicht schwören wollen.

**) Müller rechtfertigte ihr Benehmen in einer Schrift, welche den Titel hat: Gründe, warum einige der gewesenen Ausschüsse zu dem Ende der Reformation geeilet, die Amnestie angenommen und den Pacifications-Eid abgelegt.

Eid noch länger verweigern, so werde die Obrigkeit das Pacifications-Instrument nach Zürich zurücksenden, und den Eidsgenossen Alles berichten. Denn auch ein Theil des großen Rathes strebte aufrichtig nach friedlicher Beylegung und war redlich gesinnt, das Versprochene zu halten; aber die Ränke der Machthaber vereitelten alle Bemühungen der Bessern.

In dieser ungewissen Lage verließen die eidsgenössischen Gesandten Basel (9. September), da mit der Erklärung, daß alles verglichen sey, und mit der Befestigung des Pacifications-Instruments ihre weitere Theilnahme aufhören mußte. Die verglichenen Punkte wurden dann endlich (den 13. September) den Zünften ausgeliefert, aber auch jetzt wieder der Eid von Vielen verweigert *), und eben so fruchtlos war der Versuch, die Bürger von Hause zu Hause zu befragen, wer den Eid leisten wolle (14. September). Der große Rath beschloß daher (15. September), in der Eidesformel, über die man sich am meisten beschwerte, einige Abänderungen zu machen, zugleich aber auch diejenigen, welche keine geborne Bürger waren, sondern das Bürgerrecht nur erkaufte hatten, mit Verlust desselben und Verweisung zu bedrohen, weil sie meistens zu den wildesten gehörten. Wenn diese Drohung nicht unzweckmäßig war, so mußte es dagegen neue Erbitterung verursachen, daß zu gleicher Zeit einer der entseßten Rathsherren, zu der einträglichen, durch Todesfall erledigten Rathsdiennerstelle gewählt, der Landvogt zu

*) Viele, und zwar besonders die Entseßten, erschienen gar nicht; andre erklärten die Eidesformel für zu hart und zweideutig. Auch wurden Einwendungen gegen einzelne der verglichenen Punkte gemacht, um sich dem Eide zu entziehen.

Mönchenstein' (16. September) begnadigt und in seinem Amte bestätigt, und sogar der Vorschlag gemacht wurde, die Klasseneintheilung der Entsetzten aufzuheben und alle in die erste Klasse zu setzen. Dieß wurde zwar noch verhindert und dagegen beschlossen, daß auch die Entsetzten den Pacifications-Eid schwören sollten; aber ihre Macht war allmählig so bedeutend geworden, daß sie alle Versuche zu friedlicher Beendigung der Sache hindern konnten; daher dann auch, als bey einer neuen Zunftversammlung (den 20. September) der Eid sollte abgenommen werden, zu Klein-Basel, wo ihr Anhang am stärksten war, nur sehr wenige schworen. Denn durch ihre Verbindungen mit einem großen Theile des Rathes wußten sie sich hinlänglich gesichert, und der kleine Rath und ein Theil der Sechser ging selbst mit dem Beyspiel vor, den Eid nicht zu schwören. Noch drey Tage später (23. September) entstand ein heftiger Streit im großen Rathe, da sich diejenigen Sechser, welche den Eid noch nicht geleistet hatten, nur unter der Bedingung dazu verstehen wollten, daß der kleine Rath dieß auch thue. Erst nach langem Zank wurde dann endlich die Versöhnung vom kleinen Rathe und den Sechsern beschworen.

Sechster Abschnitt.

Unterdrückung der Unruhe.

Die Herstellung der Ruhe und Ordnung schien nun bloß davon abzuhängen, ob es möglich seyn werde, die Beschwörung der Pacification allgemein durchzusetzen, und da die angesehensten Ausschüsse den Eid abgelegt hatten und nach und nach viele Bürger diesem Beispiele folgten, so erhob sich bey denen, welche die wahre Lage nicht kannten, neue Hoffnung zu friedlicher Beendigung der Streitigkeiten. Wirklich berichtete Basel an Zürich, daß mehr als zwey Dritttheile der Bürgerschaft den Eid schon geleistet haben. Allein man sah doch auch zu Zürich die Sache noch als sehr gefährlich an *), und dieß mit Recht; denn ein großer

*) Obervogt Meyer von Zürich an Müller, 14. September:
 „Bürgermeister Escher hat in seiner Relation gesagt, daß
 „Zatio und Müller den Eid abgelegt haben. Wenn aber
 „die übrigen dieß nicht auch thun, so ist der Handel noch
 „im Alten. Viele Leute bestürzen sich, daß Obristzunftmei-
 „ster Burkhard so wieder ohne Erbauung angenommen wor-
 „den.“ Dann äußert er Besorgnisse, daß es dem einen
 und andern, „so wider die Herren gewesen,“ übel ergehen
 könnte.

heil der Regierung verfuhr durchaus nicht aufrichtig, und war mit den rachsüchtigen Anschlägen der Malcontenten einverstanden. Manche der Neugewählten hatten sich heimlich an sie angeschlossen, um durch Verrath an den Ausschüssen die Gunst derjenigen Partey zu gewinnen, deren Sieg immer wahrscheinlicher wurde. Besonders war Fatio als Ziel der Rache aussersehen, welcher durch seinen leidenschaftlichen Eifer allerdings manche Blöße gegeben hatte. Daher hatte man ihn schon durch die Theilnahme an dem Kornhandel, über den die Bürger so erbittert waren, verdächtig gemacht *), und selbst, daß er den Pacifications-Eid geschworen hatte, wurde benutzt, um den Haß gegen ihn zu verstärken. Man ließ dieß brauchen auch gegen den wohlgesinnten Müller, und es wurde immer wahrscheinlicher, daß die Warnung in Erfüllung gehen werde, welche Bürgerseister Escher ihm vor der Abreise gegeben hatte: „Ernne Müller für einen verständigen Mann, und glaube, daß seine Absichten nicht auf Böses gegangen; er werde

*) Schon im August, zur Zeit von Iselins Gefangennehmung, hatte der entsetzte Obristzunftmeister Burkhard einigen Ausschüssen berichten lassen, wenn sie einige zu ihm senden, so wolle er ihnen anzeigen, wer die rechten Fruchthändler seyen. Ohne Vorwissen von Fatio werden drei Ausschüsse zu ihm geschickt, die ihn aber nicht zu Hause antrafen. Unterdeffen aber erfuhr Fatio die Sache, und machte ihnen Vorwürfe über ihre Untreue, „und daß sie ihn im Verdacht haben, als liege er mit Obristzunftmeister Säslin (gegen welchen damals der Proceß wegen des Kornhandels eifrig betrieben wurde,) unter der Decke; sie hätten ihm wenigstens Nachricht geben sollen.“ Säslin stand mit Fatio in freundschaftlichem Verhältnisse, und soll in seinem Verhöre ausgesagt haben, daß er ihm auch Korn habe zuführen lassen. Ms. No. 1.

zu befreien; allein sie fühlten sich zu schwach. — Am folgenden Tage (22. September) zeigte der kleine Rath seine Absichten schon deutlicher; es wurde beschlossen, daß sich die Gesellschaften zu Klein-Basel versammeln mögen, um sich wegen der Anklage gegen Fatio zu verabreden, und da drey Bürger ein Memorial gegen ihn übergaben und eine Versammlung des großen Rathes forderten, so wurde ihnen dieselbe sogleich bewilligt; jedoch sollte auch der Zunftmeister Brenner vor dieselbe berufen werden, weil er Lärm zu schlagen gebothen habe.

Indessen stieg die Gährung, und man mußte besorgen, daß es endlich zu Thätlichkeiten kommen würde; denn als sich Abends (22. September) die Feinde von Fatio, etwa zweyhundert stark, in der Domprobsten versammelten, so liefen auch seine Anhänger zusammen; allein da sie wieder zu schwach waren, so sandten sie um Mitternacht einige zu dem Bürgermeister mit der Forderung, daß Fatio in Freyheit gesetzt, und ihnen Sicherheit verschafft werde. Endlich zerstreuten sie sich wieder, nachdem der Bürgermeister erklärt hatte, daß er die Gegner schon zum zweyten Male habe abmahnen lassen, und es nun zum dritten Male thun wolle; sollten sie dann nicht gehorchen, so werde sie der große Rath zur Verantwortung ziehen. Die Nacht ging nun zwar ruhig vorüber, allein in der Versammlung des großen Rathes (23. September) zeigte es sich, wie wenig man gesinnet war, die Unternehmungen dieser Faction zu hindern. Denn als Brenner mit einigen andren, welche vorberufen waren, erschien, und die Schuld des Lärmschlagens auf die Bürger schob, mit der Erklärung, daß sie den Eid so wollen abgeändert haben, wie er ihnen denselben vorgelesen, so wurde jede weitere Nachforschung unterdrückt, und kein Mitglied

der Versammlung um seine Meinung befragt. Dagegen wurde eine ausführliche Klagschrift gegen Fatio vorgelegt, worin er eines eigenmächtigen Verfahrens beschuldigt wird, indem er sowohl die zweymahlige Entsetzung einer Anzahl von Mitgliedern der Regierung, als die Ablegung des Jahreseides der Bürger ohne Vorwissen und Auftrag der Zünfte betrieben, auch sich durch sein bereitwilliges Beschwören des Pacifications-Eides höchst verdächtig gemacht habe; und damit es ja recht auffallend werde, wohin man ziehe, und daß weder die zweymahlige Amnestie noch das von den eidsgenössischen Gesandten unterschriebene Versöhnungs-Edikt solle geachtet werden, so wurde in der Klagschrift die Erwählung einer Commission zur Untersuchung der Sache verlangt, welcher die Protokolle der Ausschüsse sollten übergeben werden. Zwar wurde noch in dieser Sitzung durchgesetzt, daß auch die kleinen Räte das Versöhnungs-Edikt beschwören mußten *), aber wie wenig man gesinnet war, dasselbe zu halten, zeigte sich aus dem zugleich gefaßten Beschlusse, daß Fatio in eine härtere Gefangenschaft solle gebracht **), und dort verhört werden ***).

Jetzt versammelten sich in der Nacht etwa neunzig Bürger, die theils das früher gegebene Versprechen, Fatio zu schützen, halten wollten, theils für ihre eigene Sicherheit besorgt waren. In ihrem Namen ging Müller wieder zu dem Bürgermeister, erhielt aber auf

*) Siehe oben.

**) Vom Eschemertthurm auf das Rheinthor.

***) Zu diesem Verhöre wurden drei Mitglieder des Kleinen, drei des großen Rathes, der Stadtschreiber Fäsch, und, als Zuhörer, zwei Bürger gewählt.

die Bitte, daß der kleine Rath versammelt und Fatio in Freyheit gesetzt werde, die Antwort, „aus sich selbst dürfe der Bürgermeister dieß nicht thun, er werde aber sein Bestes dazu beytragen.“ Die Bürger beruhigten sich damit und zerstreuten sich. Aber als am folgenden Tage (24. September) nichts geschah, so versammelten sich einige Ausschüsse und veranstalteten, daß Abends ungefähr zweyhundert Bürger auf dem Barfüßer-Platz zusammenlaufen. Zum dritten Male stürmen sie in Müllers Wohnung, der an der Sache keinen Theil nehmen will. Endlich wird er durch ihre Drohungen gezwungen, sich an der Spitze von dreyßig bewaffneten Abgeordneten Abends um elf Uhr zum Bürgermeister zu begeben; aber um auch den Schein einer Gewaltthätigkeit zu vermeiden, tritt Müller allein und unbewaffnet vor den Bürgermeister *). Dringend bittet er ihn, noch in der Nacht den kleinen Rath zu berufen und Fatio Befreyung zu bewirken, damit ein Aufruhr verhindert werde, indem die Bürger entschlossen seyen, Fatio mit Gewalt zu befreien. Allein der Bürgermeister entschuldigt sich wieder, daß die Sache nicht in seiner Gewalt stehe; wenn die Bürger noch diese Nacht ruhig bleiben, so wolle er Morgens den kleinen Rath versammeln. Als nun Müller sah, daß seine wiederholten dringenden Bitten vergeblich waren, suchte er aufs Neue, sich von der Sache loszumachen, indem er den Bürgermeister um die Erlaubniß bath, in seinem Hause bleiben zu dürfen. Allein entweder aus Furcht vor den Bürgern, welche auf der Straße allerley drohende und aufrührerische Worte rufen, oder aus andren Absichten

*) Die dreyßig andern blieben auf der Straße, wo auch Müller seine Waffen zurückließ. Ms. Bro. 1.

plägt es dieser ab, und beharrt darauf, daß Müller selbst die Bürger abmahnen müsse. Kaum hat sich nun Müller entfernt, so eilt der Bürgermeister aufs Rathhaus, beruft die kleinen Räthe bewaffnet zu sich, befehlt den KleinsBaselern, fünfzig Mann auf die Rheinsbrücke zu legen, versammelt andre um das Rathhaus und hilft selbst den Angriff bereiten *). Sobald der Rath versammelt ist, läßt er die auf dem Barfüßerplatze zusammengelaufenen Bürger abmahnen, zugleich den Lärm schlagen, und beschließt, einige Compagnien vom Lande in die Stadt zu ziehen, die aber erst am Morgen eintreffen konnten. — Unterdessen herrschte auf dem Barfüßerplatze die wildeste Unordnung, weil Kaiser zu befehlen hatte; es werden einzelne Schüsse in die Luft gethan; eine kleine Schaar zeigt sich vor dem Zeughause, muß sich aber wieder entfernen; Manches wird vorgeschlagen, aber nichts ausgeführt. Endlich zieht eine Schaar von ungefähr dreißig auf den Kornmarkt, wo die Anhänger der Regierung in starker Zahl versammelt waren. Von welcher Seite der erste Schuß fallen, ist nicht ausgemacht; aber gewiß ist es, daß die Regierung zu feuern befahl **); worauf die Bürg-

*) Der Bürgermeister half selbst eine Kanone aus dem Zeughause auf den Kornmarkt ziehen. Ebend.

*) Schreiben von kleinen und großen Rätthen an Zürich d. d. 23. Sept. „Ein Haufe dieser Rebellen hat sich mit Rührung „der Trommel allernächst bey Unsern nicht allein präsentlich „präsentirt, sondern noch zween davon ihre Geschosß gegen „den Unsrigen losgebrannt: da wir die Ordre ertheilt, daß „von unterschiedlich der Unseren ein gleiches gegen sie beschehen, wovon dem Vernehmen nach zween dieser Rebellen, doch ohne Gefahr, blessirt, sonst aber, Gott sey ge-

ger sogleich auf den Barfüßer-Platz zurückflohen. Jetzt schon entfernten sich viele, während der Regierung immer mehr Bürger zuliefen, und auch die Universität sich bewaffnete. Nun erschienen vier Abgeordnete der Bürger, welche bathen, daß die Amnestie gegen sie gehalten, und Fazio in Freyheit gesetzt werde. Allein sie wurden mit der Erklärung abgewiesen, „daß diejenigen, so es mit Gott und der Obrigkeit halten, sich von Stund an nach Hause begeben sollen; widrigenfalls die Widerseßlichen als Rebellen angesehen und behandelt werden“ *). Nachher **) ließ ihnen die Regie-

„dankt, niemand der Unseren beschädigt worden.“ Dagegen sagt das unparteyische Mz. Nro. 1. ausdrücklich: „dies dreyßig Mann haben keinen Schuß gethan.“

*) Unter diesen vier Abgeordneten war auch Müller, der auch hier wieder erklärte, daß er zur Theilnahme gezwungen worden. „Einer der Redtführern, Namens Johannes Müller, hat sich zwar zu entschuldigen vermeint, und daß er hiezu von den übrigen gezwungen worden, so ihm gedrohet, daß, wenn dem Fazio was Widriges begegnen sollt, sie dessen Blut von seinen Händen fordern wollten; ja ohne diese Partition sein Leben in Gefahr gestanden wäre.“ Basel an Zürich d. d. 27. September. Aber man wollte Rache an den angesehensten Ausschüssen, und nahm darauf keine Rücksicht.

**) Zwischen zwey und drey Uhr des Morgens. Mz. Nro. 1. Das Schreiben der Regierung erwähnt natürlich diesen Umstand nicht; aber die Antwort, welche den vier Deputirten gegeben wurde, enthält doch, daß die, welche sich nach Hause begeben, nicht als Rebellen sollen behandelt werden; und das Schreiben erwähnt keine Widerseßlichkeit; denn nach Anführung jener Antwort heißt es: „worauf sie zwar gegen den Unrigen, so sich dabey gefunden, nachmahender Amnestie und mit Nachschreyen die Loslassung des Fazio

ng noch ankündigen, „wer sich zur Ruhe begeben, dem
 le kein Leid widerfahren,“ und als bald darauf eine
 irte Schaar nach dem Barfüßers-Platz abgesandt
 urde, fand man Niemanden dort.

Sobald nun Morgens (25. September) die berufes-
 en Landleute in der Stadt waren, wurde der lange
 erhaltenen Nachsicht freyer Lauf gelassen, und jene
 egenten, die sich bey den frühern Aufläufen so selge-
 id verächtlich benommen hatten, zeigten jetzt den ges-
 öhnlichen Umschwung zum Uebermuthe und zur Graus-
 amkeit. Etwa fünfzig Bürger, unter denen auch Jo-
 annes Müller, wurden gegen das in der Nacht gege-
 ene Versprechen ins Gefängniß geworfen *), und um
 ich den Hohn mit der Grausamkeit zu paaren, be-
 bloß der kleine Rath: „Gatio soll unter Trommelschlag
 ber den Kornmarkt durch das ganze Volk vom Rheins-
 dor in den Eselthurm **) geführt, heute noch mit
 dem Ernste verhört, und wenn er nicht gutwillig be-
 nnen will, ihm der Scharfrichter vorgestellt werden.“
 Damit stimmten dann auch die Verhöre selbst, die nun
 it ihm und Müller aufgenommen wurden, ganz übers-
 n, und der Geist derselben zeigt sich am Besten aus
 en Worten, womit Stadtschreiber Fäsch das Verhör

„begehrt, endlich sammtlich davon abgescheiden. Wir haben
 „aber bey anbrechendem Tage, alle diejenigen, so wir aus
 „diesen Aufrührern erkundigen mögen, alsobald gefänglich
 „annehmen lassen.“

*) Wenn das Versprechen nicht ausdrücklich gegeben war, so
 lag es doch bestimmt in der Antwort, welche den vier De-
 putirten gegeben wurde.

*) Ein hartes Gefängniß für wirkliche Missethäter. Auf
 dem Rheinthore waren keine Holsterwerkzeuge.

mit Fatio eröffnete: „Von gottsvergeßnen Vuben,
 „sprach er, ist der Obrigkeit das Szepter aus der Hand
 „gerissen worden, so daß die Bürgerschaft aus den
 „Schranken des Gehorsams getreten, deren du ein Rät-
 „helfer und Werkzeug gewesen; so daß du das
 „Regiment gänzlich über den Haufen geworfen, wenn
 „Gott es nicht verhütet hätte.“ Vergeblich berief sich
 Fatio auf die zweymahlige Amnestie: bey dem zweyten
 Verhöre erklärte ihm der Stadtschreiber, daß ihm die
 Amnestie nicht zu Gute komme, weil sie erpreßt wor-
 den sey, und zeigte damit zugleich, daß man von Allen
 Verglichenen nur zu halten gesinnet sey, was der sie
 genden Faction selbst gefalle; denn am Ende konnte alles
 für „erpreßt“ erklärt werden. Daher gehen auch die
 Verhöre von den ersten Anfängen der Bewegung aus,
 und Fatio wurde eben so wohl über die Zusammenkünfte
 einiger Sechser bey Dr. Petri, welche die Rechte des
 großen Rathes herstellen wollten, als über das, was
 die Ausschüsse gethan hatten, befragt; es wird ihm
 zum Verbrechen gemacht, daß er den Falsch und die
 Amnestie wider der Bürger Wissen erschlichen habe,
 obschon er behauptete, die Mehrheit der Zünfte sey da-
 für gewesen, indem sie ihren Zweck ja erreicht hatten.
 Auch der Privat-Correspondenz, welche einzelne Aus-
 schüsse mit Fremden geführt, wird nachgefragt, und
 wer überhaupt diese Bewegungen veranlaßt habe. Da
 nun Fatio in seinem ersten Verhöre, was er gethan,
 nicht als Empörung anerkennen wollte, so zwang man
 ihn durch die Drohung der Folter, eine Erklärung aus-
 zustellen, worin es heißt: „Ich hab mich hart versün-
 „digt, indem ich mich hab lassen zu den Sachen miß-
 „brauchen, die mir nicht zugestanden; ich wünsch von
 „Herzen, daß ich in den Schranken meines Berufes

geblieben wäre, so würde vielleicht die Bürgerschaft nicht Anlaß haben, über mich zu klagen."

Indessen war man mit dieser Erklärung und mit seinen Aussagen noch nicht zufrieden, und den 26. September beschloß der große Rath, daß Gatio noch schärfer solle verhört, und wenn es nöthig, gefoltert werden. Zu dieser Sitzung waren die beyden entsetzten Burksbarde, der Obristzunftmeister und der Zunftmeister, durch Abgeordnete von kleinem und großem Rathe auf den Antrag des Bürgermeister abgeholt worden, weil Malefizsachen obhanden"; dagegen wurden dann alle gewesenen Ausschüsse, welche Rathsstellen erhalten hatten, zum Austritt bis zu Beendigung dieser Sache genöthigt, damit nur wer gegen, aber nicht für die Gefangenen parteyisch seyn könnte, über sie zu richten habe.

Durch das zweyte Verhör, bey welchem die Folter zwey Male angewandt wurde *), suchte man besonders die Namen derjenigen herauszubringen, welche die Ausschüsse geleitet und ihnen gerathen, und wer die Vorfälle in andre eidsgenössliche Orte berichtet habe. Gatio schob Alles auf den damahls abwesenden Dr. Petri, nannte aber auch neben Müller noch andre Aus-

*) Petri erzählt den gräßlichen aber bezeichnenden Umstand, daß „die Examinatores dem Henker während der Folterung ins „Amt gegriffen und durch höchst schmerzhaftes Quassationes „den Gatio noch mehr gepeinigt haben.“ Ob es führt dieses auch an und sagt, es werde auch noch von andern erzählt. Die Namen der Examinatores werden nicht angegeben, aber merkwürdig ist, was Petri aus einem Briefe eines Bürgerbürgers anführt: „Ist es recht, daß drey Brüder „den Nachgang oder das Examen halten sollen?“ Basel Babel 78. folg.

schüsse, welche mit Fremden correspondirt haben. Da er im ersten Verhöre auf die Frage, wer zu diesem Aufstand Anlaß gegeben, geantwortet hatte, „sie seyen von einigen Herren des großen Rathes gleichsam mit Haaren dazu gezogen worden,“ so wurde er jetzt wieder darüber befragt, konnte aber nicht dazu gebracht werden, außer Petri jemanden zu nennen; hingegen erpreßte man durch die Folter die Namen von sechs Ausschüssen, welche die Sachen heimlich vorberathen haben. Dabey erklärte er aber, daß sein eifriges Studium der Geschichte von Basel ihn vorzüglich zur Theilnahme bewogen habe. Es wird nicht gesagt, ob sein Richter den bitteren Vorwurf, der darin lag, fühlten; aber dieses war auch bey Petri und bey Müller der Fall gewesen. Eben weil sie die bessere Beschaffenheit früherer Zeiten und die Rechte des großen Rathes und der Bürger kannten, wurde ihnen die Verdorbenheit ihrer Zeit, die verächtliche Familienregierung mit allen ihren Schändlichkeiten und die Herabwürdigung des großen Rathes unerträglich, und davon war doch ursprünglich die ganze Bewegung ausgegangen. Daher sagt auch Müller in seinem Verhöre, der Antistes Werensfeld habe gepredigt, „wenn ein Feuer aufgehe, so sey jeder zum Löschen verpflichtet“, und da er dieß auf den Meineid angewandt, so habe er sich auch verpflichtet geglaubt, zur Unterdrückung desselben mitzuwirken. Uebrigens behauptete er, von vielen Anschlägen, wie von der Einschließung des großen Rathes, von der bewaffneten Versammlung der Bürger u. s. w. nichts vorher gewußt zu haben; er gab zu, daß Fatio Vieles eigenmächtig unternommen, und wiederholte, daß er nur gezwungen an dem letzten Aufzuge Theil genommen. Allein darauf nahm man keine Rücksicht; auch wurde dieser

Auflauf nur als Nebensache behandelt, weil man Rache für alles, was von Anfang an geschehen war, und den Umsturz der gemachten Verbesserungen suchte.

Diese Verhöre, so wie ein andres von Conrad Mosß, einem Schwager des Fatio, wurden mit der größten Eilfertigkeit den 26. September bis tief in die Nacht fortgesetzt, damit man das Urtheil vollziehen könne, ehe sich die Eidsgenossen in die Sache mischen. Daher wurde dann den 27. September, obschon es Sonntag war, großer Rath gehalten. Vergeblich wurde vorgeschlagt, daß es etwas Unerhörtes sey, an einem Sonntage Blutgericht zu halten; vergeblich wurde durch die Mehrheit der Stimmen entschieden, daß das Gericht bis zum folgenden Tage solle verschoben werden; die herrschende Faction, vor der nun Alles zitterte, ungeduldig, ihre Opfer fallen zu sehen, erklärte es für ein „Nothwerk“ *), weil man der Ruhe nicht trauen könne, und setzte es endlich durch, daß das Urtheil mußte gesprochen werden **). Aber als man außer Fatio, Müller und Mosß, welche zum Schwerte verurtheilt wurden, auch noch gegen mehrere andere die gleiche Strafe aussprechen wollte, so widersehten sich die großen Räte, für ihre eigne Sicherheit besorgt, mit solcher Hestigkeit,

*) Eine Arbeit besonders in der Landwirthschaft, die nicht kann aufgeschoben, sondern auch des Sonntags muß verrichtet werden.

**) Das Bd. 6. S. 371. vermuthet, „daß an diesem Tage zum ersten Male auf eigenmächtige Berufung der Häupter 36 Stellvertreter von der kleinen Stadt in den großen Rath gekommen seyen, zur Belohnung, daß ein Haufe Klein-Baseler als Ankläger wider Fatio aufgetreten waren.“ Vorher gab die kleine Stadt nur 9 Mitglieder. Daß diese 36 dann nach dem Willen der Häupter stimmten, ist begreiflich.

daß man davon absehen mußte *). Das Urtheil wurde den 28. Morgens auf dem Plage vor dem Rathhause vollzogen, damit die Rathsherren das grausame Vergnügen haben, die Hinrichtung mitanzusehen, und ihren Triumph recht auffallend zu machen **). Weder das Urtheil noch die Anklage wurde verlesen, und Trommeln und Pfeifen übertönten während des Zuges nach dem Schaffote jede mitleidige Stimme. Auch der Antistes, welcher durch seine Predigten gegen die Laster der Regierung so viel zur Entstehung der Unruhen beigetragen hatte, erniedrigte sich nun zum Schmeichler dieser Faction. In der Morgenpredigt, die er an diesem Tage hielt, tadelte er die drey Verurtheilten aufs Heftigste und ermahnte die Bürger dabey, „sich nicht in fremde Händel zu mischen.“

Die Hinrichtung dieser drey Bürger machte einen

*) Die oben angeführten Quellen geben keine Nachricht, ob das Urtheil einstimmig sey ausgefällt worden; sie enthalten über diese Sitzung nichts weiter, als was hier gesagt wird. — In einem Schreiben vom 28. September, worin Basel den Cantonen und zugewandten Orten die Hinrichtung anzeigt, wird als Müllers und Mosers Hauptschuld die Theilnahme an dem letzten Aufstande dargestellt; allein daß dieß nur zum Berwande diene, zeigt sich daraus, daß das Urtheil von Ganzbärter war, indem sein Kopf auf dem Rheinthore aufgesteckt wurde.

**) Die Rathsherren sahen vom Rathhause zu. Diese Schadenfreude zeigt sich auch in den Ausdrücken des Schreibens an die Orte, wo es heißt, „wir haben dieses Urtheil heut das Morgens um zehn Uhren auf dem Platz vor unserm Rathhause, auf einem dazu aufgerichteten Theatro, allwo sie uns so oft perturbirt, durch den Scharfrichter exequiren lassen.“

tieften Eindruck, und rings um das Schaffot flossen Thränen. Denn Mosiſ und beſonders Müller waren als ſehr rechtſchaffne und wohlthunende Männer bekannt, und der letztere hatte durch ſeinen zwar vergeblichen Vorſchlag, daß kein Ausſchuß bis nach völliger Beendigung der ganzen Sache irgend ein Amt annehmen ſolle, bewieſen, wie entfernt er von allem Ehrgeize war. Weniger war dieß letztere bei Fatio der Fall, der als leidenschaftlich und ehrgeizig geſchildert wird. Aber ſein Verluſt wurde wegen ſeiner großen Gelehrſamkeit und der ausgezeichneten Dienſte, welche er als Wundarzt leiſtete, tief betrauert. Auf dem Schaffote zeigte er nicht die geringſte Furcht; die Rathsherren bat er um Verzeihung, dann auch die Bürger, und ermahnnte ſie, ſich nicht in Handel zu miſchen, die ſie nicht verſtehen. Auch Müller ſtarb ganz ruhig; Moſiſ hingegen zeigte weniger Feſtigkeit *).

Wenn nach Unruhen oder auch nach einer wirklichen Empörung es nicht bloß eine Faction iſt, welche den Sieg davon trägt, ſondern wenn eine für das Wohl und die Ruhe des Staates beſorgte Regierung ihr Anſehen hergeſtellt hat, ſo begnügt ſie ſich mit der Beſtrafung weniger Häupter, und nährt nicht durch inquiſitorische Nachforſchung und Verfolgung aller Theilnehmer das Mißtrauen und die Erbitterung. Aber ſo war es in Baſel nicht. Hier war es nur eine Faction, welche jetzt den Rahmen der Obrigkeit führte, und einer ſolchen ſcheint die Zahl ihrer Schlachtopfer immer noch zu klein. Daher häufte ſich nun in Baſel die Zahl

*) Petri Baſel-Babel S. 79. und nach ihm Ochs erzählen Gräuſel, welche dann mit Fatii Köpfe begangen wurden, die wir übergehen.

der Gefangenen täglich; schon waren vierundvierzig Bürger im Gefängnisse, und den 1. October wurde dem großen Rathe ein Verzeichniß von neunzig andern vorgelegt, welche an dem Aufsaufe Theil genommen; aber nur sechszeben aus ihnen ins Gefängniß geworfen, welche vorzüglich zur Entsetzung des Zunftmeisters Salathe beigetragen hatten *). In dieser Sitzung wurde auch eine Commission zur Untersuchung gewählt, und schon zwei Tage nachher, den 3. October, wurde über dreyundzwanzig Bürger das Urtheil vom großen Rathe gesprochen. Geldbußen, Landesverweisungen, Ehrlosigkeit, Verlust des Bürgerrechtes, Einschließung in ihre Wohnungen auf längere und kürzere Zeit, Zuchthaus und Schellenwerk **) waren die verhängten Strafen; allen diesen wurden auch ihre Waffen weggenommen. Vergeblich ermahnte ein Schreiben des großen Rathes von Zürich zur Gelindigkeit ***); schon den

*) Der wegen Besechlichkeit aller Ehren war entsetzt worden.
S. Oben.

**) Öffentliche Arbeiten.

***) Dieses Schreiben ist vom 1. October; es wurde aber im großen Rathe nur durch Mehrheit der Stimmen beschlossen, denn die zu Basel herrschende Faction hatte natürlich auch zu Zürich gleichgesinnte Freunde, die aber nur die kleine Zahl des großen Rathes ausmachten. Es heißt in dem Schreiben. „Man stelle es der Regierung von Basel zu „vorsichtlicher Reflexion anheim, ob nach dem bereits bezeugten Ernst gegen den übrigen Gefangenen bey bekannter „der Sachen Beschaffenheit nicht die Milddigkeit der Strenge „vorgezogen, und bey der suchenden völligen Beruhigung „eurer Stadt und Stands auf die Gelindigkeit die Gedanken gerichtet werden möchten; dieß sey auch bey andern „dergleichen Conjunktoren von Nutzen gewesen.“

6. October fanden neue Verhaftungen Statt, und den 8. wurden wieder fünfzehn Bürger zu ähnlichen Strafen verurtheilt, alle, welche an dem letzten Aufstande Theil genommen, aller Aemter und Dienste verlustig erklärt, einige Eechser ihrer Stellen entsetzt, und beschloffen, die Versprechungen der Ausschüsse, einander zu schützen, sollen aufbewahrt, ihre Protokolle aber durch den Henker öffentlich verbrannt werden. In gleichem Geiste wurde ferner beschloffen, daß die Weiber, weil sie viel zu den Unruhen beygetragen, auch sollen bestraft, und ihnen von Hause zu Hause angezeigt werden, „ihre Mäuler im Zaum zu halten“ *); daß niemand solle angehört werden, der um die Abnehmung des Hauptes von Fatio bitten wollte; daß man inquiren solle, wer von den ergangenen Urtheilen schimpflich rede **), und daß auch wegen etwa sechszehn Bürgern, die bey dem Tumulte „weder kalt noch warm gewesen,“ noch bessere Information solle eingezogen werden. Sechshundsechzig Bürger wurden verurtheilt, öffentlich vor das Consistorium gestellt zu werden, und nachher vor dem großen Rathe Abbitte zu thun, und selbst die Art, wie dieß geschehen mußte, zeigt der Uebermuth dieser Regenten; denn jeder mußte einzeln durch die Rathsstube gehen und vor den Häuptern und den kleinen Räten die Kniee beugen. Zu einem solchen Verfahren gehörte dann natürlich auch einige Vermehrung der stehenden Truppen. Daber

*) Dch: „Die Räte glichen muthwilligen Knaben, die wehrlose Geschöpfe so gerne quälen und plagen.“

**) Man weiß nicht, ist es Spott oder Ernst, wenn es in dem Beschlusse, der deswegen den Bürgern vorgelesen wurde, heißt, „die Urtheile seyen sehr milde.“

wurde den 15. October beschloffen, die schon vorher unterhaltene Stadtwache von 250 Mann noch um 100 Mann zu verstärken, weil Gewaltthätigkeiten sich durch Soldaten vom Handwerk immer leichter ausführen lassen, als durch bewaffnete Bürger.

Als nun allmählig nicht die Neigung, aber wegen der großen Zahl der Bestraften die Möglichkeit zu strafen sich verminderte, fing man an, auffallendere Schritte zu thun, um nach und nach alles, was geschehen war, wieder aufzuheben, und die mit der herrschenden Faction verbundenen Malcontenten wieder an ihre Aemter zu bringen. Den 22. October wurde dem großen Rathe eine Bittschrift der Entsetzten übergeben, welche über das eigenmächtige Verfahren von Fatio klagt, indem die Bürger geglaubt haben, es sey nur um einen Austritt bis zu Austrag der Sache zu thun. Ueber diese Bittschrift entstand nun eine heftige Bewegung im großen Rathe, da die Neugewählten endlich einsahen, daß nun auch die Reihe an sie komme, nachdem sie diejenigen, durch deren Hülfe sie waren erhoben worden, der Nachsicht ihrer Gegner so unvorsichtig aufgeopfert hatten. Daher erklärten Mehrere: „sie werden sich mit dem Degen in der Faust auf ihren Sitzen behaupten, weil die Regierung darauf geschworen habe, daß alles Vergleichene unverändert bleiben soll.“ Endlich wurde eine Commission geordnet, um Vorschläge über diese Sache zu machen. Der sehr ausführliche Bericht, den dieselbe dem großen Rathe vorlegte, erklärt die beyden Amnestien als erzwungen für ungültig, überdieß aber seyen beyde durch die Ausschüsse wieder gebrochen worden; endlich haben zwar einige den Pacifications-Eid angenommen, welcher aber keine Amnestie einschließe. Bey der Erzählung des letzten Aufstands

Diesem Vorschlage gemäß wurden schon den 21. October die meisten Ausschüsse wieder entsetzt, und den 4. November beschlossen: „Die entlassenen Rätbe sollen wieder confirmirt, und zwar diejenigen aus der ersten Klasse *) wieder an ihre Stellen gesetzt seyn, wobei aber einige mit solchen Neugewählten, denen man ihre Stellen ließ, alterniren müssen; die übrigen sollen in Zukunft bei Wahlen den Vorzug haben. Die neugewählten Zunftmeister hingegen werden zu Sechsern gemacht. Nur wegen Petri, der in die erste Klasse gehörte, soll noch weitere Untersuchung angestellt, und er zur Verantwortung gezogen werden.“ So blieben nur diejenigen sieben übrig, welche wegen erwiesener Bestechungen oder anderer Verbrechen ihrer Stellen vom großen Rathe ungezwungen waren entsetzt worden **); denn die andern alle wurden nun, weil sie den Vorzug hatten, sogleich wieder an die durch Entlassungen der Neugewählten ledig gemachten Stellen gesetzt. Aber auch jene sieben fanden bald wieder Beschützer, und so gering war die Achtung auch nur für den äußern Schein, daß Daniel Burkhard die einträgliche Landvogten Waldenburg erhielt, und Salatbe nebst Gernler, auf dem die Anklage der Verführung eines Marksteines haftete, für ehrliche Leute erklärt wurden, die zu allen Stellen Zutritt haben sollen. Damit war auch die Bahn für diese gebrochen, und so wurde auch einer nach dem andern wieder in seine Stelle eingesetzt; der Zunftmeister Ruprecht allein konnte nicht mehr zu derselben ge-

*) S. oben.

**) Nämlich der Rathsberr Daniel Burkhard, die Zunftmeister Ruprecht, Roth, Gernler und Salatbe, der Stadtschreiber Harder und sein Sohn, der Schultheiß zu Klein-Basel.

langen; doch wurde auch er für einen ehrlichen Mann erklärt, und ihm ein Theil der bezahlten Buße zurückgegeben; von den übrigen Bußen hingegen wurde nichts zurückgegeben, und nur, was noch nicht bezahlt war, nachgelassen. — Alle diese Beschlüsse geschahen aber bloß willkürlich, ohne einige Erklärung, daß diese Leute unschuldig erfunden worden; denn ihre Verbrechen waren zu offenbar erwiesen, und von ihnen selbst eingestanden worden; aber, da man zuerst angefangen hatte, die beyden Burkharde wieder an ihre Stellen zu setzen, und dabey förmlich zu erklären, daß man nicht untersuchen wolle, ob sie schuldig oder unschuldig seyen, so war es ganz übereinstimmend, daß am Ende auch diejenigen, welche wirklich für schuldig erklärt waren, wieder eingesetzt wurden. Daß dadurch das Ansehen und die Ehre der Obrigkeit einen unerseßlichen Verlust erleiden müsse, kam gar nicht in Betrachtung, weil die ganze Beendigung der Bewegung doch nur Partensache war. Daher wurde auch jede Vorstellung andrer eidsgenössischer Regierungen, sobald sie nicht im Sinne dieser Faction war, beharrlich abgewiesen.

In Zürich hatte nämlich die Enthauptung von Gastio, Müller und Mosiß den höchsten Unwillen erregt, und auf das erste Schreiben vom 1. October, worin Zürich zur Gelindigkeit gegen die übrigen Gefangenen ermahnte, folgte den 22. October eine nochmalige Aufforderung „damit nicht Mißtrauen und Rach erregt werde.“ Aber diese Schreiben konnten um so weniger Eindruck machen, weil die jetzt herrschende Faction schon lange über die Unparteilichkeit erbittert war, mit welcher die Mehrheit des großen Rathes zu Zürich den begründeten Klagen der Sechser und der Ausschüsse von Anfang an Gehör gegeben hatte. Besonders beklagte

man sich auch darüber, daß angesehene Männer zu Zürich mit Ausschüssen Briefe wechseln, und es wurde sogar im Rathe geäußert, „daß man diesen ganzen Kram Zürich zu danken habe.“ Darüber beklagt sich Zürich schon den 14. September in einem Schreiben an den großen Rath zu Basel, worauf aber der kleine Rath den 16. September antwortete, „sie wissen sich nicht zu erinnern, daß dieser Ausdruck im Rathe sey gebraucht worden, oder daß öffentlich zu Basel gesagt werde, daß die Unruhen von Seite zürcherischer Angehörigen animirt werden.“ Allein als nun der Sieg entschieden war, und man glaubte, Zürich weniger schonen zu müssen, so schrieb Basel den 15. October an Zürich, „die Gesandten wissen, daß einige Male über Correspondenzen Klage geführt worden. Ungesachtet man nun bey den Strafen die größte Nachsicht gezeigt, so werden doch dergleichen Correspondenzen fortgesetzt. Sie übersenden daher einige Abschriften von solchen Briefen, und bitten, daß man die Fortsetzung verhindere, sonst sehe sich Basel gezwungen, wider dergleichen Concipisten, wenn sie in ihre Hände fallen sollten, andre Maßregeln zu ergreifen.“ Da nun aber diese Copien nichts anders, als Klagen über Müllers Hinrichtung und Ausdrücke des allgemein zu Zürich herrschenden Unwillens enthielten, so antwortete Zürich den 22. October: „Und obwohlen wir aus den eingelegten Copiis nicht abmerken können, daß aus denselben die Unrichtigkeiten seyen unterhalten, weniger der bedaurliche Kram in Eure Stadt gebracht worden, so wollen wir jedoch die nachtheiligen Correspondenzen nachmahlen abstellen lassen.“ Diese Antwort konnte der herrschenden Faction nicht gefallen, die in ihrem Uebermuthe jede mißbilligende Aeußerung über

ihr Verfahren ernstlich bestraft wissen wollte; aber eben so wenig war man zu Zürich geneigt, den Unwillen darüber zu verhehlen. Als daher einer der Verurtheilten heimlich durch Zürich geführt wurde, um nach Venedig als Soldat auf die Galeeren gebracht zu werden, ertheilte der Bürgermeister Escher einigen Bürgern die Erlaubniß, dieses zu hindern. Die Bedeckung wurde drey Stunden von der Stadt eingeholt, und der Gefangene in dem Civilgefängnisse auf dem Rathhause verwahrt. Den 31. October wurde deswegen an Basel geschrieben, „man habe mit Bedauern gesehen, daß die Ermahnungen zur Milde nicht befolgt werden; vielmehr sey ein Bürger mit einer in der evangelischen Eidgenossenschaft fast ungewohnten Strafe belegt, und in Banden durch drey Bewaffnete nach Zürich geführt worden. Man habe daher diese drey allein heimgeschickt, und bitte, daß dieser Mann wegen seines Seelenheils unter einen evangelischen Hauptmann in Dienste gebracht werde; Zürich wolle dieß besorgen. Dabey empfehle man nochmahls Milde.“ Zugleich wurde beschlossen, den Gefangenen in Verwahrung zu behalten, und seinen Begleitern anzukündigen, „daß sie wegen einiger, von Seiten der Bürger vorgefallenen Beschwerlichkeiten zu Basel sparsam relatiren, sonst man sie als die eigentlichen Urheber dessen nach Verdienen beschreiben werde.“ Wenn nun gleich diese Sache einigermaßen damit konnte gerechtfertigt werden, daß der Gefangene ohne geschehene Anfrage durch Bewaffnete über Zürcherboden war geführt worden, so mußte sie doch bey der Regierung zu Basel großen Unwillen erregen; und als ein ernstliches Schreiben deswegen von Basel kam, „daß Zürich sich erlaube, Eingriffe in die Judicatur von Basel zu thun“, so beendigte der große Rath die

Sache damit, daß den 7. November beschlossen wurde:
 „Ueber das von Basel eingelangte weitläufige Justific-
 „cations-Schreiben wegen dem auf dem Rathhause
 „gefangenen Peter Landerer wird beschlossen, daß sel-
 „biges mit Stillschweigen präterirt, und der Gefangne
 „auf freyen Fuß gestellt werden soll.“ In eben die-
 sem Sinne wurde einige Tage nachher zwey verwies-
 nen Baselern erlaubt, in aller Stille und ohne Schmä-
 hung ihrer Obrigkeit sich in Zürich aufzuhalten *).

Noch war aber Doctor Petri, der als der erste
 Urheber dieser Bewegungen betrachtet wurde, der Nach-
 suchts seiner Gegner entronnen; denn bald nach seiner
 Entsetzung hatte er Basel verlassen. Als nun seine
 Gattinn um sicheres Geleit für ihn bath, so wurde
 dasselbe ohne Widerstand bewilligt, dann aber, als er
 in Basel angekommen war, im großen Rathe die Frage
 aufgeworfen, ob man verpflichtet sey, ihm dasselbe zu
 halten; der elende Grund, welcher angeführt wurde,
 war, daß er sich geäußert habe, „seine Frau habe das-
 selbe aus sich selbst verlangt; er habe es nicht nöthig,
 da er sich unschuldig wisse.“ Neunundsiebzig Mitglie-
 der des großen Rathes stimmten den 12. November
 für den Bruch des gegebenen Geleites, und Petri wurde
 sogleich ins Gefängniß gelegt. Der Haß der französi-
 schen Partey trug sehr viel dazu bey. Denn damals
 trieben viele von den vornehmsten Baselern Schleich-
 handel mit Kriegsbedürfnissen, die sie aus dem deut-
 schen Reiche nach Frankreich lieferten. Petri aber stand

*) Sie mußten indessen Zürich bald verlassen, weil die Hand-
 werksordnungen ihnen als Fremden nicht gestatteten, ihren
 Beruf zu treiben: von der Regierung erhielten sie ein klei-
 nes Reisegeld.

in Verhältnissen mit dem kaiserlichen Hofe, und trat wirklich nachher in kaiserliche Dienste, wo er eine Art Vollmacht zu Verhinderung der Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen aus Deutschland erhielt *). Auch glaubte man bey ihm allerley geheime Schriften über die ersten Anfänge der Unruhen und überhaupt über Basel zu finden. — Indessen suchte man doch diesem neuen Bruche eines feyerlich gegebenen Wortes, dessen verderbliche Folgen man bey aller Leidenschaftlichkeit noch fühlte, einen bessern Schein zu geben, und trug der Juristen-Facultät auf, ein Gutachten darüber zu geben. Allein dieses fiel anders aus, als man erwartet haben möchte; denn es erklärte, was man ohne Vorbehalt und Exception versprochen habe, müsse auch gehalten werden; hingegen könne man das Geleit aufkündigen und Petri vierundzwanzig Stunden Zeit geben, sich zu entfernen, nach deren Verfluß man das Recht habe, sich seiner zu bemächtigen. Jetzt blieb kein Vorwand mehr, ihn zurückzuhalten, und da ihn auch die Burkhardische Familie immer begünstigt hatte, so wurde er des Gefängnisses entlassen und entfernte sich dann sogleich von Basel. Allein anstatt nun die Sache ruhen zu lassen, beschließt der große Rath den 12. Januar 1692: „Petri solle nach Basel citirt werden“; dieß wurde indessen auf ein Schreiben von Zürich bis nach der Conferenz der reformirten Orte auf der Tagsatzung zu Baden im Juni 1692 verschoben.

Petri hielt sich unterdessen abwechselnd zu Zürich, Bern und Schaffhausen auf, wo er als Gegner der französischen Faction eine desto geneigtere Aufnahme fand. Auf der Jahrrechnung zu Baden zeigten die

*) Diese Vollmacht ist datirt 11. Februar 1692. Basel-Babel.

Zürcher-Gesandten den übrigen reformirten Orten an, „daß wegen der noch immer anhaltenden und steigenden Verwirrung zu Basel, auch wegen des Processes gegen Doctor Petri großes Unglück zu besorgen sey; daher Zürich für nothwendig halte, daß die reformirten Orte diesem vorzubeugen trachten.“ Allein als dieß den Baseler-Gesandten *) eröffnet wurde, wollten sie davon nichts wissen, und erklärten, daß in ihrer Stadt die größte Ruhe herrsche, indem ganz neulich ihre Regimentsbesetzung und Alles, was damit in Verbindung stehe, ohne das geringste Mißverständniß Statt gefunden habe; und als die Zürcher-Gesandten dieß an ihre Obrigkeit berichteten, und die Antwort erhielten, daß die Geistlichen in einem wiederholten Vortrage ihre Besorgnisse wegen des Zustandes von Basel angezeigt haben, und man deswegen eine Conferenz der reformirten Orte für nothwendig halte, so erklärten die Baseler dieß wieder für unbegründete Gerüchte, um jede Einmischung zu verhindern, die ihnen jetzt, wo sie durch ihre Garnison alle Gewalt in den Händen hatten, noch weit unerträglicher gewesen wäre, als früher. Daher erklärten dann auch die Gesandten der übrigen reformirten Orte, daß sie eine Conferenz für überflüssig halten, indem es desto besser sey, je weniger man von solchen Sachen rede, wenn man keine bestimmten Angaben habe.

Unterdessen wurde zu Basel der Proceß gegen Petri eifrig betrieben, und da er in einem Schreiben an den großen Rath der Regierung förmlich das eidsgenössliche

*) Die Gesandten von Basel waren der Obristjunkermeister Balthasar Burkhard und der gewesene Stadtschreiber jetzt Rathsherr Harder, beyde früher entsetzt.

Recht vor einer allgemeinen Tagsatzung anbot, so wurde den 7. Juni 1692 beschlossen, ihn unverzüglich vor Gericht zu citiren. Ein Schreiben von Zürich, welches Aufschub begehrte, jedoch mit der Erklärung, daß man in die Judicatur von Basel nicht eingreifen wolle, war vergeblich; und ein andres des holländischen Residenten Valkenier, welches in drohendem und befehlendem Tone die Aufhebung des ganzen Processes forderte, wurde mit einer Verwahrung der unabhängigen Judicatur von Basel beantwortet. Am nämlichen Tage, wo diese beyden Schreiben dem großen Rathe vorgelegt wurden (15. Juni), beschloß die Mehrheit, daß am folgenden der erste Gerichtstag solle gehalten werden. Als nun nach dem zweyten Gerichtstage zwey Schreiben von dem kaiserlichen und holländischen Gesandten die Einstellung des Processes verlangten, so wurde den 12. Juli vom großen Rathe beschlossen, mit dem dritten Gerichtstage noch bis zur Rückkehr der Gesandten von der eidsgenössischen Tagsatzung zu warten. Allein da es sich aus ihrem Berichte zeigte, daß nur wenige Orte geneigt seyen, sich Petri's ernstlich anzunehmen, so wurde den 19. Juli nach heftigem Streite von der Mehrheit des großen Rathes die Fortsetzung des Processes entschieden, Petri den 20. Juli in Contumaz zum Tode verurtheilt und sein Bildniß an den Galgen gehängt. — Gerne hätte man auch noch an Debarn, einem der thätigsten Ausschüsse, Rache geübt; allein während des letzten Auflaufes war er auf der Frankfurter Messe gewesen. Dennoch wurde im großen Rathe (19. Juli) seine Bestrafung vorgeschlagen, zuletzt aber doch von der Mehrheit erklärt, „daß er nicht wohl könne zur Strafe gezogen wer-

den" *). Dieser neue Racheversuch war um so auffallender, da auf die Bitten der Geistlichen den 17. März 1692 eine förmliche Amnestie auf den Zünften war verkündigt worden, worin es ausdrücklich heißt: „Alles, was vorgegangen, soll todt, ab und vergessen seyn; und wenn noch etwas anders von diesen Unruhen herrührend herauskomme, soll es in allweg verziehen und vergessen seyn.“

Uebrigens zeigt diese Amnestie durch ihre Ausdrücke ganz den herrischen Geist der Gewalthaber, die nach den vielfaltigen harten Strafen, diese dringend nothwendige Erklärung noch als eine „Gnade“ darstellen. Noch mehr aber war dieß der Fall in einer Bittschrift, welche diejenigen unterschreiben mußten, die Begnadigung suchten. Es war nämlich, wie sich die Baseler Gesandten selbst auf der Tagsagung äußerten, beschlossen, aber nicht bekannt gemacht worden, daß denjenigen, welche für einige Jahre verbannt, oder in ihre Häuser eingegränzt oder zu öffentlichen Arbeiten verurtheilt waren, Gnade solle erwiesen werden, wenn sie um dieselbe bitten. Die Bittschrift war aber in den friechendsten Ausdrücken abgefaßt; sie enthält die Erklärung, „daß die Bestraften wohl mehr verdient hätten; wegen der theuren Zeiten bitten sie aber, daß man sie von dieser väterlichen Züchtigung ganz liberire.“ Daher wurde dann dieselbe auch nur von Wenigen unterschrieben; und die Mehrern besaßen so viel Ehrgeiz

*) Ochs sagt, der Beschluß habe gelautet: „Meine gnädigen Herren behalten sich wider ihn das obrigkeitliche Ressentiment vor.“ Da er aber das Datum nicht angibt, so sieht man nicht, ob dieser Beschluß vielleicht früher war, als der im Texte angeführte.

fühl, daß sie lieber die festgesetzte Zeit ihrer Strafe aushalten, als unter solchen Bedingungen ihre Begnadigung suchen wollten.

Wie wenig aber die Mehrheit des kleinen Rathes auf die Lehren achtete, welche die ganze Bewegung so laut predigte, und wie sehr ihr Bestreben darauf ging, ihre vorige Uebermacht wieder herzustellen, dieß zeigt endlich am auffallendsten folgende Begebenheit *): „Den 27. Juni 1692 als der neue Rath eingeführt wurde, haben sich die Sechser in den großen Saal begeben, und gewartet, bis der große Rath seine gewöhnlichen Ceremonien verrichtet hatte **). Darauf hat der kleine Rath dem großen ansagen lassen, daß man aufstehen und nach Hause gehen werde. Allein der große Rath widersezt sich, und erklärt, daß dieß gegen die Erkenntniß laufe, so vor ungefähr einem Jahre ergangen, daß immer bey Einführung des neuen Rathes großer Rath gehalten werden solle; die großen Rätthe haben etwas vorzutragen. Darüber hat sich ein Theil des kleinen Rathes der Unwissenheit befleißigen wollen, es sey nicht also. Nach vielem Pro und Contra sind zwey Herren des kleinen Rathes zu den großen Rätthen hinaufgeschickt worden, ihnen anzusagen, es seyen jetzt keine wichtigen Sachen wie vor Einem Jahre obhanden. Allein die großen Rätthe behielten sich der Erkenntniß, so im kleinen Rathe damahls ergangen, welche also lautet: Man habe etwas zu thun oder nicht,

*) Wir erzählen sie wörtlich nach dem Ms. No. 1.

**) Die Sechser glaubten, daß er wie vor einem Jahre solle gehalten werden, wo der kleine Rath nach Begebung seiner besondern Feyerlichkeiten mit den Sechsern eine gemeinschaftliche Sitzung gehalten hatte.

„so soll doch bey diesem Anlaße großer Rath gehalten
 „werden. Sie sandten also vier Mitglieder an den klei-
 „nen Rath mit der Erklärung, daß sie hoffen, man
 „werde die Erkenntniß halten; zudem haben sie etwas
 „Wichtiges vorzutragen; mit fernerm Begehren, daß
 „die neuen Sechser den Eyd ablegen sollen. Bürger-
 „meister Burkhard antwortete, daß er von solcher Er-
 „kenntniß nichts wisse; und wenn der große Rath et-
 „was hätte haben wollen, so hätten sie sich gestern
 „vor der Audienz melden sollen. Darauf antworteten
 „die Deputirten des großen Rathes, sie seyen keine
 „Partey, und wenn der kleine und große Rath besams-
 „men, so seyen sie Ein Corpus; dabey behielten sie sich
 „wieder der Erkenntnuß: worauf nach vielem pro und
 „contra die Deputirten des großen Rathes wieder ab-
 „getreten, und darauf endlich per majora erkannt
 „worden, daß man in Gottes Nahmen hihaufgehen,
 „und mit den großen Rätthen sich niedersetzen wolle;
 „welches auch geschehen. Darauf der kleine Rath vor-
 „getragen, weil dies Mahl nichts obhanden, so vor
 „den großen Rath gehöre, und morgen über acht Tage
 „der erste Dienstag sey, so soll an diesem Tage großer
 „Rath gehalten werden. Die großen Rätthe stellten
 „vor, man könne die neuen Sechser in Eyd nehmen.
 „Ueber dieses ist nach vielem Pro und Contra von
 „kleinen und großen Rätthen erkannt worden, daß auf
 „gedachten ersten Dienstag großer Rath solle gehalten
 „werden, in welchem die großen Rätthe dann eines und
 „andres vorbringen könnten, und ist man hiemit auf-
 „gestanden“ *).

*) Dohs, welcher diesen Vorfall beynabe wörtlich gleich erzählt,
 sagt: „Vieles wurde vorgetragen, aber alles auf eine
 nächste Versammlung ausgestellt.“

Indessen hatte der große Rath während des heftigen und verwickelten Kampfes zu viel Selbstgefühl und Festigkeit gewonnen, als daß die Versuche des kleinen Rathes, ihn wieder zu der vorigen Unterwürfigkeit herabzumwürdigen, gelingen konnten. Vielmehr erhebt er sich nach und nach immer mehr in seine natürliche Stellung der höchsten Gewalt im Staate, und behauptet nicht nur die Rechte, welche ihm durch das Verkommniß mit dem kleinen Rathe waren zugesichert worden, sondern eignet sich auch noch neue zu. Nach Ochs fängt dieses seit dem Tode des gewaltthätigen Bürgermeister Socin an, der im Jahre 1717 starb. „Bis dahin,“ sagt er, „blieb nicht nur die Verkommniß in Kraft, sondern der kleine Rath schien vielmehr sie bisweilen zu vorthellhaft für sich ausgelegt zu haben, und vielleicht nährte mancher die Hoffnung, sie allmählig als eine Frucht der Rebellion von 1691 in Abgang kommen zu lassen. Allein von dem Jahre 1717 an herrschte ein andrer Geist; Geist der Nachgiebigkeit im kleinen Rath, Geist der eigenen Gewalt im Großen.“ Wenn sich indessen auch der große Rath einzelne Gegenstände zueignete, die ihm nach dem Verkommnisse nicht gehörten, so artete dieß doch nicht in Unterdrückung des kleinen Rathes aus. Der Einfluß des letztern blieb immer bedeutend, und es bildete sich nur ein besseres Verhältniß der beiden Gewalten, als in der früheren Verfassung gewesen war. Dagegen stimmten sie bald darin überein, die Rechte, welche den Zünften waren überlassen worden, zu beschränken, und allmählig ganz aufzuheben. Zwar hatte der Rath den 18. Juni 1692 diese sogenannten Bürgerpunkten noch bestätigt, und den Zünften anzeigen lassen, „daß es, wenn die Erledigung einer Zunftmeisterwürde in

Zukunft eintreten sollte, durchaus bey der im vorigen Jahre gemachten Ordnung verbleiben, und alsdann gemeine Zunftbrüder mit und neben den Vorgesetzten dazu ihre Stimme haben sollten" *). Allein schon den 21. November des nämlichen Jahres wurde der Antheil der Zunftbrüder an der Wahl der Meister und Sechser durch einen Beschluß des großen Rathes nach dem Antrage der Dreyzehner wieder sehr beschränkt **), und einige Bürger, welche freymüthig auf die Beobachtung der Punkte gedrungen hatten, bestraft. Dabey blieb es nun natürlich nicht, sondern unter dem Vorwande, daß die neue Wahlart nur Unordnungen nach sich ziehe, und daß dieselbe durch Gewalt sey abgedrungen worden, eignete der große Rath den 29. December 1698 die Meister- und Sechserwahlen wieder ausschließlich den Vorgesetzten jeder Zunft, die des Obristzunftmeisters hingegen sich selbst zu ***).

Begreiflich ist es, daß das tief eingewurzelte Verderben des Practicirens und der Bestechungen sich bald wieder in gleicher Größe zeigte ****); dann der unglückliche Ausgang des, vorzüglich durch dieses Verderben erregten, Kampfes mußte die Frechheit noch vermehren. Die Ballotir-Ordnung vom Jahre 1718 konnte das Uebel nicht vertilgen, und die Klagen dauern fort, bis 1740 die neue Ballotir-Ordnung oder das sogenannte Loos zu Sechsen eingeführt wurde ****), welches nebst dem, in Basel wie in einigen andern

*) Dchs Bd. 7. S. 387.

**) Ebendas. S. 391.

***) Ebendas. S. 396 und 460.

****) Ebendas. S. 418.

*****) Ebendas. S. 590.

Städten bey manchen Magistraten allmählig erwachenden, bessern Geiste den Klagen ein Ende machte, und das nicht leicht ganz auszurottende Uebel in die üblichen Schranken zurückführte.

I n h a l t.

Einleitung. Uebersicht der Bildung der Verfassung. Verborbener Zustand der Verwaltung in der zweyten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts. Herabwürdigung des großen Rathes. Bestechlichkeit. Burschardische und Socinische Factionen.

Erster Abschnitt. Versuch des großen Rathes seine Rechte herzustellen. In dem Kampfe gegen den kleinen Rath erhält er, unterstützt durch die Unzufriedenheit der Bürger, das Uebergewicht.

Zweyter Abschnitt. Der kleine Rath veranlaßt durch den Anschlag, die Bürger gegen den großen Rath zu gebrauchen, die Bildung von Ausschüssen. Die Strafen nehmen ihren Anfang. Ankunft der Repräsentanten; aber ihre Einmischung wird verhindert. Streitigkeiten zwischen den Sechsern und den Ausschüssen, welche immer troziger werden. Petri verliert sein Ansehen. Die Sache kommt, ungeachtet des Widerstandes von Zürich, vor die Tagsatzung. Schnorfs Sendung wirkt nachtheilig. Entsetzung von 29 Rathsgliedern durch Einschließung des Rathes erzwungen. Angriffe der Ausschüsse gegen Mißbräuche in der Staatsökonomie.

Dritter Abschnitt. Ankunft der zwey eidgenössischen Gesandten. Der große Rath nimmt zum Scheine die Mediation an, deutet seine Erklärung dann aber anders. Die Ausschüsse widersetzen sich, und erzwingen neue Entsetzungen. Erste Amnestie. Vergebliche Versuche die Annahme der Mediation zu bewirken. Besetzung der erledigten Stellen. Zweyte Einschließung des großen Rathes wegen der Obristzunftmeister-Wahl. Abreise der Gesandten.

Vierter Abschnitt. Zürich verzögert die Versammlung einer Tagsatzung. Die Gährung steigt. Kleinlicher Eigennuß der Bürger. Die Ausschüsse verweigern den Sechsern den Eid, und verbinden sich mit der Mehrheit der kleinen Räte. Der kleine Rath will die Rechte des großen Rathes wieder beschränken. Die Sechser berufen sich auf die Tagsatzung. Einführung und Eidesleistung des neuen Rathes. Die großen und kleinen Räte nehmen die Mediation an; eben so zwei Dritttheile der Bürger, aber unter Bedingungen. Zugern bewirkt, daß noch vier Mediatoren zugezogen werden. Das Ansehen der Ausschüsse sinkt. Parteyung zu Zürich. Auflauf durch die Unterschriften für die Mediation veranlaßt. Berichtigung der meisten Punkte und zweite Amnestie. Unordnungen, welche die Malcontenten verursachen.

Fünfter Abschnitt. Ankunft der Mediatoren. Die Versammlung der Bürger in der Münsterkirche ist vergeblich. Errichtung einer neuen Deputation. Eintheilung der Entsehten in Classen. Intriguen der Malcontenten. Erster Aufstand zu Klein-Basel. Die Gesandten werden von allen Parteyen hintergangen. Auflauf wegen Iselin. Die beyden Burkharde werden ohne Untersuchung wieder eingeseht. Verzögerung der Auslieferung einer Urkunde für die verglichenen Punkte. Auflauf deswegen. Pacifications-Edikt. Abreise der Gesandten. Der kleine Rath und die Sechser leisten endlich auch den Eid auf das Edikt.

Sechster Abschnitt. Umtriebe, deren Mittelpunkt Klein-Basel ist. Ratio in Gefangenschaft. Auflauf. Rache. Blutgericht am Sonntag. Fortsetzung der Strafen. Die Entsehten gelangen wieder zu ihren Stellen. Landerer zu Zürich. Dr. Petri. Endliche Amnestie. Festigkeit des großen Rathes gegen neue Anmassungen des kleinen Rathes.

pisten vom Könige sich abgewendet hat, und diese Unthaten und Megeleyen verabscheut. Laut schreyt, durch Mißwachs und Hunger geplagt, das Landvolk, es wolle dieses unselige Land verlassen, eine neue Heimath suchen. Ich erstaunte, als ich während der Reise hören mußte, eure Eidgenossen hätten dem Könige neue Truppen bewilligt; ihm, dem sein eigener katholischer Adel öffentlich jeden fernern Beystand in dieser schändlichen Sache verweigert, theils wegen der heillosen und unerhörten Falschheit, die dem französischen Volke ein unauslöschliches Brandmahl ausdrückt, theils wegen der scheußlichen, alle Familien in Trauer versetzenden Megeleyen; denn nicht eines der bedeutendern Geschlechter ist, das nicht davon wäre betroffen und in seinen Rechten und Besizthümern erschüttert worden. Man vernimmt auch nunmehr, die Urheber der Gräueltat selbst seyen über die Stimmung von Adel und Volk betroffen. „Die schweizerische Leibwache hat bey der Blutarbeit die Palme errungen“ *). Mein Anverwandter, Wilhelm Prevost, ist zu Paris im Hause des Grafen Rochefaucault getödet worden; in seiner Nähe mein zweyter Sohn, den Martyr bey der Taufe Theagen genannt hatte. Meine Gattin wurde mir geraubt und mißhandelt; all unsere Habe geplündert. Ich hoffe, ihr und eure evangelischen Landsleute werden unser Elend bemitleiden, in öffentlichem und häuslichem Gebeth unser gedenken und auch bey euern Regierungen uns zu kräftiger Verwendung empfehlen. Prevost, dessen ich oben erwähnte, ist derjenige, der auch bey euch gewesen und einige Zeit mit Gattinn und Kindern zu

*) Dieser Satz ist aus dem obenerwähnten Schreiben an Bül-
linger hier eingeschoben.

Lausanne gelebt hat. Er war Seelsorger der von Rochefaucault gestifteten Gemeinde und in ganz Frankreich ehrenvoll bekannt. Auf der Reise sah ich selbst den vom König an alle Commandanten der Städte erlassenen Befehl, daß niemand verschont werde. Ich hoffe, Gott werde diese Henkersthat nicht ungestraft lassen. Für euch bitte ich um seinen Segen.

II.

Wahrhafte Verzeichnung und Beschreibung der mordlichen That in Frankreich Anno 1572 begangen *).

Unlang vor der leidigen Hochzeit ist ein Runn, oder Begyn, in der Stadt Parys umbglauffen, und hat angezeigt, sy syge von Gott gesandt, den Paryseren zu urkundem, daß ihre Stadt (wo sy nit die Hugenoten all umbringend) in kurzem werde untergahn. Dieses hat sobiel ansehens bracht, daß man iren in der Kilchen zu Sant

*) Von dieser handschriftlichen Darstellung findet sich ein Exemplar im Besitze der historischen Gesellschaft in Zürich, unterschrieben „durch mich Hans Rudolff Wegelin, jung., Burger zu Dießenhoffen am Rhein 1628,“ es ist aber dasselbe wahrscheinlich nur die Copie eines gleichlautenden ältern, das in der Simmlerischen Sammlung aufbewahrt, und muthmaßlich aus den Berichten heimgekehrter Schweizer, so wie denn auch einer Relation des nach Genf entflohenen Grafen Martinengo zusammengestellt ward. Von dieser Letztern sagt Bullinger in einem Briefe an Tobias Egli, Pfarrer in Graubünden vom 3. Oct. 1572: „Wo ich

Eustachien mit 25 Fahnen ist entgegenzogen. Dieses wyb hat nachherwärts das Parlement gfeuglich angenommen und in das Schadolet (Chatelet) gelegt.

Den 25. Mayen ist die Königin von Navarren mit sampt ihrem Frauenzimmer, mit 100 reißiger Pferden begleitet, daselbst mit ihrem Hofgfind, in ihrem Hof einkehrt, Graf Ludwig von Nassau ist ihren mit 100 Pferden entgegenzogen und gritten. Item der Herr von Momorause (Montmorency). Bald darnach ist die krank worden, und als sy 6 Tag krank gelegen, ist sy den 6 Tag Junii seliglich in Gott verscheyden nit ohne Argwoon des empfangnen Gifts; ihr Testament ist zu Parys von dem Wechel gedruckt worden; warumb er in des Königs Ungnad gfallen, und gstraft ist; den 23. Junii in ihr Land gführt, und by ihrem Vater Heinrichico begraben.

Darnach am 8. Tag Junii ist der König von Navarra, der Herzog von Conde, der Herr von Roscherol (Rochefoucault) mit vielen Edellüthen und fürnehmen Herren yngritten zu Parys, ihnen sind entgegenzogen oder gritten, des Königs Brüder der Herzog von An

nit eigentlich meynte, Herr Ulysses Martinengus, Graf, hätte euch die eigentlich Historiam des Mordts in Frankreich, die er auch mir zeigt, geöffnet, hätte ich euch ein Exemplum gesendt, dann D. Keller das hie transferirt." Die Nachricht ist merkwürdig, weil sie mehrere Spezialitäten enthält, die in keiner der bisherigen gedruckten Darstellungen zu finden sind. So wird die traurige Ehre von Coligny's Ermordung bey Lacrosette und Wachler nach übereinstimmenden französischen Nachrichten für einen Böhm, Namens Dianowicz, in Anspruch genommen, hier für zwey Schweizer. Man möchte wünschen, daß es nur schändliche Prohlerey dieser leßtern gewesen wäre.

ou, der Herzog von Alençon, der Herr von Nivernais (Nivernois), und andere. Der Admiral, der vor mit 100 Pferden gen Parys gekommen war, ist ihm mit 10 entgegengetritten, deßglichen der Präsident, sampt all den Parlaments Herrn von Parys, mit 136 Arschieren.

Nach diesen Dingen haben der König von Navarra, der Herr von Alençon, die Herren von Conde, der Almarac (Almale), und andere fürnehme Herren, die der Hochzeit zu Ehren kamend, in der alten Königin Garren etliche Tag nach dem Ringli gestochen, und ander Fröud und Kurzweyl trieben, hat man 3 Samstag nach einander aufgeblasen, daß man den aufgerichteten Frieden trüwlich an ein anderen halten, und des vergangnen Kriegs nüt solle gedenken, denn wer dawider handle, solle der gewüssen Straf erwarten; es sy auch der Herr von Anjou zum Lütenampt gewählt, dieses Edict zu handhaben. Es sind nun etliche, die wider dieses Edict gehandelt von ihm erhenkt worden. Der erst Samstag, uff den man dieses Edict erneuert hat, ist gesyn den 12. Tag Julii.

Den 11. Tag August hat der von Conde mit des Herzogen von Guisa, und des Herzogen von Nevers Frauen Schwester vor Parys an einem hugenotischen Ort Hochzeit gehalten, im Bysyn des Königs von Navarren. Die papistischen Herrn hand nüt wollen dars by syn.

Den 12. August ist die Herzogin von Lothringen zu Parys yngritten, und ihren entgegen der König mit synem ganzen Hof.

Den 17. August ist der König von Navarra sampt syner Gemahel Margaretha, des Königs von Frankreich Schwester, zu Nacht umb die 12 Stund in des Bischoffs

von Parys Huß kommen, welches zueächst by der Kilchen Noturdam (Notredame) ligt.

Den 18. August morndes, sind sy beyde aus des Byschoffs Huß uff einen neuen Gang gangen uff die Brügi, so vor der Kilchen uffgericht war, daselbst habend sy zusammen geben der Cardinal von Burbon und Petrus de Gondy, Byschoff zu Parys, nicht auf ewangelische Gattung, dann stets zwo Kerzen uff der Brügi gebrunnen, den Imbis haben sie in des Byschoffs Huß genommen. Als es Abend worden, haben des König Carolis Herolden in synem Namen aus Noturdam Geld außgeworfen, dreyerley Gattungen. Uff etlichen Pfeningen ist uff der einen Sythen gstanden *anuntio vobis pacem*, ich verkünde euch den Frieden, uff der andern Sythen *constricta hoc est discordia vinclo*, das ist, mit dißem Bande ist die Zwyttracht gebunden, und in *cesto veneris* steht MH, bedeutet Margarethä und Heinrich. Auf der andern Sythen des Pfenings steht ein Pfaff by einem Altar, daruff ein Blut ist, an der andern Sythen steht auch *constricta hoc discordia vinclo*, die dritt Gattung sind gemeine Gols und Stüber gsyn.

Den 19. August ist der König von Navaren sampt syner Fürstin im Pallast über Nacht gsyn. Des folgenden Tags, war der 19. August, ist der König von Navaren mit der Königin in der Capell im Pallast zu Meß gangen, dann der König ihm ernstlich anghalten, daß er ihm zu Ehren und Gfallen thüeg, so wölle er ihm demnach nüt wyters noch ferners zumuthen; den Imbes habend sy denselben Tag ghalten in des Herrn von Anjou Huß, das Nachtmal in dem Schlosse à Louvres ghalten. Einmal hat der König mit Herr Admiral gretb vil und fründtlich der zuechst by ihm stünde,

wie er dann zu andern Sythen auch gethan, und den Hut gegen ihm abzogen, daß er gegen andern nüt brucht, ihn auch ein Vater gnent, im vorigen Jahr hat er ihn zu Blois fründtlich empfangen, und ihn mit einer Sonnen Gold beehrt.

Den 20. August ist ein herrliche Comödie, *Zodiacus vitæ humanæ*, in des Herrn von Burbons Hof von etlichen Italiänern in Bessyn der Könige, Grafen, Edelleut, auch einer großen Menge des gemeinen Volks gehalten worden. Es ist ein sölichß Trång (Gedrång) gsyn, daß der König selbst hat Wyte gmacht.

Den 21. August haben die fürnembsten Herrn selbst, so verkleidet und verbuzelt gewesen, nach dem Ringli gstoßen.

Am Fryntag den 22. August ist der Admiral ungfahr umb die 10. Stund vor Mittag vom Hoff kommen, hat heim in syn Behußung wollen, und etliche Edellüth; als er aber still gstanden, hat einer uff einer Taberne, wie Quardifnecht sagend, mit todtem Pulver ein Schuß uff ihn than, der Stein hat an der lingen Hand den Zeiger hinweg genommen, und ist im am rechten Arm by dem Gleich hinin gangen, und an der Elenbogen wider heruß gangen. Diger Mörder soll des alten Herrn von Guisa Diener, und des Königs Bogenschützen einer syn. Diemyl der Schuß beschehen ist, ist er uff ein Pferd gesessen, das by der hinderen Thür darzu grüß war, ylendß hinweg gritten; so bald aber der König, der dazmal nit wyt vom Schloß bym Ballenspiel gsyn, sömmlich vernommen, hat er den Rocket von ihm geworffen, ist den nechsten in des Admirals Fuß gangen, that verglychen ob ihm die Sach in trüwen Leid sey, hat by syner Crone geschworen, wann glych syn Bruder sölliches gethan, wölle er ihn darumb strafen.

Es habend ihn auch besucht und beklagt des Königs Mutter, der Herr von Allenson, der König von Navarra und der ganze Hoff. Die Quardifnecht sagend, sy habend den Herzog von Anjou und den Herzog von Guisa nienen gesehen.

Der König hat auch daß Huß Volk, da der Schuß schehen, gfanglich angenommen und ynzüchen geheißen.

Der König von Navarra hat syn Quardi, auch 8 Schwyzer ihm zu mehrer Sicherheit zugeleit, der neunt Caspar Röst von Zürich, ist by ihm blieben, und darnach im Lärmen, als er sich ins Schloß hinuß glassen, von den Franzosen erstochen, es hat auch König Carolus dem Herrn Admiral, als er derglychen than, zu Schuß und Schirm etliche Knecht zugeleit und ihn mehrere mahl wyters besucht.

Demnach uff Sontag, war Bartholomei den 24 August, hat der König in der Nacht zu synem Bruder dem Herzogen von Anjou gseit, hüt will ich erzeigen, das ich König in Frankrych bin, bißhar bin ich nit König gsyn, von dem Tag an, wil ich die Tag mynes Königrychs zählen.

Ungefahr umb die 2 Uhren in der Nacht hat er alle Quardifnecht im Schlosse aus der Eydgnoßschafft, deren er der König 100, der von Anjou 56, der von Allenson 50 hat, by ihren Eyden und einer Eybstraff uffgemant zewarten, was man ihnen wyter befehlen werde. Daruff hat der Herzog von Anjou alle Schwyzer und Urschier mit ihm gnommen, umb die 5 oder 6 am Morgen für des Admirals Behußung zogen, da der Herzog von Guisa ein Ordnung gemacht, als ob man mit einem Feyend stryten sollte. Die Franzosen hand alsobald die Porten ygnommen, aber die 8 Quardi

cht, die unten am Fuß glegen, haben sich zu wehr
 et, und sy hinauß trieben, die Thüren beschloffen;
 er ist in diesem Lämhel umbkommen. Bald sind die
 bronzer daher gefallen, und habend mit ihren Halbars
 die Thüren uffgeschloffen; der Herzog von Guisa
 ye zu denen, die underem Fuß warend, und wehren
 tend, darunter Felix Scherer von Zürich gsyn ist,
 illend ihre wehr von ihnen werffen, oder sie müßind
 erstochen werden.

Als man uff zum Admiral gylt, ist Moriz Brus
 felder von Ridersurnen, uß dem Land Glaris, zum
 en in Admirals Kammer thrungen, hat ihn erwünscht,
 ihn gsentlich hinab wöllen führen, indem hat
 irtt Koch von Fryburg, des Herzogen von Anjou
 rier, zu ihm gseit: das ist uns nit bevohlen, hat

Schwyn Spieß zuckt, und als der Admiral gseit:
 in mynes Alters Schwyger! hat er ihn erstochen.
 uptmann Josua Studer von St. Gallen seit, Moriz
 ihn funden in einem Nachtkleid stahn, ihn an das
 ht gführt, und gseit: Schelm bist du es? und mits
 , als Admiral zu ihm gseit wie obstahet, schon myn
 ers, syn Halenbarten in ihn gstoehen, bald habe der
 er auch mit ihm gemelts gehandelt. Der von Guisa
 gfraget, ob der Schölm todt sey, und ihn gbeis
 hinab in die Gassen werffen, als er sich unter der
 en gspert, hat er ihn mit synem Füßling in den
 und gestossen; daniden hat man ihn in ein sonder
 gleit, das man ihn hernach könnte kennen.

Den 26. ist er allda geköpft, syn Haupt hat einer
 armen und ist illends damit hinweggloffen, man
 es syge ein Italiener, ein Scherer gsyn, hab es
 alsamiret, und syge Willens gsyn, das dem heillis
 Vater, dem Papst zu Rom, und dem König in

Es habend ihn auch besucht und beklagt des Königs Mutter, der Herr von Allenson, der König von Navarra und der ganze Hoff. Die Quardiknecht sagend, sy habend den Herzog von Anjou und den Herzog von Guisa nienen gesehen.

Der König hat auch daß Huß Volk, da der Schußscheben, gfanglich angenommen und vnzüchen geheißen.

Der König von Navarra hat syn Quardi, auch 8 Schwyzer ihm zu mehrer Sicherheit zugleich, der neunt Caspar Rüst von Zürich, ist by ihm blieben, und darnach im Lärmen, als er sich ins Schloß hinauß glassen, von den Franzosen erstochen, es hat auch König Carolus dem Herrn Admiral, als er derglychen than, zu Schuß und Schirm etliche Knecht zugeleit und ihn mehrere mahl wyters besucht.

Demnach uff Sontag, war Bartholomei den 24 August, hat der König in der Nacht zu synem Bruder dem Herzogen von Anjou gseit, hüt will ich erzeigen, daß ich König in Frankrych bin, bißher bin ich nit König gsyn, von dem Tag an, wil ich die Tag mynes Königrychs zählen.

Ungefahr umb die 2 Uhren in der Nacht hat er alle Quardiknecht im Schlosse aus der Eydgnoßschafft, deren er der König 100, der von Anjou 56, der von Allenson 50 hat, by ihren Eyden und einer Eybstraff uffgemant gewarten, was man ihnen wyter befehlen werde. Daruff hat der Herzog von Anjou alle Schwyzer und Urschier mit ihm gnommen, umb die 5 oder 6 am Morgen für des Admirals Behußung zogen, da der Herzog von Guisa ein Ordnung gemacht, als ob man mit einem Feyend stryten sollte. Die Franzosen hand alsobald die Porten vngnommen, aber die 8 Quardis

echt, die unten am Fuß glegen, haben sich zu wehr
 stellt, und sy hinauß trieben, die Thüren beschloffen;
 der ist in diesem Lärmel umbkommen. Bald sind die
 Schwyzer daher gefallen, und habend mit ihren Halbars
 die Thüren uffgeschloffen; der Herzog von Guisa
 rye zu denen, die underem Fuß warend, und wehren
 stend, darunter Felix Scherer von Zürich gsyn ist,
 sollend ihre wehr von ihnen werffen, oder sie müßind
 l erstochen werden.

Als man uff zum Admiral gyt, ist Moriz Brus
 nfelder von Rieder-Ornen, uff dem Land Glaris, zum
 sten in Admirals Kammer thrungen, hat ihn erwünscht,
 id ihn gfenklich hinab wöllen führen, indem hat
 lartt Roch von Fryburg, des Herzogen von Anjou
 urier, zu ihm gseit: das ist uns nit bevohlen, hat
 n Schwyn-Spies zuckt, und als der Admiral gseit:
 hon mynes Alters Schwyzer! hat er ihn erstochen.
 auptmann Josua Studer von St. Gallen seit, Moriz
 id ihn funden in einem Nachtkleid stahn, ihn an das
 cht gführt, und gseit: Schelm bist du es? und mits
 n, als Admiral zu ihm gseit wie obstat, schon myn
 ters, syn Halenbarten in ihn gstochn, bald habe der
 der auch mit ihm gemelts gehandelt. Der von Guisa
 t gfraget, ob der Schölm todt sey, und ihn gheis
 t hinab in die Gassen werffen, als er sich unter der
 ven gspert, hat er ihn mit synem Füstling in den
 und gestossen; daniden hat man ihn in ein sonder
 t gleit, das man ihn hernach könnte kennen.

Den 26. ist er allda geköpft, syn Haupt hat einer
 mmen und ist nllends damit hindweggloffen, man
 t, es syge ein Italiener, ein Scherer gsyn, hab es
 alsamiret, und syge Willens gsyn, das dem heilis
 -ater, dem Papst zu Rom, und dem König in

Hispanien zu schicken. Man hat ihm seine Nasen und Hände abgeschnitten, ein Finger in Mund für ein Zahngräbel, wie es die Edlen bruch und er sonderlich soll im Brauch gehabt han; im seine Augen außgestochen, die Zähn außgeschlagen, Bmecht (mit Gunst zemelden) hat ihm ein St außgebauen, und grebt, er wölle sy noch dieselbig! einem Hugenoten zu fressen geben, die Knaben ihn in der Stadt hinaumbzogen, darzu geschrauwen: tregris Admiral.

Demnach den 27. Augusti hat man ihn an einen vor St. Martins-Porten Montfaucon gehängt, wiewol vor 3. Jahren die Urteil vor dem Parla gangen was zu Parys, daß man ihn zoberst sollte ten, hat man ihn doch zu underst unden an die gehängt, dann er kein Haupt mehr ghan. Da i groß Gläuff von Jungen und Alten, Wyber und nen zuglauffen, vil habend ihn umkehrt, etliche habend ihn mit ihren Messern in syn Körper gestoch

Nachdem man aber Herr Admiral getödt, ist auch andern Herren in der Stadt und in den Boten allenthalben in die Häuser brochen, hat sy meh in des Königs Rahmen gefangen gnommen, für Häuser hinausgeführt, daselbst erstochen oder erschlagt sampt ihren Dienern.

Ungfahr um die 9 Stund ist man mit Wegge Edelleuthen fertig gsyn, deren gezelt sind in die 5

Nancy, der weltlich Quardihauptmann, hat vil Frauen hym Leben erhalten; Wilhelm Fröblich, Pastard, ledig; Quardisehndrich, sampt etlichen gnossen, habend im Schloß den König von Navarra und den von Conde gefenglich geführt, welche gestaunt gsyn, sie habend etliche große Herren, unter

den Capitän Piles gsyn von des Königs von Navarra
 sythen hinweggenommen, und als einem Gefangnen
 en Lagen abgürtet und in den Hof geführt, der hat
 en Heinrichen Kind von Rapperschwyll den Quardis
 recht heißen, synen Dolchen nehmen; dann er wohl
 n den Endgnossen gsyn syn soll. Da habend sy ihn
 h die Porten hinauß gestoßen, als er gsehen, daß ihn
 le Franzosen wöllind umbringen, hat er ihre Hellsab
 n und Schwerter erwünscht, und laut geschrautwen,
 le Königin von Navarren bring ihn darzu, und in das
 yden, welches ihm etliche ußgseit, als ob er etwas
 mlicher Practik. mit ihren geheyt, wider den König;
 idere aber, es sen ihm nüd guts vor gsyn mit der
 chsynth, er habe der Königin widerrathen, das sy
 t gen Paryß komme, zu des Königs Hof. Es sind
 y, welches unerhört, vom Adel also umbkommen;
 en zween nit wyt von des Admirals Huß, wellicher
 ihnen ich nit han können erfragen. Wie sy gsehen,
 s da vorhanden, habend sy sich vom Morgen an
 uf den Abend mit Schießen und Werfen so dapfer
 vert, das sy ihren 12 umbbracht, unter wellichen ein
 kardifnecht gsyn ist, den der Herzog von Anjou gar
 gheyt, und in die 70 Personen verlegt. Da sy
 n Stein mehr ghapt, habend sy die Regel uß den
 inden zogen und geschossen, zuletzt auch Erbs; der
 nig, der da vermeint, es sygind ihren vil im Huß,
 ihnen verheissen, so sy sich ergebind, wölle er ihnen
 Leid thun, oder lassen beschehen, aber sy hand vers
 at, synen Worten sey nüt zu vertrauen. Nach Lans
 ist man in das Huß brochen, und hat man sy beid
 bracht.

Gobald es zu Paryß an ein Würgen gangen, hat
 die Porten der Stadt allenthalben bgeschlossen, und

Hispanien zu schicken. Man hat ihm seine Ohren, Nasen und Hände abgeschnitten, ein Finger in den Mund für ein Zahngrübel, wie es die Edlen bruchend, und er sonderlich soll im Brauch gehabt han; im auch seine Augen außgestochen, die Zähn außgeschlagen, sein Gmecht (mit Gunst zemelden) hat ihm ein Student außgehauen, und gredt, er wölle sy noch dieselbig Nacht einem Hugenoten zu fressen geben, die Knaben haben ihn in der Stadt hinumbzogen, darzu geschrauten: Ventregris Admiral.

Demnach den 27. Augusti hat man ihn an ein Seil gen vor St. Martins-Porten Montfaucon gehengt, wiewol vor 3. Jahren die Urteil vor dem Parlament gangen was zu Parys, das man ihn zoberst sollte hängen, hat man ihn doch zu underst unden an die Seil gehengt, dann er kein Haupt mehr ghan. Da ist ein groß Gläuff von Jungen und Alten, Wyber und Mannen zuglauffen, vil habend ihn umkehr, etliche haben habend ihn mit ihren Messern in syn Körper gestochen.

Nachdem man aber Herr Admiral getödt, ist auch andern Herren in der Stadt und in den Vorsteden allenthalben in die Häuser brochen, hat sy mehr in des Königs Nahmen gefangen gnommen, für die Häuser hinausgeführt, daselbst erstochen oder erschossen sampt ihren Dienern.

Ungfahr um die 9 Stund ist man mit Messern Edelleuthen fertig gsyn, deren gezelt sind in die 500.

Mancen, der weltlich Quardihauptmann, hat vil Frauen bym Leben erhalten; Wilhelm Fröblich, Pastard, ledig; Quardisehndrich, sampt etlichen gnossen, habend im Schloß den König von Navarre und den von Conde gefenglich geführt, welche erstaunt gsyn, sie habend etliche große Herren, unter

n Capitán Piles gsyn von des Königs von Navarra
 then hinweggenommen, und als einem Gefangnen
 z Tågen abgürtet und in den Hof geführt, der hat
 z Heinrichen Kind von Rapperschwyll den Quardis
 cht heißen, synen Dolchen nehmen; dann er wohl
 den Endgnossen gsyn syn soll. Da habend sy ihn
 die Porten hinauß gestoßen, als er gsehen, daß ihn
 Franzosen wöllind umbringen, hat er ihre Hellsbars
 und Schwerter erwünscht, und laut geschrautwen,
 Königin von Navarren bring ihn darzu, und in das
 en, welches ihm etliche ußgseit, als ob er etwas
 nlicher Practik. mit ihnen gehept, wider den König;
 ere aber, es sen ihm nüd guts vor gsyn mit der
 bynth, er habe der Königin widerrathen, das sy
 gen Paryß komme, zu des Königs Hof. Es sind
 n, welches unerhört, vom Adel also umkommen;
 in zween nit wyt von des Admirals Huß, wellicher
 men ich nit han können erfragen. Wie sy gsehen,
 da vorhanden, habend sy sich vom Morgen an
 uf den Abend mit Schießen und Werfen so dapfer
 ert, das sy ihren 12 umbracht, unter wellichen ein
 kof knecht gsyn ist, den der Herzog von Anjou gar
 ghept, und in die 70 Personen verlegt. Da sy
 Stein mehr ghapt, habend sy die Regel uß den
 den zogen und geschossen, zuletzt auch Erbs; der
 der da vermeint, es sygind ihren vil im Huß,
 men verheißen, so sy sich ergebind, wölle er ihnen
 ild thun, oder lassen beschehen, aber sy hand vers
 synen Worten sen nüt zu vertrauen. Nach Lans
 man in das Huß brochen, und hat man sy beid
 icht.

ald es zu Paryß an ein Würgen gangen, hat
 e Porten der Stadt allenthalben bgeschlossen, und

den Hauptlütchen, die allenthalben uff den Gassen in
 Lehen bestellt warend, ward befohlen, gut Sorg
 haben, daß der Hugenotten keiner entrünne, und
 allem Lermen sind die unrühigen Papisten den Hu
 notten in die Häuser brochen, habend Wyb und Man
 Jungs und Alts, schwangere Wyber und etliche tütsch
 des ersten Tags all erschlagen, die Wyber habend al
 vil tödt, sind über etlich, die nit gar tod warend, g
 den, und habend sy vollends erschlagen, mit Knütt
 wol gebrüglet, und darzu gseit: gand in die Reiß
 Tüfels Mahmen, habend auch die Mann gmanet,
 so dapfer druff schlahend, man hat auch die Häuser
 Hugenotten geplündert, Kleider, Better, Bettgwa
 Hußrath auch die Fenster und anders ustragen, et
 arme Lütch, wie by uns die Kärrlizieher, haben
 groß Guth erbüet. Die todten Edellütch und a
 hat man von Stund an ußzogen, ihren 3 oder 4
 man zusammen bunden, und des nächsten in das
 ser geschleift, man hat auch verboten, daß man et
 uß dem Wasser nehme.

Ben der Müller, Bruggen sind ihren vil zusam
 kommen, Wyb und Kinder, daß man sy hat mit
 fürbaß schalten. Uff der Goldtschmidtbruggen und
 vilen andern Orten der Stadt hat man vil der hu
 nottischen Bücher verbrennt. Es ist auch uff diese Br
 eine schwangere Edelfrau geführt worden, daß man
 hinabwürfe und ertränkte. Diese hat ernstlich gebät
 man solle doch dessen verschonen, daß sie unter
 Herzen trage, oder man solle das Kind von ihr sch
 den, so wolle sy denn gern sterben; aber umsonst,
 hat hinab müssen, da ist sy wieder hinfür kom
 also daß man unbescheidenlich gesehen, daß sich
 Kind noch in der Mutter Lych gerodt hat.

handle gleicher Gestalt wie zu Paryß ghandlet, da-
 mand gnugsam erzählen kann den großen Jammer
 in allem Frankrych zugegangen.

Als der Herr von Montgomery, der in
 Germans vor der Stadt gessen, gemerkt, wo si
 Sachen hinuß wollen schicken, ist er mit etlichen
 den entritten. Der Montpensier, der Guisa un-
 Schephalier (Chevalier), des Königs Pastart,
 ihm nllends uff 15 Myl wegs nachgritten, als er
 verstanden, daß sie uff ihn trungen, soll er das R-
 stuck getrieben, daß er die synen in 2 oder 3 s-
 getheilt habe, und in dem kleinsten ist er hinweg g-
 und da die andern dem grösten Hufen nachgriten
 denselben erschnapt, ist ihnen der Montgomery en-
 nen, des sy nit wol zufriden gsyn.

Der Bapisten Krey (Erkennungszeichen) ist g-
 wyß Crüz uff dem Hut, oder an den Kleibern uff al-
 Materi, man hat krySTALLINE auch ghabt, aber si
 liche zinnerne, uff wellichen an einem Theil g-
 ist Christus, am andern Maria, unus Deus,
 rex, una Fides. Die Wyber habend es gmet-
 gnempt der Hugenotten Todt. Die Crüz hand n-
 die Bapisten, sonder auch die Hugenotten, die s-
 die Krey gnommen, en ihren Hüten tragen, dan-
 nüd vom wüthenden Volf erschlagen wurdind.

Uff den Abent des 24. Tags, hat der König
 ußruffen, daß man Friden haben welle, und nie-
 myters Leid sollte thun, und mit Namen keinem s-
 den nüt Leyd zufügen, dann es sey allein um den
 miral zuthun gsyn, daß etlich wyter erschlagen
 syge dem Volf nüt befohlen. Dises ist auch all-
 hin und wider angeschlagen, aber wie man achtet
 es auf den List beschehen, daß etlich, die sich versch-

der verfroren hättind, sich herfür liegend, und auch schlagen werdend, wie dan hernach zu Marys und andern Orten beschehen ist.

Nach vergangnen Dingen soll Abents uff dem Kilch, by den unschuldigen Kindlinen genannt, ein Hagendorn, der vil Jahr dürr gsyn, etliche sagend 9 Jahr, einem Maryen-Bild anfangen haben grünen, und indes vollen Laub und Blust gsyn. Es ist von und an ein groß Gläuff darzu gsyn, man hat alle 9 etliche Messen darby ghan, das thorecht Volk hat Sagenetli (Mastücher), Bücher und anders an den Hagendorn gehalten, und vermeinent sy sygind heilig von.

Der König selbst hat den 25. August eine Prozeßion halten, und hat glycher Gestalt ein Büchli daran gesetzt, man hat auch ein sonder bet (Gebeth) daran gesetzt, das man beten muß. Disem Hagendorn ist göttliche Ehr beschehen; die Papisten haltend es für ein werthbar Zeichen der Gnaden Gottes und des Siegs, und ere legend es uß, das unter den Dörnen, das ist er dem Crüz, die Kilchen Gottes grünen werde, so set man, das durch die Dörn und Distlen die Gotteskinder in der Eschafft auch verstanden werden; darumb wird bedütet werden, das die Gottlosen ein Zytli grünen und sich fröuwend, werdend aber hernach ihre Wurnd in Dörn verfert. Diemyl aber der Hagendorn einem Faß gstanden, laßt sich ansehen, er syg ab in andern Ort für das Bild tragen, dann es sich Sach nit glych, das man einen düren Dorn so vor einem Bild hätte stahn lassen.

Der mehrtheil des Königs Quardiknecht von Schotz und Endgnossen, die glych nüt habent gholfen die zu todt schlagen, sind doch glauffen gen rauben

gladue Büchsen an die Brust ghept, und ihnen traut zu erschießen, wann sy im Lauf nüt hinter der Meilnwend.

Dise Ding sind bald hin und haruß kommen, dar etlich zu Parys in den Vorstetten (wiewol die Straß allenthalben verleit) darum gen Genf und Lüttschlan entrunnen sind.

Andere haben nüt ohne Paßporten mögen darben kommen. Zum ersten habend 50 Lüttsche ein Paßporten vom König erlangt; etliche auß der Eydtgnoschaft und Bündtnern hat man lang uffzogen, dann wie Wilhelm Fröhlich sich hat merken lassen, das man besorge, wo sy daheimen so ein schreckliche That erjellen, so werd der Eydgnossen Zug gen Frankrych verwehrt werden; als man aber vermeint, die Eydgnossen sygend schon im Zug, hat man ihnen auch mitgetheilt.

Unter den Bapisten ist allenthalb ein große Freud und Frohlocken, das sich der König an Hugonotten gerochen, und ein sölich Kampfstuck an ihnen bewisen habe. Mit wyt von Bysanz hat man ein Freudenfur zum Frohlocken gemacht, da ist das Dorf im Grund verbrunnen. Der französische Pot von Solothurn synen Tresorier gen Bern gschickt, den König zu entschuldigen, das ohne syn Wüssen und Willen söliche mörderische That beschehen syg, und wölle sy rächen oder nit König syn, und da ihm fürgehalten worden man hab in gschrifft, das der König Rath und Thadarzu geben, hat er das nit wellen bstendig syn. Am 7. September ist er zu Zürich auch erschienen vor ein ehrsamem Rath, hat den König heftig entschuldigt, desglichen den Gubernator zu Lyon und anzeigt, derselbige etliche guter Meinung hab lassen ynlegen, welche hernach wider synen Willen vom Volk umbbracht worden.

Darzu hat der König ein offnen Druck zu Paris
 offen ußgahn, in welchem er bekennt, daß diese Ding
 ff synen Gheiß und Bevelch verhandlet syend, hernach
 der hand so erdicht, wie der Admiral und die synen
 ider den König ein Conspiration gemacht, darumb er
 ann Vorstreich wölle haben, und ihnen thun, wie so
 m und den synen zu thun Willens gewesen sygend,
 man aber wol weißt, daß es in sömlicher kurzer Zyt
 unmöglich gsyn wäre, sich zu bewehren, und daß alle
 ing zuvor sind bestellt gsyn.

III.

Ergebarlicher Bericht und Anzeigung der ver-
 gangenen Handlungen in Frankreich durch
 Hauptmann Josua Studer von
 Winkelbach *).

Nachdem die Hochzeit des Königs von Navarra am
 Montag vor Bartholomäus gehalten und bis auf den
 Montag der Benschlaf geschehen und alle Ding zu End
 ehen sollen, hat einer des alten Herzogen selig von
 eisen Diener am Freytag ungefähr um neun Uhren

➤ An Zweck und Inhalt dieser Erzählung mögen die 500 Kro-
 nen des Herzogs von Alençon, deren im vorhergehenden
 Aufsatz Erwähnung geschieht, auch ihren Theil gehabt haben.
 Dieselbe ist einem Bande von Handschriften der Zürcherschen
 Bürgerbibliothek entzogen, der, von Bullinger gesam-
 melt, hauptsächlich Altenstücke über die französischen Angele-
 genheiten enthält. Josua Studer war ein Sohn Jo-

Vormittag, als Admiral aus dem Rath in syne Behausung gahn wollen, vor einem Haus auf ihn gewartet und Fürscheidung gethan, die Hinterporten desselben Hauses offen behalten (wie beschehen), damit, so ihm der Schuß gerieth, oder nit, er vor Ueberfall entrinnen möchte. Also, wie der Admiral daselbst still gestanden, einen Brief lesend, hat er auf ihn abgeschossen, ihn bey dem Zeigfinger der linken Hand erreicht, also daß der Schuß bey den Ellenbogen herausgegangen ist; darauf der Admiral gesagt, daß ist ein böser Schuß. Der Thäter ist auf syn gerüst Pferd, und hinten zu den Porten uß durch Berg und Thal auf Burgund und Lothringen zu, daß ihn niemand ereilen mögen, worauf ein groß Geschrey und Ufflauf worden ist, und auch der König von dem Ballenspiel, so er mit dem König von Navarren getrieben, mit synen Brüdern und andern Fürsten zu dem Admiral gefehrt, ihn beschehen, sich nach Gebühr entschuldigt, und sich alles Gut; und Gnaden samt Mittheilung syner Inbarzet entbothen; sonderlich daß ihr Majestät den Thäter und syne Anstifter, wo ihre Majestät die möchte erfabren, härtenlich strafen wölle. Darüber schlechten Bescheid geben.

seph Studers, den nach den Memoiren von Villars der Marschall Brissac dem König Heinrich II. als einen der tapfersten Eidgenossen vorgestellt haben soll. Der tapferste brachte die Schlösser und Höfe Bolbach, Sulzberg und Sulzbach in den Stist St. Gallischen Landen an sich, worin die Söhne ihrem Rahmen diejenigen dieser Besitzungen befügten. Die Ereignisse der neuesten Tage machen es überflüssig noch besondere Betrachtungen über Werth und moralischen Einfluß des Söldnerdienstes des Schweizer im Auslande hien zu ziehen.

ff daß der König Rath gehalten, wie die Sach vor
 yterm Ufflauf (nachdem die Hugenotten sich ganz tru-
 g erklärt) möchte abgeschafft werden. Indem aber der
 Admiral syne Hauptlüt und Râth besammler, und ihnen
 rgezeigt, wyl ihnen dieß begegnet, was mit ihnen möcht
 pter fürgenommen werden, sey wohl zu ermessen; der
 lben endlich berathschlaget und bis in die zwölffhundert
 sammengeschworen, den König samt syner Frau Mut-
 : , auch der Königin, syner Brüder und andern Fürs-
 n, samt den Schwyzern all am Zinstag nach Barthos-
 mán zu erwürgen und umzubringen. Wie nun morn-
 ß der König zur Kirchen wöllen, sy einer uß den
 ugenotten, so auch in diesen Bund geschworen, zu
 = Majestât getreten, begehrt syn Consciencz zu entlas-
 n, und ihr Majestât diese Practik eröffnet mit Begehrs-
 ung Snad synes Unverstands, welichs der König für
 impflich uffgenommen, sich nit entsetzt, noch gebehrt
 =, als ob er dafür hielte, jedoch gegen Abend syne
 Rth besammler, und nachdem ihre Majestât auch ge-
 en, daß sich die Hugenotten ganz trögllich erzeigt,
 : Hoff mit gewehrter Hand und mit ledigen Wehren
 > ihr Majestât umzogen u. s. w. — sich berathen
 > endlich entschlossen, sintemal ihr Majestât und die
 ren dessen sollend warten, daß sy den Vorstreich
 en ihnen brauchen wöllend. Deßhalb alle Quardis-
 : und Kriegsvolk versammler, Befelch und Ordnung
 en, den Admiral samt den Synen zu überfallen und
 zubringen. Also sy man am Sonntag am Morgen
 Etholomán um 4 oder 5 Uhr ungefährlichen für des
 Mirals Haus gezogen, welches mit Franzosen und
 Herischen Quardifnechten, so derer der König ihm
 : Schirm geben, besetzt, und wiewohl die Admirals
 : en Franzosen sich zur Wehr gestellt, und die Königs-

gischen wieder aus dem Haus getrieben; jedoch Eidgenossen gerufen und einen aus ihnen erschossen. Der halbe die Sach mit Ernst angegriffen; haben Franzosen umbracht. Folgendes hinuff in das gerückt, allda einer von Glarus, mit Namen Brunenfelder, den Admiral erwünscht, der in Schlafrock an der Dünkle gestanden, ihn gefragt, was der Admiral syge, und ihn damit zu einem Fenster das Licht geführt. Der Admiral geredt: Jüngling, das Alter in Ehren! Er gesagt: Schölm bist damit die Halparten in ihn gestoßen; sey ein Hugenott, genannt Martin Koch, der vorher synes Joseph Studers Koch gewesen sey, welcher an den Runkelspieß in ihn gestoßen, und als es lauter wurde, und er einem Deutschen anzeigt, wie er ihn erschossen habe, man es nicht glauben wollen, er werde damit dem Haus herabgeworfen. Darauf sey der Admiral herausgeworfen, und der Lärmen angangen. Und die Pariser gesehen, daß der Admiral umkommen, haben sich bey dreißigtausend bewaffnet, und alle Hugenotten, so sy bekommen mögen, erwürgt, dem Admiral das Haupt und die Finger abgehauen, in der Stadt herumgeschleipft u. s. w. Folgendes das Haupt geschickt und den Körper an Galgen Montfaucon gehängt. Ueber welches dann die königliche Majestät eine weitere gute und stattliche Ordnung zu Fürkommen fernerer Unthat und der Hugenotten Angriffs nicht in Paris, sondern auch im ganzen Königreich gegeben. Dann nachdem solichs offenbar worden, haben die Katholischen nicht weniger in andern fürnämlichen Städten gegen den Hugenottischen gehandelt, wie zu Paris gesehen ist.

Und in diesem Lärmen syge der Montgomer

Deren Listen entrunnen, denn nachdem er den Scha-
 der Hugenotten ersehen, habe er sich mit den Sy-
 uffgemacht und nachdem er vor Paris kommen,
 man ihm bis auf 12 Meilen nachgestreift, habe
 sich in drey Theil getheilt, und in dem wenigsten
 ufen sich in der Mitte der Flucht begeben, also so
 n dem größten Haufen nachgeeilt und er mit den
 igen davon kommen. Der größte Hauf so ereilt wor-
 , sy alles umkommen.

Er, Hauptmann Studer, zeigt auch an, daß es wahr
 ie, habe es selbst persönlich gesehen: Ein Hagedorn,
 auf einem Kirchhof bey den unschuldigen Kindelein
 iannt, vor einem Bild unsrer lieben Frauen gestans-
 t, so nun vyl Jahr ganz dürr gewesen, habe an St.
 rtholomäusabend anfangen grünen und morndes am
 g schon voll Laub und Blust erfunden worden, wel-
 S dann für ein besonder Mirakel von Gott dem All-
 chtigen geachtet und gehalten worden.

Man die mindeste Rücksicht darauf nimmt, dem großen Beispiel Göthe's folgend bey allen Angriffen ruhig schweigt.

Mithin wäre es eigentlich ein durchaus eingewurden den obigen Ausspruch widerlegen zu wollen, er beruht auf sich selbst, ist ein untrügliches für den, welcher denselben gefällt hat, und ist, zu deren Wortführer er sich aufwirft.

Aber es liegt doch etwas Wahres darin? Allen wie ja die meisten Ergüsse der Publicität, die auf irgend eine Wirkung rechnen wollen, von einer Wahrheit auszugehen genöthigt sind, und dann in der einzelnen Behandlung noch so sehr durch Leidenschaftlichkeit irgend einer Art, oder durch eine sonderbare Abneigung gegen die Sache, welche dem von allem entblößten Flüchtling eine freundliche Freystätte gewährte, traurig mißfällt.

Das Wahre ist zunächst, daß es wirklich Schweizerische Literatur gibt. Ein beschämendes Geständniß. Allein giebt es eine Baiersche, ein bayerische, oder selbst eine Preussische, eine reichliche Nationalliteratur? oder, weil wir einem nach Franzosen und Italiäner sind, jetzt noch ein venezianische, eine Neapolitanische? Ich dünke nicht, das Streben der deutschen Schweizer kann schlechterdings anderes seyn, als dasjenige jedes Sachsen, Friesen, selbst des deutschsprechenden Elsässers, in der Beredsamkeit, der Geschichtschreibung sich die gesammte Deutsche Literatur anzureihen und damit seine zu wirken, wenn der Geist ihm ruft. Eben der Genfer, Waadtländer, Neuenburger hierin, der Ticineser, Italiäner. Dagegen muß der Däne, der Schwede dem Deutschen

er seine Nationalliteratur fest behaupten, oder wie
 reffens und Delenschläger als willkommener Ueberläus
 c in unsre, der Deutschen, Reihen treten.

Wenn dann in dieser durch die Sprache selbst un-
 derruflich gebotenen Unterordnung der politisch vielleicht
 rchaus unabhängigen Völkerstämme unter die höhere
 stige Nationalität, dennoch eine gewisse Eigenthums-
 ykeit auftaucht, welche man schmähend Provinzias-
 mus zu benennen pflegt, so findet ein unbefangenes
 Urtheil eben diesen Provinzialismus für die Mans-
 ifaltigkeit der Gesammlliteratur nur ersprießlich. Das
 ch gerade bilden in Italien drey Nichtflorentiner,
 tosto, Tasso, Alfieri, oder, wenn ihr diesen nicht
 ut, gegenwärtig Manzoni, einen herrlichen, das ers-
 iene Ganze jener Literatur erst vollendenden und sich
 volle Harmonie auflösenden Kontrast zu den drey
 Ben Florentinern Dante, Petrarca, Boccaccio. Und
 det sich nicht, Frankreich gegenüber, in der franzö-
 zen Schweiz derselbe sich unter einem höhern Ges-
 tspunkt einende Gegensatz wenigstens Eines Jahrh-
 derts, Voltaire und Rousseau „die beyden Pole
 e Literatur“, um einmal die Sprache der deutschen
 it zu führen? Um fünfzig Jahre war Rousseau
 er Voltaire schwerlich zurück; der Stael dann etwa
 Chateaubriand gegenüber nicht einmal zu gedenken.
 Mit jenem Chronometer der fünfzig Jahre ist es übers-
 t eine mißliche Sache. Besäße der in allem Historis-
 e, wie ihm von Andern schon oft im Hermes, in Zahn's
 -büchern nachgewiesen wurde, manchmal kläglich ir-
 e Kritiker genauere Kunde vom Gange der Literatur,
 ürde er sich vielleicht an die Schweizerischen mit den
 en gleichzeitigen Minnesänger, dann etwa an
 Merlin vor Sebastian Brandt und Gepler von Kais

fersberg erinnert haben; dann hätte er vielleicht gefunden, Zwingli und Calvin seien Zeitgenossen Luther gewesen; durch alle drei, — auf's Freysinnigste u Durchgreifendste durch Zwingli — sey das große Werk der Reformation, oder wie sein Orakel in der Mythologie, Görres, sich ausdrückt „der zweyte Sündenfall *)“ vollendet worden: Conrad Gefner, groß als Philolog und Arzt, habe die gesammte Literaturgeschichte in seiner jetzt noch bewundernswürdigen Universalbibliothek, in seinen übrigen Werken die neuere Naturkunde mit Kraft und unendlicher Ausdauer geschaffen. Mehr freylich müssen dem künftigen Herausgeber Jacob Böhme's jene genialen Schwärmer und den heutigen gewiß gleichkommenden Naturphilosophen Theophrastus Paracelsus und Thurneyser zugesagt werden, welche Böhmen, Görres, Eschenmeyern die Bahn wiesen. So beginnt die neuere Poesie der Deutschen mit Haller, dem Schöpfer zugleich der jetzigen Physiologie und die Kritik, wenn auch ungelenk, doch mit edlerer Einsinnung begabt, als die jetzt herrschende, lange Zeit Lessing mit Bodmer und Breitinger: und wenn die Schwärmer in der neuesten Poesie zurücksteht, keinen Klopstock, keinen Schiller, Göthe, Herder, selbst keinen Wieland aufweist — eine Fügung des Zufalles; da ja nicht jeder deutsche Staat dem gesammten Deutschland einen Dichter des ersten Ranges gewährt hat; — wagt sie doch schüchtern an ihren Ulrich Hegner, Martin Usteri zu erinnern; und Gefner war

*) Der aber eben so herrliche Früchte trug als der erste, Sinnbild der Emancipation der Menschheit vom bloßen Aberglauben. Der zweyte war ihre Emancipation vom Aberglauben.

astasio die Bewunderung des achtzehnten Jahrhun-
 ds; beyde können freylich dem jetzigen regsamern
 chlechte nicht mehr genügen; aber unläugbar ist,
 während eines Menschenalters die Schweiz mit
 m Geßner, Italien mit seinem Metastasio das
 chgewicht hielt. Dieß alles nur in Beziehung auf
 Menzelschen Maaßstab. Die Poesie, die Kunst an
 ist über Jahrhunderte, ja über die Zeit selbst weit
 iben, so daß von jenem in dem Gebiete der Kunst
 beschränkten Maaße überall nie die Rede seyn kann,
 wenig als von einzelnen Stämmen deutscher Nation
 Gegensätze der übrigen. Auch können hier selbst
 gliche Dichter nicht in Betrachtung kommen, deren
 m Menzel auf eine wahrhaft lächerlich niederträch-
 Weise zu schmeicheln sich vermessen hat. Hoffent-
 haben die darauf bezüglichen Blätter des Morgens-
 tes überall die ihnen gebührende Verachtung gefun-
 , selbst an dem Orte, auf welchen sie berechnet
 en.

Doch zurück von einer offenen Aeußerung gerech-
 Unwissens über den Mißbrauch deutscher Kritik zu
 Inlichen Absichten.

Als der erste aller deutschen Geschichtschreiber und
 auf heute noch unübertroffen steht unser Müller da.

Unbefangener stellt auch die Vorzüglichsten der
 en Deutschen über jenen: zur Seite mögen ihm
 e gehen, zunächst vielleicht unter den Hingeschie-
 e Möser. Auch der Kritiker hat eine deutsche Ge-
 te im Vertrauen auf deutsche Nachsicht hingewor-

Allein welches Geschichtswerk, das Müllersche
 das Menzelsche, steht dem andern um fünfzig
 = vor oder nach? welches von beyden wird auf
 Nachwelt übergehn, wie Thucydides, Livius und

Lacitus? Der Deutsche Kritiker antwortete selb Hand aufs Herz gelegt. Vielleicht spricht er so: „Ich Deutscher, bin mehr als der Schweizer.“ Anders urtheilt die gesammte Gegenwart und die Zukunft.

Allein alle diese in Ernst und Scherz geschweizer, die wirklich großen und unsterblich selbst die beyden Naturschwärmer, Paracelsus Thurneyser, welche Menzel doch um irgendwie so zu seyn seinem Böhme und Görres um fünfzig Jahre vorangehn lassen muß, nehmen Schweizer nicht für uns als unabhängige Nation Anspruch, wie etwa der Holländer mit vollem seinen Eats und Schweden seinen Tegnér — nicht Grotius, Spinoza, Linneus, welche wie Conrader, Bernouilli, Haller, der Physiolog, Euler sammtten europäischen Bildung angehören.

So thöricht sind wir nicht. Rousseau, die sind uns Franzosen; Zwingli, Haller, der L. Müller, Deutsche; aber als Bürger unsers Frey bleiben sie uns Schweizern theurer und eigentlicher, als dem Frankfurter sein Göthe, dem Quedlinburger sein Klopstock — Landsleute sind, nicht mehr. Nur diesen bedeutungsvollen Namen halten wir freye Männer, fest.

Selbst in dem geistig so unterdrückten Italien im literarischen Wirken die Municipalgehabt „que' tristi odj municipali“ — bey allen redlichen Männern nunmehr beseitigt: mit welchem Redewort welcher geistigbeengten, sittlichgemeinen Gesinnung man sie nun, wie dieser Menzel es freylich versucht hat, zwischen die Deutschen und die Schweizer werfen? Ein kleinliches Beginnen war dieß,

ger gleich zugänglich; wo die Wissenschaft in höchster Kraft und Thätigkeit, am meisten auch mit äußerer Freyheit begabt, schafft und waltet, wo die mindeste geistige Verfehrtheit in den Zeitschulen herrscht, da entwickele er sich, frey und selbstthätig, zu seinem eignen Heile, und, was er, der Schweizer, nie vergißt, zum Heile des Vaterlandes.

Für die Rechtswissenschaft besonders ist uns dieser Austausch von Ansichten und positiven Kenntnissen in mancher Beziehung, namentlich in der wissenschaftlichen höchst ersprießlich gewesen; und er wird es immer mehr werden, so wie, was nicht urplötzlich geschehen kann, die Theorie das bürgerliche Leben durchdringt, oder, wie andere lieber sagen werden, Theorie und Leben eint ohne irgend einen Nachtheil für unsre angekannte Rationalität, vielmehr zur ungehemmtern organischen Entwicklung derselben.

Denn politisch und rechtlich genommen, müssen wir unsre abgesonderte Rationalität fest behaupten; auf eine weit bestimmtere Weise als Sachsen, Bayern und deutschen Staatenbunde gegenüber. Dieß ist so einleuchtend, daß es völlig überflüssig ist die Gründe dafür zu entwickeln: aber auch meist die eigentliche Veranlassung zu den kleinlichen Neckereyen, womit beschränkte Deutsche uns überfallen. Wissenschaftlich hingegen und geistig sich von Deutschland sondern zu wollen fällt der deutschen Schweiz keinen Vernünftigen ein; allgemein ist jeder davon überzeugt, daß wir in dieser Hinsicht mit Deutschland eine höhere Einheit bilden müssen, so lange wir nicht in Barbaren verfallen wollen.

Werfen wir nun einen Blick aufs innere Volksleben, so dürfen wir wohl getrostes Muthes den Maßstab

nen wir hierin unsere Unvollkommenheiten so. w. in allem übrigen. Je mehr wir sie selbst desto näher die Heilung. Wohl aber dürfen wir auf hinweisen, an wie manchem Orte unser Land ein bewußtvolles, reingefühliges Streben hinarbeitet, die unter politischen Stürmen eise übereilt entworfenen Verfassungen allmählig dem und der Vernunft mehr zuzuwenden.

Hieran reihen sich die von den Behörden selbst gehenden Bestrebungen die Volksbildung v. Elementarschule an bis zur Akademie auf ein Standpuncte der Nation und der Wissenschaft angemessene Weise freysinnig zu gestalten. Der schweizerische Schulplan darf sich getrost z. B. den neuesten Bayerischen stellen, dessen protestant. und philologischer Urheber, wunderbar genug! absichtslos mit alle dem zusammentraf, was die Gregation nur immer wünschen und vorschlagen um die Menschheit in neue Fesseln zu schlagen.

Unbedingte akademische Lehrfreyheit, in Deutschland noch gehemmt, und, wie die neuesten Ereignisse in Halle zeigen, lächerlich niedriger Verkauf preisgegeben, ist an mehreren Orten der Schweiz sächlich vorhanden. Eben dadurch, daß sie sich mit freyem Bewußtseyn inner der Schranken der Wissenschaft und des sittlichen Anstandes hält, rechtfertigt sie sich genugsam und setzt sich über jede Verdächtig hinweg. Keine den Frieden der Kirche und d. lichen Gewisse störenden, mißlungene Gesang und Agenden werden dem protestantischen Sa aufgedrungen. Hierin stehen wir sehr gerne um zig Jahre hinter dem jetzigen Deutschland zurück. Zeit uns in unserm Vaterlande erfreuend, wo die

wart überlieferte Tendenz ist die Schule der Wissenschaftlichkeit; deren Wortführer meist die Bewahrer der Ueberlieferungen der Vorzeit, ihrer Sprachen, ihrer Ideen, also die Philologen sind und bleiben werden. Nichts übriger bleibt es, daß auch der speculative Philosoph, der Systematiker, der Geschichtskundige u. s. w. in philologischer Hinsicht die Sache der reinen Wissenschaft verfechte; allein weil die Philologen zugleich auch vom Staate angestellte Jugendlehrer sind, so findet es sich am häufigsten, daß gerade sie sich verbunden und verpflichtet fühlen, die Wissenschaft an sich bloßen Empirie und der Schwärmeren gegenüber zu vertheidigen. Daher auch die Radikalseindschaft bloßen Empiriker, aller Schwärmer gegen die Philologie; und lächerlicher Weise stimmen oft beschriebene Romantiker, Naturforscher, Mathematiker, welche höhere Idee der Wissenschaft nicht zu begreifen vermögen, in das Zettersgeschren gegen die Philologie weil freylich einzelne Philologen zu einseitig verfahren und ihre Wissenschaft, — nur eine Hülfswissenschaft, aber eine alle Ueberlieferungen der Vorwelt treu bewahrende Hülfswissenschaft, gleichsam das Gedächtniß der Menschheit, ohne welches sie nur wie von heute vorgestern vorhanden da stünde — für die Krone der Wissenschaft, für die einzige Wissenschaft auszugelassen, thörichtem Stolze vermessen genug sind. Allein der Vorwurf trifft nicht die Philologie an sich, die ächten Philologen. Auf derselben Höhe der Bildung zur Wissenschaft an sich steht diejenige die ideale Kunst, wie sie z. B. während des sechzehnten hochbegabten Jahrhunderts in den italischen Lehrschulen Statt fand, zum Theil jetzt noch in den

men versucht wird, obwohl seit Langem im Einklang begriffen. Eben dahin gehört die Musik.endes, Wissenschaft und Kunst, dem Anscheine nach gänzlich verschieden, eint sich unter dem Begriffe reiner Geistesigkeit.

Die zweite pädagogische Tendenz ist diejenige der Nützlichkeit; ihrer Anschauung also, Erkenntniß, freierhaltung zunächst fürs physische Leben, in allen durch Einzelzwecke bedingten Künsten und Gewerben, zur Sicherung und möglichsten Befähigung des irdischen Daseyns. Wozu am Ende? Etwa nur, daß dieses Zufällige sich rüstiger und bequemer stehe? Nein: damit das Reingeistige sich ungestörter ausbreite und ungehemmtern Spielraum gewinne. Schon daraus ergibt sich, wie das wahre Leben der Menschheit es gebieterisch fordert, daß beide Tendenzen stets einander begleiten und wechselseitig stützen: die Wissenschaft und ideale Kunst kann sich nicht frey bewegen ohne gleichmäßige Entwicklung der Industrie; diese wiederum entbehrt der geistigen Weihe ohne Wissenschaft und Kunst.

Es ist auch eigentlich keine Kluft zwischen den Gestaltungen des Lebens: denn die höchste Ferne ist in der Handelspeculation, in der der Gewerbsigkeit dienenden Chemie und Mechanik trifft mit der reinen Wissenschaft ganz nahe zusammen: und die reine Wissenschaft, die ideale Kunst will da, wo keine unnatürliche Spaltung in den menschlichen Kräften besteht, nichts anderes, als ins Leben übergehen. Das selbe auch in der Wirklichkeit schöner gestaltet.

Bei den Griechen war die angedeutete Einheit der Tendenzen wohl am vollkommensten vorhanden; dann bei den Italiänern des sechzehnten Jahrhunderts; wir müssen sie mehr in der Idee suchen;

dürfen aber die Hoffnung nicht aufgeben, nach einer vernunftgemäßen Gestaltung des Lebens, dessen Schaffung unserm ebenfalls großem alter anvertraut ward, in künftigen ruhigeren Zeiten wieder herstellen werde.

Allein beides, die höchste Steigerung der Geistesthätigkeit und die der höchsten Fertigkeiten und bequemen Behandlung der Dinge, oder der Industrie müßte aller Graden mangeln ohne eine jedem Individuum vom niedrigsten bis zum höchsten Range in der Gesellschaft gängliche, gleich unerläßliche, menschliche und bürgerliche, religiöse, und in constitutionellen Stufen bürgerlicher Hinsicht. Diese ist jedem nothwendig, diese große Masse muß in diesem Kreise weilen; Individuen treten durch Talent oder auch durch Umstände begünstigt in das Wirken der beiden Tendenzen hinüber. Aber gäben sie die menschliche Bildung deshalb auf, so hörten sie auf Bürger geordneter Staaten zu seyn; vollendete Cirkel träte als zwecklos am Ende sich selbst verliern, die Stelle der reinen Menschlichkeit und Menschlichkeit.

Nur auf flüchtige Andeutungen beschränkte genügende Ausführung eine Arbeit mehrerer Jahrhunderte würde, um den Gang der Menschheit zu ergründen und Einheit in die jetzige Gährung der Menschheit zu bringen, werde nur Folgendes noch hingeworfen: dreyfache Tendenz der gesammten Menschheit zu jeder uns bekannten Zeit ihre Repräsentanten und nothwendig haben müssen. Die Tendenz der Wissenschaft in den Schulen der griechischen Philosophen, den von den heidnischen Kaisern Rom bedeckten großartigen Anstalten bis auf Justinian

die Athentische, jene letzte Bewahrerin der alten Weltweisheit aus pseudochristlichen und ökonomischen Gründen zerstörte; ferner die Stiftungen des Großen; die Universitäten des Mittelalters deren Gestaltung bis auf uns. — Die industrielle Bewegung findet sich in den Innungen der Römer; im Mittelalter Deutschland's in den vier großen Steinwerken von Köln, Straßburg, Wien und Zürich; jetzt in den Gewerbschulen und polytechnischen Instituten.

Für die dritte Tendenz war seit dem Untergange von Aristophanes so herrlich dargestellten rein scholastischen Volksschulen des noch unverdorbenen Heidenthums das Christenthum — und dies ist nicht das größte seiner Verdienste — lange Zeit hindurch gleiches das Asyl in den von ihm gestifteten Elementarschulen.

So lange sie der Kirche ausschließlich überlassen waren, mußten sie nothwendig etwas Einseitiges und Beschränktes an sich tragen. Allein beim gesteigerten Bewußtseyn seiner Aufgabe eint sich der Staat mit der Kirche um die wahre Volksschule zu begründen. Zum ethischen gesellt sich durch ihn das vaterländische Element; beides stärkt sich wechselseitig. Ihm kommt es zu, den Lehrstoff zu erweitern, daß die Elementarschule auch zur Vorbereitung auf Wissenschaft und Kunst dienen könne für jedes über die niedrigste Stufe der Gesellschaft emporsteigen wollende Individuum.

Daß in den drey bezeichneten Bildungstendenzen, welche alle zum Leben führen, an sich kein Zwiespalt ist, ist uns wenigstens längst klar; eben so ausgesprochen, daß jeder, der sich über Zeitmeinungen und Vorurtheile hinwegzusetzen vermag, die höhere Einsicht in die drey Entwicklungswege begreifend, jede,

wo es erforderlich ist, mit derselben Liebe muß *).

So lange dagegen die drey Tendenzen in fern Erscheinung sich noch bekämpfen, sind sie kleinlicher Zwietracht keiner andern als barbare Benennungen würdig: dann mögen sie Philolog Realismus, Popularismus heißen. In dieser 1 ligen Stellung hat jede seit der zwenten Hälfte achtzehnten Jahrhunderts bedeutende Sachwalter funden. So war aus inniger Ueberzeugung und von persönlichen Absichten Wolf Vorkämpfer des Realismus, Riethammern gegenüber. Das Wah dem durch Wolf verfochtenen wird von niemanda höherm Grade anerkannt als von mir; allein das seitige, Beschränkte, was er vorbrachte, darf nicht theidigt oder vollends dann in irgend einem Schulplan an die Spitze gestellt werden. Höher der weit genialere Wolf, welchen seine Nation, die ihn stolz sehn sollte, vielleicht nur deswegen nicht anerkennt, weil er weit über die zufällige Gegenwart erhaben war als einsichtsvollster Verkünder jener sichtbar in Staub gesunkenen, den Demagogen der Lüge und den Mystikern unvernehmlichen, aber alle edlen mächtig ergreifenden Weisheit und Kunst der hellen und römischen, so mancher Bande jetziger Täuschungen Menschheit. Zugleich war Wolf einer der kunstreien

*) Eben darin besteht die Einseitigkeit des Thierschischen Philologismus, daß er die religiös-sittlich-vaterländische Tendenz kaum berücksichtigt, die technische, als gleichsam des Menschen würdig, bey Seite läßt, und die wissenschaftliche, allein anerkennt, wiederum einseitig auf das Philologische beschränkt.

stellen? Einzelne seiner nicht immer mit vollem Bewußtseyn abgemessenen Aeußerungen, Kinder des Augenblickes, lassen sich auf beyde Seiten hin mißdeuten. Es scheint oft, als verwerfe er die wissenschaftliche Schule unbedingt, als von der Natur abgewichen. Und eben so wenig genügt ihm die reinindustrielle. In sein Institut, noch dessen Absenker, weder seine Eltern noch die seiner Schüler, selbst die mathematischen desjenigen, der am meisten positive Kenntnisse bezeugte, Joseph Schmid's, haben für Wissenschaft oder Kunst irgend etwas geleistet. Allein Pestalozzi's gesammtem Wesen und Streben kommt eine höhere Bedeutung leicht und billig zu Hülfe.

Ausgehend von dem gutgemeinten, aber etwas beschränkten Gedanken durch die ihm zu Gebote stehenden Hülfsmittel die niedrigste Gewerbsthätigkeit der untersten Volksklassen zu menschlichem Bewußtseyn zu wecken und schon dadurch das Loos derselben zu verbessern, erhob er sich stufenweise durch eigene Geistesanstrengungen reinen Willen und die raschbewegte Zeit zur Idee sittlich-geistigen Volksbildung an sich. Dieß war der Zenith seines Wirkens. So wie er durch äußere Anleitungen getäuscht noch weiter schreiten, selbst Wissenschaft und höhere Technik der „Methode,“ die eigentlich niemals vorhanden war, unterwerfen wollte, scheiterte natürlich das ohne die erforderlichen Anstrengungen und Mittel unternommene Wagniß in der äußeren Erscheinung. Aber für das innerste Wesen der Volksbildung hat er als Märtyrer gekämpft, geliebt, gelitten. Stets erschien er mir als ein zweyter Oedipus. In den Tod haben ihn die Feinde und mehr noch Freunde verfolgt und gepeinigt; er aber wollte das wahre Volkswohl. Nach dem Tode lassen

viel von ihnen abhängt, die einen und die andern doch immer nicht ruhen: jene verhöhnen, wie Menzel, das ganze sein gesammtes Streben als den „Mittelpunct der pädagogischen Schwärmeren in der Schweiz;“ diese sprechen: „Pestalozzi war ein pädagogischer Weltfremder; Pestalozzi war ein Halbnarr: wir sind mehr! Wir die Männer der Wissenschaft; wir die Organe der Idee der Menschenbildung; wir die Schöpfer der allein richtigen Methode; wir die untrüglichen Gesetzgeber der Erziehung, die nächstens in einen Nationalcongreß zusammentreten werden; alle übrigen sind nur Fachmänner: was unsere Billigung nicht enthält, ist schon deßhalb verkehrt und nichtig.“ Allein die Nation fragt nicht nach der That, nach den Leistungen, nach der noch immer nicht zu Tage geförderten Methode, nach den stets der Menschheit vorenthaltenen, allein brauchbaren Mitteln, und kümmert sich nicht im mindesten um die Redeübungen und langweilige Pestalozzische Blätter, die nach Pestalozzi's Tode, seinem Willen zuwider, ausgegeben werden. Alle eitle Anmaßung vernichtet sich selbst. Alles hingegen, was wirklich den Namen einer Leistung verdient, wie das von Nägeli für den Volksgewiss, von dem weisen Nichtpestalozzianer Girard, mit klarer Geistesklarheit, tiefer Einsicht in das Wesen der Elementarbildung und sicherer Tact aufgestellte, findet bedingte Anerkennung.

Hart also, wenn man will, und ungegründet, aber doch deshalb auch leicht erträglich ist des Kritikers Vorwurf, die Schweiz brüste sich mit Pestalozzi, weil sie doch immer nicht wisse, daß auch an ihm schlechterdings etwas gewesen sey. Thöricht und eitel ist jedes sich Brüsten mit eigenem, so vollends dann mit anderer Verdienste: Und vollends, daß Pestalozzi's Irrthümer und Schwä-

2. Heft.

Geschichte der Unruhen zu Basel im Jahr 1691, von Heinrich Escher.

Urkunden.

- 24. Zwingli's Plan zu einem Feldzuge.
- 25. Schultheiß und Rath zu Bern an den geheimen Rath zu Basel.
- 26. Der Rath zu Basel an diejenigen zu Zürich.
- 27. Rudolf Collins Abordnung an den französischen Botschafter zu Solothurn.
- 28. Instructionen des Landgrafen von Hessen für seine Angeordneten nach Zürich und Straßburg.
- 29. Zürich's Antwort an Philipp von Hessen.
- 30. Rudolf Lavaters Verantwortung über sein Benehmen im Cappelser-Krieg.

Miscellen.

Eine Festlichkeit der alten Zeit.

3. Heft.

Fortsetzung der Geschichte der Unruhen zu Basel im Jahr 1691, von Heinrich Escher.

Einige Altensstücke zur Geschichte der Bartholomäusnacht.

Miscellen.

Die eingezwängte Schweiz.

